

L A M B D A

N A C H R I C H T E N

ÖS 60,-

...e...führende Leben...un...

14 SEITEN SCHWERPUNKT

Kirche und Homosexualität

DER GROSSE MEDIENRUMMEL

Alfons Haider's Coming-out

STRASSBURG-URTEIL

§ 209 StGB konventionswidrig

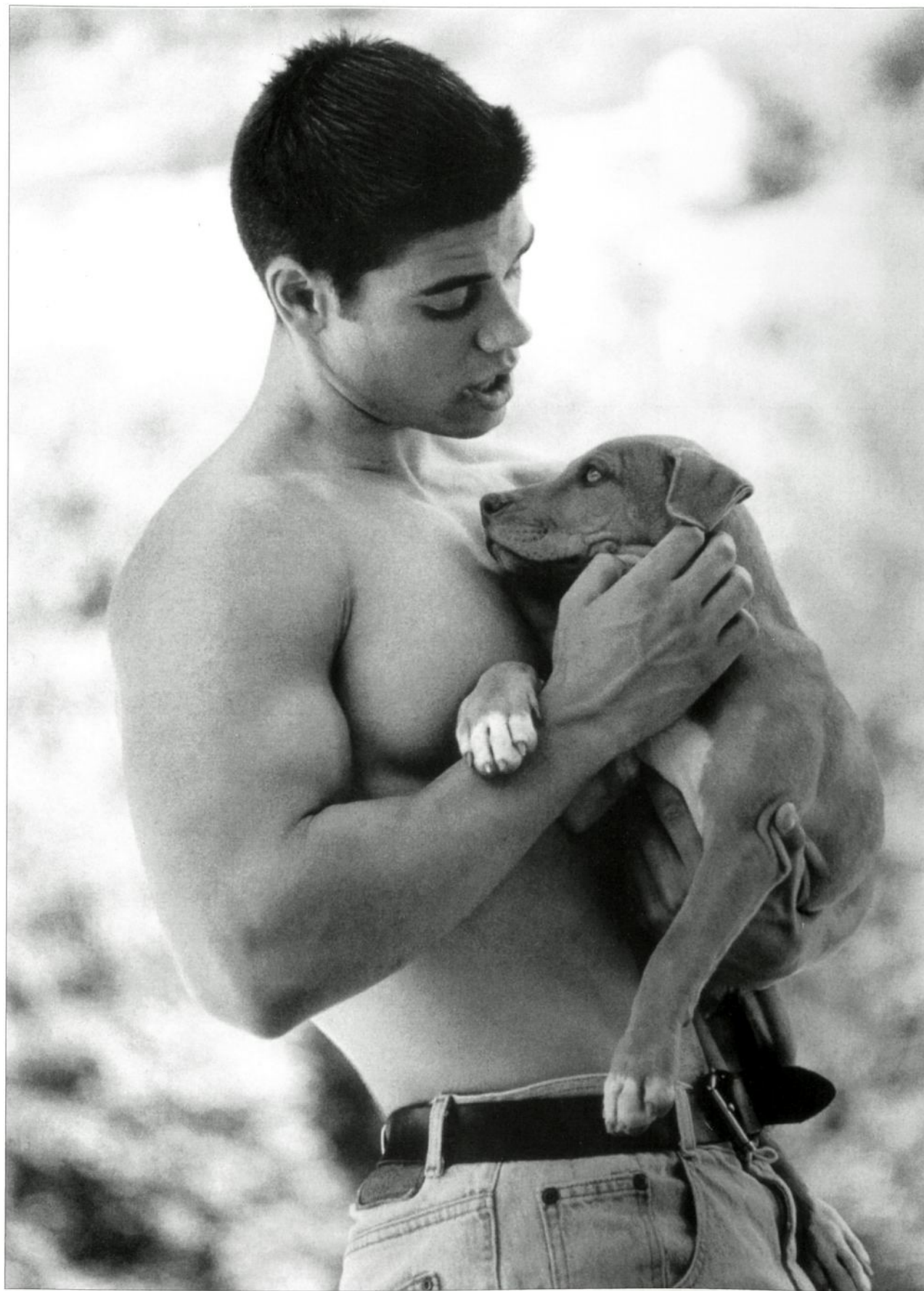
ILGA-LOBBYING

Fortschritte in Europa

Zeitschrift der Homosexuellen Initiative Wien

1/98

JÄNNER
FEBER
MÄRZ



aus: Steven Underhill, *Straight Boys*, Bruno Gmünder Verlag 1997



Gudrun Leidartikel

Unser Geld auch für uns

Der Staat schnallt den Gürtel für fast alle enger. Schmerzhaft sind die Einschnitte vor allem bei den Sozialausgaben. Klassenkämpfer von oben wie etwa Wirtschaftsbundchef Maderthaler denken unwidersprochen laut über weitere Ausplünderungsaktionen nach. Etwa wenn sie die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Erwerbslose fordern oder McJobs als „Lösung“ gegen Arbeitsplatzprobleme forcieren. Und die leichtfertig in Kauf genommene Folge: Die Armut wächst in einem der reichsten Länder der Erde. Vor allem bei denen, die ohnehin schon nichts mehr zu verlieren haben.

Gekürzt oder gestrichen werden sollen natürlich auch die Subventionsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Nicht bei den Budgetaufwendungen für das Bundesheer natürlich. Die sollen sogar bei einem NATO-Beitritt drastisch in die Höhe schnellen, denn hochgerüstete Militärtechnologie ist teuer und auf Zerstörung programmiert. Nein, es geht um die Kürzungen der Ausgaben für Vereine, Initiativen, Plattformen usw. Feministische Projekte, Minderheitengruppen, Sozialvereine u. ä., die billigst gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, müssen sich auf

wirtschaftliche Notzeiten einrichten oder vielleicht überhaupt ihre Arbeit einstellen, weil die AktivistInnen sie sich schlicht und einfach nicht mehr leisten werden können. Auch Subventionen für unsere Aktivitäten, also solche, die direkt Lesben und Schwulen zugute kommen, werden voraussichtlich dem Sparrotstift zum Opfer fallen. Schon bisher wurden sie, wenn überhaupt, reichlich gönnerhaft an unsere diversen Projekte verteilt, so als ob uns PolitikerInnen großartige Geschenke gemacht hätten. Und immer bei heftiger Gegenwehr von ÖVP- und FPÖ-PolitikerInnen.

Sind diese Subventionszahlungen wirklich Geschenke? Sind sie nicht in Wirklichkeit uns zustehende Leistungen? Schließlich zahlen wir Steuern, und die nicht zu knapp. Bei einer Zahl von etwa einer halben Million Steuerleistenden hierzulande kommt schließlich eine erkleckliche Summe zustande. Eine erste Untersuchung in der BRD schätzte das nur von Lesben geleistete Steueraufkommen aus den Bereichen Lohnsteuer und Umsatzsteuer für 1994 auf einen Beitrag zwischen 90 und 300 Milliarden Schilling. Schwule mitgerechnet, dürfte das gesamte Steuer-

aufkommen Homosexueller 1994 zwischen 235 und 750 Milliarden Schilling betragen haben. (Da Schwule als Männer von den höheren Männerlöhnen profitieren, sind ihre Steuerleistungen auch entsprechend höher.)

Rechnen wir diese Zahlen auf Österreich um, so bringen wir hier grob gerechnet zwischen 25 und 75 Milliarden Schilling Steuergelder auf. Natürlich profitieren auch wir von diversen Sozialleistungen wie Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung, für die wir schließlich auch eingezahlt haben. Vergleichen wir diese Summe einmal mit den an uns ausgeschütteten Subventionen! Vom Bundeskanzleramt wurden 1997 knapp 200.000 Schilling in Form der Publizistikförderung an uns zurückverteilt. Das Wissenschaftsministerium gab 1996/97 etwa 250.000 Schilling für Universitätslehrveranstaltungen zur Lesben- und Schwulenforschung aus. Noch bescheidener sind die Ausgaben von Ländern und Gemeinden. Sie bewegen sich zwischen null (Burgenland) und einigen hunderttausend Schilling (Wien). Und diese Summen fließen nicht einmal jedes Jahr, sondern nur fallweise. Besonders knickrig hat sich im übrigen bislang das Arbeitsmarktservice

erwiesen – mit der Konsequenz, daß die nötige Arbeit zur Aufrechterhaltung der lesbisch-schwulen Infrastruktur entweder gratis oder privatwirtschaftlich geleistet wird. Und die Angestellten in einschlägigen Betrieben der Lesben- und Schwulenszene zahlen natürlich auch Steuern.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich befürworte keineswegs Gruppenegoismus oder das Aufbrechen des Prinzips der Solidargemeinschaft. Aber ich meine, daß die von uns eingezahlten Gelder sehr wohl auch uns wiederum zugute kommen sollten – als eine Form der Umverteilung. Schließlich haben wir sie erarbeitet. Und wir können durchaus auch kostengünstig sein. Selbstbewußte und stolze Lesben und Schwule benötigen keine Droge Alkohol und belasten somit nicht unnötig das Gesundheitssystem. Mit anderen Worten: Diskriminierung ist teuer – für alle Beteiligten. In diesem Lichte betrachtet, könnten sich Beratungsstellen, Kommunikationszentren, Lesben- und Schwulenprojekte durchaus für den Staat bezahlt machen. Unsere daraus entstehende Abhängigkeit ist jedoch eine andere Sache. Und eine Frage, die wir uns bis jetzt noch nicht stellen mußten.

20. Jahrgang, 1. Nummer
 Laufende Nummer 74
 Erscheinungsdatum: 15. 01. 1998

**HERAUSGEBERIN,
 MEDIENHABERIN**

Homosexuelle Initiative
 (HOSI) Wien – 1. Lesben- und
 Schwulverband Österreichs
 Mitgliedsorganisation der Internatio-
 nal Lesbian and Gay Association
 (ILGA), des European Council of AIDS
 Service Organisations (EuroCASO),
 des International Lesbian Informa-
 tion Service (ILIS) und der Inter-
 national Lesbian and Gay Youth
 Organisation (IGLYO)

CHEFREDAKTION

Mag. Kurt Krickler

REDAKTION

Barbara Fegerl
 Ing. Christian Högl
 Dr. Dieter Schmutzer
 Felix Görner
 Gaby Felsterl
 Dr. Gudrun Hauer
 Markus König
 Waltraud Riegler

ARTDIREKTION

LAY OUT & PRODUKTION

Christian Högl
 Friedl Nussbaumer
 Gerald Reisner

ANZEIGENAKQUISITION

Alfred Guggenheim
 Kurt Krickler

DRUCK

Melzer Druck Ges.m.b.H.,
 Vogtgasse 29, 1140 Wien

REDAKTIONS- UND

ERSCHEINUNGSORT

HOSI Wien, Novaragasse 40,
 1020 Wien, Tel. (01) 216 66 04
 Internet: hosiwien@via.at
<http://www.hosiwien.gay.at/>

KONTO

CA 23-57978/00, BLZ 11.000

LeserInnenbriefe, Material und Bei-
 träge für die Zeitung sowie Be-
 stellungen dieser und früherer Aus-
 gaben der LN an obige Adresse.
 Abo-Preis vier Ausgaben: S 240,-.
 Nachdruck nur mit Quellenangabe
 und gegen Belegexemplar erwünscht!
 Kleinanzeigen sind gratis!

Erscheinungstermin der nächsten
 Nummer: 7. April 1998
 Redaktionsschluss: 15. 03. 1998



**Solidarität
 Sicherheit Selbsthilfe**

Wir arbeiten für unsere Gleichberechtigung und Gleichstellung.
 Wir wehren uns gegen Diskriminierung, Vorurteile und Gewalt.
 Wir fördern unsere eigene Kultur und unseren eigenen Lebensstil.
 Wir veranstalten Feste, Lesungen, Ausstellungen, Filmabende u.v.m.
 Wir haben ein eigenes Kommunikations- und Veranstaltungszentrum.

Das HOSI-Zentrum - Die Alternative!

Dienstag 17-22 Uhr: Das posiHive Café.
 Café, Kommunikation, Spiele- und Videoabende,
 Kleinveranstaltungen und Diskussionen.
Mittwoch ab 19 Uhr: Der Lesbenabend.
 Bunte Abende, Hilfe beim Coming Out, Diskussionen & Veranstaltungen.
Donnerstag ab 20 Uhr: Der Abend der Jugend.
 Erfahrungsaustausch, kunterbunte Veranstaltungen, Coming Out-Hilfe.

RosaLila Telefon: (01) **216 66 04**

DI 18-20 h, MI (Lesbentelefon) 19-21 h, DO (Jugendtelefon) ab 19 h

Komm zu uns! HOSI - Erfahrung gibt Sicherheit.



**Bist du schon Mitglied in der HOSI?
 Willst du die HOSI Wien unterstützen?**

Die HOSI Wien ist die wichtigste politische Interessenvertretung von Lesben und Schwulen in Österreich. Sie tritt gegenüber PolitikerInnen, Ministerien, Parteien, Behörden, den Medien und der Öffentlichkeit vehement für schwul/lesbische Anliegen ein.

Die HOSI Wien ist die wichtigste und stärkste schwul/lesbische Lobby in Gesetzes- und Menschenrechtsfragen sowie im AIDS-Bereich. Die HOSI Wien ist maßgeblich an bedeutsamen internationalen Projekten der ILGA beteiligt (OSZE, Europarat, EU, UNO).

LeserInnen der LAMBDA-Nachrichten wissen, was die HOSI Wien alles leistet. Die Arbeit der HOSI Wien kommt letztendlich allen Lesben und Schwulen in Österreich zugute. Hast du dir schon einmal überlegt, daß auch du einen Beitrag zu diesen Aktivitäten leisten könntest?

Zwar erfolgen alle Aktivitäten und Tätigkeiten in der HOSI Wien ehrenamtlich, dennoch kosten sie Geld und müssen finanziert werden. Jede/r kann die HOSI Wien und ihre vielfältige Arbeit unterstützen, etwa durch Mitarbeit oder indem sie/er Mitglied wird oder den Verein durch Spenden unterstützt.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt zur Zeit S 70,- im Monat oder S 840,- bzw. S 720,- im Jahr bei Bezahlung im voraus (quartalsweise S 180,- jeweils im ersten Quartalsmonat). Schreib uns, wenn du weitere Auskünfte zur Mitgliedschaft erhalten möchtest. Wenn du - aus welchem Grund auch immer - nicht Mitglied werden willst, kannst du uns auch durch deine (anonyme) Spende unterstützen! Die HOSI Wien ist auf deine finanzielle Unterstützung angewiesen, um ihre Tätigkeiten und Projekte durchzuführen.

Unsere Konto-Nr.: 23-57978/00 bei der Creditanstalt AG.



Coverfoto aus: Gianni Versace, „Mann ohne Krawatte“
 Heyne-Verlag

Inhaltsverzeichnis

- 3 Gudruns Leidartikel
 Unser Geld auch für uns
- 4 Impressum
- 6 Editorial & HOSI Intern
- 6 Offenlegung
- 6 LN Echo

Ö S T E R R E I C H

- 8 Adressen & Treffen
- 9 Kein fauler Kompromiß beim § 209 StGB!



**11 Das
 Coming-out
 des Alfons H.**

- Schwerpunkt Kirchen**
- 13 Der Krampf der Kirchen mit der Homosexualität
- 14 Altkatholische Kirche: Segnungen erlaubt
- 15 Evangelische Kirche: Segen für Lesben und Schwule
 - aufgeschoben, aber möglich
- 18 Katholische Kirche: Die Ratten werden vertrieben
- 25 Kultusgemeinde: Keine Synagoge für Lesben und Schwule
- 26 Gnade für Groß
- 27 Kurts Kommentar
 Aufforderung zur Mißachtung der Rechtsordnung
- 28 Österreich aktuell
- 31 Peking Far Away?
- 33 HOSI Wien aktiv

**35 Der rosa-lila
 Kampf**



- 40 Geschichtsfälscher am Werk?
- 42 Aus der Bewegung

I N T E R N A T I O N A L



**45 Schwerpunkt
 Fortschritte
 in Europa**

- 45 Zaungast bei der Oktober-Revolution
- 48 EuGH: Bahnbrechende Entscheidung
- 50 Unterschiedliches Mindestalter ist Konventionsverletzung
- 52 ILGA-Europa auf Erfolgskurs
- 56 Als schwuler Friedensengel in Ostslawonien
- 58 Basic Needs - Basic Rights
- Aus aller Welt
- 60 Aktuelle Nachrichten
- 64 Heiratsachen
- 66 Kurzmeldungen
- 67 Termine & Veranstaltungen

F E U I L L E T O N

- 68 Seyfarth: Der Tod ist eine Maitresse aus Wien
- 69 Audiophil

**70 HOSIsters
 auf dem
 Olymp**



- 71 Aus lesbischer Sicht
 Habt Acht?
- 72 Eriesenes
- 71 Durch den Fächer getuschelt
 Feudaaahl
- 81 Spekulativer AIDS-Aufreger
- 83 Kleinanzeigen
- 83 HOSI-Wien-Programmkalender

Publizistikförderung

ÖVP-Obmann Andreas Khol setzte sich wieder einmal durch – Koalitionspartnerin SPÖ tanzte einmal mehr nach seiner Pfeife und stimmte einer klammheimlichen Novelle des Publizistikförderungsgesetzes zu. Worum es bei dieser Gesetzesänderung geht, ist in Kurts Kommentar auf Seite 27 nachzulesen. Für 1997 wurde den LAMBDA-Nachrichten jedenfalls die Förderung wieder gewährt. Aufgrund der allgemeinen Sparmaßnahmen fiel sie um mehr als S 20.000,- geringer aus als im Vorjahr und beträgt genau S 68.970,84.

Offenlegung

Grundlegende Blattlinie

Die LAMBDA-Nachrichten verstehen sich als emanzipatorisches Printmedium, das sich einerseits der politischen Bewußtseinsbildung von Lesben und Schwulen für ihre besondere Situation in einer heterosexuell ausgerichteten Gesellschaft und andererseits der Bewußtseinsbildung dieser Gesellschaft für ihren Umgang mit Lesben und Schwulen verschrieben hat. Die LN haben sich also zum Ziel gesetzt, das Selbstbewußtsein von Lesben und Schwulen zu stärken und die gegen sie in der Bevölkerung vorherrschenden negativen Haltungen und Vorurteile abzubauen.

Die LAMBDA-Nachrichten handeln Fragen der Politik, der Kultur und der Weltanschauung sowie der damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Disziplinen auf hohem Niveau ab und dienen dadurch der staatsbürgerlichen Bildung.

HOSI Intern

Generalversammlung 1998

Die diesjährige, mittlerweile 19. ordentliche Generalversammlung der HOSI Wien wird am Sonntag, den 22. März 1998, 13

Uhr 30, im HOSI-Zentrum stattfinden.

Neben den Rechenschaftsberichten der Obleute, Kassiere und der GruppenreferentInnen steht wie jedes Jahr die Neuwahl des Vor-

stands auf dem Programm. Einladungen werden zeitgerecht an die Mitglieder ergehen.

Wir weisen darauf hin, daß Anträge zur GV bis spätestens zehn Tage vor dem Termin schriftlich beim Vorstand einlangen müssen. Wir freuen uns, unsere Mitglieder möglichst zahlreich auf der GV begrüßen zu können.

LN-Echo

Sexueller Mißbrauch – Schwerpunkt in den LN 4/97

handelt, dies einzusehen ist natürlich nicht jedem gegeben.

HORST, WIEN

Sehr geehrter Herr Doktor Schmutzer!

Vor Ihrem nächsten, die Pädophilie und pädophil empfindende Menschen diffamierenden Artikel möchte ich Ihnen dringend empfehlen, einmal ein wissenschaftliches, aufklärendes Werk zu dieser Thematik, wie etwa R. Lautmanns *Die Lust am Kind* oder den von F. Bernard herausgegebenen Sammelband *Pädophilie ohne Grenzen*, zur Hand zu nehmen. Sie würden dabei zunächst einmal lernen, daß man das Phänomen der Pädophilie vom Mißbrauchsparadigma scharf abzugrenzen hat (R. Hoffmann: *Die Lebenswelt der Pädophilen*). Doch die einzige Abgrenzung, die den meisten Schwulen geboten erscheint, ist die gegenüber den „perverse“ Päderasten und Pädophilen, nicht wahr? Daß es sich hierbei nicht bloß um eine nicht sehr kluge und nicht sehr humane, sondern à la longue sogar kontraproduktive Haltung und Politik

Hetztirade gegen Pädophilie

Ich habe nun seit ca. zehn Jahren die LAMBDA-Nachrichten abonniert und war immer recht angetan von dieser Zeitschrift, zumal es ja nicht allzuviel Literatur über diese Thematik gibt, speziell wenn es um österreichbezogene Themen geht. Außerdem war es immer ein gutes Gefühl zu wissen, daß man nicht alleingelassen ist mit seinen Problemen und daß es Menschen gibt, denen es ähnlich geht. Umso enttäuschter war ich aber von der letzten Ausgabe. Fast das gesamte Heft war eine Hetztirade gegen Pädophilie, die der Bild- oder Kronenzeitung alle Ehre gemacht hätte. Ich sehe natürlich ein, daß es für die Interessen von Schwulen, die auf Partner im legalen Alter stehen, vorteilhafter ist, sich von pädophilen Leidensgenossen abzugrenzen, zumal die Liebe zwischen Jungen und

Männern derzeit als das schwerste aller überhaupt möglichen Verbrechen hingestellt wird. Darüber hinaus solltet Ihr aber bitte nicht vergessen, daß es noch nicht allzu lange her ist, daß Ihr mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgt wurdet. Ich empfinde es als unfair, sich nun abzugrenzen, nur weil Ihr Eure Lage verbessern könntet.

Daß andere Medien alles in einen Topf werfen, ist leider eine Tatsache und kann einem Journalisten, der von der Thematik nicht betroffen ist, nicht einmal übelgenommen werden. Daß Ihr aber nicht unterscheiden könnt (oder wollt?), ob nun jemand ein Kind zu Dingen zwingt oder ihm gar weh tut oder ob er das Kind liebt und diese Liebe im gegenseitigen Einverständnis auslebt, das tut weh. Ihr habt nicht einmal eine Unterscheidung getroffen zwischen Kindern unter 14 Jahren und Kindern darüber. Ging nicht im letzten Jahr die Abstimmung über die Schutzaltersgrenze denkbar knapp aus? Gibt es nicht genug Länder in Europa, wo menschlichere Gesetze herrschen? Ich finde, es

kommt nicht darauf an, wie alt die Partner sind, sondern, ob diese Liebe freiwillig und auf gegenseitiger Basis geschieht.

Ich hoffe, Ihr nehmt mir diesen Brief nicht übel, aber ich bin wirklich enttäuscht und fühle mich von der HOSI nicht mehr vertreten. Ich möchte deshalb mein Abo der LAMBDA-Nachrichten auch nicht mehr verlängern. Falls Ihr aber Euren Standpunkt doch irgendwann ändert, würde ich mich allerdings freuen, wenn Ihr mir wieder ein Exemplar samt Bestellformular zuschickt.

FRANZ, WIEN

Lieber Franz! Deinen Vorwurf, unser Schwerpunkt zum Thema Mißbrauch sei eine Hetztirade gegen Pädophilie, müssen wir vehement zurückweisen. Es trifft auch keineswegs zu, daß wir keine Unterscheidung zwischen Kindern unter 14 und über 14 gemacht hätten. Selbstverständlich tun wir das – weil uns genau diese Unterscheidung immer sehr wichtig gewesen ist. Solltest Du Dich als jemand, der auch sexuelle Beziehungen zu Jugendlichen unter 14 Jahren

hat bzw. haben möchte, von der HOSI Wien bisher vertreten gefühlt haben, so hat das sicherlich auf einem Mißverständnis Deinerseits beruht. Die HOSI Wien hat sich niemals dafür eingesetzt, jegliches Mindestalter abzuschaffen, sondern ist immer für ein gleiches für alle sexuellen Orientierungen – und die sind für uns: homo-, hetero- und bisexuell – eingetreten. Uns ist es egal, ob ein solches einheitliches Mindestalter bei 12 3/4, 13 1/2 oder 14 1/4 Jahren festgelegt wird – Hauptsache, es ist für alle gleich. Uns ist auch klar, daß jede Grenze willkürlich sein muß und sicherlich nicht jedem Einzelfall gerecht werden kann.

Noch einmal: Unbestritten ist für die HOSI Wien immer gewesen, daß es ein Mindestalter geben muß. Wir haben unsere Meinung keineswegs mit dem Zeitgeist geändert bzw. grenzen uns auch nicht – wie Du meinst – erst jetzt aus opportunistischen Gründen von Pädophilen ab, weil wir „unsere“ Lage verbessern konnten. So einfach ist die Sache nicht. Auch wir erinnern uns an die Zeiten, da man mit pädophilen Beziehungen noch naive und romantische Vorstellungen verband – noch 1980 verabschiedete etwa der internationale Lesben- und Schwulenverband ILGA (damals noch IGA) auf seiner Jahreskonferenz in Barcelona eine Resolution, in der die Abschaffung jeglicher Altersgrenzen für sexuelle Beziehungen gefordert wurde, und 1983 in Wien wurde auf der ILGA-Jahreskonferenz noch eine Resolution an-

genommen, in der alle Pädö-Gruppen ausdrücklich zur Mitgliedschaft in der ILGA eingeladen wurden. – Bloß: Seither hat es eine breite Mißbrauchsdebatte und vor allem viele Berichte Betroffener gegeben, die aufgezeigt haben, daß das Ganze nicht so harmlos ist, wie dies früher dargestellt wurde. Diese Betroffenenberichte zu ignorieren hieße für uns, den Mißbrauch zu wiederholen. Auch die ILGA hat entsprechende Konsequenzen gezogen.

Im übrigen möchten wir betonen, daß die HOSI Wien – im Gegensatz zu anderen Organisationen wie etwa dem Rechtskomitee Lambda oder der Plattform gegen § 209 StGB – einen Mindestalters-Kompromiß bei 16 Jahren stets vehement und kategorisch abgelehnt hat. Aber auch dafür werden wir kritisiert, wie aus dem nächsten Leserbrief hervorgeht.

Spatz in der Hand

Ich möchte mein Abo ab 1998 stornieren. Einer der Gründe für die Nichtverlängerung ist die ablehnende Haltung der HOSI Wien zur Schutzaltersherabsetzung auf wenigstens 16 Jahre. Lieber den Spatzen in der Hand als die Taube auf dem Dach und allemal besser als nichts! Für eine weitere Absenkung auf 14 Jahre hätte man dann immer noch weiterkämpfen können. Veränderungen können immer nur in kleinen Schritten erfolgen!

WILMHARD, SALZBURG

Lieber Wilmbard! Die Haltung der HOSI Wien, eine Herabsetzung des Mindestalters im § 209 StGB auf 16 Jahre abzulehnen, beruht nicht nur auf unseren Grundsätzen, jegliche Ungleichbehandlung zu bekämpfen, sondern auch auf realistischen taktischen und strategischen Überlegungen. Die (einstweilige) Herabsetzung auf 16 Jahre ist außerdem ja keineswegs realistisch, also von einem Spatzen in der Hand kann gar keine Rede sein, wir sehen bisher nur verschiedene Tauben auf dem Dach. Und sollte sich eine parlamentarische Mehrheit finden, die Altersgrenze im § 209 auf 16 Jahre herabzusetzen, wird die HOSI Wien es ohnehin nicht verhindern können, aber wir werden immer für eine gleiche Altersgrenze für alle sexuellen Orientierungen eintreten.

Wobei ja auch zwei andere Varianten diskutiert wurden bzw. im Gespräch sind: Sollte die Mindestaltersgrenze für alle bei 16 festgelegt werden, also für Lesben und Heterosexuelle hin- und heraufgesetzt werden, hieße dies eine Verschlechterung für Lesben, die wir auf keinen Fall akzeptieren können, weil es ja keinen wissenschaftlichen oder anderen Grund für einen solchen Schritt gibt. Zudem halten wir es für unrealistisch, daß die Altersgrenze für Heterosexuelle hinaufgesetzt wird. Schon in den 60er Jahren scheiterten Versuche, sie auf 15 Jahre hinaufzusetzen, damals wollte man sie nach Einführung des 9. Schuljahres an das Pflichtschul-

Abgangsalter angleichen. Sollte dieser Fall wider Erwarten tatsächlich eintreten, würden wir allerdings keinen Grund mehr sehen, die Herabsetzung auf 14 Jahre als eine unserer Prioritäten weiter zu verfolgen, denn dann wäre ja de jure Gleichheit hergestellt.

Würde die „deutsche Lösung“ eingeführt werden, die ja als weitere Variante diskutiert wird und die bedeutete, daß zwischen 14 und 16 Jahre nur die Ausnützung einer Unreife des/der Jugendlichen verfolgt würde, dann hieße dies allerdings in der Praxis wohl, daß das Mindestalter für Heterosexuelle bei 14 Jahren, für Lesben und Schwule bei 16 Jahren läge. Und das können wir ja wohl nicht anstreben. Diese Variante würde von uns daher noch heftiger bekämpft werden als eine absolute Mindestaltersgrenze bei 16 Jahren für alle, weil die „deutsche Lösung“ unseren homophoben RichterInnen viel zu viel Ermessensspielraum ließe.

Im übrigen sehen wir uns durch die jüngste Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission in der Beschwerde Euan Sutherland gegen das Vereinigte Königreich, wonach ein unterschiedliches Mindestalter eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt (vgl. Seite 50 in diesem Heft), in unserer kompromißlosen Haltung bestärkt.

HOSI SHOP



LAMBDA-LESEBUCH

Journalismus andersrum. Das Beste aus 17 Jahrgängen LAMBDA-Nachrichten auf 324 Seiten.

nur S 198,-



REGENBOGENSCHIRM

Aufspannautomatik, strapazfähiges Stahlgestell mit Nylonbespannung

nur S 148,-

Direkt im HOSI-Zentrum erhältlich – oder bestellen per Brief oder E-Mail (hosiwien@via.at)

Adressen und Treffen

immer aktuell auch unter www.hosiwien.gay.at/adressen.html

WIEN

ACT UP Wien

Novaragasse 40, 1020 Wien

Anonyme AlkoholikerInnen

(für Lesben und Schwule)
Sa 19 Uhr
Geblergasse 45/3, 1170 Wien;
telefonische Auskünfte:
☎ 799 55 99, täglich 18-21
Uhr (Zentrale Kontaktstelle
der AA, Barthgasse 5, 1030).
Auskünfte auch
bei Erich: ☎ 350 49 30 und
bei Traude: ☎ 749 19 17.
Erich ist jeden ersten Di im
Monat im HOSI-Zentrum
anzutreffen.

AHOG

Arbeitsgruppe für homo-
sexuelle Männer und Frauen in
der Gewerkschaft der
Privatangestellten
Postfach 139, 1013 Wien

Arbeitskreis Schwul und Behinderung

Postfach 562, 1070 Wien

Compiler

Treffpunkt für seiende und
werdende lesbische Mütter und
Mitmütter
☎ 317 33 73 (Ursula)

CSD – Christopher Street Day

Regenbogenparadenverein
Berggasse 7, 1090 Wien
☎/Fax 317 40 31
rainbow@via.at

Das „...“ für LesBiSchwule

Angelegenheiten am ZA der ÖH
Liechtensteinstraße 13,
1090 Wien,
☎ 310 88 80/38, Fax-DW 12
Mo, Di, Do, Fr nachmittags
lesbischwul@oeh.ac.at

Eisbrecher

Männergruppe jeden Samstag
ab 17 Uhr im Gruppenraum
der RL Villa

Frauen/Lesbenreferat der Fakultätsvertretung NAWI

Strudlhofgasse 1/10,
1090 Wien
☎ 34 42 84

HOSI Wien

siehe Einschaltung Seite 4

Homosexuelle und Kirchen

Postfach 513, 1011 Wien
☎ 98 33 403 (Johannes),
☎ 02732/85 403 (Wolfgang)
hug-wien@gay.at
www.hug-wien.gay.at

Lesben-Delta

für junge Frauen/Lesben.
Treffen jeden 2. und 4.
Donnerstag im Monat ab 20
Uhr im Gruppenraum der
Rosa Lila Villa

LesBiSchwule Gruppe auf der GEWI

Treffen: jeden Do ab 19 Uhr,
Beratung: Do 13-17 Uhr
Rooseveltplatz 5a, 1090
☎ 43 93 54

Libertine

Sadomasochismus-Initiative
Postfach 63, 1011 Wien

LMC

Leather & Motorbike
Community Vienna
Postfach 34, 1011 Wien

LSG

Liga schwuler/lesbischer
EsperantistInnen
Postfach 299, 1020 Wien

Names Project Wien

Treffen: nach Bedarf,
bitte anfragen
Werkstatt: Tailors unlimited
Peter Holub,
Graf-Starheimberg-Gasse 9,
1040 Wien
☎ 505 49 41

Österreichisches Lesben- und Schwulenforum

Berggasse 7, 1090 Wien
☎/Fax 317 40 31
oelsf@usa.net

Plüsch Wien – schwul-lesbischer Chor

Obere Weißerberger Straße 5,
1030 Wien
Treffen: Mo 19.30 Uhr
☎ 726 39 98 (Erwin)

Referat für homo-, bi- und transsexuelle Angelegenheiten

d. ÖH Uni Wien
Rooseveltplatz 5a, 1090 Wien
Mo, Mi, Do 16-18 Uhr
Fr 15-18 Uhr
☎ 408 70 46/74 DW
homobitrans@oeh.ac.at

Referat für LesBiSchwule und Transgender-Angelegen- heiten an der HTU

Wiedner Hauptstr. 8-10,
1040 Wien
Fr 16-18 Uhr
☎ 588 01/5890 DW
efischer@mail.zserv.tuwien.ac.at

Rechtskomitee Lambda

Linke Wienzeile 102,
1060 Wien
☎ 876 30 61

Re'uth

Vereinigung jüdischer Homo-
sexueller in Österreich
Scheugasse 12/18, 1100

Rosa Antifa Wien

Linke Wienzeile 102, 1060
Plenum: Mo 19 Uhr im
Kulturzentrum Siebenstern,
Siebensterng. 31, 1070

Rosa Lila Villa/Tip

Linke Wienzeile 102, 1060
Lesbenberatung: Mo-Fr 17-20
Uhr, ☎ 586 81 50
Schwulenberatung: Mo-Fr 17-
20 Uhr, ☎ 587 17 78

Safe Way/XTRA!

Verein für AIDS-Information
und Prävention für homo- und
bisexuelle Männer
Postfach 77, 1043 Wien

SCHWUNG – Schwul und jung

Treffen: jeden Freitag im
Monat 18-21 Uhr im
Gruppenraum der Rosa Lila
Villa

SoHo – Sozialismus und Homosexualität

Treffen: am Mittwoch
jeder geraden Kalenderwoche
um 19 Uhr (22.1., 5.2. usw.)
Schmerlingpl. 2/1, 1010 Wien
☎ 43 71 11 (VSSStÖ)

Trans-X

Verein für TransGender-
Personen
Postfach 331, 1171 Wien
jeden Mo und Mi ab 20 Uhr
im Gruppenraum der
Rosa Lila Villa

Try To Fly

Encounter-Gruppe für Frauen
jeden Dienstag 20-21.30 Uhr
im Gruppenraum der
Rosa Lila Villa

Wiener Runde

Club für Mollige und Bär(t)ige
Postfach 52, 1172 Wien
jeden 2. Mo im Monat ab
19.30 Uhr im Gruppenraum
der Rosa Lila Villa

KÄRNTEN

Queer Klagenfurt

Postfach 146,
9010 Klagenfurt/Celovec
Hotline: Mi 19-21 Uhr
☎ (0463) 50 46 90

Lesbenstammtisch: jeden 3. Fr
im Monat ab 19 Uhr im
Frauenzentrum Belladonna,
Villacher Ring 21

OBERÖSTERREICH

HOSI Linz

HOSI-Zentrum, Schubert-
straße 36, 4020 Linz
☎ (0732) 60 98 98

Offener Abend: Do 20-22 Uhr
Jugendgruppe:
2.+4. Sa im Monat 15 Uhr
Lesbengruppe:

1. Fr im Monat 20 Uhr
Rosa-Lila Telefon:
Mo 20-22, Do 18.30-22 Uhr
HuG (Homosexuelle und
Glauben): 1. Mi im Monat 20
Uhr
PRIDE, Gratiszeitschrift 6 x
jährlich. Bestelladresse: PF 43,
4013 Linz

Lesbengruppe Linz

Frauenzentrum, Altstadt 11,
4020 Linz, ☎ (0732) 21 29

SALZBURG

AK LesBiSchwule & Transgender der ÖH Salzburg

Kaigasse 28, 5020 Salzburg
☎ (0662) 8044-6006 (Di 14-
15.30 Uhr)
Treffen 2. u. 4. Do 18 Uhr
ha.oeh@sbg.ac.at

HOSI Salzburg

HOSI-Zentrum
Müllner Hauptstraße 11,
5020 Salzburg
☎ (0662) 43 59 27

Rosa Telefon: Fr 19-21 Uhr
Vereinstreffen: Di 20 Uhr
Café: Mi 19-24 Uhr
Lokalbetrieb/Vereinstreffen:
Sa 20 Uhr
Junge HOSI: jeden 2. u. 4. Sa
im Monat, 16 Uhr

Homosexuelle und Glaube (HuG) Salzburg

Treffen 1. und 3. Mi des
Monats in der Katholischen
Hochschulgemeinde,
Philharmonikergasse 2,
5020 Salzburg, ab 19.30 Uhr,
☎ (0662) 84 13 27
hug-salzburg@gay.at
www.hug.gay.at

Lesben

im Frauenzentrum,
Markus-Sittikus-Straße 17,
5020 Salzburg
☎ (0662) 87 16 39

STEIERMARK

Homosexuelle und Glaube (HuG) Graz

Rapoldgasse 24, 8010 Graz
☎ (0316) 32 25 66, Heinz

Rosalila PantherInnen –

Steirisches Schwulen- &
Lesbenzentrum „feel free“
Rapoldgasse 24, 8010 Graz
Treffen jeden Do ab 19 Uhr
☎ (0316) 32 80 80

Sachbearbeiterin für lesbische Angelegenheiten am

Frauenreferat der HUG
Schubertstr. 2-4, 8010 Graz
Mi 12-14 Uhr
☎ (0316) 36 46-26
jordan@gewi.kfunigraz.ac.at

Schwule Infostelle auf der ÖH der Uni Graz und schwule

Uni-Gruppe
Schubertstr. 6a, 8010 Graz
Fr 10-11 Uhr/Alternativreferat
☎ (0316) 36 46-16

rainer.ferrares@kfunigraz.ac.at
[www.oeh.kfunigraz.ac.at/
ref-alternativ/schwule/](http://www.oeh.kfunigraz.ac.at/ref-alternativ/schwule/)

TIROL

HOSI Tirol

Innrain 100, 1. Stock,
6020 Innsbruck
☎ und Fax (0512) 56 24 03

Offener Abend:
Do 20.30-23.00 Uhr
Telefonberatung:
Do 20.30-23.00 Uhr
Coming-out-Gruppe:
jeden 1. und 3. Di im Monat

Autonomes

Frauen/Lesbenzentrum
Liebeneggstraße 15,
6020 Innsbruck
☎ (0512) 58 08 39

VORARLBERG

HOSI Vorarlberg

Postfach 841,
6854 Dornbirn
Treffen: bitte anfragen.
Rosa Telefon
jeden Do 18-20 Uhr:
☎ (05574) 46 90 414

HO in VO

(Homosexuelle in Vorarlberg)
Wolfgang Marchl
Postfach 13
6854 Dornbirn

Anfang Oktober 1997 hat die Europäische Menschenrechtskommission ihre Entscheidung in der Beschwerde Euan Sutherland gegen das Vereinigte Königreich veröffentlicht: Eine unterschiedliche Mindestaltersgrenze für hetero- und homosexuelle Handlungen stellt eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention dar (vgl. auch Bericht im Auslandsteil dieses Heftes ab Seite 50). Dieser Spruch hat natürlich direkte Auswirkungen auf § 209 StGB.

Ein Appell des HOSI-Wien-Vorstands

Nach dem Urteil der Europäischen Menschenrechtskommission:

Kein fauler Kompromiß beim § 209 StGB!

Diese direkte Auswirkung kann – ganz klar – nur sein: die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen. Und dies muß die österreichische Lesben- und Schwulenbewegung einig, geschlossen und konsequent einfordern. Es besteht nun nicht der geringste Grund mehr, uns auf irgendeinen faulen Kompromiß einzulassen. Wir dürfen jetzt die Nerven nicht verlieren.

Die HOSI Wien ruft daher alle Lesben- und Schwulengruppen in Österreich auf, für eine solche ersatzlose Streichung ein- und aufzutreten und nicht den geringsten Kompromiß in dieser Frage zu akzeptieren – insbesondere im Rahmen von Stellungnahmen zum Entwurf für ein neues Sexualstrafrecht, der heuer vorgelegt werden soll. Und insbesondere auch gegenüber den relevanten PolitikerInnen von SPÖ, Grünen und Liberalen.

Jegliche Vorschläge, mit denen ÖVP und FPÖ zum Einlenken und damit zur Zustimmung zu einem Mindestalter von 14 Jahren bewegt werden sollen, sind nunmehr genauso überflüssig wie

Kompromißangebote bei 16 Jahren: Es besteht jetzt überhaupt kein Grund mehr, ÖVP und FPÖ eine goldene Brücke zu bauen, damit sie aus dem menschenrechtswidrigen Eck, in das sie sich hineinmanövriert haben, herauskönnen. Ihr Standpunkt in dieser Frage ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Khol, Stadler und Konsorten sollen ruhig ihr Gesicht verlieren! Genau wie in der Promille-Frage und vielleicht auch beim Waffengesetz, wo sie ähnlich unmögliche Standpunkte eingenommen und vertreten haben. Wir werden sie in die Knie zwingen – wenn 3.000 SchülerInnen in der Promille-Frage dazu imstande waren, dann wird wohl auch eine halbe Million Lesben und Schwuler dazu fähig sein! Und je länger und verzweifelter sich die ÖVP gegen die Abschaffung des § 209 wehren wird, desto triumphaler wird letztlich unser Sieg sein!

Wir haben alle Trümpfe in der Hand

Lieber jetzt ein, zwei Jahre länger warten, als einem Kompromiß

zustimmen, der dann auf ewige Zeit einbetont bleibt! Die ÖVP kann diesen Kampf nur verlieren – wir haben alle Trümpfe in der Hand:

☛ Jeder, der ab nun nach § 209 StGB verurteilt wird, sollte sofort eine Beschwerde in Straßburg einreichen* – er gewinnt sie hundertprozent sicher –, und dadurch muß ihm die Republik auch alle entstandenen Kosten ersetzen sowie angemessene Entschädigung zahlen.

☛ Jeder 209er-Fall sollte sich sofort melden, damit er von Amnesty International als Gewissensgefangener adoptiert wird – daß dies geschieht, steht nach der Straßburger Entscheidung außer Zweifel.

☛ Opfer des § 209 sollten im Ausland um politisches Asyl ansuchen – unsere Schwesterorganisationen in Skandinavien und den Niederlanden werden sicherlich dabei behilflich sein. Daß eine Verfolgung nach einem Gesetz, das in Straßburg als Konventionsverletzung eingestuft wird, in jedem zivilisierten Land

als Asylgrund anerkannt wird, davon kann man wohl ausgehen.

☉ 1998 ist das UNO-Menschenrechtsjahr. Wir sollten versuchen, jede offizielle Veranstaltung dazu zu nutzen, auf diese konkrete Menschenrechtsverletzung durch Österreich hinzuweisen.

☉ Im zweiten Halbjahr 1998 wird Österreich die Präsidentschaft der Europäischen Union innehaben. Wir sollten die Anwesenheit tausender JournalistInnen aus aller Welt dazu nutzen, auf diese Menschenrechtsverletzung so intensiv und so oft wie möglich hinzuweisen!

☉ Sobald der EU-Vertrag von Amsterdam ratifiziert und in Kraft ist, könnten wir auch versuchen, gegen Österreich ein Verfahren gemäß dem neuen Artikel F a des EU-Vertrags anzustrengen. Dieser sieht vor, einem Mitgliedsstaat gewisse Rechte

abzuerkennen, falls er ständig die Grundsätze verletzt, auf denen die EU aufgebaut ist. Und die Einhaltung der Menschenrechte gehört eindeutig dazu. Auch wenn ein solches Verfahren nicht zustande kommt, die Bemühungen, es in Gang zu bringen, würden für Österreichs Diplomatie schon peinlich genug sein.

Und genau darum geht es: Wir sollten 1998 alles tun, um die Sache für die Koalitionsregierung so peinlich wie nur irgend möglich zu machen und sie nach Strich und Faden zu blamieren. Und wenn der Regierung und dem Parlament diese internationale Blamage nicht peinlich genug ist, dann werden sie vielleicht vom Kostenargument überzeugt. Wenn jährlich 20 bis 30 Verfahren in Straßburg vielleicht doch zu teuer kommen, sieht vielleicht auch die ÖVP die Unsinnigkeit, Sinn- und Ausichtslosigkeit ihrer Haltung ein.

Wenn uns all das überzeugend gelingt, dann wird die ÖVP merken, daß sie auf verlorenem Posten steht und in dieser Frage nachgeben muß.

Die HOSI Wien wird jedenfalls in den kommenden Monaten ihre Anstrengungen in diesem Sinne konzentrieren. Wir bieten allen Opfern des § 209 bestmögliche Unterstützung an, wenn sie bereit sind, Beschwerden in Straßburg einzubringen*, sich von amnesty international als Gewissensgefängene adoptieren zu lassen oder im Ausland um politisches Asyl anzusuchen. Wir werden 1998 zum Jahr der Menschenrechte von Lesben und

* Im Dezember 1997 wurden bereits zwei vom Rechtskomitee Lambda betreute 209er-Fälle als Beschwerdefälle der Menschenrechtskommission vorgelegt. Die Beschwerden sind voll ausformuliert und computergespeichert. Neue Beschwerden können daher jederzeit ohne größeren Aufwand (und damit ohne hohe Kosten) produziert werden – es genügt mehr oder weniger, in den Texten den Namen des Beschwerdeführers auszutauschen –, und schon kann die nächste Beschwerde nach Straßburg abgeschickt werden, denn an der inhaltlich-rechtlichen Argumentation wird sich in der Regel ja nichts ändern.

Schwulen und zum Europäischen Jahr des Kampfes gegen § 209 machen.

Wir appellieren an alle Lesben- und Schwulengruppen und ihre MitarbeiterInnen in Österreich, jeglichen Kompromiß in Sachen § 209 konsequent abzulehnen, gemeinsam Widerstand gegen jede andere Variante als die ersatzlose Streichung des § 209 zu leisten und Einigkeit und Geschlossenheit in dieser Frage über persönliche Interessen, vereins egoistische Motive und rechthaberisches Justament zu stellen.

DER VORSTAND
DER HOSI WIEN

SAG' MIR WO DIE MÄNNWEIBER SIND ...

Café Reiner
1040 Wien, Kettenbrückengasse 4
täglich von 21 - 04 Uhr geöffnet

Vor fünf Jahren ging Günter Tolar an die Öffentlichkeit und sprach über seine Homosexualität. Vergangenen November folgte Alfons Haider unter großem Medienecho diesem Beispiel.

Ein Bericht von
Christian Högl

Das Coming-out des Alfons H.



Der Umstand an sich hat wohl nicht viele überrascht. Daß Alfons Haider schwul ist, war auch über die Grenzen der Wiener Szene hinaus bekannt. Immerhin zählte er lange Zeit zum Stammpublikum der schwulen Innenstadt-Disco „Why Not“. Von seiner Kandidatur zu einer Art Mister-Gay-Vienna-Wahl in diesem Lokal legten übrigens bis vor wenigen Jahren Fotos, die den Weg zur Toilette säumten, Zeugnis ab.

Überraschend kam für manche der Entschluß des ORF-Stars, jetzt ein Going-public zu wagen. Den „Parade-Schwiegersohn der Nation“ muß dieser Schritt sicher einige Überwindung gekostet haben, denn die Angst vor Diskriminierung als Homosexueller hat ihn ja so lange Zeit davon abgehalten, sein Schwulsein zu bestätigen. Noch wenige Wochen vor seinem aufsehenerregenden Schritt hatte er in Claudia Stöckls Sonntag-Morgen-Sendung auf Ö3 beteuert, für ihn gebe es nichts Schöneres, als neben einer tollen Frau aufzuwachen.

Viele Lesben und Schwule haben ihm sein Versteckspiel übelgenommen. Kaum eine weibliche Hand, die vor einer Fernsehkamera von Alfons, dem Charmeur, ungeküßt blieb. Sein Image hatte makellos zu bleiben und möglichst nicht in Zusammenhang mit Homosexualität zu geraten. Immerhin verlegte sich Haider in den letzten Jahren darauf, Fragen zu Beziehungen und seinem Sexualleben mit dem Hinweis auf seine Privatsphäre zu quittieren. Mitunter ließ er sich bereits vor dem jetzigen großen Coming-out sogar zu vagen Bekenntnissen in Richtung Bisexualität

hinreißen („Ich habe in meinem Leben Beziehungen zu Frauen und Männern gehabt“).

Unbestritten ist jedenfalls sein großes Engagement in Sachen AIDS. Immer wieder hat er bei Benefiz-Veranstaltungen mitgewirkt und sich in Interviews gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV und AIDS ausgesprochen.

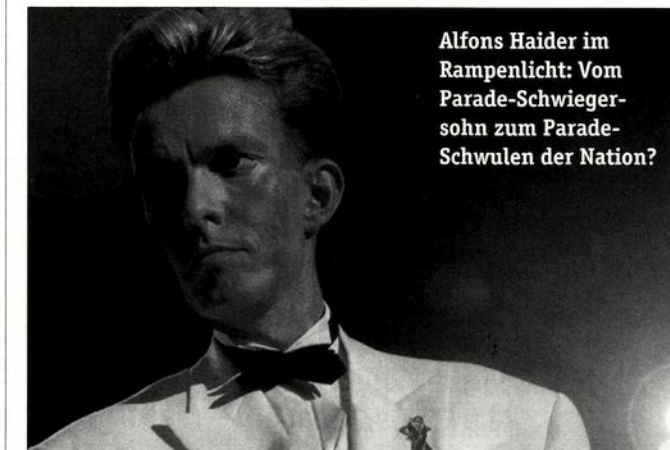
Gegenüber der HOSI Wien verhielt er sich immer sehr korrekt: Als wir Alfons Haider letztes Jahr zur Phettberg-Talk-Show ins HOSI-Zentrum einluden, rief er persönlich an, bedauerte, wegen eines Aus-

landsaufenthalts nicht kommen zu können, und bot sogar an, uns vielleicht bei einer anderen Gelegenheit zu unterstützen.

Outing-Drohung im Vorfeld

Auslösendes Moment für sein Going-public war eine anonyme Postkarte, auf der ihm mit einem Outing gedroht wurde. Es war kurz vor Vorstellungsbeginn seiner prominent besuchten „Haider for President“-Show am 24. November im Akzent-Theater, als ihm der Portier die bewußte Karte übergab.

Haider verlas sie im vollen Wortlaut am Ende der Vorstellung: *Soweit sind wir in Österreich noch nicht, daß auch ein Schwuler Präsident werden kann. Es ist wohl das schlechte Gewissen, das Dich Warmen für AIDS aktiv werden läßt. [...] Noch ein Wort zu Lugner oder Deinem „Namensvetter“ Haider und es ergeht ein Rundschreiben über Deine „wahre“ Identität als Schwuler.* – Das Publikum reagierte auf sein Coming-out mit solidarischen Standing Ovationen.



Alfons Haider im Rampenlicht: Vom Parade-Schwiegersohn zum Parade-Schwulen der Nation?

Großes Medienspektakel

Die folgenden zwei Wochen wurden für den Showmaster recht stressig. Auftritte im Fernsehen (*ZiB 2*, *Schießjok täglich*, *Willkommen Österreich* etc.) und Radio, Interviews in Zeitungen und Zeitschriften. Das Nachrichtenmagazin *profil* brachte Haider-Interview samt einer – etwas lieblos zusammengebastelten – Reportage („Wie Homosexuelle wirklich leben“),

schwul“ noch hinter der Flappe verberg, machte sie die Nummer der darauffolgenden Woche groß mit „Leben nach dem Outing“ und der leicht übertriebenen Schlagzeile „Schon 600.000 Österreicher sagen: Wir sind schwul“ auf. Im Heft gab es dann 17 Seiten Berichte zum Thema Homosexualität und Coming-out!

Vom gnadenlosen Mißbrauch des Begriffs „Outing“ abgesehen (richtig wäre „Going-public“ oder „Coming-out“; vgl. LN 3/97, S. 78 ff), war in

stian Högl wurde für die ausführliche „Leben in Rosarot“-Reportage im *NEWS* # 49 interviewt. Generalsekretär Kurt Krickler wurde bereits für die *NEWS*-Ausgabe # 48 um eine Stellungnahme zu Alfons' Coming-out befragt und für die Nummer 49 zu einem Runden Tisch in die *NEWS*-Redaktion eingeladen. Im Regional-TV-Sender „Wien 1“ nahm er am 1. Dezember ebenfalls an einem Studiogespräch zum Thema teil, und am 13. Dezember diskutierte er in einer Live-Sendung von *Radio 2000*, eines Privatsenders in Bozen. Selbst in Südtirol stieß Haider's Coming-out auf großes Interesse.

HOSI Wien gratuliert

Man mag zu Alfons Haider stehen, wie man will, mit seinem Going-public hat er, genauso wie fünf Jahre zuvor Günter Tolar, der Lesben- und Schwulenbewegung einen wichtigen Dienst erwiesen. Die HOSI Wien hat ihm in einem Brief zu seiner Entscheidung gratuliert und Solidarität bekundet. Jedes freiwillige Coming-out eines oder einer Prominenten tut unserer Sache gut. Haider ruft via *NEWS* auch andere prominente Homosexuelle auf, es ihm gleich zu tun: „Es wäre für die Sache

wichtig. Auch ich habe mich als neues Steinchen hinter dem Steinchen Tolar eingereiht, und so wird der Riß noch größer und bringt die Mauer der Intoleranz zum Bröckeln.“ Je mehr offene Lesben und Schwule in den Medien präsent sind, desto „normaler“ wird die Angelegenheit. Homosexualität ist dann nicht länger etwas Anonymes, nicht Angreifbares, und sie verliert den Nimbus des Anrühigen. Mit einem Homosexuellen wird dann nicht der böse, an Kinder Zuckerln verteilende Onkel, sondern vielleicht ein Sympathieträger, wie Alfons Haider oder Günter Tolar assoziiert. In diesem Sinne können wir nur an möglichst viele Prominente in den Zeitungs-, Radio- und TV-Redaktionen, im Theater, im Sport und in der Politik appellieren, dem Beispiel Haider's zu folgen!

Alfons Haider bewies jedenfalls im ganzen Trubel auch Sinn für Humor und Selbstironie. Bei der AIDS-Benefizveranstaltung *Together '96* im Ronacher vier Tage nach seiner „Enthüllung“ scherzte er bei einer Ansage auf der Bühne: „Beim nächsten Opernball können Barbara Stöckl und ich dann streiten, wer von uns beiden das Ballkleid trägt – sie oder ich.“



Coverstories in *profil* und *NEWS* für Haider's Going-public

und die Illustrierte *NEWS* ließ sich nicht lumpen: Nachdem sie in der Ausgabe vom 27. November am Cover das Bekenntnis „Alfons Haider: Ich bin

allen Medien die Berichterstattung durchwegs recht erfreulich. Auch für die HOSI Wien ergab sich die Gelegenheit, einmal mehr die politischen Forderungen zu wiederholen. HOSI-Obmann Chri-

LAMBDA - SCHWERPUNKT

Der Krampf der Kirchen mit der Homosexualität



Illustration: Jean Vermeir, Der Standard vom 4. November 1996

Nicht nur Alfons Haider sorgte in den letzten Monaten dafür, daß Homosexualität ein prominentes Thema in den Massenmedien war, sondern auch die Kirchen, allerdings in unterschiedlich positiver Form. Es hat sich einiges getan, und dank der Kirchen war das Thema Homosexualität im letzten Quartal des Vorjahres tatsächlich sehr präsent. Die *LAMBDA-Nachrichten* widmen daher dem unterschiedlichen Umgang der einzelnen Religionsgemeinschaften mit der Homosexualität eine Art Schwerpunkt in diesem Heft. Wir lassen hier in komprimierter und gesammelter Form die Ereignisse der letzten Monate – die erfreulichen wie die unerfreulichen – nochmals Revue passieren und geben dazu noch detaillierte Hintergrundinformation, die den Mainstream-Medien mitunter nicht zu entnehmen war.

Zu den erfreulichen Ereignissen gehört sicherlich der Beschluß der altkatholischen Kirche, gleichgeschlechtliche Paare zu segnen (Seite 14). Die evangelische Kirche rang sich bei ihrer Generalsynode zumindest dazu durch, diese Möglichkeit nicht mehr auszuschließen (Seite 15). Damit ist die Aufzählung der erfreulichen Neuigkeiten aber auch schon wieder zu Ende. Die unerfreulichen Dinge kommen einmal mehr von der römisch-katholischen Kirche, deren Wiener Erzbischof zuerst die schwul/lesbischen Gottesdienste aus seinen Kirchen verbannte, um dann Pfarrer Wahala mit Rede- und Berufsverbot zu belegen (Seite 18). Und in der Fundi-Katholen-Postille *Der 13.* lief ein gewisser Herr Dieman gegen Lesben und Schwule verbal Amok (Seite 24). Zu un-guter Letzt berichten wir noch über die Kontroverse um den „Rauschmiß“ des Lesben- und Schwulenforums aus der ehemaligen Synagoge zu St. Pölten, die schon für zwei Abendveranstaltungen angemietet gewesen war (Seite 25). Und, ganz aktuell, auch noch zum neuerlichen Fall Groër(s) (Seite 26).



American Discount

Comics-Magazines-Books

GROSSE AUSWAHL AMERIKANISCHER MAGAZINE IN ÖSTERREICH
IHRE REISELEKTÜRE 3X AM FLUGHAFEN WIEN
ZENTRALE: WIEN 4, RECHTE WIENZEILE 5, TEL: 587 57 72
WIEN 7, Neubaugasse 39 Tel: 523 37 07 WIEN 22, EKZ Donauzentrum Tel: 203 95 18
GRAZ, Jakoministraße 12 Tel: 83 23 24 SALZBURG, Alter Markt 1 Tel: 84 56 40

ASIAN AMERICAN SPORTSWORLD
WIEN 6, Linke Wienzeile 58 Tel: 587 26 83
LINZ, Herrenstraße 9-11!

Altkatholische Kirche: Segnungen erlaubt

Vergangenen Oktober erklärten die Altkatholiken die Segnungen von homosexuellen Paaren für zulässig.

Ein Bericht von Waltraud Riegler

Die Altkatholische Kirche, die in Österreich zwölf Gemeinden mit rund 19.000 Mitgliedern zählt und im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche das Zölibat ablehnt, hat auf ihrer Ordentlichen Synode am 18. Oktober 1997 nicht nur die Priesterweihe von Frauen beschlossen, sondern auch als erste Glaubensgemeinschaft Österreichs die Segnung von lesbischen und schwulen Lebensgemeinschaften erlaubt.

Dem vorausgegangen war ein jahrelanger Diskussionsprozeß um die Frage der Homosexualität. 1995 beschloß die Altkatholische Synode eine Stellungnahme, in der sie den Wunsch aussprach, daß „homosexuelle Menschen in ihrer Persönlich-

keit, ihrem Glauben und ihrer Mitarbeit in unseren Gemeinden angenommen werden“. Trotz der Kontroverse um die ethische Beurteilung von homosexuellen PartnerInnen-schaften wurde zu tolerantem Umgang mit Minderheiten aufgerufen.

Allerdings ist in diesem Text aus 1995 auch von Auffassungsunterschieden über die Akzeptanz von homosexuellem Verhalten die Rede: „Auffassungsunterschiede bestehen bei uns über die Akzeptanz homosexuellen Verhaltens im allgemeinen und bei Geistlichen. Wir sind aber darin einer Meinung, daß das Leben eines Geistlichen keinen Anlaß zu einem Ärger geben darf. Um konkreten Rat gebeten, bitten wir Bischof

und Synodalrat, Geistlichen und Laien Vertrauen entgegenzubringen. Konkrete Nachforschungen über das Privatleben eines Geistlichen sollen nicht angestellt werden.“

Die im Oktober 1997 verabschiedete Resolution geht über diesen Standpunkt hinaus, betont aber ebenso, daß eine sakramentale Ehe nur zwischen Menschen verschiedenen Geschlechts möglich ist. Die deutliche Stellungnahme für die Möglichkeit einer Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften kam laut einer Presseaussendung der Altkatholischen Kirche „überraschend“. Von den 83 stimmberechtigten Synodalen stimmten 68 für den Beschluß (siehe Kasten).

Doch auch in dieser Resolution kommen Ängste durch verschiedene Abgrenzungen zum Ausdruck: So sollen nur PartnerInnen-schaften einen Segen erhalten, „die auf Dauer angelegt sind“, und das Sakrament der Ehe bleibt weiterhin nur den Heterosexuellen vorbehalten. Ein Appell an die Politik, auch auf rechtlicher Ebene die Diskriminierungen von lesbischen und schwulen PartnerInnen-schaften zu beseitigen, fand bei der Synode keine Mehrheit.

In drei Jahren soll der Synode eine Ordnung für kirchliche Segnungen von gleichgeschlechtlichen Paaren vorgelegt werden.

Die Altkatholische Kirche hat in den letzten Jahren der Lesben- und Schwulenbewegung immer wieder ihre Offenheit bewiesen: So nahm im Mai 1997 die Diakonin Karin Leiter (die 1998 als zweite Frau in der Altkatholischen Kirche Österreichs zur Priesterin geweiht wird) als offizielle Vertreterin beim Gedenken an die homosexuellen KZ-Opfer in Mauthausen teil, und die von der römisch-katholischen Kirche vertriebenen Junia-Gottesdienste fanden monatelang in einer altkatholischen Kirche in Wien statt.

LN-Dokumente

Beschluß der Ordentlichen Synode der Altkatholischen Kirche Österreichs vom 18. Oktober 1997

- Die Altkatholische Kirche Österreichs nimmt die gleichgeschlechtliche Liebe von Menschen als eine Gegebenheit in der Schöpfung zur Kenntnis.
- Sie betrachtet die Sexualität des Menschen als Gabe Gottes und als lebenslange Aufgabe für den Menschen in persönlicher Verantwortung und Rücksichtnahme anderen gegenüber.
- Niemand darf wegen seiner/ihrer erotischen Prägung in bezug auf seine/ihre verantwortlich gewählte Lebensform diskriminiert werden.
- Die Synode der Altkatholischen Kirche Österreichs hält Segnungen von Haus- und Lebensgemeinschaften für möglich, die auf Dauer angelegt sind.
- Das Sakrament der Ehe ist allein für die Verbindung von Mann und Frau möglich.

„Auch auf einer homosexuellen Lebensgemeinschaft liegt der Segen Gottes“, stellte der Theologische Ausschuß der Evangelischen Kirche Österreich fest und empfahl der im November 1997 stattgefundenen Synode, vorläufig noch keine Segenshandlungen vorzunehmen. Das mit Mehrheit beschlossene Papier veranlaßte Synodenpräsident Peter Krömer, zurückzutreten.

Ein Bericht von Waltraud Riegler

Evangelische Kirche: Segen für Lesben und Schwule – aufgeschoben, aber möglich

Seit der Segnung von Irene und Jutta in der evangelischen Kirche von Simmering im August 1996 ist bei den Protestanten die Diskussion um die Anerkennung von Lesben und Schwulen sowie von homosexuellen Lebensgemeinschaften nicht abgebrochen. Der Theologische Ausschuß der Generalsynode der Evangelischen Kirche in Österreich (das Kirchenparlament aus Geistlichen und Laien) wurde beauftragt, eine Stellungnahme zu verfassen, die sich mit dem evangelischen Verständnis von Segen und kirchlicher Trauung und der Frage der Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften befaßt. Diese Stellungnahme wurde den Mitgliedern der im November 1997 in Linz tagenden Generalsynode zur Abstimmung vorgelegt.

„Homosexualität ist heilbar“

Schon im Vorfeld der Synode kamen Proteste gegen eine mögliche Bejahung von Segenshandlungen an homosexuellen Paaren. Eine Arbeitsgemeinschaft bekennender Christen appellierte Anfang November an alle Synodalen (das sind die Mitglieder des evangelischen Kirchenparlaments), gleichge-



schlechtliche PartnerInnen-schaften nicht anzuerkennen und zu segnen: „Eine Theologie, die statuiert, Homosexualität sei eine Schöpfungsvariante und damit unveränderlich und nicht therapierbar, raubt ferner jenen Betroffenen die letzte Hoffnung, die unter ihrer sexuellen Orientierung leiden und Hilfe suchen.

(...) Die Kirchenleitung möge Therapeuten aus Organisationen einladen, die speziell und erfolgreich therapeutisch ausgerichtet Seelsorge an Homosexuellen betreiben...“ Mit einem offenen Umgang mit homosexuellen Menschen dürfe nicht gleichzeitig die homosexuelle Praxis gutgeheißen werden, behauptet die Arbeitsgemein-

schaft und warf den Befürwortern der Segnung homosexueller Paare eine Provokation und Kirchenspaltung vor: „Beschlüsse, die eindeutig gegen Gottes Wort sprechen, können von vielen aus innerster Überzeugung nicht akzeptiert werden, da sie den Boden von Bibel und Bekenntnis verlassen.“ Kritisiert wurde auch die Bestellung eines homosexuellen Pfarrers in den Schuldienst in Salzburg. Die Arbeitsgemeinschaft bekennender Christen wurde erst im März 1997 gegründet und sieht sich zum „Dienst der Erneuerung“ in der Evangelischen Kirche berufen.

Kirchenleitung: Protest gegen Protest

Die Aussagen der Arbeitsgemeinschaft wurden von der Kirchenleitung, u. a. von Bischof Herwig Sturm, äußerst scharf zurückgewiesen: „Wir wenden uns eindeutig und entschieden gegen den Geist, der aus Ihrem Wort spricht“, und die „bekennenden Christen“ werden aufgerufen, ihr Schreiben öffentlich zurückzunehmen. Die Kirchenleitung wirft der Arbeitsgemeinschaft vor, den menschlichen Anstand und die „Achtung vor dem Evangelium Christi, das in unserem Umgang mit Menschen deutlich werden

muß“, zu verletzen. Weiters heißt es: „Ihr Brief ist der Evangelischen Kirche nicht würdig.“ Die Arbeitsgemeinschaft habe die Diskussion und die Verständigungsversuche zum Thema Homosexualität ignoriert, die Kirchenleitung, so im Brief, werde „trotzdem unermüdlich darauf eingehen und der Entschlossenheit der Synoden folgen, den homosexuellen Schwestern und Brüdern in unserer Kirche in einer Weise zu begegnen, die dem Evangelium von Jesus Christus entspricht.“

„Was Gott nicht billigt, darf die Kirche nicht segnen“

Auch der Bruder des Synodenpräsidenten, Gerhard Krömer, ein Pfarrer aus Schladming, der bereits im Herbst 1996 heftig gegen die Anerkennung von homosexuellen Mitarbeitern in der Kirche kämpfte, verschickte an die Synodenmitglieder eine Erklärung, in der Segnungen

homosexueller Paare abgelehnt werden und von Heilung die Rede ist: Gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften widersprechen „fundamental dem Willen Gottes und dürfen nicht abgesegnet werden“. Die Schladminger Erklärung wendet sich auch an die Regierung und gesetzgebenden Organe und fordert sie auf, die gesetzlich geschützte Institution von Ehe und Familie nicht noch weiter auszuhöhlen, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften nicht zu legitimieren und diese nicht der Ehe gleichzustellen. Es werden auch die GemeindemitarbeiterInnen aufgefordert, „die biblische Schöpfungsordnung von Ehe und Familie“ zu fördern und in den Mittelpunkt zu stellen.

Generalsynode sagt Ja zu Segen

Trotz aller Proteste und Erklärungen, daß Segnungen für lesbische und schwule Paare nicht in Frage kämen, wurde mit knapper Mehrheit in der Generalsynode (vereint die Kirche A. B. und H. B.) – 38 Stimmen dafür, 25 Stimmen dagegen – das grundsätzliche Ja zu Segenshandlungen an homosexuellen Paaren befürwortet. In der dazu vorgelegten Stellungnahme des Theologischen Ausschusses heißt es, daß auch eheanalogue Lebensgemeinschaften der Vergewisserung durch den Segen Gottes bedürften. Grundsätzlich sei nach Ansicht des Ausschusses ein öffentlicher Segnungsgottesdienst für Homosexuelle nicht auszuschließen, allerdings sollten vor der Freigabe noch liturgische und rechtliche Fragen geklärt werden.

In dem sechsseitigen Papier des Theologischen Ausschusses (siehe Auszüge Seite 17) wurde besonders auf den verantwortlichen Umgang mit der eigenen Sexualität und der der Mitmenschen hingewiesen. Das gelte für hetero-, homo- und bisexuelle Menschen in gleicher Wei-

se. Betont wird in dem Synodenpapier aber auch die Besonderheit der Ehe gegenüber anderen denkbaren Formen des menschlichen Zusammenlebens. Die Ehe sei weiterhin diejenige Institution, „in welcher das Zusammensein von Mann und Frau dem Willen Gottes entspricht“. Die Trauung sei auf die heterosexuelle Einehe beschränkt und unterscheide sich von den sonstigen Segenshandlungen. Allerdings, so die Stellungnahme, lebten auch eheanalogue Lebensgemeinschaften aus dem Geschenk der Versöhnung in Christus: „Da es nach biblischem Zeugnis nicht gut ist, daß der Mensch allein sei, dürfen wir damit rechnen, daß auch auf einer homosexuellen Lebensgemeinschaft der Segen Gottes liegt, so daß sie nicht nur für das Paar, sondern auch für seine Umgebung zu einem Segen wird.“

In der mehrstündigen Debatte mit pro und contra über das Papier des Theologischen Ausschusses plädierte Synodenpräsident Peter Krömer dafür, die Segnungsfrage zurückzuweisen. Der steirische Superintendent warnte davor, sich vom Zeitgeist leiten zu lassen, und betonte, daß Ehe und Familie im biblischen Schöpfungsbericht die grundsätzliche Form des Zusammenlebens sei. Universitätsprofessor Ulrich Körtner entgegnete, es gehe nicht darum, auf zeitgenössische Strömungen zu reagieren, sondern die Wirklichkeit von der Bibel her zu verstehen. Körtner rief zu Toleranz auf.

Der Schladminger Pfarrer Gerhard Krömer betonte abermals die Sündhaftigkeit der ausgelebten Homosexualität: „Wenn die Kirche die Segnung befürwortet, entfernt sie sich vom Wort Gottes. Sünde bleibt Sünde, auch wenn sie abgesegnet werde.“ Viele Wortmeldungen bezogen sich auf eine mögliche Spaltung der evangelischen Kirche, es sei mit Aufständen und großen Belastungsproben zu rechnen.

Nach der Verabschiedung des Papiers trat der Präsident der Synode von seinem Amt zurück: „Ich kann dieses Abstimmungsergebnis nicht nach außen vertreten“, begründete Krömer seinen Schritt.

A.B.-Kirche: zurück in die Ausschüsse

Doch dann dürfte es der Synode A. B. zu heiß geworden sein, denn einen Tag nach dem Generalsynoden-Beschluß war plötzlich alles anders: Die Synode A. B. konnte sich nicht zu dem bedingten Ja zur Segnung, wie es das Papier des Theologischen Ausschusses vorsieht, entschließen und verwies sämtliche Anträge zur Segnungsfrage an weitere Ausschüsse (siehe Dokument). Bischof Sturm meinte dazu: „Wir haben nicht nein ohne jedes Ja, aber auch nicht ja ohne jedes Nein gesagt.“

Für die Gemeinden der Evangelischen Kirche A. B. gilt damit weiterhin, bis zur Klärung der Frage keine Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren vorzunehmen. Peter Krömer, der als Präsident der Generalsynode zurückgetreten ist, blieb nach dem A. B.-Abstimmungsergebnis weiter Präsident der Synode A. B.

Im Gegensatz zur Synode A. B. beschlossen die Reformierten – die Synode H. B. – die Annahme der Stellungnahme und damit die Segnung von homosexuellen Lebensgemeinschaften. Innerhalb eines Jahres sollen noch offene Fragen geklärt werden, meinte der reformierte Landesuperintendent Peter Karner, aber die Frage der Segnung dürfe nicht in Ausschüssen verschwinden. Karner zeigte sich auch verwundert über die „latente Dummheit, die oft nicht nur in der Politik, sondern auch in der Kirche herumgeistert.“ Es sei unverständlich, daß trotz eines Theologiestudiums oft die Bibel in einer Weise ausgelegt werde, „die schon vor 100 Jahren hinterwäldlerisch war“.

Beschlüsse der Synoden der Evangelischen Kirche in Österreich zum Thema „Segnung homosexueller Paare“

Stellungnahme des Theologischen Ausschusses der Generalsynode (Auszüge)

Die Bitte um Segnung

- 1 Die gesellschaftlichen Umwälzungen der vergangenen Jahrzehnte auf dem Gebiet der Sexualität und der Beziehung der Geschlechter haben neue Lebensformen entstehen lassen. Immer öfter leben Männer und Frauen ohne die institutionelle Bindung der Ehe zusammen, und immer seltener erbitten sie dafür den Segen Gottes. Wo dies aber geschieht, ist es nicht nur alter und guter Brauch, sondern kommt darin das Wissen um die Gebrochenheit menschlichen Lebens auch in der Ehe zum Ausdruck, wie auch das Bekenntnis zu Gottes Verheißung, daß aus der Rechtfertigung des Gottlosen diese Gemeinschaft gelingen kann.
- 2 Seit homosexuelle Lebensgemeinschaften nicht mehr kriminalisiert werden, wird auch von solchen Paaren die Bitte um Segnung ihrer Partnerschaft an die Kirche herangetragen.

Die ethische Beurteilung nichtehelicher und homosexueller Lebensgemeinschaften

- 1 In ihrer Gesamtheit sind die oben genannten Elemente menschlichen Lebens nur in Ehe und Familie lebbar. Doch lassen sich einzelne dieser Elemente auch in anderen Formen des Zusammenlebens verwirklichen. Aus christlicher Sicht verdienen darum auch nichteheliche Lebensgemeinschaften Anerkennung, Achtung und Schutz, sofern sie in eheanaloger Weise ethisch begründet und verantwortlich gelebt werden: in dem Willen zu dauerhaftem Zusammenleben, ganzheitlicher personaler Zuwendung und Treue.
- 2 Bei Menschen, die eindeutig und unveränderlich homosexuell geprägt sind, anerkennen wir, daß sie eine heterosexuelle Ehe nicht eingehen können. Dennoch gilt auch für sie, daß es ihre moralische Aufgabe ist, ihre Sexualität verantwortlich und im Geist der Liebe in ihr Personsein zu integrieren. Neben der Möglichkeit, enthalten zu leben, ist darum aus der Sicht des christlichen Glaubens auch anzuerkennen, wenn Homosexuelle auf ethisch verantwort-

liche. Nach evangelischem Verständnis läßt sich ein öffentlicher Segnungsgottesdienst nur dann theologisch rechtfertigen, wenn es dabei einen begründeten Anlaß zu evangeliumsgemäßer öffentlicher Verkündigung gibt.

4 Im Falle einer Eheschließung ist es allgemeiner Brauch und entspricht es unserer theologischen Überzeugung, die Eheleute in einem öffentlichen Gottesdienst zu segnen.

Im Falle homosexueller Partnerschaften stellt sich die Aufgabe, zu prüfen, ob auch in diesen Fällen die öffentliche Verkündigung des Evangeliums und der Segen für das Paar dem Auftrag Jesu Christi entsprechen.

che Weise eine dauerhafte gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft eingehen, die sich am Leitbild der heterosexuellen Ehe orientiert und auf analoge Weise durch Freiwilligkeit, Ganzheitlichkeit, Verbindlichkeit, Dauerhaftigkeit und Partnerschaftlichkeit bestimmt ist.

5 Wird die Möglichkeit homosexueller Partnerschaften theologisch und kirchlich anerkannt, so bedeutet dies nicht, die Leitbildfunktion der Ehe in Gesellschaft und Kirche preiszugeben. Wie oben ausgeführt wurde, ist sie auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen theologisch und anthropologisch begründet und wird durch eine Neubewertung der Homosexualität nicht gemindert, sondern bestärkt.

Zur Frage von Segenshandlungen bei homosexuellen Lebensgemeinschaften

- 1 Aus den obigen Ausführungen folgt, daß nicht nur die Ehe eine biblische Verheißung hat, die es öffentlich zu bezeugen gilt, sondern daß auch eheanalogue Lebensgemeinschaften aus dem Geschenk der Versöhnung in Christus leben, ihren Glauben in Vergebung und Neubeginn praktizieren und der Vergewisserung durch den Segen Gottes bedürfen. Da es nach biblischem Zeugnis nicht gut ist, daß der Mensch allein sei (1. Mose 2,18), dürfen wir damit rechnen, daß auch auf einer homosexuellen Lebensgemeinschaft der Segen Gottes liegt, so daß sie nicht nur für das Paar, sondern auch für seine Umgebung zu einem Segen wird.
- 2 Grundsätzlich ist daher nach Ansicht des Theologischen Ausschusses ein öffentlicher Segnungsgottesdienst für homosexuelle Lebensgemeinschaften nicht auszuschließen, weil es unter den genannten Voraussetzungen

einen begründeten Anlaß zu evangeliumsgemäßer öffentlicher Verkündigung gibt, die im Segen ihren sichtbaren und sinnlich erfahrbaren Ausdruck findet.

3 Vor einer Freigabe öffentlicher Segenshandlungen sind allerdings noch verschiedene Voraussetzungen zu klären und ist ein entsprechender rechtlicher und liturgischer Rahmen zu schaffen:

- Es sind seelsorgerliche und kirchenrechtliche Kriterien zu erarbeiten, unter welchen Voraussetzungen eine nichteheliche Lebensgemeinschaft öffentlich gesegnet werden kann; insbesondere ist die Verbindlichkeit dieser Partnerschaft zu klären.
- Eine liturgische Ordnung für solch eine Segenshandlung ist zu erstellen und zu erproben.
- Es ist zu klären, in welcher Weise eine öffentliche Segenshandlung innerkirchlich dokumentiert werden soll.
- Es ist darauf zu achten, daß dabei auf die Gemeinschaft der Kirchen in den Konfessionsfamilien und in der Ökumene Rücksicht genommen wird.

Anträge

- 1 Der Theologische Ausschuss ersucht die Generalsynode, diese Stellungnahme zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.
- 2 Der Theologische Ausschuss ersucht die Generalsynode im Sinn des Punkte VI. (Segenshandlungen bei Homosexuellen, Anm. LN), die entsprechenden Ausschüsse mit der Weiterarbeit zu betrauen, wobei von vornherein klargestellt wird, daß die Verantwortung der Presbyterien und Pfarrer nicht beeinträchtigt werden darf (Niemand kann gezwungen werden, LN).
- 3 Der Theologische Ausschuss empfiehlt der Generalsynode, daß bis zur Klärung der unter VI. genannten Punkte von öffentlichen Segnungen nichtehelicher Partnerschaften in unserer Kirche Abstand genommen wird.

Die Stellungnahme des Theologischen Ausschusses wurde von der Generalsynode am 20. 11. 1997 mit 38 gegen 25 Stimmen angenommen.

Beschluß der Synode A. B.

„Die 6. Session der 11. Synode A.B. weiß um die Beschlüßfassung der 6. Session der XI. Generalsynode zum evangelischen Verständnis von Segen und kirchlicher Trauung sowie zur Frage der Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Die Synode A.B. konnte die verschiedenen divergierenden Stellungnahmen zu dieser Frage nicht zu einem Magnus Consensus führen und verweist sämtliche Anträge und Stellungnahmen zu diesem Problemkreis dem Theologischen Ausschuss A. B., Rechts- und Verfassungsausschuß A. B. sowie dem Ausschuss A. B. für Gottesdienst und Kirchenmusik zur weiteren Beratung zu.“

Beschluß wurde am 21. 11. 1997 mit 3 Gegenstimmen angenommen.

Beschlüsse der Synode H.B.

Die Stellungnahme des Theologischen Ausschusses der Generalsynode zum evangelischen Verständnis von Segen und kirchlicher Trauung sowie zur Frage der Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Beschluß wurde am 18. 11. 1997 mit 22 gegen 1 Stimme angenommen.

Die Generalsynode wird ersucht, entsprechend Punkt VI. der Stellungnahme des Theologischen Ausschusses zum evangelischen Verständnis von Segen und kirchlicher Trauung sowie zur Frage der Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften die entsprechenden Ausschüsse mit der Weiterarbeit zu betrauen.

Beschluß wurde am 18. 11. 1997 einstimmig angenommen.

In der Evangelischen Kirche H. B. wird bis zur Klärung der unter Punkt VI. der Stellungnahme des Theologischen Ausschusses der Generalsynode genannten Punkte von öffentlichen Segnungen Abstand genommen und solche Klärung soll bis zur nächsten Session der Synode H. B. erfolgen.

Beschluß wurde am 18. 11. mit 22 gegen 1 Stimme angenommen.

Katholische Kirche: Die Ratten werden vertrieben

Nach dem Verbot, Lesben- und Schwulengottesdienste in einer katholischen Kirche zu feiern, dem Hinauswurf von Pfarrer Wahala und beleidigenden Aussagen in *Der 13.* sind Österreichs Lesben und Schwule wieder einmal empört über die katholische Kirche.

Über Dialogverweigerung und Vertreibungen berichtet
Waltraud Riegler



Gottesdienst unter der Brücke mit Barbara Heyse-Schaefer (evang.), Johannes Wahala (kath.) und Günther Dolezal (altkath.)

Lesben und Schwulen ist seit Jahrhunderten klar: Ein ruhiges Plätzchen in der katholischen Kirche ist ihnen nicht vergönnt, immer wieder hat man mit den verschiedensten Mitteln und Methoden auf sie hingedroschen und sie vertrieben, ja umgebracht, am Scheiterhaufen verbrannt, mit Liebesverbot belegt

und als SünderInnen verdammt. 1997 ist es vielleicht ein bißchen anders – oder?

Vertrieben aus dem Gotteshaus

Weihnachten 1996 fand sich eine Arbeitsgruppe zusammen, um allmonatlich einen Gottes-

dienst für Lesben und Schwule in einer Kirche zu organisieren. Die „Junia“-Gruppe um Pfarrer Johannes Wahala erreichte, daß Homosexuelle an evangelischen, altkatholischen und auch römisch-katholischen Orten zusammenkommen konnten. Ganz erfreut war man, als die Junia-Gottesdienste zuerst in der Krypta der katholischen

Schottenkirche möglich wurden. Doch die Freude hielt nicht lange: Angeblich auf Intervention von ÖVP-Mann Robert Lichal durfte der Raum im Keller nicht mehr von Lesben und Schwulen benutzt werden. Erzbischof Christoph Schönborn richtete die dringende Bitte an die Schottenkirche, keine Junia-Gottesdienste dort

mehr zu ermöglichen, denn er hätte Sorge wegen der unmittelbaren Nähe zur Schule. Der Arbeitskreis begab sich daher auf die Suche nach einem anderen katholischen Ort. Im Sommer 1997 lehnte Schönborn konkrete Vorschläge ab und entschied, daß für die Junia-Gottesdienste, sofern sie öffentlich angekündigt werden, grundsätzlich keine katholische Kirche zur Verfügung stehe.

Ausgrenzt unter der Brücke

Da somit in keiner katholischen Kirche ein Zusammenkommen möglich war, fand der Oktober-Gottesdienst im Kanal des Wienflusses beim Stadtpark statt. Diese Feier verursachte großes mediales Interesse, das wiederum für noch mehr Wirbel sorgte. Die ORF-Religionsabteilung zeichnete am 21. Oktober vor dem Gottesdienst eine direkt im Wienfluß veranstaltete Podiumsdiskussion für ihre Reihe „Die Box“ auf. Zum Thema „Wie gehen Österreichs Kirchen mit Homosexuellen um?“ diskutierten der altkatholische Bischof Bernhard Heitz, der evangelische Theologe Kurt Lüthi und die ehemalige Nonne Elisabeth Rosenmayr vor dem Wienfluß-Kanal als Kulisse. Vertreter der Erzdiözese Wien waren eingeladen, aber die katholische Kirche weigerte sich als einzige Religionsgemeinschaft, an der TV-Diskussion teilzunehmen.

„Gottesdienst im Kanal ist geschmacklos“

Bereits vor der Ausstrahlung dieser „Box“-Diskussion in der Religionssendung „kreuz + quer“ am 22. Oktober ging der Wirbel los. Der Pressesprecher der Erzdiözese Wien, Kurt Bergmann, intervenierte bei der ORF-Hörer- und Sehervertretung und bezeichnete den Aufzeichnungsort im Kanal als „effektheischend“: „Geschmacklos – es bleibt dahingestellt, ob die-

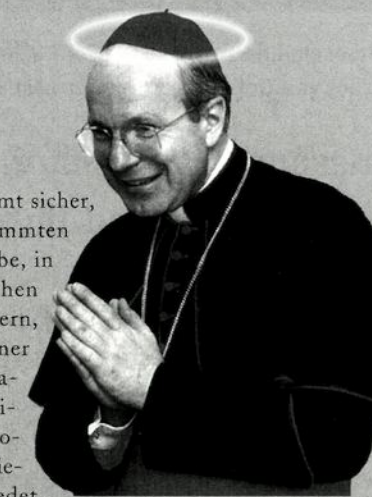
se Gruppe, die eine Sondergemeinde darstellen möchte, im Interesse aller Homosexuellen handelt. Wir sind für Integration und nicht Ghettoisierung. Es ist quotenheischerisch, die „Box“ vor diesem Hintergrund aufzustellen. Wenn ein Privater das macht – bitte sehr. Aber der ORF hat den Inhalten gerecht zu werden.“

Erzbischof Schönborn, der keine katholische Kirche für die Junia-Gottesdienste öffnen wollte, begann angesichts des Kanal-Gottesdienstes Wahala anzugreifen: „Pfarrer Wahala hat von mir keinerlei Mandat zu einer ausdrücklichen Homosexuellenseelsorge,“ erklärte er in einem peinlichen Interview auf Ö1 am 21. Oktober, in dem er das von ihm verhängte Verbot schwul/lesbischer Gottesdienste verteidigte (siehe Abschrift des Radio-Interviews auf dieser Seite). Die HOSI Wien nahm Schönborns Rauswurf der Junia-Gemeinde und seine Aussagen in diesem Interview zum Anlaß für eine scharfe Presseaussendung am 22. Oktober 1997 (siehe Kasten auf Seite 20).

Studientag mit Udo Rauchfleisch

Die Junia-Gemeinde hoffte indes, nach all diesen Aufregungen durch einen Studientag eine Dialogmöglichkeit anzubieten. Unter dem Titel „Homosexualität und katholische Kirche“ fand Anfang November 1997 im Wiener Bildungshaus Lainz ein Studientag statt, an dem über 150 Frauen und Männer, Lesben, Schwule, deren Eltern sowie engagierte ChristInnen teilnahmen. Auftakt zum Studientag bot ein Abend mit Lebensgeschichten. Sehr bewegend erzählten Schwule, darunter ein offen lebender evangelischer Pfarrer und ein versteckt lebender katholischer Pfarrer, eine Lesbe sowie die Mutter eines schwulen Kindes, die bekannte Buchautorin Maria Hauser, ihre oft schrecklichen

Erzbischof Schönborn im *Abendjournal* (Ö1) vom 21. 10. 1997



Schönborn: Es stimmt sicher, daß ich einer bestimmten Gruppe nicht erlaube, in katholischen Kirchen Gottesdienst zu feiern, weil sie sich in einer Weise deklariert haben, von der ich meine, daß sie kontraproduktiv ist. Immer wieder wird davon geredet, die Homosexuellen wollen nicht als Ghetto betrachtet werden, und hier habe ich den Eindruck, daß eine Gruppe sich eben gerade dadurch, daß sie ausdrücklich einen Gottesdienst für Homosexuelle ankündigt, eigentlich sich wieder in ein Ghetto begibt.

Ö1: Aber es gibt ja auch Ausländergottesdienste oder Gottesdienste für die katholische Männerbewegung. Das heißt, es gibt spezielle Gottesdienste.

Ja, das ist auch etwas anderes, denn ich meine, die homosexuelle Neigung ist nicht dasselbe wie Ausländer zu sein oder wie einer bestimmten Bewegung zugehören, das ist ein seelisches, menschliches Problem, ein Lebensproblem. Ich halte es für ungut, wenn man die Homosexuellen zu einer Gruppe macht.

Stimmt es, daß Sie Pfarrer Wahala verboten haben, an dem Gottesdienst teilzunehmen?

Pfarrer Wahala hat von mir keinerlei Mandat zu einer ausdrücklichen Homosexuellen-Seelsorge, das habe ich ihm sowohl mündlich als auch schriftlich übermittelt.

Herr Erzbischof, in vielen christlichen Kirchen gibt es Überlegungen, ob man homosexuelle Paare segnen soll. Manche haben es auch schon umgesetzt. Ist die katholische Kirche besonders homophob, das heißt, besonders gegen Homosexuelle eingestellt?

Ich glaube, die katholische Kirche, ich glaube auch, jede christliche Kirche sollte in dieser Frage vor allem die Wahrhaftigkeit pflegen und sich um sie bemühen. Zur Wahrhaftigkeit gehört auch, daß es viele Menschen gibt, die unter einer solchen Neigung leiden, die sie als eine Last empfinden, die auch einen Weg heraus suchen.

Heißt das, Homosexualität ist eine Krankheit?

Homosexualität ist in vielen Fällen eine Persönlichkeitsentwicklung, die viel mit emotionalen Defiziten zu tun hat. Daß zu wenig Liebe des Vaters, zu wenig Liebe der Mutter oder zu viel, eine erdrückende Liebe der Mutter erfahren worden ist und daß Menschen sich in ihrer geschlechtlichen Identität nicht voll entfalten konnten. Und in diesem Sinne ist es tatsächlich eine Störung. Es wird zumindest auch von vielen Menschen, die homosexuell empfinden, als eine Störung und als ein Leiden empfunden. Und das zu benennen ist heute fast ein Tabu geworden.

HOSI-Pressaussendung vom 22. Oktober 1997

**Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien verurteilt
Verbot von Gottesdiensten für Lesben und Schwule:**

**Aussagen Erzbischof
Schönborns sind pure Hetze**

„Daß Erzbischof Christoph Schönborn die sogenannten JUNIA-Gottesdienste für Lesben und Schwule in katholischen Kirchen verboten hat, ist ein Rückfall ins tiefste Mittelalter“, kommentiert HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler diese Entscheidung. „Wir empfinden diese Maßnahme als zutiefst unmenschlich und auch höchst unchristlich. Die gestern im Radio von Schönborn dazu abgegebene Begründung ist überdies völlig unwissenschaftlich und vorurteilsbeladen. Es ist beschämend, daß sich einer der höchsten Kirchenvertreter in Österreich derartige Ansichten zum Phänomen der Homosexualität öffentlich zu vertreten getraut, auch wenn er sie scheinheilig in Worte des Mitleids kleidet.“

Austrittsappell

„Dieses Vorgehen ist umso unverständlicher, als andere christliche Religionsgemeinschaften ihre Position zur Homosexualität schon längst zum Positiven geändert haben, etwa die evangelische Kirche oder jüngst die altkatholische, die in Hinkunft gleichgeschlechtliche Paare auch segnen wird“, betont HOSI-Wien-Obmann Christian Högl. „Angesichts dieser anachronistischen Haltung der röm.-kath. Kirche kann man nur alle religiös empfindenden Lesben und Schwulen – und ihre SympathisantInnen und FreundInnen – auffordern, dieser Kirche den Rücken zu kehren und in lesben- und schwulenfreundlichere Kirchen überzutreten. Wir appellieren auf alle Fälle an alle – ob gläubig oder nicht – aus der röm.-kath. Kirche auszutreten.“

**Anti-Diskriminierungsgesetz
dringend notwendig**

„Die Äußerungen Schönborns, mit denen er gestern und heute im Radio versuchte, Lesben und Schwule zu pathologisieren und als etwas Abnormes und Abartiges darzustellen, zeigen auch einmal mehr, wie wichtig ein Antidiskriminierungsgesetz wäre, durch das auch Lesben und Schwule vor derartigen verbalen Übergriffen geschützt würden. Wie lange sollen Lesben und Schwule noch ohne rechtlichen Schutz solchen beleidigenden Äußerungen ausgesetzt sein? Schönborns Aussagen sind vergleichbar mit rassistischer Hetze“, meint Högl weiter.

Radio Wien zitierte in seinen Nachrichtensendungen am 22. 10. aus der HOSI-Pressaussendung (Aufruf zum Austritt) ebenso wie die Ö1-Sendung *Religion aktuell*, desgleichen *Der Standard* vom 23. 10. HOSI-Wien-Obmann Christian Högl wurde in dieser Angelegenheit dann auch am 27. Oktober in der FM4-Sendung *Homepage* interviewt.

Erfahrungen mit den Kirchen. Das Hauptreferat hielt der Schweizer Psychologe und Psychotherapeut Udo Rauchfleisch (vgl. auch LN 1/97, S. 29). In seinen Ausführungen zu den anthropologischen und soziologischen Grundlagen der Homosexualität zeigte er die tiefen Ursachen der Ausgrenzung von Lesben und Schwulen auf und forderte von der Kirche Unterstützung und Akzeptanz: „Es muß Platz sein in unseren Kirchen für jede Nationalität, jede Rasse und jede sexuelle Orientierung.“ In den anschließenden Anfragen wies Rauchfleisch kompetent auf dubiose Forschungsansätze, fragwürdige Verführungs- und Heilungstheorien hin.

Ergänzt wurde der Studientag durch eine Reihe von Arbeitskreisen zu den unterschiedlichsten Themen wie Coming out, kirchliche MitarbeiterInnen, Lebensgemeinschaften, Moral, Bibel sowie Eltern. In den einzelnen Arbeitskreisen wurden Visionen und Impulse formuliert und dem Plenum vorgestellt: Gefordert wurde ein offener Dialog der katholischen Kirche mit Lesben und Schwulen, die Weiterbildung von Seelsorgern, eine Förderung von Elterngruppen sowie Aufklärung in der Kirche und eine Kontaktstelle für Diskriminierte. Die Anerkennung von Lebensgemeinschaften wurde zwar gewünscht, dabei aber betont, daß eigentlich derzeit keine Hoffnung auf Veränderung der Kirche zu dieser Forderung bestünde. Interessant war die Reaktion des Publikums auf die „Vision“ des Lesbenarbeitskreises: Von den Lesben war gefordert worden, nicht nur das Priesteramt für Frauen zu öffnen, sondern dabei lesbische Frauen zu bevorzugen. Ein Aufschrei der Empörung ging durch den Saal... Mitorganisator Johannes Wahala betonte, daß eine Annäherung und ein Dialog gewünscht, aber momentan nicht möglich wäre. Zum Studientag waren auch offizielle Vertreter der katholischen Kirche eingeladen,

die Gelegenheit, etwas zu lernen und einen Dialog zu beginnen, wurde aber nicht genutzt. Die Organisatoren werden eine Dokumentation erstellen und wollen abermals einen Studientag anbieten.

Pfarrer wird gefeuert

Nur wenige Tage nach dem Studientag wurde Wahala in die Erzdiözese zu Schönborn und Generalvikar Helmuth Schüller vorgeladen, wo ihm mitgeteilt wurde, er sei „ungehorsam“ geworden, weil Wahala trotz eines ausdrücklichen Verbotes (das es laut Wahala nie gegeben habe) am Gottesdienst im Wienfluß teilgenommen habe. Einen Dissens in Lehr- und Glaubensfragen gäbe es aber nicht. Schließlich erhielt Wahala ein Schreiben Schönborns, in dem ihm Redeverbot erteilt und ihm dann noch seine Pfarren entzogen wurden. In dem Schreiben heißt es: „Aufgrund ihres öffentlich bekundeten Dissenses mit mir als Ihrem Ordinarius entbinde ich Sie mit heutigem Datum von Ihren Funktionen als Moderator der Pfarren Trautmannsdorf an der Leitha und Sarasdorf sowie als Dechant-Stellvertreter des Dekanats Bruck an der Leitha. Ich untersage Ihnen, öffentliche Stellungnahmen zum Thema Homosexualität und erinnere Sie daran, daß Sie diesbezüglich kein Mandat erhalten haben.“

Die Amtsenthebung löste einen Sturm der Entrüstung nicht nur in der Lesben- und Schwulenbewegung aus. HuK Wien und HOSI Wien meldeten sich in Pressaussendungen zu Wort (siehe Kasten auf Seite 22), die Medien berichteten tagelang über die Suspendierung. In vielen Kommentaren wurde die Amtsenthebung und das Redeverbot als Machtdemonstration der katholischen Kirche bezeichnet. Ulrike Lunacek, Bundesgeschäftsführerin der Grünen, warf in einem Kommentar im *Standard* vom 2. Dezember 1997 der Kirche vor, einen Dia-

Offener Brief an Erzbischof Christoph Schönborn (leicht gekürzt)

Sehr geehrter Herr Erzbischof!

Ich bin entsetzt und empört über Ihr Verbot, ökumenische Gottesdienste von Homosexuellen in katholischen Kirchen „Ihrer“ Diözese zu feiern, über das Verbot an Pfarrer Wahala, den Gottesdienst mitzufeiern und über Ihr Statement im ORF. Das zeugt vom Unwillen und Unvermögen kirchlicher Würdenträger, sich Erkenntnissen der Humanwissenschaft zu stellen – das hat Tradition in der Kirchengeschichte! –, sich mit diesen profund auseinanderzusetzen und darüber hinaus in dieser Frage z. B. auch Kontakte zu Homosexuellen zu pflegen und sich so kundig zu machen. Wie aufschlußreich ist Ihre Aussage: Homosexualität habe „viel mit emotionalen Defiziten zu tun.“ „Daß zuwenig Liebe des Vaters, zuwenig Liebe der Mutter oder zuviel, eine erdrückende Liebe der Mutter erfahren worden ist...“ Was jetzt? Zuwenig oder zuviel, vom Vater oder von der Mutter? Lesen Sie einmal das Büchlein von Maria Hauser, die drei Kinder hat, und eines der drei – ihr Sohn – ist schwul. Sie hat dann begonnen, sich kundig zu machen. Eigenartig, da hat sie richtig dosiert bei zwei Kindern, beim dritten... Ich kenne so viele zuwenig geliebte Menschen, nur wenige von ihnen sind homosexuell. Verzeihen Sie mir: So ein Schwachsinn, und das öffentlich vom höchsten Kirchenvertreter Wiens! Und das nach Groër, der die Kirche von Wien zum Gespött der aufgeschlossenen Menschen gemacht hat!

Sind Sie der, der die Tür zu Gott öffnet oder verschließt? Wissen Sie als Amtsträger so

genau, wer ihm nahe ist, sind Sie ihm nahe? Können Sie als „Hirte im recht verstandenen Sinn“ vor Ihm bestehen? Sie haben die Tür niemanden zu verschließen, überlassen Sie das dem Urteil Jesu, der wenig mit Hohepriestern zu tun hatte, aber viel mit denen, die für unrein gehalten wurden, die geächtet wurden. Natürlich haben wir Homosexuelle das Recht, in diesem Klima der katholischen Kirche Gottesdienst miteinander zu feiern. Bis heute kann ich nicht verstehen, daß Sie jemand deshalb fragt. Es tut uns gut, miteinander zu beten und zu feiern, der kleinen Minderheit in der Minderheit, der das ein Bedürfnis ist. Und begreifen Sie endlich – das ist ein ökumenischer Gottesdienst, in der die katholische Hierarchie nicht allein bestimmt, katholische Kirchen könnten auch mit gastlicher Ort sein. Es war auch kein Protestgottesdienst, ein Zeichen schon.

Weil Sie uns als defekt sehen, wollen Sie keine Vergemeinschaftung, die skurrilsten Häufchen dürfen das – wir nicht. Das stört die Kirche der „Reinen“. Wie ist das dann mit den homosexuellen Priestern und Ordensleuten und den nicht zölibatären kirchlichen „Laienangestellten“...? Haben letztere lebenslang nicht das Recht, eine ihnen mögliche Beziehung zu leben? Und gibt es keine Beziehungsbehinderten unter Kardinälen, Päpsten, Priestern, Ordensleuten, unter den „Reinen“? Emotionale Defizite – woher die? Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum es Menschen gibt, die unter einer „solchen

Neigung leiden“? Gerade die kirchlich sozialisierten Menschen leiden, warum wohl? Menschliche Beziehungen, Nähe, Zärtlichkeit ... sind etwas Schönes und etwas Schwieriges zugleich.

Endlich muß unterschieden werden: Was ist Mißbrauch und was ist Stehen zur „guten Gabe Gottes“? Wenn Sie jemanden, der Jungen mißbrauchte – so der Vorwurf – nach Heiligenkreuz stecken, was erwarten Sie sich von dieser Therapie? Und wenn Sie den geplanten „Fachtag“ im März 1998 mit einem amerikanischen Heilungsapostel veranstalten, dann ist halt ein neues „skurriles Gärtchen“ angelegt, es gibt deren schon genug – vom Engelwerk bis zum wirtschaftsmächtigen „Opus Dei“ (schon der Name ist eine Blasphemie!). Da wird die Fachwelt aber aufhorchen und gewiß in einen ernstzunehmenden Dialog mit der katholischen Kirche treten!

Noch zu Erlaubnis oder Nichterlaubnis für Pfarrer Wahala: Braucht es die? Braucht es ein Mandat? Vielleicht wollen die, die Sie „beseelsorgen“ wollen, nicht den Mann Ihrer Wahl, einen „charismatischen Heiler“? Die seelischen Krüppel kann man dann ja zur Therapie schicken! Hier geht es allein darum, daß ein Priester, der „solche“ Menschen kennengelernt hat, mit ihnen betet und feiert, mit Geschwistern aus anderen christlichen Gemeinschaften. Wie gut, daß es die gibt, sie ergänzen vielleicht zu dem, was Jesus insgesamt gemeint hat. Aber, darf Wahala das nicht? Wozu eine offizielle

Bestellung? Es gibt mehr Priester, die dies tun, keiner mit einem Auftrag bisher. Wovor haben Sie Angst, Herr Erzbischof? Vor der römischen Kurie und Karrierebehinderung? Vor sich selbst? Hört endlich auf, Menschen zu verwalten zu wollen, bevormunden zu wollen. Lernen sie kennen, erweitert die Spielräume für Diskriminierte. Vielleicht schenken sie Euch Nähe, werden sie zur Befreiung für Euch. Gottes Schöpfung ist viel bunter, als sich die römische Kurie erträumen kann. Und laßt das lebendige Leben zu – aus Fleisch und Blut –, die Nähe der Umarmung, alle Spielarten der Liebe, solange Behutsamkeit und Zärtlichkeit in ihr wohnen, habt aber auch keine Angst vor dem Feuer und Sturm. Auch ich, Zölibatärer, weiß wenig von der Liebe, verwundet schlage ich oft um mich, kratzborstig und verletzend. Es würde heilsam sein für uns, die Liebe umfassend zu lernen, real – für Sie, Herr Erzbischof, und für mich.

Fremd in dieser unserer Kirche, wiewohl ich sie liebe

P. KARL HELMREICH

P.S.: Es wird in Ihrem Kirchenamt nicht darauf ankommen, welche Gruppe in der Kirche oder außerhalb Ihnen Beifall oder emotionale Unterstützung gibt, sondern ob Sie sich gewissenhaft kundig gemacht haben unter Einbeziehung der jeweils Betroffenen und guter Fachleute und dann die einsame Entscheidung Ihres Gewissens aushalten, und daß Sie auch Widerstand erfahren! Und es kann auch berechtigten Widerstand geben!

log nach außen zwar zu propagieren, ihn jedoch dann auf Eis zu legen.

Unterstützung für Wahala

Die Empörung über die Absetzung von Pfarrer Wahala war so groß, daß sich ein Unterstützungskomitee formierte, das eine Unterschriftenaktion für Wahala initiierte. Auf der Unterschriftenliste wird Schönborn aufgefordert, die Amtsenthebung und das Redeverbot zurückzunehmen und einen Dialog zu ermöglichen. Die Aktion kann als voller Erfolg bezeichnet werden, denn mehr als 1200 Personen – darunter viele Prominente (Dolores Schmidinger, Josef Hader,

Michael Ausserwinkler, Günter Tolar, Alfons Haider, Rudi Klausnitzer usw.) – unterzeichneten die Forderungen.

Kurz vor Weihnachten überreichte das Unterstützungskomitee die Unterschriftenlisten an Erzbischof Schönborn, der ankündigte, eine „konsensuale Lösung“ im Fall Wahala finden zu wollen.

Der Termin bei Erzbischof Schönborn wurde gleichzeitig genützt, um ihn mit einer anderen unerfreulichen Geschichte zu konfrontieren: In einer reaktionär-rabiaten Kirchenzeitung – *Der 13.* – war ein hetzerischer Artikel, der nicht nur Lesben und Schwule, sondern auch den Erzbischof angreift, erschienen. Schönborn empfindet den Artikel als Niedertracht, werde sich aber einer Klage nicht an-

schließen, obwohl er eine solche gutheiße und seine moralische Unterstützung für die Klage betonte.

„Homosexuelle wie Ratten“

Die katholische Zeitschrift *Der 13.* hat in ihrer Novemberausgabe über das Lesben- und Schwulenforum in St. Pölten und andere Ereignisse der lesbisch-schwulen Szene berichtet. Der Artikel (siehe Auszüge Seite 24) ist homophob, voller Hetze, menschenverachtend und trieft nur so von Vorurteilen und Angriffen, daß einem schlecht werden kann. Homosexuelle werden von Autor Kurt Dieman mit „Ratten, die aus ihren Löchern kriechen,“ vergli-

chen, ihnen werden „Nazimethoden“ unterstellt, Lesben und Schwule würden die Kirche verunehren und müßten daher „geschlechtsspezifisch mit Peitsche und Ochsenziemer zugerechgewiesen“ werden. Der Artikel enthält auch einen Aufruf zur Bildung von Bürgerwehren gegen Homosexuelle. Menschenrechte für Lesben und Schwule, so Autor Dieman, gäbe es nicht: „Es gibt kein Menschenrecht auf Sünde und deren Tolerierung!“

Angesichts dieser unglaublichen Hetze hat sich das Österreichische Lesben- und Schwulenforum (ÖLSF) entschlossen, Strafanzeige und zivilrechtliche Klage (Verleumdung, üble Nachrede, Kreditbeschädigung) einzureichen. Die Strafanzeige wegen Verhetzung und Auffor-

derung zu strafbaren Handlungen soll ein deutliches politisches Signal gegen Diskriminierung und homophobe Hetze sein. Sollten die Strafanzeigen nichts fruchten, wird die Politik gefordert sein: Es kann wohl kein Zweifel bestehen: Antidiskriminierungsbestimmungen müssen her, um solche Hetze wirksam bekämpfen zu können!

HOSI Wien klagt mit

Rechtsanwalt Thomas Prader hat vor Weihnachten die Strafanzeigen und Klagen eingebracht, mittlerweile haben sich 45 Frauen, Männer und Vereine den Verfahren angeschlossen. Auch im Namen der HOSI Wien wurden Anzeige und Klage erhoben. Prader hält die Chancen, die Klagen zu gewinnen, für äußerst gut, bedauert aber, daß in Österreich kein Antidiskriminierungsgesetz besteht. Bei einer Pressekonferenz am 18. 12. 1997, an der Anwalt Prader, Menschenrechtsexperte Manfred Nowak, Ulrike Lunacek, der liberale Politiker Volker Kier und Irmtraut Karlsson (SPÖ) teilnahmen, war man sich einig: Der Artikel stellt eine Diskriminierung dar, gegen die auch präventiv vorgegangen werden muß, um den Anfängen zu wehren und die Entstehung eines gewissen Klimas zu verhindern – wie es Karlsson ausdrückte – sonst stehe man vielleicht eines Tages wieder vor einem „ach so unfassbaren Einzeltäter“.

Einladung ins Paradies?

Lesben und Schwule müssen sich angesichts des so zähen Dialogs und der Vertreibungen, Angriffe und Hetze verstärkt fragen, ob die katholische Kirche noch irgendetwas lernen will. Wird sie ihre alten Vorurteile und Meinungen irgendwann revidieren? Wird sie irgendwann auch uns ins vielleicht vorhandene Paradies einladen?

HOSI-Pressesaussendung vom 14. November 1997

Schönborns Repressalien gegen Pfarrer Wahala sind Rückfall ins tiefste Mittelalter



Pfarrer Johannes Wahala

„Mit seiner Entscheidung, nach dem Verbot von Gottesdiensten für Lesben und Schwule nun über Pfarrer Johannes Wahala ein teilweises Berufsverbot zu verhängen, hat Erzbischof Christoph Schönborn einen weiteren Schritt menschenverachtender Diskriminierung gegenüber homosexuellen Menschen gesetzt“, kommentiert HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler diese jüngste Entwicklung. „Denn

dieser Schritt kann trotz gegenteiliger Beteuerungen nur als Signal verstanden werden, daß für Lesben und Schwule, die zu ihrer Homosexualität stehen und sie auch ausleben wollen, kein Platz in der römisch-katholischen Kirche ist. Wir fordern daher alle gläubigen Homosexuellen auf, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen und in Kirchen überzutreten, die Homosexuelle respektieren und nicht ausgrenzen, wie etwa die altkatholische oder die evangelische Kirche.“

Gleichwertige Schöpfungsvariante

„Homosexualität ist eine der Heterosexualität gleichwertige Schöpfungsvariante“, betont HOSI-Wien-Obmann Christian Högl. „Diese Auffassung setzt sich in immer mehr Kirchen durch. Die diskriminierende Haltung Schönborns stellt die Fortsetzung jahrtau-

sendelanger Unterdrückung und Diskriminierung von Homosexuellen durch die röm.-kath. Kirche dar. Wir werden diese Haltung niemals akzeptieren, im Gegenteil: Wir sind es leid, ständig wegen unserer Veranlagung bemitleidet und aufgefordert zu werden, sie zu ändern, wo sie doch nicht zu ändern ist – Verleugnung und Verdrängung führen höchstens zu schlimmsten Persönlichkeitsdeformierungen.“

Verdächtige Homophobie

„Es ist ein bekanntes psychologisches Phänomen, daß besonders jene, die mit ihren eigenen homosexuellen Anteilen und Neigungen am wenigsten zurecht kommen, am heftigsten und vehementesten gegen Homosexuelle wettern und diese verurteilen. Dies sollten auch jene Kirchenvertreter bedenken, die ständig gegen Homos-

exualität auftreten“, weist HOSI-Wien-Generalsekretär Kurt Krickler auf einen besonderen Aspekt in diesem Zusammenhang hin. „Niederländischen Untersuchungen zufolge ist rund ein Viertel des Klerus selber homosexuell – Schönborns Vorgangsweise ist auch ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen, die sich in dieser von der Kirche selbst aufgestellten Falle gefangen haben.“

Diese Pressesaussendung fand noch breiteres Medienecho als jene vom 22. 10. 1997. *Radio Wien* zitierte daraus in seinen Nachrichtensendungen am selben Tag, *Der Standard*, *Wiener Zeitung*, *KURIER*, und *Salzburger Nachrichten* griffen sie am 15. 11. auf, *NEWS* zitierte HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler (mit Foto!) in einem zweiseitigen Bericht über diese Affäre („Keine Gnade für Schwule“) in der Ausgabe 47 vom 20. 11. 1997.



ROSIGE ZEITEN



Das regionale Magazin für Lesben und Schwule

Jeden 2. Monat neu und kostenlos.
Infos, Meinungen, Tips + Termine aus dem Norden der Republik.
Quotiert + parteilich.
Informativ + unterhaltsam.
Probexemplar gegen 3 DM in Briefmarken an:
Rosige Zeiten
Postfach 3804
D-26028 Oldenburg

Falter # 46/97, 12. November 1997

PRESESCHAU



Biblicher Zorn, heilige Erregung! Kurt Dieman spürte die Zuchtrute in seiner Hand

zucken: Orgien, Mysterien, kopulierende Leiber gleichen Geschlechtes. Das „Untier in allen seinen apokalyptischen Erscheinungen“ reckte sein garstiges Haupt. Doch er widerstand, holte aus und schlug zu ...

Wer zur Hölle, werden Sie nun zu Recht fragen, ist Kurt Dieman? Kurt Dieman ist Kolumnist des wertvollen Blattes *Der 13.*, der „Zeitschrift der Katholiken für Glaube und Kirche“, und bekämpft von dort aus das Böse in der Welt. Das Böse besteht im großen und ganzen aus Freimaurern und Schwulen. Weil aber der Endkampf zwischen den Mächten des Lichtes (Dieman) und jenen der Finsternis (eh scho wissen) kein Lercherlschaf ist, muß sich Dieman im 13. auf Teufel komm raus durch die Spalten wüten.

Letzthin kamen ihm also wieder einmal die Schwulen „mit ihrer abartigen und sündigen Leiblichkeit“ in den Sinn. Die „Homosexuellen“, grauste er sich, „kriechen jetzt überall wie Ratten aus ihren Löchern“. Wobei sein (wohliges?) Grauen angesichts dieser Vorstellung dadurch gesteigert wurden daß die batzweiche Amtskirche „nicht gewillt scheint, mit eisernem Griff den Stier des Irrglaubens und des Aufruhrs bei den Hörnern zu packen“. Aber da sei Dieman vor: „Menschenrechte im Umgang mit Homosexualität und Homosexuellen geltend zu machen, ist absurd“, hämmerte er in die Tastatur, und seine Erregung wuchs sich zur Extase aus. Ganz im Gegenteil: „Sie gehörten ‚geschlechtsspezifisch‘ mit Peitsche und Ochsenziemer zurechtgewiesen!“ Eine Notwendigkeit! Hatten es die „Warmen“ doch gewagt, Gläubige am St. Pöltner Domplatz „mit ihrem Anblick zu belästigen. Ähnliches tat in der Nazizeit die Hitlerjugend: Wer ‚Nazimethoden‘ praktiziert“, hub er zum endgültigen Schlag an, „sollte mit ebensolchen konfrontiert werden.“ Es war ihm, als säße er mit der neuschwänzigen Katze zu Jüngstem Gericht über das Ungezücht: Eine fundamentale Domina, die gerne „Nazimethoden“ angewendet sähe. Wobei letzterer Wunsch eher die irdische als die himmlische Justiz interessieren dürfte.

MARTIN STAUDINGER

Illustration: Oliver Schopf, Der Standard vom 10. Oktober 1997



„Sünde und Sünder haben keinen Anspruch auf Achtung!“

Auszüge aus dem Artikel von Kurt Dieman in „Der 13.“ vom 13. November 1997

Der „Herr Graf“ – der Hochwürdigste Herr Erzbischof von Wien, Christoph (Graf) Schönborn – hat manch theologische und rhetorische „Tänzchen“ rund um das neueste Reizthema der „Vereinigten Linken und Liberalen“, die Homosexualität, aufgeführt, sodaß man versucht sein kann, ihm einmal nach Figaroart „aufzuspielen“. (...) Im Lichte des Schöpfungsgerichtes ist jeglicher gleichgeschlechtliche Umgang (...) Aufruhr gegen Gott, seine Schöpfung und die ewige Schöpfungsordnung, die über allen anderen „Ordnungen“ steht. (...) Der „Herr Graf“ müßte als Theologe darüber (über *Bibelaussagen, LN*) Bescheid wissen: als Erzbischof hätte er die ihm anvertrauten Seelen vor einem neuen Sodom und Gomorra und dem neuen Gericht zu warnen. Wir befinden uns bereits mitten in diesem neuen Sodom und Gomorra, und das Gericht über uns ist schon eröffnet. Eine seiner fürchterlichen Anklagen gilt allen Spielarten sexueller Hemmungslosigkeit, dazu gehört auch die Homosexualität. (...) Wenn es da heißt, „eine nicht geringe Anzahl von Männern und Frauen sind homosexuell veranlagt“, dann heißt das „im Klartext“: es sind viele! Das stimmt aber keineswegs; und wenn es stimmen sollte, ändert es auch nichts an der Tatsache, daß Homosexualität „Aufruhr gegen Gott, seine Schöpfung und die ewige Schöpfungsordnung“ bedeutet. Die Anzahl der Sünder macht aus ihrer Sünde keine Tugend! (...) Die meisten von den angeblich so vielen Homosexuellen sind auch nicht „Opfer“ einer „Veranlagung“, sondern Opfer von Verführung durch andere und eigene hemmungslose Lüsterheit. (...) Wenn jeder nach seinen „Neigungen“ leben würde, gäbe es kein geordnetes Zusammenleben in der menschlichen Gesellschaft. (...) Irreführend ist auch die Behauptung im

„gräflichen“ Katechismus, daß „die meisten“ Homosexuellen ihre „Veranlagung“ als Prüfung verstünden. Dem ist nicht so, denn sonst zögen sie aus dieser „Prüfung“ die logische Konsequenz und würden ihre Lebensart ändern. Sie wollen auch kein „Mitleid“, sondern fordern mit zunehmender Frechheit die „Gleichstellung“ ihrer Abnormalität mit der Normalität. (...) Sünde und Sünder haben keinen Anspruch auf „Achtung“! (...) Auch „Menschenrechte“ im Umgang mit Homosexualität geltend zu machen ist absurd: Immer steht Gottesrecht über allem Menschenrecht, Naturrecht über allem Individualrecht. (...) Es gibt kein „Menschenrecht“ auf Sünde und deren Tolerierung! (...) Um wie viel mehr vernehren Homosexuelle und Lesben die Kirche, den „Mystischen Leib Christi“, mit ihrer abartigen und sündigen Leiblichkeit. Sie gehören „geschlechtsspezifisch“ mit Peitsche und Ochsenziemer zurechtgewiesen! Im Kampf gegen das organisierte Verbrechen entstehen in Amerika immer mehr „Bürgerwehren“. Auch wir bräuchten solche Einrichtungen im Kampf gegen die organisierte, staatlich subventionierte und privilegierte Unzucht. (...) Alte Nazimethoden: Von dort (*Tagungsort des Forums in St. Pölten, LN*) zogen die „Warmen“ am Sonntag zum Domplatz, um die Gläubigen, mit ihrem Anblick zu belästigen. Ähnliches tat in der Nazizeit die Hitlerjugend: Wer „Nazimethoden“ praktiziert, sollte mit ebensolchen konfrontiert werden! Die Homosexuellen kriechen jetzt überall wie Ratten aus ihren Löchern und werden von Politikern und Kirchenleuten „liebervoll“ gefüttert. (...) Braucht die Volkspartei ein paar „warme“ Stimmen, um das verlöschende Feuer im heimischen Herd wieder anzuhetzen?

Israelitische Kultusgemeinde: Keine Synagoge für Lesben und Schwule

Eine Veranstaltung des österreichischen Lesbian- und Schwulenforums sollte in den Räumen der alten Synagoge von St. Pölten stattfinden. Oberrabbiner Eisenberg verweigerte die Raumbenützung.

Über den Hinauswurf des Forums berichtet Waltraud Riegler

Das 7. Österreichische Lesbian- und Schwulenforum fand vom 24. bis 26. Oktober 1997 in der niederösterreichischen Hauptstadt statt. Über 100 Lesben, Schwule und Transgender-Personen kamen angereist, um unter dem Motto „Lebenswelten – Menschenrechte“ drei Tage lang zu diskutieren. Neben Arbeitskreisen, Treffen des Bundesländerrates, einer Fotoausstellung sollten zwei Abendveranstaltungen des Forums in der ehemaligen Synagoge von St. Pölten stattfinden. Das Gebäude, das nicht mehr als religiöser Ort verwendet wird, sondern in dem Konzerte, Ausstellungen und Versammlungen abgehalten werden, wurde vom Forum gebucht.

Nach dem Druck der Einladungen und Plakate war plötzlich alles anders: Der Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde, Avshalom Hodik, sprach sein „Befremden“ über die erfolgte Vermietungszusage aus, und es folgte ein Rauschmiß aus der Synagoge (die LN 4/97, S. 19, haben bereits kurz berichtet). Amtsdirektor Hodik begründete am 29. September im *Ö1-Abendjournal* das Verbot folgendermaßen: „Es ist für uns undenkbar, daß eine Personengruppe, die Praktiken vertritt, die in der Bibel ausdrücklich verboten worden sind – ich verweise hier auf das Buch Levitikus, Kapitel 18 und 20 – hier im Mittelpunkt einer Veranstaltung stehen, von Beratun-

gen stehen, die in der Bibel abgelehnt werden, ja sogar mit der Todesstrafe belegt sind. Das sage ich bei allem menschlichen Verständnis für die Probleme dieser Personengruppe.“

Eisenberg: keine Propagierung in der Synagoge

Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg begründete den Hinauswurf mit einem Verstoß gegen religionsgesetzliche Bestimmungen: Homosexuelle dürfen zwar die Synagoge besuchen, er kenne auch Homosexuelle persönlich, verachte sie nicht, aber würde ihre sexuelle Neigung nicht fördern. Eine Synagoge, so der Oberrabbiner in einem Brief an den *Standard*, veröffentlicht am 4. 10. 97, verliere nicht so einfach ihre alte Funktion, und das wichtigste Argument gegen die Synagogenbenützung sei die Einstellung der Bibel zur Homosexualität: „... es ist ein gewaltiger Unterschied, ob jemand in seinen vier Wänden nach seiner sexuellen Orientierung lebt oder ob man in einer Synagoge politisch diese Orientierung propagiert!“

Laut einem Artikel der Tageszeitung *KURIER* vom 2. 10. steckte hinter dem Veranstaltungsverbot in der St. Pöltner Synagoge niemand Geringerer als Bischof Krenn. Das bischöfliche Ordinariat habe empört zum Telefon gegriffen und den Oberrabbiner von der Veran-

staltung in der Synagoge informiert, was dann prompt die gewünschte Absage im Dienste der Religion zur Folge hatte.

Gute PR-Arbeit

Wie auch immer: Die Vorgangsweise der Kultusgemeinde verschaffte schwul/lesbischen Anliegen wieder breite Mediendeckung. Wie schon ein Jahr zuvor in Dornbirn erwiesen sich die Gegner des Forums als dessen beste PR-Agenten. Man muß ihnen eigentlich dankbar sein. *Der Standard* vom 1. 10. 97 veröffentlichte einen Offenen Brief des ÖLSF-Vorsitzenden Hannes Sulzenbacher an die Israelitische Kultusgemeinde. Dem folgte eine angeregte Debatte im *Standard* mit Erklärungen des Oberrabbiners (4. 10.), einem Kommentar des Schriftstellers Doron Rabinovici (10. 10.) sowie etlichen Leserbriefen, u. a. von der HOSI Wien (23. 10.; siehe Kasten rechts) und *Re'uth*, der Vereinigung jüdischer Homosexueller.

Die Veranstaltungen, die in der Synagoge stattfinden hätte sollen, wurden schließlich im Hotel Metropol, dem Tagungsort des Forums, abgehalten. Der Leiter der ehemaligen Synagoge, Klaus Lohrmann vom Institut für Geschichte der Juden in Österreich, ermöglichte den TagungsteilnehmerInnen eine Synagogenführung mit Vortrag zur Geschichte dieses Hauses.

Gegen Vorurteile

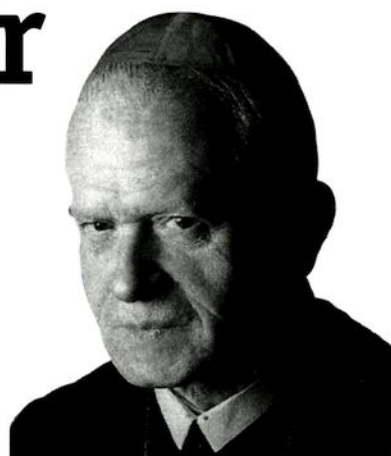
Betrifft: Ausladung des Österreichischen Lesbian- und Schwulenforums aus der Alten Synagoge St. Pölten
Homosexuelle Neigungen kann man nicht fördern. Sämtliche „Prägungstheorien“ sind widerlegt. Homosexualität ist eine nicht willentlich herbeigeführte Eigenschaft. Es gibt einen in praktisch allen Kulturen unveränderlichen Anteil an Lesben und Schwulen, je nach Enge der Definition rund 5 bis 10 Prozent. Staatliche wie auch religiöse Verbote, Repression und Gewalt haben in der, auch in dieser Hinsicht traurigen Geschichte der Menschheit niemals etwas an den Sehnsüchten und Bedürfnissen homosexueller Menschen geändert. Sehr wohl konnte man sie an den Rand der Gesellschaft drängen, zwangstherapieren, einsperren, töten. Zigtausende Schwule, gekennzeichnet mit dem rosa Winkel, sowie zahlreiche zu *Asozialen* entwürdigte Lesben kamen in der Tötungsmaschinerie des Dritten Reichs um.

Lesben und Schwule wollen ihre Sexualität nicht propagieren. Um gegen Diskriminierung und Ignoranz anzukämpfen, wollen wir Homosexualität zu einem öffentlichen Thema machen. Je mehr wir darüber reden, desto eher fallen Vorurteile in der Gesellschaft.

Waltraud Riegler, Obfrau
Ing. Christian Högl, Obmann
HOSI, 1020 Wien

Der Standard, 23. Oktober 1997

Gnade für Groër



Auch das noch: *Neue Vorwürfe zwingen Groër zum Rücktritt* titelte der *KURIER* am 4. Jänner 1997. *Der Alt-Erzbischof muß als Prior von Maria Roggendorf gehen.* Daß der Rücktritt des Priors des ziemlich bedeutungslosen Benediktinerklosters einer auflagenstarken Tageszeitung eine Schlagzeile wert ist, liegt natürlich an der Natur der Vorwürfe und an der Person des Priors.

Von Kurt Krickler

Besonders sensationell oder überraschend sind die neuen „Vorwürfe“ nun ja nicht. Aber jetzt scheint Alt-Erzbischof Hans Hermann Groër endgültig in Ungnade gefallen zu sein, sowohl kirchenintern als auch in den Medien. Letztere gönnen ihm jetzt nicht einmal mehr das Trema über dem „E“ in seinem Namen.

Daß Groër homosexuelle Neigungen (gehabt) hat, ist ja nichts Neues. Sein Problem scheint zu sein, daß er zu unvorsichtig damit umgegangen ist zu einer Zeit – in den 70er und 80er Jahren –, als es kaum jemand wirklich störte, wenn ein Pfarrer oder ein höherer kirchlicher Würdenträger derartige Neigungen hatte und sie – Hauptsache diskret – auslebte. Die Leute sind ja nicht so dumm, wie man immer meint. Auch ihnen ist immer klar gewesen, daß der Klerus „verschwult“ ist. Ja, man erwartet ja geradezu von einem Pfarrer, daß er schwul ist. In keiner anderen Berufsgruppe ist der Anteil Homosexueller – laut niederländischen Untersuchungen 25 Prozent – höher, vielleicht noch unter Ballettänzern oder Innenarchitekten. Bis vor einigen Jahren konnten schwule Würdenträger auch dank der Macht der Kirche vor jedem Outing sicher sein. Ihr Einfluß hätte jede Berichterstattung und jede öffentliche Diskussion dar-

über verhindert. Erst der Verlust dieser Macht über die veröffentlichte Meinung und die Problematisierung dieses Themas durch Gruppen wie die HuK („Homosexuelle und Kirche“) zwangen die Kirche dazu, klar Stellung zu beziehen – und das konnte bei den herrschenden vatikanischen Verhältnissen nur negativ ausfallen. Man könnte fast sagen, daß die Enttabuisierung der Homosexualität im Klerus die Situation von schwulen Geistlichen erst verschärft und viel prekärer gemacht hat. Die heuchlerische, scheinheilige und augenzwinkernd duldsame Haltung – solange nichts an die Öffentlichkeit drang – wurde durch eine programmatische, aber strikt ablehnende ersetzt.

Daß man früher viel relaxter auf Gerüchte um die Homosexualität hoher geistlicher Würdenträger reagierte, zeigt auch das Beispiel Papst Pauls VI.: Er wurde in ganz Rom „Mama Paola“ gerufen. Und ich erinnere mich noch an Hans Fädlers Film „Wiener Brut“ (vgl. LN 2/85, S. 44), in dem Marie-Thérèse Escribano einen schwulen Bischof mimte, und das war damals schon eine sehr deutliche Anspielung auf Groër. Kein Mensch hat sich darüber aufgeregt. Außerdem: Jedem, der Groër das erstmal reden hörte, war klar: Der muß schwul sein!

Wenn sich die katholische Kirche jetzt gezwungen sieht, eine strikt anti-homosexuelle Haltung in der Kirche durchzusetzen, dann wird das nicht nur das alltägliche Leben vieler schwuler Geistlicher noch mehr beeinträchtigen, sondern möglicherweise auch dazu führen, daß etliche aus den geistlichen Berufen aussteigen (müssen) – wie etwa jene, die heiraten wollen. Vernünftiger wäre es allemal, die katholische Kirche würde ihre grundlegende Haltung der Realität anpassen, wenn sie jetzt schon bemüht ist, den verlogenen Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufzugeben.

Verlogen ist es auch, wenn die Amtskirche, die vor zwei Jahren Groër noch die Mauer machte zu den Vorwürfen des sexuellen Mißbrauchs Minderjähriger (vgl. LN 2/95, S. 33 ff), jetzt angesichts bedeutend „harmloserer“ Vorwürfe der „sexuellen Belästigung“ Erwachsener reinen Tisch machen und vollständig aufklären will. Falls es sich bei den neuen Vorwürfen um keine Belästigung von Untergebenedes Kardinals am Arbeitsplatz handelt, dann scheint es dabei ohnehin eher um eine Frage von Manieren und Umgangsformen als um kirchen- oder gar strafrechtliche Handlungen zu gehen. Oder will man jetzt sogar Erwachsenen verbieten, sich anzufilten? Wenn es

sich aber um Nötigung oder Vergewaltigung gehandelt hat, dann sollte man nicht von „Belästigung“ sprechen. Ansonsten muß der starke Eindruck entstehen, der Kirche geht es nur darum, die Homosexualität an sich an den Pranger zu stellen.

Groër ist in eine Lage geraten, wo er einem schon wieder leid tun könnte. Obwohl es schwer ist, Mitleid zu haben mit jemandem, der so hoch oben in der Kirchenhierarchie war und daher mitschuld ist am Zustand dieser Kirche und verantwortlich dafür, daß so viele Lesben und Schwule ein unglückliches Leben führen müssen. Andererseits ist er natürlich selbst Opfer der eigenen Kirchenideologie. Und daß sich jetzt Amtskollegen als Richter über ihn aufspielen, ist nur schwer erträglich angesichts des Umstands, daß sie genauso schuldig sind, auch an der Situation, in die Groër geraten ist. Solange diese Kirche ihre Einstellung zur Homosexualität und zu homosexuellen Menschen nicht um 180° ändert, hat sie jedes Recht verweigert, über ihre Opfer zu richten.

Daher: Barmherzigkeit und Gnade für Groër, der in den letzten Jahren sicher ohnehin genug gebüßt hat – hauptsächlich für seine homosexuellen Neigungen!



Kurts Kommentar

Aufforderung zur Mißachtung der Rechtsordnung

Die ÖVP hat sich wieder einmal durchgesetzt. Drei Jahre lang ist sie jetzt auf der Publizistikförderung herumgeritten, bis die SPÖ müde war und sich dem Willen der ÖVP beugte. Bekanntlich hat sich in den letzten drei Jahren die ÖVP jedesmal quergelegt, wenn es darum ging, die Publizistikförderung im Ministerrat zu beschließen. Jedesmal gelang es der ÖVP, einige in den Augen ihres Klubobmanns Andreas Khol linksextreme und unliebsame Zeitschriften „abzuschießen“ – die LN haben berichtet (vgl. LN 1/96, S. 17 ff; 1/97, S. 31 ff; 3/97, S. 22; 4/97, S. 6).

1995 mußten das *TATblatt*, die antimilitaristische *ZAM*, die EU-kritische *EKG*, die kommunistische *UNITAT* und die linke *dran glauben*. 1996 traf Khol Bannstrahl die Zeitschrift *Zoom* (eine Fusion aus *ZAM* und *EKG*), *akin* und *Die Alternative*. Die feministischen *an.schläge* und die *LAMBDA-Nachrichten* konnten diesem Schicksal gerade noch entrinnen. 1997 waren wir allerdings abermals auf Khol's Liste, ebenso *akin*, *Zoom* und *ArbeiterInnenstandpunkt*. Wir schaffen es aber dank unmißverständlicher Interventionen bei der SPÖ, auch heuer in den Genuss der Förderung zu kommen, die sich auf rund S 69.000,- beläuft.

Bei der Publizistikförderung handelt es sich um einen Topf von 6,5 Millionen Schilling, der auf rund 160 Publikationen aufgeteilt wird. Nicht zu verwechseln mit der Presseförderung, in deren Rahmen rund eine Viertel-milliarde (!) Schilling an einige Tageszeitungen verteilt wird!

Die Khol'sche Zermürbungstaktik gegenüber der SPÖ hat Früchte getragen. Heuer war die SPÖ reif für eine Gesetzesänderung. Hintergrund dafür ist sicherlich auch der Umstand, daß einige betroffene Zeitschriften die Regierung beim Verfassungsgerichtshof verklagt haben. Denn die Bundesregierung habe sich bei der Beschlußfassung über die zu fördernden und nicht zu fördernden Zeitschriften nicht nur über die Empfehlung des zuständigen Beirats hinweggesetzt, sondern auch über das Publizistikförderungsgesetz selbst. Und um dies im nachhinein zu sanieren, ist man wohl auf die Idee verfallen, das Gesetz im Sinne einer „Lex *TATblatt*“ zu novellieren. Das Ganze lief in einer üblen Nacht- und Nebelaktion ab, wie auch der liberale Mediensprecher Friedhelm Frischenschlager in einem *Standard*-Kommentar am 5. November 1997 kritisierte: *Das Skandalöse an dieser Novelle ist also nicht nur deren Inhalt, sondern vor*

allem auch die Vorgangsweise, die hier gewählt wurde: Die Regierung hat in diesem Fall den kurzen Weg von der Macht zu deren Mißbrauch im Eiltempo zurückgelegt. Auch der HOSI Wien war es trotz zahlreicher Telefonate mit Bundeskanzleramt, SP-Zentrale und SP-Klub im Parlament nicht möglich, herauszufinden, wer nun auf SPÖ-Seite federführend zuständig war für diese Novelle. Wahrscheinlich sind die Drahtzieher dieser geheimen Kommandoaktion im unmittelbaren Dunstkreis Klubobmann Peter Kostelka zu finden.

In den Budgetgesetzen versteckt

Was war passiert? Die Koalition hat die Novelle des Publizistikförderungsgesetzes – ohne jegliche inhaltliche Notwendigkeit – im 3. Budgetbegleitgesetz versteckt. Diese Budgetgesetze sind jene großen Stöße von Gesetzesmaterien, die nur die ExpertInnen wirklich kennen und die von den meisten Abgeordneten gar nicht gelesen werden (können), bevor sie von ihnen verabschiedet werden. Man hätte die Gesetzesvorlage ja z. B. auch zur Begutachtung ausschicken und eine breitere Diskussion darüber anregen können. Ganz ging die Rechnung der Koalition

jedoch nicht auf, die JournalistInnen-gewerkschaft bekam Wind von der Sache und protestierte heftig gegen die in der Novelle enthaltene Zensurbestimmung (vgl. *Wiener Zeitung* und *Standard* vom 23. November). Im neuen § 7 (2) des Gesetzesentwurfs hieß es nämlich: *Von der Förderung sind periodische Druckschriften ausgeschlossen, die im Jahr, für das die Förderung beantragt wird, oder in den beiden vorangegangenen Jahren 1. zum gewaltsamen Kampf gegen die Demokratie oder den Rechtsstaat aufrufen, oder 2. Gewalt gegen Menschen als Mittel der Politik befürworten, oder 3. wiederholt zur allgemeinen Mißachtung der Rechtsordnung auf einem bestimmten Rechtsgebiet auffordern.*

Speziell der dritte Punkt stieß sauer auf, denn was heißt wiederholte Aufforderung zur allgemeinen Mißachtung der Rechtsordnung auf einem bestimmten Rechtsgebiet? Das kann viel heißen. Und das kann sehr wohl auch – speziell in Khol'scher Interpretation – die Lesben- und Schwulenbewegung und ihre Publikationen betreffen (neben den LN erhält auch die *Rosalila Buschtrommel* in Graz eine Förderung).

Denn natürlich rufen auch die *LAMBDA-Nachrichten* als Ver-

einszeitschrift der HOSI Wien zur Mißachtung der Rechtsordnung auf einem bestimmten Gebiet auf! Aber nicht, wie die KritikerInnen der Novelle meinen, in Zusammenhang mit dem § 209 StGB, denn es hat wohl keinen Sinn, allgemein zum Verstoß gegen § 209 als Akt des zivilen Ungehorsams aufzurufen, denn nicht alle Schwulen fühlen sich zur Gruppe der 14- bis 18jährigen hingezogen! Aber natürlich bestärken wir jene, die Partner in diesem Alter haben, gegen den § 209 zu verstoßen und sich dabei möglichst nicht erwischen zu lassen. Aber es geht ja auch um andere Bestimmungen der Rechtsordnung, die unsere Menschenrechte verletzen und deren Mißachtung daher als erste BürgerInnenpflicht geradezu geboten erscheint: etwa das Zeugniserschlagungsrecht vor Gericht. Dieses besteht ja bekanntlich nicht für gleichgeschlechtliche PartnerInnen. Daher rufen wir dazu auf, vor Gericht lieber die Unwahrheit zu sagen oder wahrheitswidrig Erinnerungslücken geltend zu machen, als den/die PartnerIn vor Gericht zu belasten! Ähnliches gilt für die Pflegefreistellung. Wird sie zur Pflege eines kranken gleichgeschlechtlichen Lebensgefährten nicht gewährt, empfehlen wir, einfach selber in den Krankenstand zu gehen.

Wenn Regierung und Parlament nicht fähig oder willig sind, uns Lesben und Schwulen unsere primitivsten Menschenrechte zu gewähren, dann müssen wir sie uns eben einfach nehmen! Parteien und PolitikerInnen, die selber die Menschenrechte und die von Österreich übernommenen Verpflichtungen in diesem Bereich mit Füßen treten, können von uns doch nicht ernsthaft die Achtung der uns menschenrechtswidrig diskriminierenden Rechtsordnung verlangen! Das kann ja wohl nur ein schlechter Scherz sein.

SPÖ – willige Vollstreckerin anti-homosexueller ÖVP-Politik

Das Verhalten der SPÖ gegenüber der ÖVP in Sachen Lesben- und Schwulenpolitik ist durch die Zustimmung zu dieser Novelle um eine Facette reicher geworden. Bisher hat sich die SPÖ ja plausibel auf die Mehrheitsverhältnisse und das kategorische Njet der ÖVP zu allen pro-homosexuellen Reformen ausreden können, um ihre Untätigkeit auf diesem Gebiet zu kaschieren. Daß die SPÖ jetzt freiwillig und ohne Not einer von der ÖVP forcierten anti-homosexuellen Gesetzesänderung zugestimmt hat (die Sache ging planmäßig im November mit der Beschlußfassung des 3. Budgetbegleitgesetzes über die parlamentarische Bühne), läßt nur zwei Schlüsse zu: Die SPÖ ist entweder schon völlig durchgeknallt oder der Salamtaktik der ÖVP nicht gewachsen. Ich frage mich ja schon länger, wozu die SPÖ überhaupt noch mitregiert – es geschieht ja ohnehin immer, was die ÖVP will. Wann hat sich die SPÖ das letztemal gegenüber der kleineren Koalitionspartnerin durchgesetzt? Und ich gehe jede Wette ein, daß sich die ÖVP auch bei der neuen Familienbesteuerung durchsetzen wird. Und bei dieser SPÖ werden wir schlussendlich in der NATO landen – ich hege längst keine Illusionen mehr!

Daß es sich bei dieser Novelle auch um eine anti-homosexuelle Maßnahme handelt – darüber kann es keinen Zweifel geben, denn die ÖVP-kritischen LAMBDA-Nachrichten sind Khol und seiner Partei schon lange eine Dorn im Auge. Nur: Wir lassen uns durch diese neue Bestimmung sicherlich nicht einschüchtern und uns von unserer Linie für die Menschenrechte und gegen die ÖVP abbringen!

Mietrecht soll geändert werden

Am 10. Dezember 1997 hat die SPÖ-Fraktion im Nationalrat einen Initiativantrag zur Änderung des Mietrechtsgesetzes eingebracht. Einer alten Forderung der HOSI Wien folgend soll das Eintrittsrecht im Todesfall des Hauptmieters gemäß 14 Abs. 3 MRG auf den gleichgeschlechtlichen Lebensgefährten ausgedehnt werden. Einen ähnlichen Antrag hatte das Liberale Forum bereits vergangenen Juni eingebracht (vgl. LN 3/97, S. 17 ff).

ÖVP verläßt ExpertInnenausschuß

Nachdem Justizminister Nikolaus Michalek am 6. November 1997 im Rahmen einer Fragestunde im Parlament eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts angekündigt hatte, die gerade von einer in seinem Ministerium eingerichteten ExpertInnengruppe vorbereitet werde und die auch eine Senkung des Mindestalters im 209 StGB miteinschließen sollte, kündigte ÖVP-Justizsprecherin Maria Fekter völlig hysterisch an, die ÖVP werde sich aus dieser ExpertInnengruppe zurückziehen, weil deren Intentionen den Grundsätzen der ÖVP zuwiderlägen. – Sehr zum Gaudium der Medien, die sich über diese kindische Trotzhaltung lustig machten (*Der Standard* und die *Wiener Zeitung* vom 7. 11., der *KURIER* vom 14. 11.). Roland Miklau, zuständiger Sektionsleiter im Justizministerium, zeigte sich ebenfalls verwundert und sprach von einem „Denkverbot“. Hei-

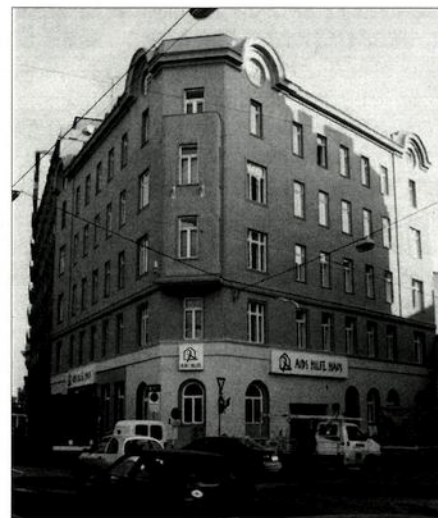
de Schmidt bezeichnete die Haltung der ÖVP als „Dogmatismus“.

Schade, daß dieses Thema so tabubehaftet ist, denn eigentlich ist die Haltung der ÖVP in dieser Frage genauso grotesk, realitäts- und vor allem wählerfern und auf Dauer nicht durchhaltbar wie in der Frage der Alkoholgrenze beim Autofahren, des privaten Waffenbesitzes oder des Tierschutzes – und eigentlich müßte die ÖVP beim Mindestalter genauso auf die Nase fallen wie bei der Promillegrenze. Aber leider...

Im übrigen soll das Justizministerium aufgrund der Arbeit dieser Arbeitsgruppe, die sich seit Dezember 1996 zehnmal getroffen hat, Anfang 1998 einen Entwurf für Änderungen im Sexualstrafrecht vorlegen, der dann zur Begutachtung ausgeschickt wird. Natürlich wird die HOSI Wien im Rahmen des Begutachtungsverfahrens dann wieder eine Stellungnahme dazu abgeben.

AIDS-Hilfe-Haus in Wien eröffnet

Daß das neue, tolle AIDS-Hilfe-Haus eröffnet wurde, müssen wir an dieser Stelle



AIDS-Hilfe-Haus, Mariahilfer Gürtel 4

Österreich aktuell

nicht mehr berichten, denn dank der breiten Medienberichterstattung über dieses und andere Ereignisse im Umfeld des Welt-AIDS-Tags am 1. Dezember haben sicherlich alle unsere LeserInnen bereits davon erfahren. Dennoch wollen wir dieses wichtige Ereignis in den *LN* nicht unerwähnt vorbeigehen lassen. Den Plan für dieses Haus in so kurzer Zeit umgesetzt zu haben ist schon eine große Meisterleistung, die wohl in erster Linie dem Engagement und der Zielstrebigkeit von Dennis Beck, dem Geschäftsführer der AIDS-Hilfe Wien (AHW), zu verdanken ist. Mit dem neuen Haus – 1700 Quadratmeter Nutzfläche auf sieben Etagen – hat er sich ohne Zweifel ein Denkmal gesetzt – und die AHW wohl in Sachen AIDS-Hilfe-Zentrum an die europäische Spitze katapultiert.

Dieser Ruhm fällt natürlich auch auf die Stadt Wien zurück, die für die Renovierung und die Einrichtung des Gebäudes 48 plus 8 Millionen Schilling locker gemacht hat und sich auch weiterhin an den jährlichen Betriebskosten beteiligen will. Wermutstropfen für die Gemeinde Wien ist allerdings, daß das Haus zehn Jahre zu spät kommt. Aber besser spät als nie. Vermutlich würde sie ein solches Projekt heute ohnehin nicht mehr forcieren, nachdem sich in Sachen Therapie in den letzten zwei Jahren soviel Einschneidendes getan hat. Glücklicher Zufall der Geschichte, daß dieses Haus noch verwirklicht wurde.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß eine Fundraising-Kampagne der Werbeagentur Palla, Koblinger & Partner das Projekt be-

gleitete und sich viele KünstlerInnen in zahllosen Benefizveranstaltungen für die Sache einsetzten, allen voran Dolores Schmidinger, Alfons Haider, Günter Tolar und Chris Lohner. Bei der offiziellen Eröffnung des Hauses sonnten sich nicht nur Stadtrat Rieder und Stadträtin Brauner, sondern auch Bundeskanzler Klima und Gesundheitsministerin Hostasch in diesem Erfolg.

Welt-AIDS-Tag 1997

Fast schon zu viele Veranstaltungen hat es rund um den 1. Dezember gegeben. Da waren die großen Benefizfeste im Akzent, bei dem Alfons Haider sein folgenschweres Coming-out hatte, und im Ronacher (*Toggether '97*), die Tage der Offenen Tür im neuen AIDS-Hilfe-Haus, die Performance von Napoleon Seyfarth im Schauspiel-

haus und und und. Und natürlich der Fackelzug vom Josefsplatz zur Piaristenkirche, wo anschließend ein ökumenischer Gottesdienst zelebriert wurde. Am Josefsplatz und vor der Kirche wurden die Forderungen der AIDS-Bewegung verlesen – von VertreterInnen aller fünf Parlamentsparteien und der verschiedenen AIDS-Projekte und -Initiativen.

Die Medien widmeten sich intensiv dem Thema AIDS, speziell diesmal auch der Hörfunk, wobei sich diese medialen Festspiele oft mit dem zeitgleich stattfindenden Alfons-Haider-Festival in den Medien überlappen. Sei's drum!

Unterstützt die Beschwerde gegen das diskriminierende Mietrechtsgesetz in Straßburg

Wie berichtet, zuletzt LN 3/97, S. 17 f, hat ein Wiener Schwuler, der nach dem Tod seines Freundes aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen mußte, weil er laut Auslegung des Obersten Gerichtshofes nach dem bestehenden Mietrechtsgesetz als gleichgeschlechtlicher Lebensgefährte kein Eintrittsrecht in den Hauptmietvertrag des verstorbenen Freundes hatte, Beschwerde gegen diese Entscheidung bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg eingebracht. Die HOSI Wien unterstützt diese Beschwerde und sammelt für das Verfahren Geld.

Bitte, unterstützt dieses wichtige Verfahren mit eurer Spende. Eine derartige Beschwerde ist von großer Bedeutung – und sollte sie erfolgreich sein, so wird sie für viele Lesben und Schwule in Österreich äußerst positive Konsequenzen haben!

Der betroffene Wiener hat das Verfahren in Österreich aus eigener Tasche bezahlt – und bekanntlich in erster und zweiter Instanz sogar gewonnen! Zeigt euch solidarisch, denn er hat unsere Solidarität verdient. Auch kleine Spendenbeträge sind willkommen.

Vielen Dank!

SPENDENKONTO Nr. 23-57978/04 lautend auf „HOSI Wien – Mietrecht“ bei der CA, BLZ 11.000.

Ihr könnt auch auf das normale HOSI-Konto, Nr. 23-57978/00 bei der CA, spenden und als Zahlungszweck „Spende Mietrecht“ angeben, dann wird der Betrag widmungsgemäß verbucht. Einzahlungsabschnitte aufgeben – wenn die Sache gewonnen wird, werden Spenden auf Wunsch rückerstattet!

Die „Schilling-Aktion“ wurde heuer ebenfalls wieder durchgeführt: In etlichen Lokalen, so auch im HOSI-Zentrum, wurden vom 28. 11. bis 1. 12. Spendenbüchsen aufgestellt, damit Spendenfreudige uneingeschränkt durch Banköffnungszeiten und andere Hindernisse ihren Obolus für die gute Sache leisten konnten.

Antidiskriminierungsbestimmung angewendet

Im Zusammenhang mit dem am 1. Mai 1993 in Kraft getretenen Sicherheitspolizeigesetz (SPG) hat das Innenministerium im April 1993 eine Verordnung herausgegeben, mit der Richtlinien für das Einschreiten der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes erlassen wurden. Sie heißt deswegen auch Richtlinienverordnung (RLV, BGBl. 266/93) – vgl. LN 3/93, S. 16. Diese Verordnung sieht auch ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung vor:

Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben alles zu unterlassen, das geeignet ist, den Eindruck von Voreingenommenheit zu erwecken oder als Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, der Rasse oder Hautfarbe, der nationalen oder ethnischen Herkunft, des religiösen Bekenntnisses, der politischen Auffassung oder der sexuellen Orientierung empfunden zu werden. (Grammatikfehler im Original) Erstmals war nun eine Beschwerde gegen einen Polizisten wegen diskriminierender homophober Äußerungen gegenüber einem Schwulen im Zuge von Amtshandlungen erfolgreich. Der Betroffene legte unter Berufung auf diese Verordnung Beschwerde beim Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) Wien ein, weil ein Polizist ihm nahegelegt hatte, wegen seiner homosexuellen Neigung doch ärztliche Behandlung in Erwägung zu ziehen, und ihm damit eine krankhafte und perverse Veranlagung unterstellt hatte.

Der UVS Wien stellte nun in seiner Entscheidung vom 8. Oktober 1997 fest, daß diese abwertende Äußerung diskriminierend und somit rechtswidrig gewesen sei.

Ausbildung zu SexualberaterInnen

Rotraud Perner bietet wieder keine Ausbildung bzw. Fortbildung in Sexualberatung und -pädagogik an. Das sogenannte Curriculum 6 beginnt im Februar 1998 und umfaßt vier Wochenendblöcke (Fr 18-21, Sa 9-18.30, So 9-14 Uhr) zu folgenden Terminen: 13.-15. Februar, 13.-15. März, 17.-19. April und 5.-7. Juni 1998. Die Ausbildung findet in den Räumen der Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin (Gamed), Kurbadstraße 8, 1107 Wien-Oberlaa statt, wo man auch Unterlagen erhält bzw. sich anmelden kann (Tel.: 688 75 07). Ein Info-Abend über die Ausbildung findet ebenfalls am 28. Jänner 1998 um 19.30 Uhr dort statt. Die Kosten betragen S 4.000,- plus 10 % MWSt. je Blockseminar.

Lehrveranstaltung an der Uni Wien

Utopien müssen nicht nur Nirgend-Land, ein Niemals bedeuten, sie können sehr wohl auch bedeuten: noch nicht, könnte sein, wäre möglich. Gerade literarische Texte bieten die Möglichkeit, mögliche neue Gesellschaftsmodelle – literarisch – zu erproben, sie in spielerischer Form zu formulieren. Und sie formulieren in der Form der negativen Utopie Ängste – auch und gerade Texte von Frauen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts begleiten die utopischen Texte von Frauen die jeweiligen Diskurse der Frauenbewegung(en), reagieren auf sie oder beeinflussen sie wiederum – und sind natürlich eine Antwort auf männliche utopische Gesellschaftsmodelle (von H. G. Wells angefangen). Anhand verschiedener literarischer Texte (Marge Piercy, Ursula LeGuin, Doris Lessing, Margaret Atwood, Charlotte Perkins Gilman, Sally Miller Gearhart, Marion Zimmer Bradley...) sollen unterschiedliche utopische Gesellschaftsentwürfe vorgestellt

und analysiert sowie der Umgang mit Texten eingeübt werden. Weiters sollen die Veränderungen des Utopiebegriffs selbst herausgearbeitet werden.

Pflichtlektüre für alle TeilnehmerInnen vor Beginn der LV: Gert Brantenberg: *Die Töchter Egalías* (Frauenoffensive) Barbara Holland-Cunz: *Utopien der neuen Frauenbewegung. Gesellschaftsentwürfe im Kontext feministischer Theorie und Praxis*. Corian 1988 Barbara Holland-Cunz (Hg.): *Feministische Utopien. Aufbruch in die postpatriarchale Gesellschaft*. Corian 1986 Tom Moylan: *Das unmögliche Verlangen. Science Fiction als kritische Utopie*. Argument 1990

Institut für Politikwissenschaft an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien Univ.-Lekt. Dr. Gudrun Hauer Proseminar zweistündig: Feministische Utopien Währinger Straße 17/5. Stock, Seminarraum Dienstags 17 bis 19 Uhr Beginn 10. März 1998 KK

Schwul/lesbisches Kulturstenogramm

Homunculus-Uraufführung

EISBERG, die neue Produktion des Tanztheaters Homunculus, wird am 1. Februar 1998 im dietheater Künstlerhaus, dem Stammhaus der Tanztruppe, uraufgeführt und bis 15. Februar (täglich außer Montag, 20 Uhr) gezeigt. Die beiden Choreographen Manfred Aichinger und Nikolaus Selimov haben gemeinsam mit ihrem Ensemble diese Produktion, die auf Kompositionen von Alban Berg basiert, erarbeitet.

Karten/Reservierung: dietheater-Kasse, Karlsplatz 5, Wien I, Di-Sa 16.30-19 Uhr, Tel.: 587 05 04.



Homunculi Alexander Fend und David Subal

Foto: Michael Zeborny

Welche Forderungen der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz 1995 hat die österreichische Bundesregierung bis heute umgesetzt? Eine Antwort auf diese Frage suchte der „Verein Frauenrechte Menschenrechte“ zwei Jahre danach auf seiner Tagung „Frauengezeiten“ in Wien.

Ein Bericht von Gudrun Hauer

Peking Far Away?

„Es sind so viele kleine Schritte, an denen viele Frauenfüße plattgegangen sind. Riesige mächtige Männer schrumpfen auf Ameisengröße, wenn es um Frauenrechte geht“, leitete die SPÖ-Nationalrätin Helga Konrad ihr Referat über die Pekinger Weltfrauenkonferenz auf der Tagung „Frauengezeiten“ im vollbesetzten Budgetsaal des Parlaments am 16. Oktober 1997 ein.

Mehr als 100 Expertinnen aus allen Politikfeldern – u. a. die Autorin dieses Artikels als Vertreterin der HOSI Wien –, zahlreiche Aktivistinnen von Frauengruppen, sogenannte „Institutionenfrauen“ und leider nur wenige Nationalrätinnen hatten sich auf Einladung des Vereins „Frauenrechte Menschenrechte“ eingefunden, um den Stand der Umsetzung der



Leitete die österreichische Delegation: Helga Konrad

Pekinger Aktionsplattform in Österreich zu erheben sowie in insgesamt sieben Arbeitskreisen – Wirtschaft, Armut, Menschenrechte (an den Beispielen weibliche Flüchtlinge sowie Lesben), Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen, Bildung, Gewalt, Entwicklungspolitik – ein gemeinsames Forderungsprogramm sowie mögliche Umsetzungsstrategien zu diskutieren und zu erarbeiten. Die damalige Frauenministerin und Leiterin der österreichischen Delegation in Peking, Helga Konrad, skizzierte vier Prioritäten für die österreichische Frauenpolitik:

- ☉ Kampf gegen Gewalt an Frauen,
- ☉ Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verfassung,
- ☉ Verpflichtung zur gemeinsamen Versorgungsarbeit im Ehe- und Familienrecht und
- ☉ im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die ausdrückliche Intensivierung der „Gender“-Perspektive.

Mittlerweile ist der österreichische Nationalbericht fertiggestellt, aber noch immer unvollständig: Das Frauenministerium hatte alle Ministerien aufgefordert, „einen Bericht über die jeweiligen Maßnahmen und Aktivitäten zu legen, die hinsichtlich der Umsetzung der

Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking gesetzt wurden bzw. in absehbarer Zeit beabsichtigt sind“. Berichte über ihre Aktivitäten wurden bisher von folgenden Ressorts vorgelegt: Frauenministerium, Justizministerium, Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Finanzministerium, Ministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Außenministerium sowie Ministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten.

Gleichstellungsgebot

Die Republik Österreich, seit 1955 Mitglied der Vereinten Nationen (UN), ratifizierte am 30. April 1982 die 30 Artikel umfassende „Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) mit Vorbehalten (Nachtarbeitsverbot, militärische Dienstleistungen). Mit Stichtag 2. Juli 1997 sind 160 von 185 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen Vertragsstaaten dieser Konvention geworden, darunter alle EU-Mitgliedsstaaten.

Mit dem Inkrafttreten dieser Konvention wurde 1982 das „Committee on the Elimination of Discrimination against Women“ als unabhängiges Exper-

tinnenkomitee eingerichtet, das die Durchsetzung der Bestimmungen dieser Konvention periodisch überprüft. Aus der Ratifizierung dieser Konvention sollte zwingend eine Änderung der österreichischen Bundesverfassung (Artikel 7 B-VG) folgen, die das bisherige Diskriminierungsverbot zu einem „spezifischen Gleichstellungsgebot und zur verfassungsrechtlichen Verankerung von Frauenfördermaßnahmen“ ausbauen soll, so die Verfassungsrechtlerin Brigitte Hornyk. Dazu liegen dem Parlament mittlerweile verschiedene Entwürfe von Frauenministerium, den Grünen sowie den Liberalen vor; Familienminister Martin Bartenstein forderte bekanntlich vor einigen Monaten gleichsam als „Ausgleich“ die Verankerung des besonderen Schutzes von Ehe und Familie in der österreichischen Bundesverfassung. „CEDAW



Warnt vor Rückschlägen: Frauenministerin Prammer

wird kaum zitiert, sie hat etwas Geheimnisvolles, „Dunkles“, brachte Frauenrechtsexpertin Lilian Hofmeister den aktuellen Stand auf den Punkt und konstatierte sogar einen „Rückschritt in punkto Frauenrechte“. Die Soziologin Dorothea Gaudart bestätigte die Feststellung Hofmeisters – „Die EU spricht nicht darüber“ – und forderte die Bundesregierung auf, daß Österreich die Zeit der EU-Präsidentschaft nützen solle, mehr Druck auf die EU-Mitgliedsstaaten auszuüben, um die Konvention verstärkt umzusetzen.

Halbe Maßnahmen, ganze Politik

Frauenministerin Barbara Prammer warnte zwar vor Rückschlägen, denn „der Aufbruch von Frauen in unserer Gesellschaft dokumentiert sich auch, daß sich auch der Gegenbruch mobilisiert“, legte aber zugleich gerade für den Bereich der Gewaltbekämpfung ein positives Resümee vor: Maßnahmen gegen Frauenhandel, Einrichtung der ersten Interventionsstellen gegen Gewalt, Erlaß eines neuen Sozialhilfegesetzes etwa in Oberösterreich, wodurch Frauenhäuser in die Pflichtfinanzierung eingebunden und dadurch nicht mehr subventionsabhängig sind, Gründung eines Präventionsbeirates vor einigen Monaten.

Elisabeth Förg-Rob (LEFÖ) forderte im Namen des Arbeitskreises „Frauen und Gewalt“ die Verbesserung des Schutzes vor Gewalt für Migrantinnen, einen besseren Opferschutz für vom Frauenhandel Betroffene – sie sollen nicht mehr in Schubhaft genommen werden – und den generellen Ausbau der Opferhilfe.

„Halbe-halbe war die größte Sensation in der Geschichte der Republik zur Entwicklung des Geschlechterverhältnisses“, zog Hofmeister eine positive Bilanz dieser bisher wohl umstrittensten und zugleich aufsehenerregendsten Kampagne des Frauenministeriums und hatte damit viele Lacherinnen (und wenige Lacher) auf ihrer Seite. Berichterstatterin Heidi Ambrosch (KPÖ) rannte daher mit der Forderung nach der Aufteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten sowie der Neubewertung von Arbeit generell weit offene Türen ein.

Im Bereich der Entwicklungspolitik forderte Michaela Told (WIDE) u. a. die Integration der Geschlechterperspektive in alle entwicklungspolitischen Programme, die Überprüfung von Kreditvergaben durch den Staat an die Staaten des Südens aus Gender-Sicht.

Lesbenrechte sind Menschenrechte

Die Autorin legte dem Arbeitskreis „Menschenrechte“ ein Diskussionspapier mit folgenden Hauptforderungen vor:

- ☉ Aufnahme einer Antidiskriminierungsbestimmung in die österreichische Bundesverfassung: „Niemand darf wegen ihrer/seiner ... sexuellen Orientierung bevorzugt oder benachteiligt werden.“ Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Länderverfassungen
- ☉ Gleichstellung von lesbischen bzw. schwulen PartnerInnenenschaften mit heterosexuellen Lebensgemeinschaften und der Ehe unter Gewährleistung der eigenständigen materiellen Lebenssicherung vor allem von Frauen, unabhängig vom Familienstatus
- ☉ Installierung eines im Frauenministerium angesiedelten und vom Bundeskanzleramt finanzierten Arbeitskreises, der in enger Zusammenarbeit mit Betroffenen(organisationen) einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, sämtliche Gesetzesvorlagen überprüft und zugleich Ziel- und Zeitvorgaben für die konkrete Umsetzung erstellt. Dieser Maßnahmenkatalog soll spätestens vor der nächsten Frauenweltkonferenz auf seine Effektivität überprüft werden.
- ☉ Einrichtung von weisungsunabhängigen Lesbenbeauftragten auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene.

Nach längeren Diskussionen, die jedoch die grundsätzlichen Forderungen nicht in Frage stellten, legte Berichterstatterin Nadja Lorenz dem Plenum folgenden Minimalforderungskatalog vor: Erweiterung des Artikels 7 der Bundesverfassung, alle Rechtsformen des Zusammenlebens sollen auch für homosexuelle Paare gelten, Einrichtung eines Arbeitskreises im Frauenministerium. Als logische politische Konsequenz kann daraus künftig eine Zusammenarbeit mit den Gruppen abgeleitet werden, die

das Gleichstellungsgebot für Frauen in der Bundesverfassung verankern wollen.

Raus aus der Armutsfalle

Wann sind Frauen arm? Nicht nur, wenn sie zuwenig Geld für Nahrung, Wohnen, Kleidung, Verkehrsmittel haben. Auch dann, wenn sie sich etwa keinen Urlaub, keine Teilnahme am Kulturleben etc. leisten können. Und davon sind immer mehr Frauen betroffen. Erwerbsarbeit sichert immer weniger das Auskommen. „Der zentrale Ausgangspunkt für Frauen ist die Partizipation am Erwerbsleben. Wir haben die Arbeitsgesellschaft noch nicht überwunden, und sie wird in absehbarer Zeit auch nicht überwunden sein“, versuchte Prammer schon zu Tagungsbeginn diverse – zu aufmüpfige? – Frauenträume auf ihre Politikrealität zurechtzustutzen.

Dem konterte der Arbeitskreis „Frauen und Wirtschaft“ besonders kreativ. Nebst dem dringenden Appell, daß sich mehr Frauen auf die Gebiete Ökonomie sowie Steuerpolitik spezialisieren sollen und dem schon zur liebgewordenen Tradition gewordenen Wunsch nach einer anderen Umverteilungspolitik ließ er mit folgender Forderung aufhorchen: Jede (Gesetzes-) Maßnahme soll unter dem Gesichtspunkt der Frauenverträglichkeit kontrolliert werden, als Ziel muß eine Gleichheit der Resultate für beide Geschlechter erreicht werden.

Vielleicht weist Österreich ja ein „hohes Profil in internationalen Frauenfragen“ auf, wie das Außenministerium in seinem Bericht feststellt, in nationalen Frauenfragen werden bisher erreichte Fortschritte insbesondere durch die Belastungspakete der Regierung wieder rückgängig gemacht. Aber die meint ja nicht die Regierung mit dem Begriff Gewalt gegen Frauen. Noch nicht.

HOSI Wien *aktiv*

Besuch beim Innenminister

Am 28. Oktober 1997 setzten die Obleute der HOSI Wien, Waltraud Riegler und Christian Högl, sowie Generalsekretär Kurt Krickler die PolitikerInnenbesuche bei Innenminister Karl Schöllgögl fort.

HOSI Wien, die wir in unserer Begutachtung zu diesem Gesetzesentwurf abgegeben haben (vgl. LN 3/97, S. 18), blieben – wie erwartet – unberücksichtigt. Minister Schöllgögl hat uns jedoch zugesagt, zumindest zu prüfen, ob und inwieweit im Durchführungserlaß zu den neuen Bestimmungen auf gleiche-



Von links nach rechts: Minister Schöllgögl mit Christian, Waltraud und Kurt

Wir informierten den Minister einerseits ganz allgemein über die Anliegen der Lesben und Schwulen in Österreich, andererseits erörterten wir spezielle Fragen, die in seine Ressortzuständigkeit fallen. Dabei ging es über die Probleme, die bi-nationale gleichgeschlechtliche Paare haben. Für ÖsterreicherInnen bzw. AusländerInnen mit legalem Aufenthalt in Österreich ist es ziemlich schwierig, dem/der ausländischen gleichgeschlechtlichen Partner/in legalen Aufenthalt zu verschaffen, um die Beziehung zu leben, da ihnen ja die Möglichkeit einer Heirat nicht offensteht. An dieser Schwierigkeit hat auch das neue Fremdenrecht, das seit 1. Jänner 1998 in Kraft ist, leider nichts geändert. Die Vorschläge der

schlechtliche Paare Rücksicht genommen werden kann. Die HOSI Wien betonte aber, daß mittelfristig nur die Verwirklichung der Eingetragenen PartnerInnenenschaft in diesem Bereich Abhilfe schaffen kann. Angesichts der steigenden Zahl europäischer Länder, die dieses Rechtsinstitut eingeführt haben bzw. einzuführen planen, bestehe unserer Ansicht nach auch in Österreich ein dringender Handlungsbedarf.

Ein weiterer Punkt unseres Gesprächs war die Aufklärung über Homosexualität innerhalb der Exekutive im Rahmen der Aus- und Weiterbildung, um noch bestehende Vorurteile gegenüber Schwulen und Lesben bei Polizei und Gendarmerie abzubauen.

Wir verwiesen auf ausländische Beispiele, die zeigen, daß Informationen über und die bewußte Auseinandersetzung mit Homosexualität entkrampfere Haltungen innerhalb der Exekutive entstehen lassen können. Später übermittelten wir Sektionsleiter Wolf Szymanski, der an diesem Gespräch ebenfalls teilnahm, Unterlagen über das Europaratsprojekt „Polizei und Menschenrechte 1997-2000“. Ziel dieses Programms ist es, durch Aus- und Fortbildung über Menschenrechte die Exekutive für die Menschenrechte und deren Ein-

bau von Homophobie innerhalb der Exekutive einfließen könnte.

Die HOSI Wien hatte ja bereits in einem früheren Gespräch mit Sektionsleiter Szymanski die Idee einer Fortbildung bzw. einer Broschüre über Homosexualität für die Exekutive ventiliert. Das war im Oktober 1990 – im August 1991 hatten wir ihm dann sogar einen Textentwurf für eine solche Broschüre übermittelt (vgl. LN 4/91, S. 23) – von seiten des Innenministeriums wurde dieser Vorschlag aber bis heute nicht weiterverfolgt.

Wir informierten in einer Presseaussendung auch die Medien über unseren Besuch bei Schöllgögl, aber nur die *Wiener Zeitung* berichtete in einer Kurzmeldung am 29. 10. 97 darüber.

Grüner Rückschritt

Die Grünen wollen sich ein neues Grundsatzprogramm geben. Ein erster Entwurf wurde vergangenen September mit der Aufforderung präsentiert, Stellungnahmen dazu abzugeben. Dieser Einladung kam die HOSI Wien umso lieber nach, als lesbisch-schwule Anliegen in dem Entwurf völlig unberücksichtigt geblieben waren. In unserem Schreiben von Anfang Oktober teilten wir den Grünen daher folgendes mit:

Es hat uns ziemlich überrascht, daß im ganzen Entwurf weder die Worte „Lesben“ und „Schwule“ noch „Homosexualität“ vorkommen, und das umso mehr, als es eine Lesben- und Schwulengruppe innerhalb der Grünen – „grün andersrum“ – und Ulrike Lunacek als Bundesgeschäftsführerin gibt. Uns scheint der jetzige Entwurf daher ein Rückschritt gegenüber früheren Programmen der Grünen.

Natürlich haben wir bemerkt, daß der Entwurf sehr allgemein gehalten ist und absichtlich nicht als detaillierter Forderungskatalog daherkommt und auch einmal „sexuelle Minderheiten“ vorkommen. Dennoch werden auch andere

LILA
SCHRIFTEN

LILA Schriften ist auch als kassette erhältlich und erscheint 2x jährlich.

wir freuen uns über die zusendung eurer artikel, fotos, bilder, gedichte, geschichten etc.

einzelheft: ös 33,-/dm 5,-/sfr 5,- + porto.
abo (4 ausgaben): ös 111,-/dm 20,-/sfr 20,- plus porto bitte gleich bei bestellung in bar beilegen.

kontakt: LILA Schriften, postfach 45, A-7400 Oberwart

Zeitung für lesbisch-separatistische Perspektiven

Ausschließlich für Lesben

Gruppen mit konkreten Anliegen angesprochen.

Wir würden Euch dringend raten, lesbisch/schwule Anliegen nicht unter den Tisch fallen zu lassen und damit Lesben- und Schwulenpolitik nicht ausschließlich dem Liberalen Forum zu überlassen. Zu Eurer Information übermitteln wir Euch in der Anlage unser allgemeines Förderungsprogramm aus 1989, unser Programm „Wir wollen heiraten“ sowie eine Übersicht über bestehende Anti-Diskriminierungsbestimmungen in Europa.

Hier nochmals unsere wichtigsten Forderungen in Kurzform:

• Ersatzlose Streichung strafrechtlicher Sonderbestimmungen (§ 209 StGB)

• Schaffung eines umfassenden Anti-Diskriminierungsgesetzes, in der auch „sexuelle Orientierung“ als schutzwürdige Kategorie ausdrücklich genannt wird

• Ergänzung des Artikels 7 der Bundesverfassung um die schutzwürdige Kategorie „sexuelle Orientierung“

• Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften und ihre rechtliche Gleichstellung mit heterosexuellen Lebensformen, d. h. Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Lebensgemeinschaften und Schaffung eines der Ehe entsprechenden und äquivalenten Rechtsinstituts für gleichgeschlechtliche Paare, sprich: Eingetragene PartnerInnenschaft nach nordischem Muster.

Treffen mit Villa-Lesben

Am 29. Oktober 1997 kamen einige Mitarbeiterinnen des Rosa Lila Tips zu Besuch in die HOSI-Lesbengruppe, um uns die (Hinter-)Gründe der Trennung von Lesben- und Schwulenberatung in der Rosa Lila Villa zu beschreiben und mit uns darüber zu diskutieren (siehe Interviews ab Seite 35 in diesem Heft).

Weiters berichteten sie uns von ihrem nächsten geplanten Projekt, einem Schwerpunkt über Gewalt in der Lesbenzene. Dies löste eine kontroverielle Diskus-

sion aus. Wir von der HOSI-Lesbengruppe kamen zu dem Schluß, daß wir uns eine Zusammenarbeit mit den Villa-Frauen bei Veranstaltungen zu diesem Thema vorstellen können.

Zum Abschluß des Abends kam die Diskussion auf, wie sich die Lesbenbewegung in bezug auf Transsexuelle verhalten soll, die in Lesbengruppen oder auf Frauenfeste kommen wollen. Wir stimmten alle überein, daß in diesem Bereich noch ein großes Informationsdefizit herrscht.

Rosa Runde zur Kombitherapie

Am 17. November fand im HOSI-Zentrum im Rahmen der Rosa-Runden eine Podiumsdiskussion zum Thema Kombinationstherapie statt. Am Podium saßen Oberärztin Dr. Brigitte Schmied vom Pulmologischen Zentrum Baumgartner Höhe, die Alternativmedizinerin Dr. Ingrid Guth, Dennis Beck von der Wiener AIDS-Hilfe und Friedrich Merak vom Verein „Menschen und AIDS“. Gesprächsleiter war Ewald Lochner.

Dr. Schmied berichtete von den erfreulichen Auswirkungen der Kombinationstherapie, die bereits vielen Patienten sehr geholfen hat und die Sterberate auf ein Minimum reduziert hat. Als Anwender der Therapie konnte Friedrich das Wirken der Therapie bestätigen. Auch wenn er seinen Lebensrhythmus auf die Einnahme der Medikamente abstimmen und mit leichten Nebenwirkungen leben muß, fühlt er sich momentan sehr wohl. Dennis Beck verwies auf die Gefahr, daß die



Am Podium: Guth, Schmied, Lochner, Beck und Merak

HIV-Infektionsgefahr durch die Verfügbarkeit der Kombinationstherapie von den Menschen weniger ernst genommen wird und ihre Safer-Sex-Disziplin abnimmt. Dr. Guth bemühte sich um eine objektive Beurteilung der Kombi-Therapie und sprach auch über alternative Behandlungsmethoden. Sie betreut auch PatientInnen, die auf die Kombinationstherapie nicht ansprechen. Die Veranstaltung war sehr informativ und verlief passagenweise recht kontroversiell. Auch nach ihrem offiziellen Ende wurde noch bis in den späten Abend weiterdiskutiert.

Radioworkshop

MitarbeiterInnen des Freien Radio Wien veranstalteten am 19. und 20. Dezember 1997 einen Radioworkshop, an dem Heinz, Felix, Silvia, Dana, Barbara und Barbara von der HOSI Wien teilnahmen. Vordergründiger Zweck des Workshops von seiten der VeranstalterInnen war es, bis Februar Ideen für Sendungen zu sammeln und sich mit Gruppen in Verbindung zu setzen, die Interesse an Sendezeit haben. Die HOSI-TeilnehmerInnen wurden dabei gleich mit der Praxis konfrontiert und produzierten eine Sendung mit allem, was dazugehört: Recherche, Texterstellung und Musikauswahl sowie die tatsächliche technische Fertigung des Beitrags. Alle waren mit solchem Eifer dabei, ein sendegerechtes Ergebnis zu produzieren, daß der Workshop kurzerhand an einem zusätzlichen Samstag im Jänner fortgesetzt wurde.

Diverse Aktivitäten

Waltraud Riegler nahm am 7. Österreichischen Lesben- und Schwulenforum, das vom 24. bis 27. Oktober in St. Pölten stattfand, teil und leitete einen Arbeitskreis über die Lesben- und Schwulenehe. Waltraud nahm ebenfalls am Studientag „Homosexualität und Katholische Kirche“ teil, der vom 7. bis 8. November im Bildungshaus Lainz in Wien stattfand.

Kurt Krickler vertrat die HOSI Wien bei der konstituierenden Sitzung des Nationalkomitees für das Menschenrechtsjahr 1998, die am 10. Dezember 1997 in den Räumlichkeiten des Außenministeriums bzw. Bundeskanzleramts stattfand. Das Nationalkomitee wird aus VertreterInnen diverser Ministerien, Landesregierungen und anderer offizieller Stellen sowie aus nichtstaatlichen Organisationen bestehen und Aktivitäten in besagtem UNO-Menschenrechtsjahr setzen. Einen Tag später nahm Kurt als HOSI-Vertreter an einem Informationsgespräch zwischen den SPÖ-Abgeordneten Walter Posch und Inge Jäger und NGO-VertreterInnen im Renner-Institut teil, bei dem es in erster Linie darum ging, die Abgeordneten über die Anliegen der Menschenrechtsbewegung in Österreich zu informieren.

Kurt war in den letzten Monaten auch verstärkt für den „Club Plus – Menschen und AIDS“ eingespannt. Nach seiner Teilnahme an der 8. Internationalen Konferenz für Menschen mit HIV/AIDS vom 5. bis 12. November 1997 in Chiang Mai, Thailand (s. Seite 58), berichtete er darüber gemeinsam mit einer anderen Teilnehmerin im Club Plus am 21. November. Am 1. Dezember nahm er an der „Abschiedsfeier“ des Clubs aus/in der Wickenburggasse teil, und am 12. Dezember diskutierte er zum Thema Lesben- und Schwulenehe und präziserte dabei die diesbezüglichen Forderungen der HOSI Wien.

Der rosa-lila Kampf

Seit 1. Dezember 1997 ist es offiziell: Die gemischte Villa-Beratungsstelle Rosa Lila Tip hat sich in eine Schwulen- und eine Lesbenberatungsstelle gespalten. Dem vorausgegangen ist ein Konflikt über Beratungsprofessionalisierung, die Frage der Pädophilie, Grenzüberschreitungen und Gewalt. Zwei Lesben und drei Schwule aus den neuen Villa-Beratungsstellen wurden von den LAMBDA-Nachrichten dazu befragt.

Die Interviews führten Barbara Fegerl und Waltraud Riegler

1 Neu: Lesbenberatung im Parterre

Interview mit MARTY HUBER und CLAUDIE GOUTRIÉ von der Lesbenberatung des Rosa Lila Tips.

LN: Es gibt jetzt nach einem Konflikt zwei Gruppen in der Villa. Hat sich die Villa in eine Männer- und eine Frauengruppe gespalten?

Das ist eine einfache Frage mit einer komplizierten Antwort, weil der Konflikt kein Männer-Frauen-Konflikt war. Es ging um ganz andere Themen, aber im Laufe der Diskussionen hat es dann diese Spaltung mehr oder weniger komplett gegeben. Weniger deswegen, weil sich nicht alle Männer und Frauen für die ihnen aufgrund ihres Geschlechts zugeordnete Seite entschieden haben.

Ihr habt jetzt zwei getrennte Bereiche. Im ersten Stock ist jetzt die neue Schwulenberatung. Unten, wo vorher die gemischte Beratung war, ist jetzt ein Frauenbereich. Heißt das, daß jetzt in eurem Frauenbereich kein Mann mehr mitarbeitet und daß oben in der Schwulenberatung auch keine Frau mitarbeitet?

Was die Beratung betrifft, ist es so. Das hat einfach praktische Gründe. Bei unserer Gruppe ist zwar auch ein Mann da-

nicht, was Bildungsarbeit betrifft. Sucht ihr euch nun andere schwule Männer, die mit euch diese Termine wahrnehmen?

Ja, bzw. einer ist ja



bei, aber der kann in einer Lesbenberatung natürlich nicht in vollem Umfang beraten. Wenn es oben eine Schwulenberatung gibt, dann wäre es praktisch nicht möglich gewesen, unten noch eine gemischte Beratung zu machen. Was leider auf der Strecke bleibt, sind all die anderen Aufgabenbereiche, die der Tip sonst wahrgenommen hat: Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsarbeit etc., wo Männer und Frauen gemischt gearbeitet haben. Das gibt es in der Form nicht mehr. Aber wir wollen mit dieser Gruppe, die jetzt die Schwulenberatung macht, nicht mehr zusammenarbeiten, auch

noch da, der als Praktikant den ganzen Konflikt mitgekriegt hat und trotzdem geblieben ist. Der macht auf jeden Fall Bildungsarbeit weiter. Aber grundsätzlich ist es noch nicht geklärt, und wir hatten einen Grund, nicht mehr mit den Männern aus der jetzigen Schwulenberatung zusammenarbeiten zu wollen.

Eine Erfahrung ist, daß Medien sich sehr gerne an Schwule wenden und es dann immer wieder passiert, daß in den Zeitungen fast immer nur von homosexuellen Männern zu lesen ist oder daß zu Veranstaltungen und Schulbesuchen fast immer nur Schwule

eingeladen werden. Befürchtet ihr, daß die Präsenz von lesbischen Frauen durch diese Trennung verringert werden könnte?

In der Villa gibt es schon eine Tradition, daß die Villa-Frauen sich präsentieren können und das auch tun. Wenn die Medien dezidiert herkommen und ein schwules Paar suchen, dann kann man eben nichts machen. Aber wenn es darum geht, daß sich jemand in einem Themenbereich auskennt, sind wohl auch die Frauen gefragt. Wir werden einfach verstärkt an die Öffentlichkeit gehen. Und Öffentlichkeitsarbeit wird jetzt ein ganz wichtiger Punkt sein, auch um den Konflikt klarer zu machen.

Wie sieht es jetzt mit der Struktur des Rosa Lila Tips aus?

Was es sicherlich geben wird, ist eine gemeinsame Hausverwaltung.

Wie sieht es finanziell aus? Zwei Beratungsstellen kosten doch mehr.

Wir versuchen, den Mehraufwand aufzuteilen, und glauben nicht, daß es viel mehr kosten wird, denn die Beratung erfolgt ja ehrenamtlich. Wenn das nicht so wäre, müßte man natürlich die doppelte Öffnungszeit finanzieren. Der Tip bekommt

Marty Huber:

studiert Theaterwissenschaft und Publizistik, arbeitet seit eineinhalb Jahren im Tip, macht Zeitungs-, Beratungs- und Bildungsarbeit

Claudie Goutrié:

kommt aus Deutschland, arbeitet seit eineinhalb Jahren im Tip, Schwerpunkte sind Bildungsarbeit und Betreuung einer Coming-Out-Gruppe für Lesben

weiter eine Subvention von der Gemeinde. Der Verein bleibt an sich bestehen, er hat sich vom Vereinsrecht her in zwei Untergruppen gespalten, und es wird jetzt eine Finanz- und Hausverwaltungsgemeinschaft geben, die sich aus beiden Gruppen bilden wird. Diese wird die Aufteilung des Budgets, die Hausverwaltung etc. regeln. An den Supervisionskosten ändert sich auch nichts, denn wir hatten vorher schon zwei Supervisoren, weil die Gruppe so groß war.

Können Sie kurz beschreiben, wie der bereits erwähnte Konflikt begonnen hat und wie er sich aufgebaut hat? In der Villa-Zeitung „Die V.“ schreibt ihr, daß es vor zwei Jahren bei einer Neukonzeptionierung schon zu sehr kontroversen Diskussionen gekommen ist.

Damals ging es um die Professionalisierung der Villa. Es schien so, als ob es Befürchtungen gab, daß MitarbeiterInnen der Villa, die nicht aus den Quellenberufen wie Sozialarbeit, Psychologie etc. kommen, hinausgedrängt würden. Wobei für mich Professionalität in dieser Beratungsstelle etwas anderes bedeutet, als aus diesen Quellenberufen zu kommen. Viel wichtiger sind eigene Erfahrungen, z. B. die Erfahrung des Coming-out, die eigene „Betroffenheit“ und aber auch eine gewisse Kompetenz, beraten oder Gruppen leiten zu können. Diese Kompetenz kann man sich selbst erarbeiten. Ich glaube, der Verknüpfungspunkt ist dort, wo Gerüchte als Thema aufgegriffen wurden, wonach es bei einem Mitarbeiter in Beratungssituationen zu Grenzüberschreitungen kam.

Was hat der Berater konkret getan? Ihr habt das immer nur sehr unklar formuliert.

Diese verschwommene Formulierung liegt zum einen daran, daß wir bedroht wurden und wir Sachen nicht beim Namen nennen durften. Das Problem ist: Fange ich jetzt an, detektivisch zu arbeiten, und suche ich Indizien, um irgendetwas zu beweisen? Wir haben schließlich eine Beratungsstelle in einem Bereich, der sehr wichtig ist. Wir arbeiten sehr viel mit Jugendlichen, und es sollte möglich sein, Konsequenzen zu ziehen,

wenn mit Verdächtigungen und Gerüchten von vielerlei Seiten an uns herangetreten wird. Wenn ich sage, ein Gruppenleiter hat nicht auf dem Schoß jemand anderes zu sitzen oder umgekehrt oder er soll keine Gruppenmitglieder zu sich nach Hause einladen, hat das mit einer Grenzziehung zu tun. Man kann als Beratungsstelle so damit umgehen, daß man sagt, es ist nicht gut, daß du Gruppenleiter bist.

Die Diskussion über das Machtgefälle ging quer durch die Geschlechter, das war kein Männer-Frauen-Konflikt. Es ist aber nie richtig zu einer Diskussion gekommen, sondern es wurde immer abgeblockt.

In der Zeitung „Die V.“ wird eine Pädophilie-Diskussion erwähnt.

Wir haben sehr lange über den Begriff diskutiert, und es gibt da ganz verschiedene Meinungen. Der eine betroffene Berater hat in dieser Diskussion eine Meinung vertreten, die uns absolut unverständlich war. Was den Tip betrifft, ging es um die Beratungssituation und um klare Grenzen. Und darum, daß klare Grenzen fehlen, sowohl in bezug auf Alter als auch in bezug auf die Berater-Klienten-Situation, also ein Machtgefälle besteht.

Das Problem war dann auch, daß die Schwulen zwischendurch schon gesagt haben, daß sie natürlich gegen Pädophile und für klare Grenzen sind. Aber dann waren sie nicht fähig, die Konsequenzen zu ziehen, wenn über jemand schon von so vielen Seiten Berichte gekommen sind, daß er Grenzen überschreitet, also seine Position als Gruppenleiter einfach mißbraucht. Wir haben gefordert, daß er die Gruppe abgibt und wahrscheinlich dann auch nicht mehr im Tip mitarbeitet. Und diese Forderung war eindeutig zuviel. Und daß es, wie es z. B. in dem Artikel vom Thomas (in der Villa-Zeitung „Die V.“) steht, zu einer „Kampfabstimmung“ hätte kommen sollen, stimmt auch nicht. Wir hatten zwar als Frauen von den Stimmberechtigten her eine Stimme mehr, aber die Frau, die erst am kürzesten bei uns dabei ist, hat gesagt, sie würde ihre Stimme zurücklegen, damit es paritätisch

ist und damit es eben kein Frauen-Männer-Konflikt ist. Damit allen klar ist, daß es nicht um eine „inszenierte Kampfabstimmung“ geht. Es hat alles nichts genützt, es kam nie zu dieser Abstimmung. Wir wußten dann nicht mehr, was wir noch machen sollten, damit etwas weitergeht. Wir wollten das Problem mit diesem Mitarbeiter zuerst in einem persönlichen Gespräch ansprechen, aber schon bevor wir das ansprechen konnten, war die Generalversammlung, auf der schon eine Gegenreaktion zu spüren war und wo auch schon die ersten Unterstellungen kamen, wir Frauen inszenierten das alles, wir machten einen Lesben-Putsch, um die Macht in der Villa an uns zu reißen und die Männer rauszuschmeißen, und benutzten dafür alles, was uns in den Weg kommt. Diese Unterstellung kam schon ganz am Anfang.

Was hat Bad Goisern mit alledem zu tun?

Wir hatten eigentlich gehofft, daß unsere Diskussion durch Bad Goisern mehr Gewicht bekommt. Daß es klarer wird, wie wichtig es ist, über solche Dinge zu diskutieren und klare Grenzen zu setzen. Und andererseits war auch der Schock da, daß Mitglieder des Rechtskomitees Lambda (RKL) verhaftet worden sind. Das RKL hat bei uns eine Treffmöglichkeit und unsere Postadresse. Es gibt außerdem noch personelle Überschneidungen in zwei Fällen. Wir haben ein Verfahren (gegen die *Neue Kronenzeitung*) laufen, in dem wir durch diesen Anwalt vertreten wurden. Wir haben uns z. B. überlegt, ob wir nicht aus vielerlei Gründen den Anwalt wechseln sollten. Das war nicht möglich. Es hat verschiedene Auffassungen gegeben. Einige haben gesagt, wir sollen erst warten, wie lange das Verfahren noch dauert, es wäre ungünstig, jetzt den Anwalt zu wechseln. Es gab das Argument von den Betroffenen, daß wir keine soziale Staffelung bei seinen Tarifen bekommen würden, wenn wir ihn wechselten. Das haben wir als Erpressungsversuch gedeutet. Es gab auch Beschwichtigungen, daß natürlich die Unschuldsvermutung gilt und man somit überhaupt keine Reaktion

darauf zeigen darf.

Massive Bedenken der Frauengruppe konnten also nicht durchgesetzt oder beruhigt werden?

Ja. Es war ja in anderen Vereinen ganz klar, daß man sich von diesem Anwalt verabschiedet. Er hat ja viele Vereine vertreten im schwul-lesbischen Bereich. In der Situation, in der Lesben und Schwule leben, ist es schwer abschätzbar, was dann kommt. Das Problem hat sich dadurch gelöst, daß der Anwalt suspendiert wurde. Somit haben wir jetzt einen anderen Anwalt. Aber das ist auch für uns keine adäquate Lösung gewesen. Die Meinungsverschiedenheiten wurden dadurch nicht bereinigt.

Was wäre eine mögliche Lösung des Konflikts gewesen?

Daß man konsequent ist und sagt, daß jemand, über den ständig Beschwerden kommen, bei uns nicht mitarbeiten kann. Oder man muß ihn jedenfalls aus der Gruppe nehmen, oder jemand zweiter muß mit in die Gruppe gehen.

In der „V.“ heißt es, daß ihr die Pädophilie- und Machtdiskussion nur als Vorwand genommen habt, um eine Trennung herbeizuführen.

Das ist Teil der Paranoia. Es ging schon immer wieder in der Geschichte der Villa um das Thema der Trennung, aber das war nicht unser Ziel. Die Trennung war für uns nicht so klar wie für die Schwulen. Diese Überlegungen hat es zwar auf beiden Seiten gegeben, aber bei uns war es in dieser ersten Abgrenzung eine hauptsächlich Schutzfunktion, und es war nie unsere Motivation, eine separatistische Lesbenberatung zu machen.

Dafür hätten wir keine inszenierte Diskussion gebraucht. Wir wären in der Lage gewesen, das zu formulieren und durchzuziehen und hätten den Wunsch nach Trennung direkt ausgesprochen. Wir hätten uns sicher nicht in so eine Klemme wie jetzt gebracht, daß dann überhaupt nichts mehr geht. Uns waren die gemeinsamen Sachen immer sehr wichtig (Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsarbeit). Es ist klar, daß das jetzt nach allem, was vorgefallen ist, nicht mehr geht. Vor allem, wenn so ein Konflikt entsteht. Das ist wirklich eine

haarsträubende Unterstellung. Das ist für uns absolut nicht nachvollziehbar.

In der „V.“ werden organisatorische und finanzielle Blockaden erwähnt. Was hat es damit auf sich?

Das war auch Teil der Paranoia, daß es einen Lesben-Putsch gibt. Die andere Gruppe hat prophylaktisch aus Panik oder Hysterie alle Konten geräumt und Sparbücher genommen und bei einem Rechtsanwalt hinterlegt, mit der Auflage, daß nur mit Vorstandsbeschluß Geld transferiert werden darf. Außerdem wurde kurz vor dem Fertigwerden der letzten „V.“ ein Brief an die Druckerei geschrieben, daß namentlich genannte Personen (= alle Frauen und der eine Mann) und etwaige Ehrenmitglieder und frühere Mitarbeiterinnen nicht den Auftrag erteilen dürfen, daß die „V.“ gedruckt wird.

Heißt es in Zukunft, getrennte Wege zu gehen?

Im Moment wollen wir durch unseren Frust einfach nichts mehr gemeinsam machen. Im Zuge des Konflikts haben wir immer wieder versucht, zusammenzuarbeiten, das hat sich aber als äußerst schwierig erwiesen. Es gab Bedrohungen, uns wurden Kompetenzen abgesprochen, Verdächtigungen wurden ausgesprochen. Die Diffamierungen und die Gewalt in der Sprache waren nicht mehr erträglich. Wir wollen uns das nicht mehr antun.

Es kam z. B. der Vorwurf, daß Frauen sensibel sind, was Gewalt betrifft, weil man vielleicht selber betroffen ist oder so viele kennt, die betroffen sind, und daß man dadurch quasi inkompetent ist, weil man Scheuklappen aufhat. Wir waren mit dem Ergebnis des Konfliktes – der Trennung – nicht zufrieden. Unser Ziel war nie, eine separatistische Lesbenberatung zu machen.

Die Villa ist heuer 15 Jahre alt. Ist das Projekt Villa gescheitert?

Jein. Die Villa besteht ja aus drei Vereinen: Wohnverein, Willendorf und Tip. Im Tip ist es schon zum Teil Abschiednehmen von der Wunschvorstellung, gemischt zu arbeiten. Aber das Projekt Villa an sich ist nicht gescheitert. Vielleicht ist es ja einmal wieder möglich, ge-

mischt zu arbeiten. Wer weiß?

Wir glauben, es ist immens wichtig, gemischt zu arbeiten. Zum einen Teil muß es Frauenräume geben, die dezidiert für Frauen da sind. Aber es ist genauso wichtig, gemischt zu arbeiten, weil man durch die Verschiedenheit merkt, was man gemeinsam hat. Und man kriegt auch viel mehr mit, was in der Schwulenszene los ist. Und die Männer haben auch mitgekriegt, was die Bedürfnisse und Forderungen von Frauen und Lesben sind, wenigstens hätten wir uns das gewünscht. Auch wenn das nicht immer wahrgenommen wird, finden wir es wichtig, daß die Möglichkeit da ist. Aber es war nicht einfach, Dinge rüberzubringen.

Was wünscht ihr euch von der Lesben- und Schwulensbewegung?

Es wurden z. B. Pädophilenvereinigungen aus der ILGA ausgeschlossen. Wir hätten uns so eine Auseinandersetzung auch in der Villa gewünscht. Auf jeden Fall, daß das Thema nicht so totgeschwiegen wird.

Pädophilie wird ja oft mit Schwulensein verwechselt. Leute, die eigentlich auf Kinder stehen, sollen sich nicht in der Lesben- und Schwulensbewegung verstecken. Die Villa wird oft als politisch dargestellt. Man sollte mitbekommen, daß es sehr kritische und wache Frauen und Männer bei uns gibt, die sich für die Gesamtbewegung einsetzen.

Was ist euer Wunsch für die Zukunft?

Jetzt wieder handlungsfähig zu werden als Lesbenberatung. Die Situation ist jetzt eben so, daß es die zwei Gruppen gibt. Wir wollen jetzt massiv Öffentlichkeitsarbeit betreiben, auch um zu verhindern, daß die Lesben in der Villa an den Rand gedrängt werden. Es ist uns ein starkes Bedürfnis, weiter gegen diesen augenzwinkernden Umgang mit Sex mit Jugendlichen oder einem Machtgefälle zu arbeiten. Und natürlich einfach die Dienste weiter anzubieten, die die Villa schon immer gemacht hat.

Lesbenberatung in der Rosa Lila Villa:

Montag bis Freitag 17.00 bis 20.00 Uhr
Tel. 01/58 68 150

2 Neu: Schwulensberatung im 1. Stock

Interview mit Jürgen Schwarz, Thomas Fröhlich und Wolfgang Hartinger von der Schwulensberatung der Villa.

Jürgen Schwarz:

ist Sozialarbeiter in Ausbildung, arbeitet seit sieben Jahren im Tip, macht Beratungs- und Bibliotheksarbeit

Thomas Fröhlich:

ist Sozialarbeiter, seit vier Jahren im Tip aktiv, macht Beratung und betreut eine Elterngruppe

Wolfgang Hartinger:

ist Psychologiestudent, arbeitet seit vier Jahren im Tip, macht Beratung

LN: Es gibt jetzt nach einem Konflikt eine Lesben- und eine Schwulensberatungsstelle in der Villa. Bedeutet das eine totale Spaltung in eine Männer- und eine Frauengruppe?

Eine räumliche Trennung hat nicht unbedingt auch eine strikte personelle Trennung zur Folge. Logischerweise arbeiten in der Lesbenberatung Frauen und hier in der Schwulensberatung Männer. Aber es ist auch so, daß es jeweils eine Person gibt, die sich auch „andersgeschlechtlich“ zur jeweiligen Beratungsgruppe zugehörig fühlt und auch mitarbeiten möchte oder Interesse zeigt, wie es in der jeweiligen Beratungsstelle weitergeht. Die Trennung bietet auch die Chance für eine Schwerpunktbildung in qualitativer und fachlicher Hinsicht. Wir werden auf jeden Fall die telefonische und persönliche Beratung weitermachen. Zusätzlich wollen wir auf schwulenspezifische Beziehungsprobleme mehr eingehen können und auch dahingehend Angebote setzen (Gruppen etc.). Wir wollen auch den AIDS-Schwerpunkt stärker wahrnehmen, als es bisher möglich war.

LN: In der neuesten und ersten Broschüre der Schwulensberatung steht,

daß ihr jetzt männeremanzipatorisch arbeiten möchtet. Was versteht ihr darunter?

Wir wollen das Rollenverhalten von Männern, verschiedene Männerbilder und Männeridentitäten hinterfragen. Es gibt sehr viele frauenspezifische Veranstaltungen, die Auseinandersetzung mit Männlichkeit gibt es kaum. In der alten Gruppe bestand in bezug auf männerspezifische Themen ein Vakuum.

LN: Habt ihr euch getrennt, damit ihr eine bessere Beratung für eure KlientInnen anbieten könnt, oder weil ihr euch nicht mehr vertragen habt?

Sowohl als auch. Die ursprüngliche Idee war eigentlich, daß bei jedem Beratungsdienst eine Frau und ein Mann anwesend sind. Und je nachdem konnte sich der Klient aussuchen, zu wem er gehen wollte. Ich glaube, daß es in der Lebensweise schon grundlegende Unterschiede zwischen Lesben und Schwulen gibt, das zeigt sich z. B. in der Subkultur. Und es gibt natürlich verschiedene Problematiken. Wobei sich Grundsätze ähnlich sind, sich aber dann unterschiedliche Problemstellungen ergeben. Außerdem muß für die Beratung auch eine Atmosphäre herrschen, in der man gerne arbeitet. Diese Zufriedenheit kommt automatisch zu den KlientInnen hinüber.

LN: Wenn ihr jetzt Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit macht, nehmt ihr Männer dann die Termine allein wahr oder sucht ihr euch Frauen von außerhalb, die mit euch gehen, damit auch das Lesbisch-Sein sichtbar wird?

Nein, das funktioniert nach wie vor intern, sowohl mit Frauen als auch mit Männern. Bei uns gibt es auch eine Frau, die gesagt hat, sie kann es sich eher vorstellen, bei uns mitzuarbeiten. Innerhalb der beiden Teams gibt es Leute, die sich nach wie vor gut verstehen. Es gibt die Möglichkeit, daß diese dann zusammen etwas machen. Das ist aber sehr personenbezogen.

LN: Wie groß sind die finanziellen Auswirkungen der Trennung? Kosten zwei Beratungsstellen mehr Geld als eine?

Der Sachaufwand wurde von beiden Gruppen abgedeckt. Der

obere Teil wurde schon immer von der Subvention miterhalten, weil hier auch die Gruppenräumlichkeiten waren. Er war schon immer die „Filiale“ des alten Rosa Lila Tips. Somit hat sich finanziell nicht viel verschoben. Die Telefonrechnungen werden höher sein, weil es jetzt zwei Stellen gibt. Sonst haben wir versucht, alles möglichst gerecht aufzuteilen. Wir haben nicht die ganze Infrastruktur neu gekauft, wir benutzen z. B. den Kopierer gemeinsam.

LN: Wie ist der Konflikt entstanden? In der „V.“ steht, daß er schon vor zwei Jahren seinen Ausgang genommen hat. Es hat vielleicht punktuelle Ereignisse gegeben, z. B. an einem Klausurwochenende. Wir können uns auch an ein sehr gespanntes Klima bei Supervisionen erinnern. Aber das hat sich dann so mehr oder weniger eingeregnet.

Im Sommer/Herbst 1996 war die Professionalisierungsdebatte. Es ging um die Frage, ob der Rosa Lila Tip eine Familienberatungsstelle im Sinne des traditionellen Familienbegriffs werden soll. Es gab einen vorformulierten Brief, der ans Ministerium abgeschickt werden sollte. Er wurde an die Pinnwand gehängt, und alle durften ausbessern. Aber es hat keine Vordiskussion dazu gegeben. Dieser Brief hat Spannung erzeugt. Die Frage war, ob dann nur mehr professionell ausgebildete MitarbeiterInnen bei uns arbeiten dürfen.

Im Herbst 1996 wurde die Beratungsgruppe gebildet. Darüber wurde auch sehr heftig diskutiert. Sowohl von Männern als auch von Frauen.

Im April 1997 ist dann das Thema Pädophilie ins Spiel gekommen. Es waren mehrere Themen vermischt. Begonnen hat es mit der Frage, ob sich ein bestimmter Mitarbeiter professionell verhält. Die Vorwürfe sind aber ohne nähere Hintergrundinformationen geblieben.

Die Diskussion war weniger sach- als personenbezogen. Es hat sich so zugespitzt, daß es nur mehr um die eine Person gegangen ist. Es war dann nicht mehr möglich zu diskutieren. Die

Frauen meinten, es sei genug geredet worden, jetzt müsse gehandelt werden und es müsse zu einer Abstimmung kommen. Damit hatten wir sehr wenig Beweglichkeit in Diskussionen. Für uns war das Thema in der Härte und der Form neu, vor allem weil es dann feministisch diskutiert wurde.

LN: Habt ihr überprüft, ob die Vorwürfe gegen diesen Mitarbeiter stimmen oder gerechtfertigt sind?

Wir haben mit diesem Mitarbeiter Gespräche geführt, und es hat sich eigentlich ziemlich glaubwürdig herausgestellt, daß die Vorwürfe in der Art, in der sie vorgebracht wurden, nicht wirklich aufrechterhalten werden konnten.

LN: Arbeitet dieser Mitarbeiter noch bei euch?

Ja. Wir haben uns schon gedacht, daß beide Gruppen jetzt autonom agieren können und daß es bei der Personaldiskussion keine Einmischung gibt, in welcher Form auch immer. Beide Gruppen können entscheiden, wer zum Gesamtkonzept des Hauses dazupast und es auch mitträgt.

LN: Zu dem Zeitpunkt gab es dann wirklich eine Streiterei zwischen zwei Parteien: Frauen- und Männerpartei?

Es hat sich herausgestellt, daß das Thema offensichtlich leichter zu diskutieren war, indem man sich in Männer und Frauen aufsplittet, obwohl wir in vielen Einzelgesprächen gemerkt haben, daß die grundsätzlichen Einstellungen der beiden Gruppen sehr ähnlich waren. Wir haben mit einer Diskussion begonnen, ohne vorher zu wissen, wohin sie uns eigentlich führen kann und welche Maßnahmen uns zur Verfügung stehen.

Wenn man in Ebenen denkt, gibt es in der Beratungsstelle eine Prozeß-, Struktur- und eine Personenebene. Wir haben, ohne die Prozeß- und Strukturebene anzusehen, sofort mit der Personenebene begonnen. Und dann sind wir irgendwo im Morast steckengeblieben.

LN: Das heißt, es wurde nie über Machtmißbrauch oder Grenzüberschreitungen im allgemeinen, sondern sofort über diese eine Person diskutiert?

Ja. Es wäre unser Wunsch gewesen, das zu diskutieren. Wir haben in zwei Plena erreicht, daß es nicht zu einer Abstimmung gekommen ist, sondern noch einmal diskutiert wurde. Wir wollten Diskussionsrunden, um Zeit zu bekommen, uns in der Männergruppe über das Thema klar zu werden. Wir hatten diesen Vorsprung von einem halben Jahr oder einigen Monaten einfach nicht. Und dieses Nachdenken-Wollen, um eben zu einer guten Entscheidung zu kommen, ist uns dann als Verzögerungs- oder Verschleppungstaktik vorgeworfen worden.

LN: Heißt das, die Frauen sind ungeduldig geworden?

Es mußte dann einfach eine Entscheidung geben. Das war im Sommer 1997. Aber es kam nicht dazu.



Der Entscheidungswunsch der Frauengruppe war eine Kampf- abstimmung um eine Person (ob sie weiter bei uns sein darf oder nicht), das hätte es zum ersten Mal im Tip gegeben. Im Laufe der Diskussion gab es immer wieder sehr persönliche Verletzungen von beiden Seiten. Da sind sich Männer und Frauen nichts schuldig geblieben. Da eine Kampfabstimmung nie Teil unserer basisdemokratischen Kultur war, ist es nicht zu dieser Entscheidung gekommen. Es kam zum Rückzug. Das war im Juni. Die Notsupervision hat leider auch nicht funktioniert. Und

damit war eine Patt-Stellung da. Die Supervision hat gezeigt, daß ein Sachproblem auf einer Männer-Frauen-Ebene ausgetragen wurde. Das war irgendwie die Essenz.

LN: Was war dann mit Bad Goisern?

Bad Goisern war eine Parallelgeschichte dazu. Es hat das Thema wesentlich verschärft. Es war schwierig, in irgendeiner Weise Tip-intern glaubwürdig aufzutreten. Wir haben dann eine Presseaussendung gemacht, die aus unserer Initiative abgeschickt wurde. Wir haben versucht, uns zu distanzieren und auch zu sagen, was unser Standpunkt zu dem Thema ist.

LN: Gab es einen Konsens zu Bad Goisern?

Die Presseaussendung haben wir schon gemeinsam gemacht. Aber es hat nach dem Sommer keine

sprächen mehr gekommen ist, waren wir blockiert. Das waren die organisatorischen Schwierigkeiten. Wir haben uns dann überlegt, wir müssen ein Gegengewicht setzen, um in irgendeiner Form wieder handlungsfähig zu werden. Wir haben uns entschlossen, die Blockaden transparent zu machen und haben von unserer Seite die finanzielle Blockade eingeleitet. Wir haben das gemeinsame Konto eingefroren und beim Vorsitzenden unseres Schiedsgerichts hinterlegt und das am gleichen Tag der Vereinsobfrau mitgeteilt. Das war ein schwerer und ein harter Schritt, weil wir gehäht und auch gewußt haben, daß diese Sache nicht als eine Rettung verstanden wird, sondern als eine erneute Provokation.

Es war aber eine deutliche Sprache, die dann verstanden wurde. Auch zum Teil mißverstanden wurde. Uns wurde vorgeworfen, daß wir jede gemeinsame Aktivität irgendwie zensurieren oder ausschließen wollten. Aber dadurch kam ein dezentes Gespräch wieder in Gang, und es konnte auch die räumliche Trennung durchgeführt werden. Nach vier Wochen wurden die finanziellen Blockaden im gegenseitigen Einvernehmen wieder aufgehoben.

LN: Seid ihr jetzt froh, daß ihr euch getrennt habt, nach allem, was vorgefallen ist?

Wir möchten nicht so global sagen, daß wir mit der Lesbeneratung nicht arbeiten können, denn die andere Gruppe besteht aus einzelnen Personen. Mit einzelnen können und wollen wir sehr wohl weiter zusammenarbeiten. Vielleicht haben beide Gruppen erst einmal genug voneinander. Es ist auch vielleicht ganz gut, sich von diesen ganzen Geschichten zu erholen.

Es ist aber nicht so, daß wir jetzt froh und glücklich sind, daß wir allein sind, so wie das die Frauen in ihrem Artikel in der „V.“ schreiben, daß wir jetzt endlich ohne „lästige“ Frauen arbeiten können. Das stimmt so nicht. Das wäre ein Pyrrhussieg, wenn wir auf das hingearbeitet hätten.



Foto: Lise Binder

Ein Foto aus „glücklicheren“ Rosa-Lila-Tip-Tagen

Wir haben deshalb diese Trennung vollzogen, damit jede Gruppe wieder Luft hat. Der nächste Schritt muß sein, den Tip als gemeinsamen Trägerverein zu erhalten und auch unserer Verantwortung für das ganze Haus wieder gerecht zu werden.

LN: Bedeutet das, ihr entkommt der Zusammenarbeit eigentlich nicht?

Wir möchten ihr gar nicht entkommen. Ganz im Gegenteil. Als wir das Konzept der räumlichen Trennung vorgelegt haben, haben wir Punkte deponiert, wo wir Zusammenarbeit sehen: Exkursionen, Jahresbericht, Statistiken, Bibliothek, Feste... Diese Zusammenarbeit ist von uns gewünscht und gesucht.

LN: War die Trennung somit eure Idee? Die Situation hat sich einfach auf diesen Punkt hinbewegt. Wir besprachen die Idee der Trennung intern und stellten sie dann im Frauenplenum vor. Wir möchten nicht ausschließen, daß die Frauen auch schon solche Ideen hatten. Es geht nicht darum, wer schneller war.

LN: Glaubt ihr, daß der Männer-Frauen-Konflikt jetzt nur eure Gruppen betrifft, oder daß er in der ganzen Lesbian- und Schwulenbewegung

unterschwellig existiert?

Nein, wir glauben, daß man das nicht pars pro toto nehmen darf. Das waren wirklich sehr spezielle, hausgemachte Probleme. Wir glauben nicht, daß wir einen Ausschnitt der ganzen Bewegung darstellen.

LN: Was erwartet ihr als Schwulenberatung von der Lesbian- und Schwulenbewegung?

Als die ersten Stellungnahmen der Villa zur Trennung kamen, wollten viele Leute Informationen haben. Wir haben dadurch gesehen, daß der Rosa Lila Tip für die Szene wichtig ist. Wir wünschen uns für die Zukunft, daß wir noch immer als eine Einheit wahrgenommen werden, aber auch, daß die Einheit Unterschiedliches fördern kann.

LN: Ist für euch das Projekt Rosa Lila Villa gescheitert?

Nein. Es hat Veränderungen gegeben. Die sind legitim. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Ich hoffe, daß konstruktiv damit umgegangen wird, daß man etwas Gutes daraus macht. Wir sind ja Trägerverein für die ganze Villa und haben damit auch eine Verantwortung für das Haus.

LN: Im „Xtra!“ vom Dezember steht, daß das letzte Fest in der Villa fast ausschließlich von Männern organisiert wurde. Die Aussagen über die Lesben in diesem Artikel klingen fast wie Kampf oder Krieg.

Das hat sich einfach so ergeben, daß das Fest nur von Männern organisiert worden ist. Wir haben uns gedacht, es ist einfach wichtig, ein Geburtstagsfest zu machen. Wir haben eine Liste aufgehängt für Leute, die mitarbeiten wollen, und es haben dann auch drei Frauen mitgearbeitet. Dieser Artikel klingt mehr nach Regenbogenpresse, nicht wie es wirklich war.

LN: Solche Artikel nähren aber den Konflikt mehr, als daß sie die Leute wieder zusammenbringen.

Um auf die Frage von vorher zurückzukommen, was wir uns wünschen, dann sicher nicht solche Artikel. Das ist kontraproduktiv. Wir distanzieren uns von diesem Artikel.

LN: Wie ist das Klima in eurer Gruppe?

Fühlt ihr euch erleichtert, traurig, voller neuer Energien?

Nach den ganzen Blockaden, die passiert sind, gab es schon eine gewisse Erleichterung bei dem Gedanken, etwas Neues anzufangen. Das hat auch wieder Energie gegeben. Da weiß man jetzt mehr, wofür man seine Freizeit, seine Energie und seinen Arbeitsaufwand investiert.

Als wir den Antrag zur Trennung ins Plenum einbrachten, war es schon so, als würden wir eine heilige Kuh schlachten, nachdem es ja 15 Jahre mit der gemischten Beratung geklappt hatte. Es war da schon auch Abschiedsschmerz vorhanden, als wir unsere Sachen nahmen und hinauftrugen. Aber wir mußten für die Sache selbst entscheiden, und so gesehen war die Trennung schon richtig.

Schwulenberatung in der Rosa Lila Villa:

Montag bis Freitag 17.00 bis 20.00 Uhr

Tel. 01/587 17 78

Geschichtsfälscher am Werk?

Im Falter # 43 vom 22. Oktober 1997 setzte sich Andreas Brunner, Vorsitzender des Regenbogenparaden-Vereins, mit der österreichischen Lesbian- und Schwulenbewegung auseinander und versuchte sich an einer Art historischen Analyse derselben. Die ging allerdings ziemlich daneben. Um der ohnehin nur schwer Einhalt zu gebietenden Legenden- und Mythenbildung entgegenzuwirken, sind wohl einige Richtigstellungen angebracht, zumal Villa-Mitbegründer Rudi Katzer unlängst ebenfalls von einschlägigen Erinnerungslücken geplagt worden ist.

Eine Replik* von Kurt Krickler

Andreas Brunner ist zu gratulieren, daß er, nachdem er jetzt auch einen Homoverein mitgegründet hat und vor einigen Monaten in den exklusiven Zirkel der rund 99.999 Vereinsobmänner und -frauen in Österreich eingetreten ist, schon draufgekommen ist, daß es an der Zeit ist zu erkennen, daß wir nicht eine [Lesben- und Schwulen-]Bewegung sind und nie mehr mit einer Stimme sprechen werden. Wirklich toll. Andere hatten diese Erkenntnis indes schon vor 15 Jahren!

„Die Bewegung“ ist ein Plural-Begriff, und es gibt eine Bewegung, auch wenn sie aus tausend Gruppen besteht und in ver-

schiedene Richtungen geht. Lesbian- und Schwulenbewegung ist eine Graswurzelangelegenheit und keine Konzernzentrale. Das wird allen klar, die einige Zeit in dieser Bewegung aktiv sind. Es wäre in der Tat eine absurde Vorstellung zu erwarten, daß so unterschiedliche Interessen, wie politisches Lobbying, Chorsingen, Religiosität, Volleyballspielen, Motorradfahren, Zeitungsprojekte oder parteipolitische Lobbygruppen unter einen einzigen Vereinsvorstands-Hut zu bringen wären. Und daß die Bewegung gar nicht mit einer Stimme sprechen will, ist seit rund zehn Jahren klar, denn seither sind alle Dachverbandsbemühungen gescheitert. Daß sich die Be-

wegung diversifiziert, ist ein weltweites und natürliches Phänomen, das die breite Öffentlichkeit längst zur Kenntnis genommen hat – nur für Brunner scheint es neu zu sein.

Daß Andreas Brunner das jetzt zu einem großen Problem macht, verwundert und läßt den Verdacht aufkeimen, daß womöglich er darüber enttäuscht und frustriert ist, weil er nicht diese Stimme sein kann. Jedenfalls ist es sehr eigenartig, daß er sich um diesen banalen Sachverhalt, der für die meisten Bewegten seit Jahren und Jahrzehnten offenkundig ist, sogar eine – allerdings ziemlich abstruse – Theorie aufbaut.

In seiner diesbezüglichen „historischen Analyse“ sind ihm ziemliche Schnitzer unterlaufen, die wohl korrigiert werden müssen: In Wien hat es nicht erst seit 1996 Demonstrationen aus Anlaß des Christopher Street Day gegeben: Die erste fand schon 1984 statt! Es ist Unsinn, jedesmal von einer Spaltung der Bewegung zu reden, wenn sich eine neue Initiative formiert. Die

Gründung der Rosa Lila Villa 1982 war keineswegs eine „erste Spaltung“, die HOSI Wien hat das Villa-Projekt von Anfang an wohlwollend und aktiv unterstützt. Man könnte sogar darüber spekulieren, ob nicht die Existenz der HOSI Wien verhindert hat, daß die Villa dasselbe Schicksal ereilte wie alle anderen besetzten Häuser in Wien. Immerhin hat die HOSI der Wiener SPÖ 1980 bei den Wiener Festwochen alternativ am Favoritner Reumannplatz ein nachhaltiges Trauma zugefügt! Ein Lesbian- und Schwulenverein setzte sich gegen die allmächtige rote Rathausverwaltung durch!

Dem Lustprinzip verschrieben

Es ist versuchte Geschichtsfälschung zu behaupten, nach der Spaltung in HOSI- und Villa-Fraktion waren die Positionen noch relativ klar: Die HOSI übernahm die führende Rolle als politische Organisation, die Villa wurde hingegen eher der „Spaß- und Aktionsfraktion“ zugerechnet. Ersteres trifft zwar zu, aber die GründerInnengeneration der Villa hatte ebenfalls noch einen ziemlich politischen Anspruch, der erst durch spätere AktivistInnenwechsel verloren ging. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Die HOSI Wien war auch als „Spaß- und Aktionsfraktion“ aktiver als die Villa. Die HOSI hat sicherlich genauso viele Feste veranstaltet, und mit den HOSI-stern haben wir überhaupt die Spaßtruppe schlechthin! Und da der Spaß- und Lustfaktor bei ehrenamtlicher, unbezahlter Arbeit besonders wichtig ist, hat die HOSI Wien dem Lustprinzip auch bei harter Knochenarbeit immer gehuldigt: ob bei den drei Büchern, die sie herausgegeben hat, oder den drei internationalen Konferenzen, die sie für die International Lesbian and Gay Association in Wien ausge-

richtet hat. Ganz zu schweigen von den extra lustvollen Aktionen, die auf das Konto von HOSI-Wien-AktivistInnen gehen: z. B. die halbtägige Besetzung des Büros von Familienministerin Marilies Flemming, das Akten-vom-Richtertisch-Fegen bei Gericht in einem Verfahren gegen die HOSI Wien, die Störung verschiedener Pressekonferenzen, etwa Vizekanzler Erhard Buseks oder Bürgermeister Helmut Zilks, die Aktion Standesamt im Wiener Rathaus 1994. In Sachen Spaß, Lust und Aktionen kann wohl kein anderer Verein der HOSI das Wasser reichen!

Brunner ist auch peinlicherweise einem Klischee aufgesessen und denkt sich offenbar nichts dabei, es weiterzubreiten: Auf der einen Seite die lobbyistischen Kämpfer, auf der anderen jene Lesbian und Schwulen, die ein selbstbewußtes schwules oder lesbisches Leben führten und denen die Lobby-Politik völlig egal war. Die lobbyistischen KämpferInnen sind ja verklemmt und verbiestert, verstecken sich und führen natürlich kein selbstbewußtes schwules oder lesbisches Leben!

Es mutet etwas schizophran an, wenn sich Brunner einerseits als politischer Schwulenaktivist deklariert, andererseits aber die Diskriminierung leugnet und die Kritik daran als Lamento denunziert. Keine Frage, daß man heute schon selbstverständlich offen lesbisch und schwul leben kann, ohne größeren Benachteiligungen ausgesetzt zu werden. Natürlich gibt es Leute, für die das höchste der Befreiungsgefühle ist, zwischen zwei schwulen – oder laut Brunner noch besser: gemischten – Clubbings auswählen zu können. Ja, fein. Niemand in der Bewegung hat ein Problem damit. Wobei wir bei der Frage der Basis sind: Was heißt, der Bewegung ist die Basis abhanden gekommen? Sie hatte nie eine! Hätte sie eine, wäre die Bewegung längst überflüssig, denn dann wären Gleichstellung und Menschenrechte für Lesbian und Schwule längst durchgesetzt.

Rosa Winkel versus Regenbogenfahne?

Vielleicht trennen jene, die in den 70er und 80er Jahren politisiert wurden – und die den Rosa Winkel zum Symbol ihres Kampfes gegen Unterdrückung und Diskriminierung gewählt haben –, und jene, die im Yuppie-Jahrzehnt der 90er-Jahre aktiv geworden sind – und die lieber die Regenbogenfahne als Zeichen der Befreiung schwenken –, doch auch ideologische

Welten? Brunner ordnet bestehende ideologische Differenzen aber bequemerweise dem Bereich persönlicher Hahnenkämpfe um die Vorherrschaft in der Bewegung zu (wieder so eine paranoide Panik, die eher ihn entlarvt). Scheut er womöglich die inhaltliche Debatte? Diese ideologischen Divergenzen werden beim Thema „Lesben- und Schwulenehe“ evident, auf das ich aber an dieser Stelle* nicht eingehen will, da ich dazu ohnehin ausführlich in den LN

3/97 (S. 32 f) Stellung genommen habe.

15 Jahre Rosa Lila Villa

Auch Rudolf Katzer trägt in seinem Beitrag 15 Jahre Rosa Lila Villa, beigeheftet dem XTRA! # 11/97, zur Verfestigung eines verfälschten Geschichtsbildes bei, das es zu korrigieren gilt. Zu diesem Zweck habe ich einen „Brief“ an Rudi Katzer verfaßt – siehe untenstehenden Kasten.

15 Jahre Rosa Lila Villa

Lieber Rudi Katzer!

In unserem Alter sollte man sich bei der Beschreibung länger zurückliegender Ereignisse nicht mehr ausschließlich aufs eigene Gedächtnis verlassen, sondern mitunter alte Quellen und Unterlagen zur Auffrischung desselben heranziehen. In Deinem Beitrag zum 15. Geburtstag der Villa (herzlichen Glückwunsch im nachhinein!) schreibst Du: Ende 1981 war es für uns zu eng geworden in der HOSI Wien. Wenn wir goschert waren, mußten wir uns rechtfertigen vor den Vorständen, und als Florian die Aktion „Neujahrskonzert '82“ plante, gingen sie auf Tauchstation.

Das ist nun wirklich ein absoluter Schmarren und auch eine Frechheit gegenüber all den Leuten, die diese Aktion unterstützt haben. Dieter Schmutzner erinnert sich noch genau, wie er vor der Aktion Florian Sommer haarklein schilderte, wie es im Musikvereinsgebäude aussieht, worauf eventuell zu achten sei, wie der Ablauf des Konzerts ist etc. Auch ich erinnere mich, daß ich mit Florian konspirativ im Café Votiv zusammengesessen bin und die Aktion besprochen habe. Ich erinnere mich, wie Reinhardt Brandstätter, damals Vize-Obmann der HOSI, nach der Aktion und der Festnahme der Akteure im Polizei-Kommissariat angerufen hat, damit Flori-

an und seinem Ko-Flitzer Robert Herz auch ja kein Haar gekrümmt werde – was ja auch nicht passierte! Ich erinnere mich auch, daß Johannes Weidinger, der dann auf der Generalversammlung im Jänner 1982 in den HOSI-Vorstand gewählt wurde, die Eintrittskarten besorgt hat, was – einige Wochen vor dem Konzert – gar nicht so einfach war, aber irgendwo auf dem Schwarzmarkt in Frankfurt waren schließlich welche aufzutreiben. Und die offizielle HOSI-Wien-Presseaussendung vom 1. Jänner 1982 kannst Du im vollen Wortlaut in den LN 1/82 (S. 5) ebenso wie ein ausführliches Interview mit den beiden AktivistInnen nachlesen. Und in dieser Aussendung hieß es:

Die Homosexuelle Initiative Wien zeigt Verständnis für gewaltfreie Aktionen, die geeignet sind, auf die Unterdrückung der Homosexuellen in Österreich in positiver Form aufmerksam zu machen. Bedenkt man den Beschluß des Europarats vom 1. Oktober 1981, in dem alle Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, jegliche Diskriminierung Homosexueller zu beseitigen, so scheinen uns derartige Aktionen durchaus geeignet, auf die fehlende Bereitschaft unserer Regierung hinzuweisen, diesen Beschluß zu vollziehen. – Die Feigheit unserer Politiker ... ist es, die immer noch hunderttausende Österreicher ihrer in

der Verfassung verankerten Rechte beraubt. Diese Weigerung der Politiker, sich mit den Homosexuellen auseinanderzusetzen, schafft den Boden für solche Aktionen.

Angesichts dieser Involvierung und Unterstützung kannst Du doch nicht ernsthaft behaupten wollen, die HOSI Wien wäre bei der Neujahrskonzert-Aktion auf Tauchstation gewesen! Oder sie hätte sich gar davon distanziert! Im Gegenteil, die HOSI Wien nahm die beiden AktivistInnen auch gegen die Kritik aus den eigenen Reihen, solche Aktionen seien kontraproduktiv für die Sache (was man ja heute wieder verstärkt hört), immer in Schutz.

Ich verstehe ja, daß Du mit Wehmut an die glorreiche Anfangszeit der Villa zurückdenkst und Dich leichte Bitterkeit über ihren jetzigen Zustand befallen muß – aber, bitte, projiziere doch diese negativen Gefühle nicht auf die HOSI Wien! Obwohl – wir sind es ja gewohnt, für alle möglichen Wiener Projekte und Vereine Projektionsfläche und Definitionsprothese zu sein. Aktionistisch und spontiistisch war die Villa nur in den ersten Jahren.

DEIN KURT KRICKLER

PS: Ansonsten unterschreibe ich aber jeden Satz in Deinen beiden Artikeln.

PRIDE

WEIL WIR LESEN, WAS WIR SIND!

RESTELLEN BEI: PRIDE, C/O HOSI-LINZ, POSTFACH 43, 4013 LINZ

DAS GRATISMAGAZIN FÜR LESBEN UND SCHWULE!

* Eine Antwort von Kurt Krickler auf A. Brunners Beitrag erschien auch im Falter zwei Wochen später (# 45 vom 5. 11. 97) – darin wurde auch auf die unterschiedlichen Positionen in Sachen Lesbian- und Schwulenehe Bezug genommen.

Aus der Bewegung

Projekt Lesben- und Schwulen-Museum

Wer die Mühe seiner eigenen Identitätsfindung den anderen überläßt, muß sich mit neuen Aussagen altbackener Homophobie zufriedengeben: Hat nicht Kardinal Schönborn, gütig wie eine Taube und schlau wie eine Schlange, vor kurzem verkündigt, daß wir erbarmungswürdige, monströse Produkte mißlungener Liebesmühe sind, daß „es viele Menschen gibt, die unter einer solchen Neigung leiden, die sie als eine Last empfinden, die auch einen Weg heraus suchen“? Solche und ähnliche Aussagen werden wir in allen Sparten des sozialen, wissenschaftlichen und religiösen Diskurses über Homosexualität mühelos finden können.

Neben den laufenden Strategien unseres Emanzipationskampfes ist auch ein wissenschaftliches Coming-out notwendig: ein Hinausgehen in die Öffentlichkeit, um bewußt die ideologischen Brutstätten solcher gegen uns gerichteter Argumentationen und Vorurteile zu treffen. Was wir brauchen, um mit vereinten Kräften unsere Emanzipationskämpfe noch sinnvoller weiterführen zu können, ist eine Gegenideologie – mit allen Konnotationen dieses Ausdrucks. Ein Museum könnte blendend diese Aufgabe erfüllen und ein Interface zwischen uns und den anderen sein, ein Ort, wo wir gemein-

sam unsere Vergangenheit sammeln, sie zur Geschichte machen und dann als fertiges Bild, das wir von uns selbst gemacht haben, der Gesellschaft präsentieren können.

Ein Mensch, der sich seiner Geschichte nicht bewußt ist, bleibt unfähig, sich solidarisch mit anderen zu vereinen, um Seite an Seite seine Anliegen zu verteidigen. Ihm fehlt der feste Kern von Wissen über den kollektiven Ursprung seiner Identität, die er gemeinsam mit allen anderen in der Geschichte bildet.

Eine Gruppe, die sich ihrer Geschichte nicht bewußt ist, bleibt ein Schatten in einer Welt von Augenblicken, ohne Bestand und ohne Zukunft. Eine solche Gruppe kann für ihre Rechte oder gegen ihre Unterdrückung nur mit den zufällig am Rand des Weges gefundenen Stöcken und Steinen kämpfen, und bald nach dem ersten Sieg glaubt sie schon, den Krieg gewonnen zu haben.

Die Arbeit einer Institution, die diese Menschen vertritt und für deren Anliegen kämpfen soll, bleibt – solange diese in einem Zustand des diffusen Bewußtseins der Zugehörigkeit zu einer Schicksalsgemeinschaft verharren – in ihren Möglichkeiten eingeschränkt. Diese Gruppierungen bleiben unter sich gespalten, die Loyalität ihrer Mitglieder wird dem opportunen Kalkül ihrer anderen Lebensentscheidungen untergeordnet, und die notwendige

Einheit kann hier nur unter Zwang erreicht werden.

Deshalb: Konsens in der Deutung der Vergangenheit, Suche nach dem gemeinsamen Ursprung sind für jede Emanzipationsbewegung von entscheidender Wichtigkeit, weil ihr dadurch Kontinuität, Richtlinien und Ziele verliehen werden.

Da es dieser heterodiktatorischen Gesellschaft nicht gelingt, weder unsere Psyche zu heilen noch unsere Leben zu heiligen, bleibt ihr nur übrig, uns zum Schweigen zu verdammen, uns aus der Öffentlichkeit zu verbannen in die Anonymität von Pissoirs, Darkrooms oder von Kirchenkrypten. Eine kluge Strategie, weil damit die Chimäre einer Emanzipation geschaffen wird: Homosexualität wird zur privaten Sache erklärt, ihr ein versteckter Ort zugewiesen, wo wir ohne Recht und Schutz der Willkür des Augenblicks preisgegeben sind.

Homosexualität ist keine private Sache, sie ist ein öffentliches Recht!

Es ist zwecklos, solche Probleme hier zu thematisieren. Uns sind sie alle bekannt, und wahrscheinlich graben sie tiefe Spuren in unsere Leben. Wir kennen in der Homosexualität nicht nur aus Büchern, wir leben und fühlen sie täglich. Genug der muffigen Plapperei larmoyanter Heteros über unsere Störungen und Leiden! Was wir zu tun haben, ist unsere Stimme zu erhe-

ben und unsere Wut produktiv einzusetzen.

Ein Vorbild kann uns hier Berlin sein. Aus der Examensarbeit von Manfred Baumgardt ist die Ausstellung „Berlin Eldorado“ entstanden, in der das Leben von Schwulen und Lesben im Berlin des vorigen Jahrhunderts thematisiert wurde. In der Folge dieser Ausstellung ist ein Verein entstanden, dessen 85 Mitglieder schon seit mehr als zehn Jahren Materialien sammeln, die die vielfältigen Aspekte des homosexuellen Lebens reflektieren.

Diese Arbeit steht uns noch bevor. Die Homosexualität in Österreich wurde bis heute nur sehr lückenhaft erforscht, und gesammelt wurde noch weniger. Es ist jetzt höchste Zeit, damit anzufangen. Wie viele Dokumente aus den vorigen Jahrhunderten liegen verborgen in den Archiven? Was wissen wir von der Verfolgung von Lesben und Schwulen durch die Nazis in Österreich? Wieviel Lebenserfahrung tragen wir zu Grabe mit jenen, die uns verlassen? Wenn so viele von uns weggegangen sind, sollen nicht wenigstens ihre Erinnerungen uns ermutigen? Aber wenn wir diese nicht aufbewahren, wer wird es dann tun? Schlimmer als der Tod ist das Vergessensein.

Stell' dir bitte nicht vor, daß wir ein Sammelsurium verschiedenster Gegenstände berühmter Lesben oder Schwuler, das Strumpfband von Virginia Woolf oder die Brille von Oberst Redl sammeln wollen. Die Aufgabe eines Museums kann nicht sein, Gegenstände als singuläre Attraktionen auszustellen. Ein Mu-

seum soll Inhalte in jeglicher Form sammeln, d. h. soziopolitische Kategorien aus den persönlich-privaten Überresten herausfiltern. Es geht nicht um Dinge, sondern um Wissen – um Wissen, das unser Leben hier und jetzt erhellen kann. Daß Kaiserin Elisabeth, August von Platen, vielleicht Shakespeare und sogar Madre Juana Inez de la Cruz homosexuell veranlagt gewesen waren, ist zweitrangig. Aber was eine hochadelige Dame am Wiener Hof oder eine äußerst intelligente Frau in der Abgeschiedenheit eines mexikanischen Klosters aus ihrer Veranlagung gemacht haben, kann uns inspirieren. Wenn aber dieses Wissen aus Gegenständen ihrer Verlassenheit gelesen werden kann, dann werden sie auch ihren Platz in unserem Museum haben.

Das Projekt „Lesben- und Schwulenmuseum“ will in Wien die Gründung eines Museums vorantreiben, wo alle Aspekte des lesbischen und schwulen Lebens – seien sie in der Vergangenheit, seien sie in der Gegenwart – dargestellt werden. Es soll:

1. forschend und sammelnd die Geschichte der Homosexualität in Wien dokumentieren,
2. durch die bejahende Bewertung der homosexuellen Kultur einen positiven Beitrag zu dem Selbstwertgefühl homosexueller Menschen, deren Coming-out noch bevorsteht, erzielen,
3. Lesben und Schwulen eine Konfrontation mit der Geschichte und den Kämpfen der Homosexuellen erlauben, durch die wir uns neue Impulse und Strategien für die Gegenwart holen können,
4. die Präsenz der Thematik „Homosexualität“ in der Öffentlichkeit erhöhen und damit einen Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung für unseren Emanzipations- und Anerkennungskampf leisten und
6. in summa eine Bereicherung für Wien sein.

Das Museum soll alle Spuren einer lesbischen/schwulen Vergangenheit und Gegenwart in Wien, sei es, unter anderem, in Form

von

☉ Gegenständen und von antiquarischen Werken (Büchern, Katalogen, usw.), die von Interesse sind,

☉ Lebensberichten, die durch die Methoden der „oral history“ gewonnen wurden, und

☉ aktuellen Presseberichten sammeln und aufbewahren, wodurch eine Dokumentation des Lebens, der Kämpfe und des Todes von Lesben/Schwulen in der Vergangenheit und in der Gegenwart entstehen soll.

Um diese provisorischen Ziele erreichen zu können, habe ich vor, mit einem qualifizierten und motivierten Team zu arbeiten, wo jede Entscheidung – nach einer ausführlichen Diskussion – durch das gesamte Team getragen und durch einen für diese Entscheidung Verantwortlichen in kleineren Gruppen realisiert wird. Ich erwarte von jedem, wie von mir selbst, daß wir in diese Arbeit mit Professionalität und Engagement gehen.

Die Geschichte der Homosexualität in Österreich ist ein Teil der Geschichte der Menschen in diesem Land. Daher sollte es ein Anliegen aller sein, unterliegt aber der Verantwortung weniger: unserer. Es ist Zeit, etwas zu tun. Frauen und Männer, die das Projekt „Lesben- und Schwulenmuseum“ interessiert und die gerne am Konzept mitarbeiten wollen, sind herzlich zum 1. Treffen eingeladen:

Montag, den 2. Februar 1998, 18.30 Uhr, im HOSI-Zentrum (1020 Wien, Novaragasse 40)

MAG. ADALBERTO MIKOSZ

Anfangsschwierigkeiten bei der jungen „Sappho“

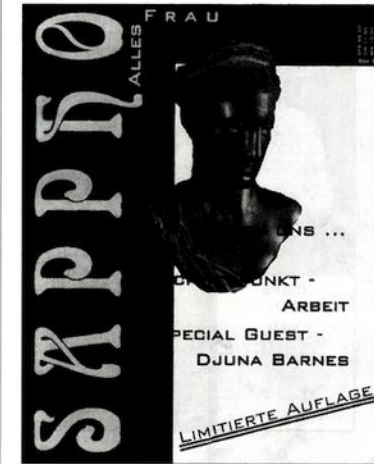
Die österreichische Presselandschaft ist um eine Monatszeitschrift reicher: *Sappho – Alles Frau*. Jede Ausgabe des für alle offenen, überregionalen Mediums behandelt einen Schwerpunkt, und vierteljährlich soll es eine Beilage zu einem „Randgruppen“-Thema geben, wie HIV-infizierte Lesben, Transgender-Personen oder lesbische

Mütter. Hinter einem eigenwilligen, recht bunten Layout verbergen sich viele Bilder und wenig Text. Die Leserin muß sich erst an die puzzelartige Erscheinung von *Sappho* gewöhnen. Fundierte politische Analysen der gewählten Themen vermißt sie. Aber Geschmäcker sind nun einmal verschieden, und *Sappho* wird sicherlich als ein eher an der Mainstreamkultur orientiertes Medium ihr Publikum finden. Allerdings sollte dieses Publikum finanzkräftig sein, denn das Heft kostet saftige S 85,-.

Wer soll nun aber dieses Publikum sein? Der Name läßt vermuten, daß es sich um eine Lesbenzeitschrift handelt. Doch den MacherInnen geht es ausdrücklich darum, auch Heterosexuelle (und Schwule?) als LeserInnen anzusprechen. Es allen rechtzumachen dürfte jedoch ein schwieriges Unterfangen sein. Das Konzept ist daher auch unscharf geraten. So soll *Sappho* nicht politisch sein, aber doch gesellschaftlicher Ausgrenzung entgegenwirken. Die Autorinnen und Fotografinnen wollen die erotische Seite des Lebens ansprechen (was in der ersten Ausgabe noch nicht erkennbar war) und trotzdem inhaltlich ausgegogen über Gesellschaft, Politik und Kultur berichten. Von allem ein bißchen was, heißt es im Aufgesang der ersten Ausgabe. Eine Blattlinie wird sich wohl im Lauf der Zeit herauskristallisieren.

Bisher scheint *Sappho* in der Szene vor allem dadurch aufgefallen zu sein, daß ein heterosexueller Mann sich der Lesben annimmt und ein Zeitungsprojekt für sie auf die Beine stellt. Verleger Georg Unertl ist daher auch bereit, sobald die Zeitung erst einmal auf festen Beinen steht, zurückzutreten und *Sappho* ganz den Frauen zu überlassen, wie es ja auch der Untertitel des Mediums vermuten ließe. Die Autorinnen und Fotografinnen sind allerdings jetzt schon ausschließlich Frauen. Kaum begonnen, steckt *Sappho* auch schon in Schwierigkeiten,

weil kein Vertrieb dafür gefunden werden kann. Morawa und andere Vertriebsgesellschaften sind der Meinung, es handle sich



bei *Sappho* um eine typische Abonnement-Zeitschrift. Den MacherInnen geht es aber gemäß ihrem Ziel, gegen Ausgrenzung wirken zu wollen, darum, daß *Sappho* gerade auch an Kiosken aufliegt. Unertl versucht es jetzt bei den deutschen Vertrieben und hofft, daß es nicht aufgrund dieser unvorhergesehenen logistischen Schwierigkeiten zu einem vorzeitigen Aus für das ambitionierte Vorhaben kommt. Wenn dem so wäre, so bliebe ein ansehnlicher Berg Schulden übrig, da von Anfang an alle MitarbeiterInnen bezahlt wurden – ein Luxus, den sich die anderen österreichischen lesbischswulen Medien kaum leisten können. Jedenfalls soll, laut Unertl, *Sappho* in den nächsten Ausgaben ein professionelleres Layout erhalten, und auch die Erotik soll dabei nicht zu kurz kommen. Die *LAMBDA-Nachrichten* wünschen dabei viel Glück.

IRENE ZEILINGER

Große 15-Jahr-Feier der HOSI Linz

Zu einem rauschenden Fest mit einem großen bunten Showprogramm lud die HOSI Linz anlässlich ihres 15jährigen Bestehens am 8. November letzten Jahres in die „Linzer Stadtwerkstatt“. Unter den fast 400 Festgästen der berausenden „Night of Glory“ fanden sich



Potentielle Ausstellungsfotos für das Museums? – Neujahrskonzert 1982, Hochzeitsumzug 1989 und Winkelausbreitung 1991

auch zahlreiche Prominente und PolitikerInnen verschiedener Couleurs.

Die HOSI Wien gratulierte in einem offiziellen Schreiben: *15 Jahre Selbsthilfe und couragiertes Engagement, 15 Jahre emanzipatorische Politik und 15 Jahre Schwulen- und Lesbenkultur: Euer Verein ist ein ganz wichtiger Eckpfeiler der österreichischen Lesben- und Schwulenbewegung und aus dieser nicht mehr wegzudenken.*

CHRISTIAN HÖGL

Wiener HUK neu

Bei der 8. Generalversammlung der Wiener HuK Mitte November wurde Johannes Langer als Obmann wiedergewählt. Sein bisheriger Stellvertreter Andreas Raschke kandidierte aus beruflichen Gründen nicht mehr für dieses Amt; an seiner Stelle wird Hedwig Pepelnik-Gründler die Obmannstellvertreterfunktion übernehmen. Sie ist die erste Frau, die seit der

Vereinsgründung in den Vorstand gewählt wurde, und erfüllt damit den Wunsch nach offizieller Mitarbeit von Frauen in der HuK.

Die Generalversammlung behandelte auch einen Antrag auf Namensänderung. Der Antrag auf Änderung von „Homosexuelle und Kirche“ auf „Homosexuelle und Glaube“ (wie die Gruppen in den Bundesländern heißen) wurde nicht angenommen, eine Änderung auf „Homosexuelle und Kirchen“ wurde von den anwesenden Mitgliedern beschlossen, ebenso der Namenszusatz „Wien“. Die Wiener HuK heißt somit ab sofort: „Homosexuelle und Kirchen – Ökumenische Arbeitsgruppe Wien“. Mit dieser Namensänderung soll zum Ausdruck kommen, daß die HuK keine katholische Organisation ist, sondern die Arbeit mit und in allen Kirchen passiert.

WALTRAUD RIEGLER

Seiler gegen *Sling* – nächste Runde

Nicht gut schaut es für *NXTRA!*-Schreiberling Georg Seiler nach der weiteren Verhandlung am 6. Oktober 1997 in dem von ihm gegen Sepp Engelmaier angestregten Verfahren wegen übler Nachrede aus – wie berichtet (LN 4/97, S. 21 f), fühlt sich Seiler durch einen Artikel im *Sling*, dem Info der Leather & Motorbike Community (LMC), in seiner Ehre gekränkt. Sepp hatte über einen Zwischenfall am Krankenbett von Karl H. berichtet. Nun sagte in der Verhandlung am 6. 10. eine Zeugin aus, genau der von Sepp berichtete Vorfall sei ihr von Karl H. selbst und auch von Dritten geschildert worden. Sie war damals unmittelbar, nachdem Seiler das Krankenzimmer verlassen hatte, zu Karl auf Besuch gekommen. Ein anderer Zeuge, ein Pfleger von der AIDS-Station am AKH, der früher auch am Pulmologischen Zentrum arbeitete, sagte vor Gericht aus, daß es damals auf der AIDS-Station Annenheim üblich war, die Vorhänge in den Zimmern zuzuziehen, wenn Seiler die Station betrat, weil Patienten nicht von ihm gesehen werden wollten, von der Veranda der Station aber in die meisten Zimmer eingesehen werden kann. Offenbar verbreitete das Auftauchen von Seiler viel mehr Angst und Schrecken unter den Annenheim-Patienten, als Sepp in seinem Artikel zum Ausdruck brachte. Nach diesen Zeugenaussagen sind Seilers Prozeßchancen wohl endgültig dahin. Die Aussichtslosigkeit seiner Klage hat wohl Seiler davon abgehalten, konsequenterweise auch den Autor dieser Zeilen wegen der Wiederholung der inkriminierten Textstellen in der letzten Ausgabe der *LAMBDA-Nachrichten* zu verklagen.

Erste Verhandlung in der Affaire Bad Goisern

Am 17. Dezember 1997 begann der erste Prozeß gegen die vergangenen Sommer in der soge-

nannten Kinderschänder- und Kinderpornoaffäre von Bad Goisern verhafteten Männer (vgl. LN 4/97, S. 7 ff). Drei von insgesamt sieben Tatverdächtigen standen in Wels vor Gericht, darunter auch Walter-Christian M., Ex-Vorstandsmitglied des Rechtskomitees Lambda. Wie wir – offenbar zu Recht – befürchtet haben, wurde die Verbindung eines Teils der Angeklagten zur Schwulenbewegung im Rahmen der Prozeßberichterstattung von den Medien ausgewalzt. Unglückseligerweise hat der verdiente Ex-RKL-Funktionär M. seine Mitarbeit im RKL in seine Verteidigungsstrategie eingebaut. Entweder ist dem Guten gar nicht bewußt, welchen enormen weiteren Schaden er der Bewegung und ihren Anliegen damit zufügt, oder es ist ihm egal, weil er seine eigene Haut zu retten versucht. Seine Ex-Vorstandskollegen im Rechtskomitee Lambda haben es offenbar verabsäumt, auf ihn einzuwirken, daß er derartige unsolidarische Handlungen unterlassen sollte. Es steht zu hoffen, daß das RKL diese Verteidigungsstrategie nicht selber gutheißt.

Jedenfalls ist es verheerend, wenn dann die Zeitungen schreiben, M. sei im Auftrag eines Homosexuellenvereins in Bad Goisern unterwegs gewesen. In der *Neuen Kronenzeitung* vom 18. Dezember las sich das Ganze so: *Verteidiger Dr. Leimer: (...) Sein Klient sei Vorstandsmitglied in einem Verein, der sich für die Reduzierung des Schutzalters für Buben einsetzt. Nur über den ebenfalls beschuldigten Anwalt wäre er mit der Goiserer Gruppe in Verbindung gekommen.*

Eine Katastrophe: M. wird immer noch als Vorstandsmitglied präsentiert, und der Verein setzt sich für die Reduzierung des Schutzalters für Buben (!) ein. Eine wirklich tolle Presse, die uns da das – hoffentlich inzwischen tatsächlich ehemalige – Vorstandsmitglied des RKL besichert.

KURT KRICKLER

LAMBDA

International

19. ILGA-Europa-Tagung in London

Zaungast bei der Oktober-Revolution

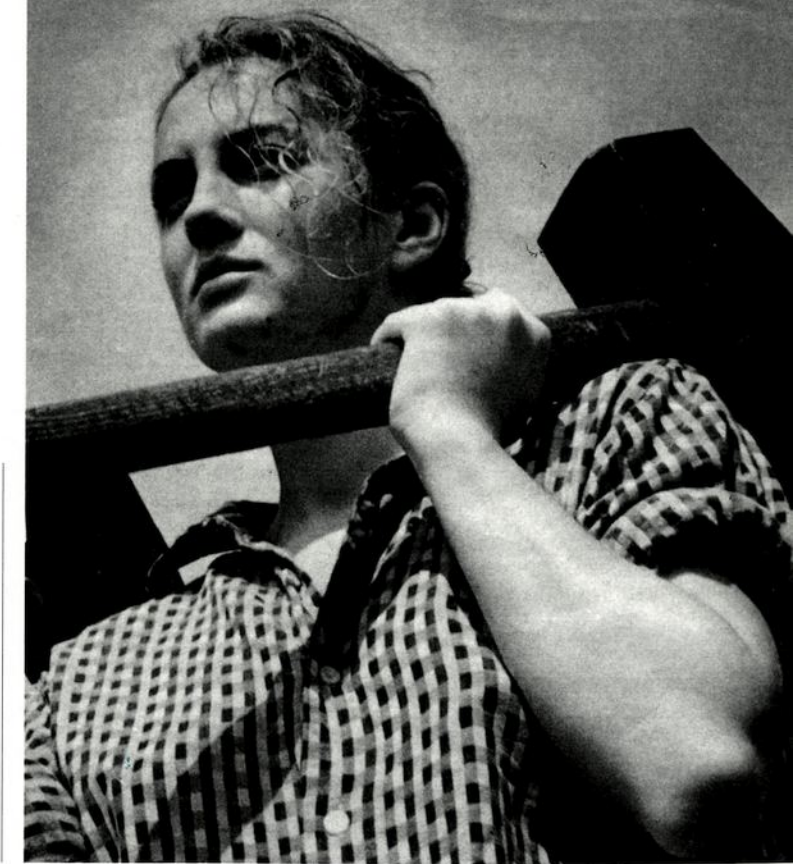
Vom 9. bis 13. Oktober 1997 fand in London die jährliche Europa-Tagung der International Lesbian and Gay Association statt. Zugleich war sie die erste Tagung unter der Flagge des im Dezember 1996 in Madrid gegründeten europäischen ILGA-Regionalverbandes „ILGA-Europe“ (vgl. LN 1/97, S. 46 f). Vor und während der Konferenz konnte die britische Lesben- und Schwulenbewegung einige tolle Erfolge einfahren, sodaß man in Britannien von einer veritablen Oktober-Revolution zu sprechen begann.

Ein Bericht von Kurt Krickler

Ja, und diese Erfolge haben auch unmittelbare Auswirkungen auf Österreich. Die erste gute Nachricht in diesem Zusammenhang kam kurz vor der Tagung, am 30. September, die LN berichteten bereits (# 4/97, S. 36): Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg schloß sich der Ansicht der lesbischen Klägerin Lisa Grant an, daß die Weigerung ihrer Arbeitgeberin,

der britischen Eisenbahngesellschaft South West Trains, ihrer lesbischen Lebensgefährtin Freifahrten zu gewähren, eine Diskriminierung darstelle, die gegen den Artikel 119 des EG-Vertrags verstoße. Näheres dazu auf Seite 48.

Und dann ging es Schlag auf Schlag. Am 7. Oktober, zwei Tage vor Kongreßbeginn, veröffentlichte die Europäische Menschenrechtskommission in Straß-



das posiHive café

FÜR MENSCHEN MIT HIV UND AIDS
UND DEREN FREUNDINNEN.



JEDEN DIENSTAG 17-22 UHR
IM HOSI-ZENTRUM

1020 WIEN, NOVARAGASSE 40, ☎ 216 66 04

burg ihre Entscheidung in der Beschwerde Euan Sutherlands gegen das diskriminierende Mindestalter für Schwule von 18 Jahren – für Heterosexuelle und Lesben gelten in Großbritannien 16 Jahre. Die Kommission erklärte unmißverständlich, das unterschiedliche Mindestalter für homo- und heterosexuelle Handlungen verletze das durch Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Recht auf Privatleben. Näheres dazu auf Seite 50.

neuen Bestimmungen lösten in der Tat großen Jubel aus, denn die britische Lesben- und Schwulenorganisation *Stonewall* und speziell ihre Abteilung *Stonewall Immigration Group* haben jahrelang hart dafür gekämpft. Natürlich empfinden sie vier Jahre als ziemlich „hart“, aber das Einwanderungsministerium hat nicht nur „Flexibilität“ in dieser Frage in Aussicht gestellt, sondern man rechnet auch damit, daß diese Frist demnächst verkürzt werden wird.

Pride March Grußworte übermittelt hatte, schrieb einen Brief an die Schwulengruppe der Tories, *Torche*, in dem er ganz neue Töne anschlug: Er, Hague, wolle die Konservativen zu einer Partei der *Toleranz, Nicht-Ausgrenzung und Offenheit* machen. Hague erregte in Blackpool die Gemüter auch dadurch, daß er mit seiner Verlobten ein gemeinsames Zimmer bezog. Vergangenen Dezember heirateten die beiden schließlich, nicht zuletzt, um die Gerüchte um den Enddreißiger, selber schwul zu sein, zum Verstummen zu bringen. Wahrscheinlich muß die ÖVP auch erst den heilsamen Schock einer ordentlichen Wahlschlappe erleiden, damit sie erkennt, daß mit anti-homosexueller Politik keine Wahlen mehr zu gewinnen sind.

Jahreshauptversammlung

Durch die Umstrukturierung, sprich Regionalisierung der ILGA hat die Jahreskonferenz von ILGA-Europa eher den Charakter einer Vereins-Generalversammlung angenommen, auf der Beschlüsse für das konkrete Arbeitsprogramm des Vorstands für das folgende Vereinsjahr beschlossen werden, auf der – wie in jedem Verein – ein neuer Vorstand gewählt und ein Budget verabschiedet wird. Die einzelnen Arbeitskreise beschäftigten sich daher in erster Linie mit den in Anträgen gekleideten Vorschlägen des Vorstands und der Mitgliedsorganisationen, die dann im Plenum zur Abstimmung kamen. Diese Vorschläge mußten fristgerecht vorgelegt werden, um überhaupt behandelt werden zu können. Die meisten Anträge wurden vom alten Vorstand, dem auch der Autor dieser Zeilen angehörte, erarbeitet und der Tagung präsentiert. Die Plenarsitzungen dienten zudem der Diskussion und der Verabschiedung des Berichts des Vorstands über die abgelaufene Funktionsperiode.

Im großen und ganzen hat der Vorstand alle ihm von der Madrider Tagung übertragenen Auf-

gaben erfüllt, wobei noch etliche bürokratische Dinge zu erledigen waren: Entwürfe für eine Geschäftsordnung, insbesondere für die Jahreskonferenzen, sowie Regeln für die Arbeitsweise des Vorstands (Beschlussfähigkeit, Zeichnungsrecht etc.) wurden vom Vorstand erarbeitet und in London diskutiert und verabschiedet. Nachdem dies nun erledigt ist, kann sich der neue Vorstand in der neuen Amtsperiode verstärkt den eigentlichen Aufgaben widmen. Und in der Tat hat der neue Vorstand im letzten Quartal 1997 einen fulminanten Start hingelegt – dazu mehr in unserem Bericht ab Seite 52. Was das erste Jahr von ILGA-Europa betrifft, so kann es als durchaus erfolgreich bezeichnet werden. Im abgelaufenen Vereinsjahr zählten ja bekanntlich das – gelungene – Lobbying für die Aufnahme „sexueller Orientierung“ als schutzwürdige Kategorie in den EU-Vertrag von Amsterdam und die Erarbeitung und Präsentation des Aktionsplans für die EU zu den wichtigsten Aufgaben von ILGA-Europa (vgl. LN 3/97, S. 42 ff). Einziger Wermutstropfen: Es ist leider im ersten Vereinsjahr nicht gelungen, ILGA-Europa auf eine solide finanzielle Basis zu stellen und ein Sekretariat mit bezahlten MitarbeiterInnen einzurichten. Aber das haben ILGA-Veteranen realistischweise ohnehin nie ernsthaft erwartet – und es wird sicherlich noch einige Zeit dauern, bis ILGA-Europa bezahlte MitarbeiterInnen und ein „richtiges“ Büro haben wird.

Folgende Personen wurden übrigens in den Vorstand gewählt: Eva Ogenborg (RFSL, Schweden), Miluš Kotišová (SOHO, Tschechien), Maren Wuch (Iglf, Köln) und Jackie Lewis (Lesben- und Schwulengruppe in der UNISON, der britischen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes) sowie Steffen Jensen (LBL, Dänemark), Gonçalo Diniz (ILGA-Portugal), Kurt Krickler (HOSI Wien) und Adrian Coman (ACCEPT, Rumänien). Jackie und Kurt wurden

später durch den Vorstand wie schon im Vorjahr zu den beiden Vorstandsvorsitzenden bestellt.

Die Londoner Konferenz „korrigierte“ auch die Panne, die auf der ILGA-Weltkonferenz in Köln vergangenen Juli passierte – die Statuten von ILGA-Welt haben nämlich zwei Regionen, und zwar West- und Osteuropa, vorgesehen (vgl. LN 4/97, S. 33 f): ILGA-Europa beschloß, eine einzige Region zu bleiben und daher auch nur zwei statt vier VertreterInnen in den ILGA-Welt-Vorstand zu entsenden. Die Wahl fiel dabei auf Beáta Sándor von der ungarischen Gruppe *Háttér Baráti Társaság* und den derzeitigen ILGA-Generalsekretär Jordi Petit von der *Coordinadora Gai-Lesbiana* in Barcelona.

Prominente TeilnehmerInnen

Die Londoner Tagung zählte nicht unbedingt zu den bestorganisierten in der Geschichte der ILGA-Konferenzen. Im Gegenteil. Der durch die „Oktober-Revolution“ enthusiastierten Stimmung konnte jedoch die lieblose Vorbereitung so mancher Abendveranstaltung keinen Abbruch tun. So fand der Eröffnungsempfang im undekorierten Bankettraum des Hotels, der den herben Charme eines kleinstädtischen Bahnhofsrestaurants ausstrahlte, statt. Glanz wurde ihm indes durch die Anwesenheit des offen schwulen Kulturministers Chris Smith und der EuGH-Kämpferin Lisa Grant samt Freundin Jill Percy, die auch am nächsten Tag auf dem Eröffnungsplenum über ihren Fall berichteten, verliehen.

Auf dem Abschlußplenum wurde die ILGA-Europa-Staffette an den nächsten Konferenzort übergeben. Ernst Strohmeier von der HOSI Linz nahm sie in Empfang. Die 20. ILGA-Europa-Tagung wird im Oktober 1998 in der oberösterreichischen Landeshauptstadt über die Bühne gehen.

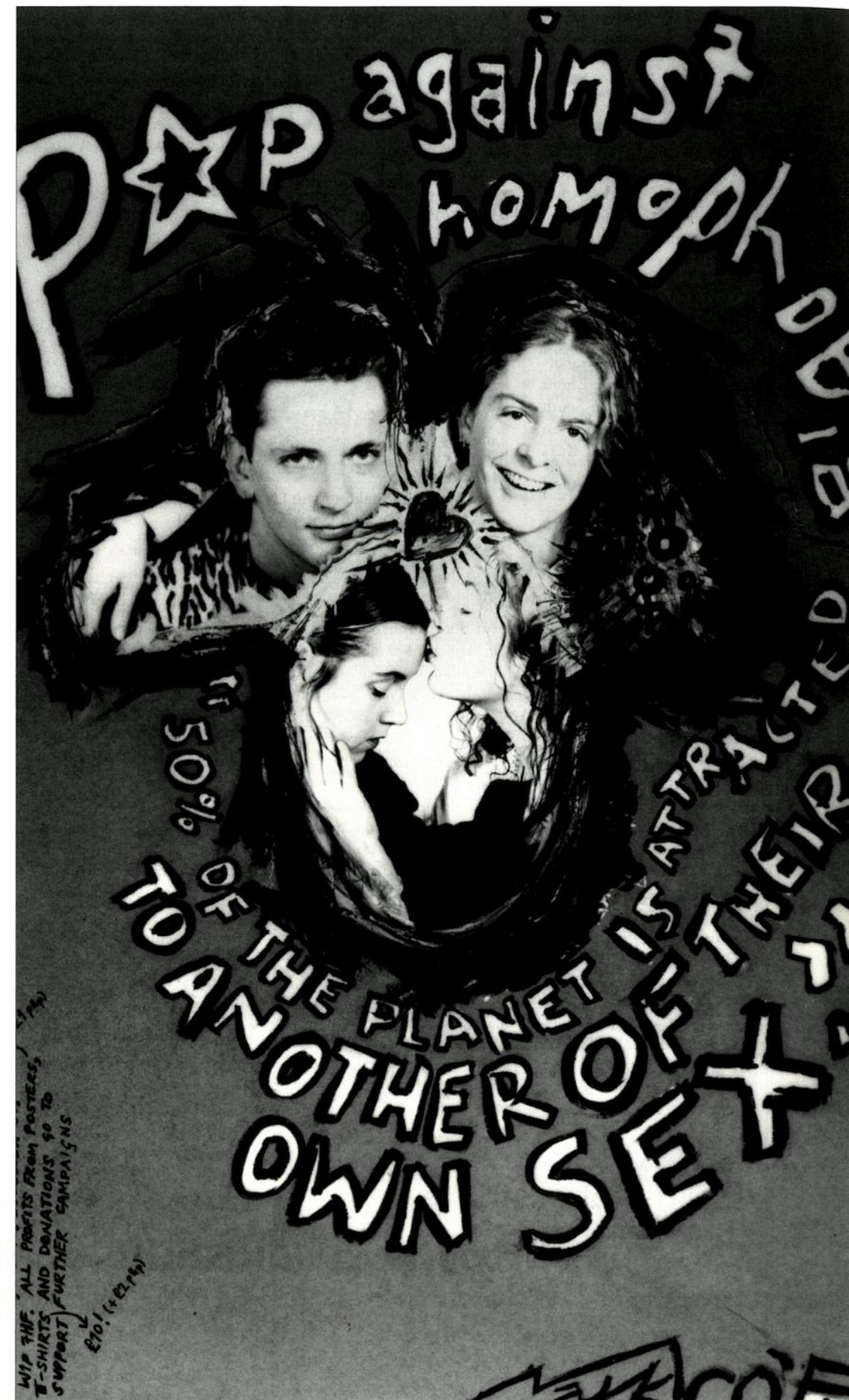


ILGA-Europe-Vorstand: Kurt Krickler (HOSI Wien), Maren Wuch (Iglf, Köln), Gonçalo Diniz (ILGA-Portugal), Steffen Jensen (LBL, Dänemark), Jackie Lewis (Lesben- und Schwulengruppe in der UNISON, der britischen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes), Eva Ogenborg (RFSL, Schweden), und Miluš Kotišová (SOHO, Tschechien) sowie – nicht im Bild – Adrian Coman (ACCEPT, Rumänien).

Foto: Ernst Strohmeier

Allein diese beiden Erfolge versetzten die GastgeberInnen und die rund 60 TeilnehmerInnen aus ganz Europa in eine verständlicherweise euphorische Stimmung. Aber es gab noch etwas zu feiern: Am 10. Oktober gab Einwanderungsminister Mike O'Brian bekannt, daß am 13. Oktober neue Aufenthaltsbestimmungen für ausländische gleichgeschlechtliche LebensgefährInnen in Kraft treten würden. Die neuen Regeln besagen, daß gleichgeschlechtliche LebensgefährInnen von britischen StaatsbürgerInnen bzw. AusländerInnen mit legalem Aufenthalt im Vereinigten Königreich Aufenthaltsrecht haben, falls die Beziehung bereits vier Jahre oder länger andauert hat. Diese

Und als quasi Fußnote der Geschichte dieser Oktober-Revolution ist zu vermelden, daß mittlerweile auch die konservative Partei erkannt hat, daß sie ihre gründliche Niederlage bei den Wahlen am 1. Mai 1997 zum Teil den Schwulen und Lesben zu verdanken hat und daß sie ohne die lesbisch/schwulen Stimmen wohl nicht mehr so schnell an die Macht kommen wird. Daher reagierten einige Tories zerknirscht und sandten bereits erste entsprechende Signale aus. Die Tories hielten in dieser ersten Oktoberwoche ihren Parteitag in Blackpool ab, und der neue Parteivorsitzende William Hague, selbst ein Verfechter eines einheitlichen Mindestalters, der letzten Sommer dem Londoner



Europäischer Gerichtshof: Bahnbrechende Entscheidung



Recht bekommen: Lisa Grant und Jill Percey klagten vor dem EuGH

Foto: Sharron Wallace

Die Stellungnahme des dänischen Generalanwalts Michael Elmer im Fall Lisa Grant gegen South West Trains (C-249/96) ist in der Tat ein Meilenstein. Kurz nochmals die Vorgeschichte (vgl. zuletzt LN 4/97, S. 36 f): Lisa Grant ist Angestellte von SWT und klagte ihren Arbeitgeber vor dem Arbeitsgericht in Southampton, weil SWT gleichgeschlechtlichen LebensgefährtInnen ausdrücklich keine Freifahrten gewähren wollen, wie sie EhegattInnen und verschiedengeschlechtlichen LebensgefährtInnen von SWT-Angestellten zugestanden werden. In ihrer Klage berief sich Grant auf Artikel 119 des EG-Vertrags, der gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit vorsieht. Freifahrten für Angehörige gelten nämlich als Teil des Entgelts. Das britische Gericht faßte im Juli 1996 den Beschluß, das Verfahren zu unterbrechen und den EU-Gerichtshof in Luxemburg mit der Klärung dieser Frage zu befassen. (Anmerkung: Im Gegensatz zum Verfahren in Straß-

burg vor der Europäischen Menschenrechtskommission bzw. dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind vor dem Luxemburger „Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften“ (EuGH), wie er offiziell heißt, keine Individualbeschwerden von StaatsbürgerInnen vorgesehen. Der EuGH kann u. a. – wie im vorliegenden Fall – im sogenannten Vorlageverfahren von Gerichten der Mitgliedsstaaten zwecks Auslegung und Klärung der Gültigkeit von Gemeinschaftsrecht angerufen werden.)

Im Juli 1997 fand schließlich eine Verhandlung vor den 15 Richtern und dem für diesen Fall zuständigen Generalanwalt statt,

wobei Grant von Rechtsanwältin Cherie Booth, der Ehefrau des britischen Premierministers Tony Blair, vertreten wurde. Aufgabe der Generalanwälte ist es, die dem Gerichtshof vorgelegten Fälle zu analysieren und einer ersten Beurteilung zu unterziehen. Ihre Empfehlung an den Gerichtshof, wie die einzelnen Fälle entschieden werden sollen, sind nicht bindend, aber in rund 85 Prozent der Fälle schließt sich der Gerichtshof der Meinung der Generalanwälte an.

Am 30. September 1997 wurde schließlich die Einschätzung des Generalanwalts veröffentlicht – und sie fiel voll und ganz zugunsten Lisa Grants aus. Elmer

prüfte den Fall gründlich und klärte die Frage, welches Gemeinschaftsrecht in diesem Fall zur Anwendung kommt. Auch frühere Entscheidungen des EuGH mußten auf Relevanz für den vorliegenden Fall abgeklopft werden. Hätte SWT z. B. Freifahrten nur auf die EhegattInnen ihrer Angestellten beschränkt, hätte Grant keine Chance vor dem EuGH gehabt, denn Familienrecht fällt nicht in die Kompetenz des EU-Rechts. Da SWT aber eine ausdrückliche Unterscheidung zwischen verschiedenen und gleichgeschlechtlichen LebensgefährtInnen ihrer Angestellten machte, mußte eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts festgestellt werden.

Die Schlußfolgerungen Elmers, für den zur Beurteilung des vorliegenden Falles ausschließlich Artikel 119 des EG-Vertrags von Bedeutung ist, sind ziemlich eindeutig ausgefallen. Elmer wörtlich:

1. Eine Bestimmung im Arbeitsvertrag eines Arbeitnehmers, die

diesem Entgeltvergünstigungen in Form von Freifahrten für den verschiedengeschlechtlichen Lebensgefährten des Arbeitnehmers gewährt, derartige Vergünstigungen einem gleichgeschlechtlichen Lebensgefährten eines Arbeitnehmers aber verweigert, stellt eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts dar, die im Widerspruch zu Artikel 119 des EG-Vertrags steht.

2. Eine solche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts kann nicht mit dem Hinweis auf den Umstand gerechtfertigt werden, daß es die Absicht des Arbeitgebers ist, Vergünstigungen auf heterosexuelle Paare im Gegensatz zu homosexuellen Paaren zu beschränken.

3. Artikel 119 des EG-Vertrags ist direkt anwendbar, und es kommt den nationalen Gerichten zu, zu gewährleisten, daß eine benachteiligte Gruppe von Arbeitnehmern gleich behandelt wird wie die bevorzugte Gruppe. (Übersetzung durch den Autor dieses Artikels)

Außerdem meint Elmer unmißverständlich im Absatz 42 seiner Ausführungen: *Es gibt weder im EU- noch im EG-Vertrag irgend etwas, was darauf hindeutete, daß die Rechte und Pflichten, die sich aus dem EG-Vertrag ergeben, einschließlich des Rechts, nicht diskriminiert zu werden wegen des Geschlechts, nicht auf Homosexuelle, Behinderte, Personen bestimmter ethnischer Herkunft oder Personen mit bestimmten religiösen Überzeugungen Anwendung finden sollten. Gleichheit vor dem Gesetz ist ein grundlegendes Prinzip in jeder von Rechtsstaatlichkeit geleiteten Gesellschaft und daher auch in der Europäischen Gemeinschaft. Die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Gemeinschaftsrecht ergeben, finden ohne Unterschied auf alle Anwendung und daher auch auf die ungefähr – je nach angewandter Berechnungsmethode – 35 Millionen BürgerInnen der Gemeinschaft, die homosexuell sind.*

Elmer verwahrt sich auch dagegen, daß SWT als Arbeitgeber private Moralvorstellungen durchsetzen möchte: *Ob die privaten Moralvorstellungen des Arbeitgebers mit den im Vereinigten Königreich*

vorherrschenden übereinstimmen, darf in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen. Gemäß dem EG-Vertrag hat der Gerichtshof die Rechtsstaatlichkeit in der Gemeinschaft sicherzustellen; es ist nicht seine Aufgabe, über Fragen der Moral in ein-



Anwältin Cherie Booth-Blair

Foto: Universal Pictorial Press & Agency Ltd.

zelnen Mitgliedsstaaten oder in der Gemeinschaft zu wachen, er hat auch weder irgendeine praktische Möglichkeit noch den politischen Auftrag dazu.

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts

Das endgültige Urteil des Gerichtshofs wird für das erste Quartal 1998 erwartet. Wenn sich die RichterInnen der Ansicht des Generalanwalts anschließen, dann wäre dies ein kaum zu überschätzender Erfolg für Lesben und Schwule in allen 15 EU-Staaten. Denn eine solche Entscheidung würde de facto ein EU-weites, direkt anwendbares Antidiskriminierungsgesetz für Lesben und Schwule auf dem Arbeitsmarkt, ob öffentlich oder privat, bedeuten.

Die Ausführungen Elmers setzen auch einen „neuen Trend“ fort: Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen wird immer häufiger nicht als Diskriminierung aufgrund der „sexuellen Orientierung“, sondern aufgrund des „Geschlechts“ qualifiziert, was ja durchaus plausibel ist: Wäre Grants Lebensgefährtin ein Mann, würde sie die Freifahrten für ihn bekommen. Daß die beiden lesbisch sind, ist in diesem Zusammenhang gar nicht bedeut-

sam. Ähnlich beim Mindestalter: Nicht nur schwule Volljährige dürfen mit 14- bis 18jährigen Jugendlichen in Österreich nicht sexuell verkehren, sondern auch heterosexuelle Volljährige nicht. Also eigentlich ist nicht die sexuelle Orientierung das Kriterium, sondern das Geschlecht! Dieser Trend wurde zum erstenmal deutlich bei der denkwürdigen Entscheidung des UNO-Ausschusses für Menschenrechte in der Beschwerde Toonen gegen Australien wegen des Totalverbots homosexueller Handlungen in Tasmanien. Damals stellte der Ausschuß fest, daß „sexuelle Orientierung“ im Wort „Geschlecht“ in den Artikeln 2 (1) und 26 der UNO-Menschenrechtskonvention, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, mit eingeschlossen sei (vgl. LN 3/94, S. 56 ff). Auch die Entscheidungen der Gerichte Hawaiis für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare beruhen letztlich auf dem Argument, die Beschränkung der Ehe auf verschiedengeschlechtliche Paare

stelle eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts dar.

Eine positive Entscheidung des Europäischen Gerichtshof wird jedenfalls weitreichende Folgen haben. Inzwischen hat bereits ein Angestellter der spanischen Fluglinie IBERIA seine Arbeitgeberin ebenfalls geklagt, weil sie gleichgeschlechtliche LebensgefährtInnen von den Vergünstigungen ausschließt, die sie verschiedengeschlechtlichen PartnerInnen ihrer Angestellten gewährt. Und das britische Verteidigungsministerium zittert vor einer ähnlichen Entscheidung in einer Beschwerde eines Schwulen, der wegen seiner Homosexualität aus der Armee entlassen wurde (vgl. LN 3/97, S. 35 f). Sollte er in Luxemburg recht bekommen, drohen der Regierung Klagen hunderter, ja tausender Betroffener, die in der Vergangenheit aus demselben Grund ihren Job beim Heer verloren haben. Die Gesamt-Entscheidungssumme könnte eine unvorstellbare Höhe erreichen.

KK

„Alte Lampe“

Wiens älteste Gay-Bar

Heumühlgasse 13
A-1040 Wien

Tel. 587 34 54

Gemütliche Atmosphäre bei Pianomusik



ÖFFNUNGSZEITEN:

SO, MI und DO:	18 bis 1 Uhr
FR und SA:	20 bis 3 Uhr
SO Happy Hour:	18 bis 20 Uhr
FR und SA:	Pianomusik

Jeden 4. Mittwoch im Monat
Bärenstammtisch ab 19 Uhr



aids net austria

<http://www.aidshilfe.or.at/aidshilfe/>

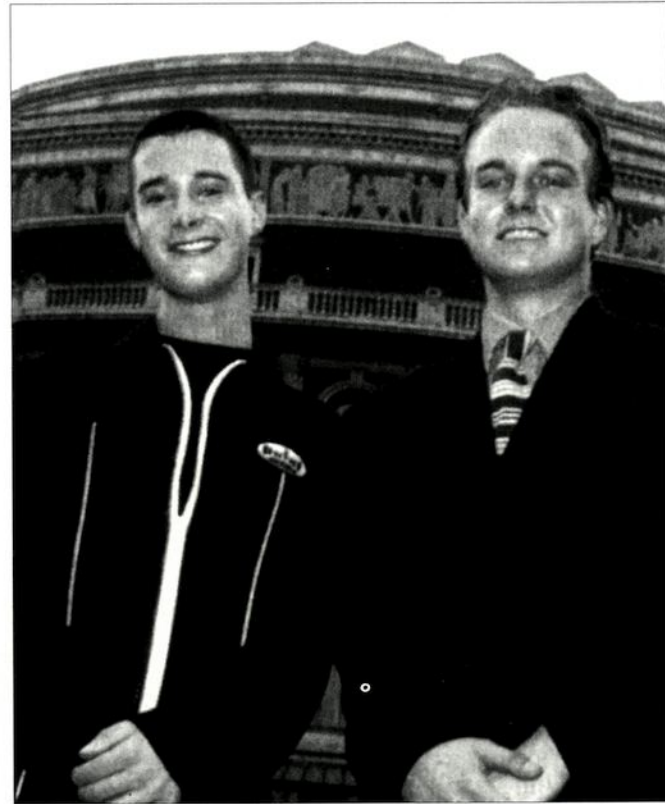
© AIDS-Informationen-Zentrale Austria

Unterschiedliches Mindestalter ist Konventionsverletzung

Es geschehen noch Zeichen und Wunder: Kurz vor der Jahrtausendwende haben jetzt auch die traditionell konservativen bis reaktionären Straßburger Instanzen endlich die Kurve gekratzt und ein unterschiedliches Mindestalter für homo- und heterosexuelle Beziehungen als eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention klassifiziert. Wie berichtet, liegt der Kommission eine Beschwerde des Briten Euan Sutherland gegen das höhere Mindestalter für Schwule Beziehungen von 18 Jahren gegenüber 16 Jahre für Heterosexuelle und Lesben vor (vgl. zuletzt LN 4/97, S. 36 f – leider haben wir damals irrtümlich geschrieben, der Fall sei bereits an den Gerichtshof weitergeleitet worden, was daran liegt, daß unsere Quellen, die britischen Medien, leider Kommission und Gerichtshof nicht auseinandergelassen haben).

In ihrer längst fälligen Grundsatzentscheidung hat die Kommission ganz unspektakulär erklärt, was wir schon seit Jahrzehnten ohnehin wissen: *Es besteht keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung für die Beibehaltung eines höheren Mindestalters für homosexuelle als für heterosexuelle Handlungen, und seine Anwendung offenbart eine diskriminierende Behandlung in der Ausübung des Rechts des Beschwerdeführers auf Achtung seines Privatlebens gemäß Artikel 8 der Konvention.* (Übersetzung durch den Autor dieses Artikels)

Weiters stellte die Kommission fest, daß das vermeintliche Recht



Chris Morris und Euan Sutherland klagten in Straßburg

Foto: Gordon Rainsford

einer Gesellschaft, homosexuelle Handlungen zu mißbilligen, keineswegs eine objektive und vernünftige Rechtfertigung für eine Ungleichbehandlung im Strafrecht darstelle und daß nach gängiger wissenschaftlicher Meinung, u. a. auch jener der *British Medical Association*, die sexuelle Orientierung im Alter von 16 Jahren bereits festgelegt sei und Männer zwischen 16 und 21 Jahren daher keines besonderen Schutzes bedürften. Überdies bemerkte die Kommission fast stüffisant, daß die Bestrafung junger Männer, die angeblich schutzbedürftig seien, keine verhältnismäßige Maßnahme sei, um diesem angeblichen Schutzbedürfnis zu entsprechen. Im Vereinigten

Königreich ist nämlich der 16- bzw. 17-jährige nicht nur armes Opfer, sondern macht sich selber auch strafbar, wenn er mit einem Erwachsenen homosexuell verkehrt. Ja – es gibt tatsächlich Länder, in denen die Gesetze in Sachen Homosexualität noch abstruser und absurder sind als in Österreich!

Die neue britische Labour-Regierung hatte bereits vor dem Spruch der Kommission, der übrigens mit 14 zu 4 Stimmen ziemlich eindeutig ausfiel, erklärt, den Fall in Straßburg nicht weiter zu verteidigen. Die Anwälte Sutherlands und die Regierungsvertreter sind übereingekommen, den Fall sozusagen ru-

hen zu lassen, bis demnächst das Parlament – ohne Klubzwang – über ein einheitliches Mindestalter abstimmen wird. Unter den vier Kommissionsmitgliedern, die in einem unterschiedlichen Mindestalter keine Konventionsverletzung sehen, war übrigens auch – wie könnte es anders sein – das österreichische Mitglied Kurt Herndl.

Überraschender Sinneswandel

Für die Straßburger Instanzen ist diese Entscheidung dennoch kein großes Ruhmesblatt – denn sie kommt viel zu spät. Wie schon in der Frage des Totalverbots homosexueller Handlungen haben sie auch beim diskriminierenden Mindestalter erst auf Menschenrechtsverletzung erkannt, da nur mehr ganz wenige Mitgliedsstaaten des Europarats derartige Gesetze haben. In den 60er und 70er Jahren haben die Straßburger Instanzen Beschwerden gegen ein Totalverbot homosexueller Handlungen regelmäßig abgewiesen, erst 1981, als nur mehr in vier Europaratsmitgliedern – Nordirland, Liechtenstein, Irland und Zypern – ein Totalverbot bestand, entschied der Gerichtshof auf Menschenrechtsverletzung in einer Beschwerde gegen die Sonderbestimmung in Ulster. Und genauso hinken die Straßburger Instanzen jetzt beim Mindestalter der europäischen Entwicklung hoffnungslos hinterdrein. Während noch 1995 die letzte österreichische Beschwerde gegen § 209 in Straßburg für unzulässig erklärt wurde, hat man jetzt offenbar auch dort erkannt, daß nur

mehr ein halbes Dutzend Europaratsmitglieder unterschiedliche Altersgrenzen festlegen.

Vielleicht scheint der plötzliche Sinneswandel der Kommission nur auf den ersten Blick überraschend, vielleicht hat sich die Kommission auch die Kritik der HOSI Wien an der erwähnten Entscheidung aus 1995 in einer 209er-Beschwerde zu Herzen genommen. Blenden wir zurück (vgl. auch LN 4/95, S. 25 ff): Heinz Felsbach, früherer Kärntner ORF-Landesintendant, hatte gegen § 209 Beschwerde in Straßburg eingelegt, diese wurde für unzulässig erklärt: § 209 stelle keine Verletzung der Konvention dar, die Bestimmung bewege sich im Rahmen des Ermessensspielraums, den die Konvention den Staaten bei der Auslegung der Konvention einräume. Die Kommission beruft sich dabei auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs in der Individualbeschwerde gegen § 209 vom Oktober 1989 und auf die Expertenmeinungen, die der Gesetzgeber im Zuge der Einführung des § 209 anlässlich der Strafrechtsreform 1971 berücksichtigt habe.

Die HOSI Wien stellte dazu in einer Presseaussendung am 29. August 1995 fest, daß die angeblichen Expertenmeinungen schon damals überholt waren und es sich dabei in erster Linie um jene des Strafrechtlers Prof. Graßberger handelte, der schon für die Nazis gutachtete (vgl. LN 4/91, S. 22). Anerkannte Menschenrechtsexperten hatten auch heftige Kritik an dem unzeitgemäßen Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs geübt. So bezeichnete es etwa Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak, Direktor des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte in Wien, als „Skandal“ und die Argumente des VfGH als geradezu „hanebüchen“.

Es ist bedauerlich und eigentlich ein Armutszeugnis für die Europäische Menschenrechtskommission, daß sie sich überhaupt nicht mit den behaupteten Expertenmeinungen auseinandergesetzt hat. Dadurch hat sie sich über den Umweg der öster-

reichischen Gesetzgebung und des Erkenntnisses des österreichischen Verfassungsgerichtshofs einem Nazi-Gutachter angeschlossen. Dies ist umso erstaunlicher, als die Kommissionsmitglieder wissen mußten, daß bis auf wenige Ausnahmen alle Mitgliedsstaaten des Europarats kein höheres Schutzalter für homosexuelle Handlungen haben, es offenbar in den allermeisten anderen Staaten keine vergleichbaren Expertenmeinungen gibt, hieß es damals weiter in der Presseaussendung der HOSI Wien.

Die HOSI Wien schrieb damals auch dem Präsidenten der Europäischen Menschenrechtskommission, um ihm unsere Kritik an der Entscheidung zu übermitteln. Wir legten dem Brief unsere Presseaussendung sowie den erwähnten LN-Artikel über Roland Graßberger bei. Unsere Urteilsschelte erging in Kopie auch an den damaligen stellvertretenden Generalsekretär des Europarats, den Österreicher Peter Leuprecht. Der Sekretär der Kommission teilte uns damals in seiner Antwort mit, daß sowohl der scheidende Präsident, Carl-Åge Nørgaard, als auch der neue, Stefan Trechsel, unser Schreiben zur Kenntnis genommen hätten, aber weder zu diesem noch zur Entscheidung der Kommission Stellung nehmen wollten bzw. könnten.

Offenbar hat unser damaliger Protest doch noch Spätfolgen ausgelöst. Denn gerade die Straßburger Kommission kann sich schlecht den Argumenten eines Nazi-Gutachters anschließen! Jedenfalls hat sich seit 1995 weder in den Rechtsordnungen der Mitgliedsstaaten des Europarats noch in den wissenschaftlichen Meinungen zum Thema Signifikantes geändert, was einen solchen Meinungsumschwung der Kommission ausgelöst haben könnte. An dieser Entscheidung sieht man, daß auch so vermeintlich unabhängige Instanzen wie die Straßburger Kommission und der Gerichtshof von politischen und nicht sachlichen Argumenten geleitet werden. Nur zu gut in Erinne-

rung ist auch der homophobe Spruch des Gerichtshofs vom Februar 1997 in der sogenannten Spanner-Affäre: Drei schwule Briten, die für einvernehmliche sadomasochistische Sex-Praktiken wegen Körperverletzung verurteilt wurden, hatten sich in Straßburg beschwert, aber nicht recht bekommen (vgl. zuletzt LN 2/97, S. 36).

Auswirkungen auf Österreich

Und hoffentlich wirkt sich die damalige HOSI-Wien-Aktion jetzt auch positiv auf die Aufhebung des § 209 aus. Daß dieser nach dem Straßburger Spruch ersatzlos gestrichen werden muß, wie die HOSI Wien auch in einer Presseaussendung am 15. Oktober 1997 betonte, wird hoffentlich auch bald der ÖVP bewußt werden. Je früher, desto besser.

Grün-Abgeordnete Terezija Stoisits brachte am 5. November 1997 übrigens eine schriftliche Anfrage (3170/J) an Justizminister Michalek im Nationalrat ein. Sie möchte wissen, welche Initiativen Michalek zur Umsetzung dieser Entscheidung der Kommission in Österreich, also zur Streichung des § 209 StGB, zu setzen gedenke. Eine Antwort des Justizministers steht noch aus. Die gleiche Frage, allerdings mündlich, stellte LiF-Abgeordnete Heide Schmidt einen Tag später im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde mit dem

Justizminister. Dessen Antwort muß uns hingegen sehr beruhigen. Michalek verwies auf die in seinem Ressort eingesetzte Arbeitsgruppe (vgl. Bericht auf Seite 28 in diesem Heft) und meinte konkret zu Schmidts Frage: *Auch da bemüht sich die Arbeitsgruppe – schon mit Blick auf diese Entscheidung –, eine Lösung des offenbar festgefahrenen Meinungsstandes herbeizuführen, indem man – ähnlich wie das in der Bundesrepublik Deutschland geschehen ist – versucht, sowohl für hetero- als auch für homosexuelle Frauen und Männer zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr eine Lösung zu finden, die ebenfalls von der sexuellen Reife bestimmt wird. Dabei könnte das 16. Lebensjahr, das heute ja auch schon in anderen Bereichen eine Rolle spielt, ebenfalls eine Rolle spielen. Ob es zu einem vermittelnden Lösungsvorschlag kommen kann, kann ich heute noch nicht abschätzen.*

In diesem Zusammenhang sei nochmals auf den Aufruf des HOSI-Wien-Vorstands hingewiesen (vgl. Seite 19): Kein fauler Kompromiß, wir bestehen auf der ersatzlosen Streichung des § 209! Auch die deutsche Lösung muß strikt abgelehnt werden, denn in der Praxis der Gerichte heißt das: Mindestalter 14 für Heteros, 16 für Lesben und Schwule! Außerdem: Seit Menschengedenken ist Österreich ohne derartige Bestimmungen für Heteros ausgekommen – und auch heute ist weit und breit keine sachlich oder gar wissenschaftlich begründete Notwendigkeit für eine derartige Bestimmung auszumachen!

KK

UKZ
unsere (kleine) zeitung

Bestellungen:
Gruppe L74 e. V.
Postfach 310609
D-10636 Berlin

Jahresabo DM 40,-
verschl. Umschlag DM 55,-
-Auslandsabo plus entspr. Porto-
-Probenexemplar gegen 5,- DM in Briefmarken

von Lesben für Lesben
1-monatl. seit 1975 2-monatl. ab 1987

ILGA-Europa

Im letzten Quartal 1997 verstärkte ILGA-Europa nicht nur Lobbying- und andere Aktivitäten, es konnten auch erste Erfolge verbucht werden. Es gab neue Gesprächstermine mit VertreterInnen verschiedener KommissarInnen und Generaldirektionen in Brüssel, die neugegründete „Intergruppe zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen“ des Europaparlaments sprach eine ständige Einladung an ILGA-Europa aus, an ihren monatlichen Sitzungen teilzunehmen, was im Dezember erstmals geschah. Ein eingereichtes Projekt wurde von der EU-Kommission genehmigt. Überdies erhielt die ILGA vom Europarat Beraterstatus zuerkannt. Ein ILGA-Europa-Vertreter nahm auch am Implementierungstreffen der Menschlichen Dimension der OSZE in Warschau teil und ergriff das Wort.

ILGA erhält Beraterstatus beim Europarat

Die Anliegen von Lesben und Schwulen auf europäischer Ebene – d. h. gegenüber der EU, dem Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – zu vertreten ist eine der wichtigsten Aufgaben von ILGA-Europa und ihrem Vorstand. Vor der Gründung des europäischen Regionalverbands hat eine aus mehreren ILGA-Mitgliedsgruppen bestehende Arbeitsgruppe diese Aufgaben verfolgt. Schon vor Jahren hat die „alte“ ILGA um Beraterstatus beim Europarat angesucht, und jetzt hat sie ihn bekommen. Am 15. Oktober 1997 informierte der Generalsekretär des Europarats dessen Ministerkomitee und Parlamentarische Versammlung über seine Entscheidung, der ILGA Beraterstatus als nichtstaatliche Organisation (NGO) zuzuerkennen. Falls Ministerkomitee bzw. die Parlamentarische Versammlung bis 15. Jänner 1998 keinen Einspruch gegen diesen Beschluß erhebt, erlangt er mit diesem Datum Gültigkeit.

Gespräche in Brüssel

Was das Lobbying gegenüber der Europäischen Union betrifft, so hat ILGA-Europa bekanntlich einen Aktionsplan erarbeitet, der

letztlich dazu gedacht ist, von der EU selbst als ihr eigener Aktionsplan angenommen zu werden. Wie berichtet (vgl. LN 3/97, S. 42 ff), wurde dieser Aktionsplan mit der Bitte um Stellungnahme an über hundert EmpfängerInnen innerhalb der EU-Institutionen und an „betroffene Dritte“, etwa die Vertretungen beitragswilliger Länder etc., verschickt. Bis dato haben tatsächlich 17 der 20 Kommissionsmitglieder geantwortet. Im Mai 1997 fanden die ersten sechs Gespräche in Brüssel statt, am 2., 3. und 8. Dezember 1997 gab es weitere fünf Gesprächstermine, die das bewährte Besuchsteam Alberto Volpato, Mitarbeiter von *Égalité*, der Vereinigung der lesbischen und schwulen BeamtInnen und sonstigen Bediensteten der EU-Institutionen, und HO-SI-Wien-Generalsekretär Kurt Krickler, der auf der Londoner ILGA-Konferenz wieder in den ILGA-Europa-Vorstand gewählt und zu dessen Vorsitzenden bestellt wurde (vgl. Seite 45), wahrnahm.

In den Gesprächen mit den VertreterInnen der Kommissare João de Deus Pinheiro, zuständig für die Beziehungen zu den sogenannten AKP-(Afrika-Karibik-Pazifik)-Staaten, und Sir Leon Brittan, zuständig für die Beziehungen zu Nordamerika, Australien, Neuseeland, China sowie einigen anderen asiatischen Staaten, ging es in erster Linie um

Eingeschränkte Niederlassungsfreiheit

Die von Brüssel stets so hochgehaltene Niederlassungsfreiheit hält in der Praxis für Lesben und Schwule einige Tücken bereit. Vor allem die Möglichkeit Eingetragener PartnerInnen aus Schweden und Dänemark, sich in anderen EU-Staaten niederzulassen und ihren Status als Quasi-Verheiratete in der Praxis beizubehalten, ist nicht gegeben. Und wenn einer der PartnerInnen aus einem Nicht-EWR-Land stammt, ergeben sich noch zusätzliche Probleme.

Noch größer sind diese Probleme für EU-BürgerInnen aus Staaten, wo gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften überhaupt nicht anerkannt werden: Für sie besteht das Recht auf freie Niederlassung in allen EU-Staaten daher nur theoretisch, wenn sie einen Lebensgefährten oder eine Lebensgefährtin aus einem Nicht-EWR-Land haben. Denn dessen bzw. deren Aufenthaltsgenehmigung in einem bestimmten EU-Land gilt nicht in anderen EU-Ländern. Und heiraten können sie nicht. Daher könnte der bzw. die Betroffene sich nur ohne seine/ihre Partner/in in einem anderen EU-Land niederlassen – aber wer will das schon?

Ausnahme: Wenn ein EU-Staat den gleichgeschlechtlichen Lebensgefährten seiner eigenen StaatsbürgerInnen Aufenthaltsrecht gewährt, wie seit kurzem das Vereinigte Königreich, dann muß dieses Recht auch den gleichgeschlechtlichen Lebensgefährten (auch und gerade aus Nicht-EWR-Ländern) von in diesem EU-Land legal niedergelassenen BürgerInnen aus anderen EU-Staaten gewährt werden. Denn alle EU-Staaten müssen alle EU-BürgerInnen wie ihre eigenen StaatsbürgerInnen behandeln.

Dänemark und Schweden tun dies allerdings nicht gemäß ihren Gesetzen über die Eingetragene PartnerInnenschaft, die vorsehen, daß eine/r der PartnerInnen Staatsbürger/in des jeweiligen Landes ist. Daher können zum Beispiel eine Deutsche und eine Holländerin, die beide ihren Wohnsitz legal in Dänemark haben, keine Eingetragene PartnerInnenschaft eingehen. Dies widerspricht eindeutig EU-Recht. Leider hat sich noch kein geeignetes Paar gefunden, das gegen das dänische oder schwedische Gesetz über die Eingetragene PartnerInnenschaft wegen Verstoßes gegen das Gemeinschaftsrecht beim Europäischen Gerichtshof klagen würde. Die Chancen, die Sache zu gewinnen, stünden sicherlich nicht schlecht.

auf Erfolgskurs

Fragen der Menschenrechte. Dabei wurde betont, daß bei der Überprüfung der Einhaltung der Menschenrechte in diesen Drittstaaten auch die Lage von Lesben und Schwulen berücksichtigt werden müsse. In den Zuständigkeitsbereich Kommissar Sir Leon Brittans fällt eigentlich nur China, das für diese Anliegen in Frage käme, mit den USA etwa würde die EU sicherlich das Totalverbot homosexueller Handlungen in rund der Hälfte der US-Bundesstaaten (ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte) niemals erörtern. Die Mitarbeiterin Pinheiros schlug ein weiteres Treffen zwischen ILGA-Europa und der für Menschenrechtsfragen zuständigen Abteilung in der Generaldirektion VIII vor. Nicht so produktiv war das Treffen mit einem Vertreter der Generaldirektion 1A („Politische Außenbeziehungen“), denn er zeigte sich wenig vorinformiert und erklärte sich auch nicht wirklich zuständig. Aus diesem Grund wird ILGA-Europa an das verantwortliche Kommissionsmitglied Hans van den Broek nochmals herantreten und um einen neuen Termin mit einer kompetenteren Person ersuchen. Van den Broek ist immerhin für die Beziehungen zu den ehemaligen Ostblockstaaten, zur Türkei, zu Zypern und für die Menschenrechte ganz allgemein zuständig.

Mit Giuseppe Callovi, dem Leiter des Referats „Freier Personenverkehr und Rechte der Bürger“ in der Generaldirektion XV (Binnenmarkt und Finanzdienste), trafen die ILGA-Europa-Vertreter einen der ranghöheren Brüsseler BeamtInnen im Rahmen ihrer Gesprächsoffensive. Es war mit eineinhalb Stunden auch das längste Gespräch und kreiste um das Thema „Freizügigkeit“, einen der Grundpfeiler der Ge-

meinschaft. Allerdings ist dieser so hoch gehaltene Fetisch aus schwul/lesbischer Sicht mit zahlreichen Hindernissen verbunden (siehe Kasten auf Seite 52).

Callovi machte kein Hehl daraus, daß die einzige Möglichkeit, hier eine Verbesserung zu schaffen und die Behinderungen bei der Freizügigkeit von Lesben und

plan, nämlich die Vernetzung, Unterstützung und Förderung von lesbisch/schwulen Unternehmen, die sich in einigen Ländern bereits zu nationalen Dachverbänden zusammengeschlossen haben. Und die EU hat ja einige Förderungs-Programme, die auch für lesbisch/schwule Betriebe von Interesse sein könnten. Von 1997 bis 2000 läuft gerade

einer Lesben- und Schwulenorganisation eingereicht werden (in diesem Fall ist der Haken dabei allerdings der Umstand, daß die chinesische Regierung jedes einzelne Projekt genehmigen muß). Bei anderen – wichtigen – Programmen, etwa jenen zu Menschenrechtsfragen, die von der Generaldirektion IA verwaltet werden, sind bestimmte Prioritäten festgelegt, unter denen sich „sexuelle Orientierung“ leider nicht befindet. In diesen Fällen geht es darum, das Programmdesign so zu ändern, daß in Hinblick auf schwul/lesbische Projekte förderungswürdig werden. In diesem Zusammenhang spielt das Europäische Parlament eine wichtige Rolle, und die neugegründete „Intergruppe zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen“ wird hier sicher initiativ werden. Außerdem kann man sich nunmehr auf die Tatsache berufen, daß die Anti-Diskriminierungsklausel im Vertrag von Amsterdam „sexuelle Orientierung“ als Schutzkategorie anführt (vgl. LN 3/97, S. 42 ff).

Was die „erste Runde“ der Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans betrifft, nämlich seine Präsentation bei den EU-Institutionen, so kann sie als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden: ILGA-Europa hat im Mai und Dezember 1997 mit VertreterInnen von insgesamt elf KommissarInnen Gespräche geführt, ein Termin mit einem Mitarbeiter von Kommissarin Monika Wulf-Mathies („Regionalpolitik und Beziehungen zum Ausschuss der Regionen“) steht noch aus. Damit wurden alle für Lesben- und Schwulenfragen relevante Kabinette besucht. Wie gesagt – jetzt liegt es an den ILGA-Mitgliedsgruppen, den Aktionsplan weiter in die Tat umzusetzen, nämlich EU-Programme für eigene Projekte zu nutzen. ➤



Schwulen zu beseitigen, in der Erweiterung des Ehegattenbegriffs liegt. Die EU hat keine Kompetenz im Familienrecht, daher müßten sich alle EU-Staaten auf eine entsprechende Änderung der jetzigen rechtlichen Definition des Ehegattenbegriffs einigen.

Callovis Abteilung hatte für das Treffen mit ILGA-Europa sogar eine „Note of Analysis“ zu diesem Thema erarbeitet, in dem die rechtlichen Fragen in diesem Sinne analysiert werden.

In der Generaldirektion XXIII („Unternehmenspolitik, Handel, Tourismus und Sozialwirtschaft“) traf ILGA-Europa mit zwei Vertretern aus der Abteilung „Handwerksbetriebe und Kleinunternehmen“ zusammen. Hier diskutierten wir die „Idee # 24“ aus dem ILGA-Europa-Aktions-

auch das dritte EU-Mehrjahresprogramm für Unternehmenspolitik.

EU-Gelder „anzapfen“

Jetzt geht es auch darum, daß Lesben- und Schwulenorganisationen aus allen EU-Staaten sich verstärkt um die vielfältigen Fördermittel aus Brüssel bemühen. Viele der Förderprogramme sind schon jetzt geeignet, auch für schwul/lesbische Projekte genutzt zu werden. Im Laufe der Gespräche, auch derer, die im Mai 1997 stattgefunden haben, konnten die ILGA-Europa-Vertreter eine Menge Informationen über diese Fördermöglichkeiten sammeln. Die EU fördert z. B. Projekte zum Aufbau von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) in China – hier könnte etwa ein Projekt zur Gründung

ILGA-Europa-Projekt genehmigt

ILGA-Europa hat Ende Oktober jedenfalls ein Projekt bei der Generaldirektion V (Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten) eingereicht: *Gleichbehandlung von Lesben und Schwulen – eine für den zivilen und sozialen Dialog relevante Frage*. Nachdem ein anderes, noch von ILGA-Welt 1995 eingereichtes Projekt endgültig als nicht förderbar eingestuft worden war, wurde ILGA-Europa aufgefordert, unter einer anderen Haushaltslinie ein neues Projekt einzureichen, da hier die Kriterien eine Förderung eher ermöglichen. Diese Haushaltslinie geht auf das erste *European Social Policy Forum* zurück, das im März 1996 stattfand. Bei dieser Gelegenheit wurde ein neues

Ziel auf europäischer Ebene formuliert, nämlich neben den bereits bestehenden Dialogen – dem politischen mit den nationalen Behörden und dem sozialen mit den Sozialpartnern – einen „zivilen Dialog“ mit nichtstaatlichen Organisationen zu beginnen, worunter auch die vielen gemeinnützigen Organisationen im Sozialbereich fallen. Die Zeit zur Erstellung eines solchen Projekts war äußerst kurz, aber der ILGA-Europa-Vorstand einigte sich rasch auf ein von Kurt Krickler ausgearbeitetes und ausformuliertes Projekt samt Budgetentwurf. Und die GD V entschied über das Ansuchen innerhalb eines Monats! Bereits Anfang Dezember wurde der ILGA-Europa mitgeteilt, daß das Projekt genehmigt sei und mit 39.600 ECU (ca. öS 544.000,-) gefördert würde.

Interfraktionelle Arbeitsgruppe

Am 22. Oktober 1997 fand die Gründung der „Intergruppe zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen“ des Europäischen Parlaments (EP) statt. Vier Fraktionen haben sich der Arbeitsgruppe bisher angeschlossen (was auch die Minimumanzahl für die Bildung einer derartigen Intergruppe darstellt): die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), die Grünen (V), die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (PSE) und überraschenderweise auch die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) (PPE). Daß sich auch die PPE-Fraktion der Gruppe anschloß, löste innerhalb der PPE eine Kontroverse aus. Karl Habsburg, Europaabgeordneter der ÖVP, forderte öffentliche Aufklärung vom Fraktionsvorsitzenden, dem früheren belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens, der die Zustimmung gab, ohne seine Gruppe zu befragen.

Am 19. November traf sich die Intergruppe zum zweitenmal, einigte sich auf ihren offiziellen Namen (Equal Rights for Gays and Lesbians Intergroup), wählte ihre Vorsitzende, die Finnnin Outi Ojala (GUE/NGL), sowie ihre Vizevorsitzenden - Claudia Roth (V, Deutschland), Richard Howitt (PSE, Vereinigtes Königreich) und Peter Pex (PPE, Niederlande). Zudem wurden die Ziele der Intergruppe formuliert. Dazu gehören etwa Anfragen an den Rat und die Kommission zu verschiedenen relevanten Themen, wie die Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen in beitragswilligen Ländern, Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der Roth-Resolution aus 1994 (vgl. LN 2/94, S. 51 ff) oder zur Konkretisierung der Nichtdiskriminierungsklausel des Vertrags von Amsterdam. Einzelne KommissarInnen sollen zu den Sitzungen eingeladen werden, um einzelne konkrete Aspekte ihrer jeweiligen Ressorts zu erörtern. Die Intergruppe beschloß überdies, ILGA-Europa und *Égalité* als Kooperationspartnerinnen permanent zu den Sitzungen der Intergruppe einzuladen.

Das Projekt sieht vor, zum Zwecke der Aufnahme des zivilen Dialogs über Lesben- und Schwulengleichberechtigung europäische NGOs zu zwei eintägigen Treffen nach Brüssel einzuladen, um sie mit der Situation und den Anliegen von Lesben und Schwulen in den EU-Staaten vertraut zu machen. Es soll eine Vernetzung mit wichtigen Organisationen in den Bereichen Menschenrechte, Frauenrechte, Kampf gegen AusländerInnenfeindlichkeit (z. B. European Women's Lobby, SOS Rassismus, Amnesty International), aber auch mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden entstehen. Als Arbeitsgrundlage soll ein Bericht über die rechtliche und soziale Lage von Lesben und Schwulen in den 15 Staaten erstellt werden. Dieser Bericht soll in drei Sprachen veröffentlicht und breit verteilt werden. Er soll auch auf dem nächsten *European Social Policy Forum* im Juni 1998 den rund 1500 Delegierten präsentiert werden, er ist sozusagen die Eintrittskarte der ILGA-Europa zu diesem wichtigen Gremium. Außerdem ergeben sich heuer noch weitere Gelegenheiten zur Präsentation dieses Berichts: etwa die Konferenz „Gewerkschaften, Homosexualität und Arbeit“ Ende Juli in Amsterdam. Und überdies ist ein solcher Bericht für die Arbeit der erwähnten Intergruppe im Europaparlament (siehe auch weiter unten) bedeutsam.

ILGA-Europa wird dieses Projekt gemeinsam mit fünf Partnerorganisationen, darunter der HOSI Wien, aus fünf verschiedenen Ländern durchführen.

Teilnahme an der EP-Intergruppe

Während seines Aufenthalts in Brüssel Anfang Dezember – auf dem Weg zur und von der ILGA-Europa-Vorstandssitzung am 5. und 6. Dezember in London – nutzte Kurt Krickler die Gelegenheit, auch Outi Ojala, die Präsidentin der neugegründeten „Intergruppe zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen“

(siehe Kasten auf dieser Seite) sowie deren Koordinatorin Paola Giaculli zu treffen und in einen ersten Gedankenaustausch über die Zusammenarbeitsmöglichkeiten zu treten.

Für die nächste Sitzung der Intergruppe am 16. Dezember waren ILGA-Europa und *Égalité* eingeladen worden, sich in 15minütigen Präsentationen vorzustellen. Kurt Krickler verfaßte daraufhin eine detaillierte Darstellung über die ILGA, die er dann gemeinsam mit Vorstandskollegin Maren Wuch aus Köln in der Sitzung der Intergruppe in Straßburg vortrug. ILGA-Europa formulierte in ihrer Vorstellung auch konkrete Aktionspunkte, die sich zum Teil mit den Zielen der Intergruppe decken. ILGA-Europa betonte jedoch u. a. die Probleme mit den bereits erwähnten Behinderungen der Freizügigkeit innerhalb der EU (siehe Kasten auf Seite 52) und regte an, das EP möge sich dafür einsetzen, daß die einzelnen Förderungsprogramme der EU-Kommission von vornherein so gestaltet werden, daß auch Lesben- und Schwulenprojekte in ihrem Rahmen möglich sind.

Maren und Kurt werden – zumindest bis zur Sommerpause – jedes Monat nach Straßburg fahren müssen, um an den Sitzungen der Intergruppe teilzunehmen, denn der Input der ILGA-Europa in diesem Gremium ist sicherlich äußerst wichtig.

Teilnahme an OSZE-Tagung

ILGA-Europa war auch auf dem dritten Implementierungstreffen der menschlichen Dimension, das die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 12. bis 28. November 1997 in Warschau abhielt, vertreten. Dabei handelt es sich um Treffen zur Überprüfung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, die alle zwei Jahre stattfinden. Neben den Delegationen der 55 Mitgliedsstaaten der OSZE nehmen

auch zahlreiche NGOs daran teil, die in den beiden Arbeitsgruppen auch das Wort ergreifen dürfen. Voraussetzung dafür ist die Vorlage einer schriftlichen Präsentation der jeweiligen NGO an das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau. Kurt Krickler verfaßte für die ILGA-Europa eine solche schriftliche Präsentation und zusätzlich ein schriftliches Statement zum Tagesordnungspunkt „Versammlungs- und Meinungsfreiheit“. Wäre dieser Tagungsordnungspunkt zeitlich näher beim anderen für die ILGA-Europa relevanten Tagungsordnungspunkt „Toleranz und Nichtdiskriminierung“ gelegen, hätte er dieses Statement mündlich gegeben. Kurt wollte seine Anwesenheit in Warschau aber auf drei Tage beschränken, und so gab er nur ein mündliches Statement, nämlich am 19. November zu letztgenanntem Punkt ab. Die ILGA nimmt ja bekanntlich seit der Moskauer Konferenz über die menschliche Dimension im Jahre 1991 regelmäßig als NGO an relevanten OSZE-Tagungen teil. Kurt führte auch diesmal wieder Gespräche mit verschiedenen Delegationen, speziell jener Länder, in denen Homosexualität noch total verboten ist, wie etwa in den meisten asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Holocaust-Fonds

ILGA-Europa hat sich einer internationalen Arbeitsgruppe angeschlossen, die bei jenen Fonds, die in letzter Zeit zur Beruhigung von schlechtem Gewissen über nachrichtlose Konten (Schweiz) und Restbestände von Nazi-Raubgold (GB/USA und andere) errichtet wurden, versucht, die schwul/lesbischen Interessen zu vertreten. Dieser Arbeitsgruppe gehören der Weltkongreß schwul/lesbischer jüdischer Organisationen (WCGL-

JO), die International Gay and Lesbian Human Rights Commission in San Franzisko und Pink Cross – Schwulenbüro Schweiz, das ja einen Vertreter in den von der Schweiz eingerichteten Fond für die Opfer des Holocaust entsendet hat (vgl. zuletzt LN 3/97, S. 39), an. Man möchte darüber hinaus noch deutsche Gruppen, die Erfahrung in Wiedergutmachungsfragen haben, zur Mitarbeit gewinnen. Am 17. Oktober 1997 fand bereits eine

mit den Fonds-Geldern vernünftigerweise sonst noch geschehen. Jener *Tri-Partite Gold Commission*, die sich Anfang Dezember 1997 in London traf, um über die Überbleibsel des Nazi-Raubgolds zu befinden, schwebt etwa vor, diese Restbestände in einen Fond überzuführen und zehn Prozent davon nichtjüdischen Zwecken zu widmen. WCGLJO-Präsident Jack Gilbert durfte übrigens trotz in Aussicht gestellter Einladung schließlich

des europäischen Regionalverbands: Der HOSI-Wien-Vorstand beschloß, Kurts Reisetätigkeit 1997 und 1998 mit insgesamt S 40.000,- aus dem HOSI-Wien-Budget zu unterstützen.

Spendenaufwurf und weitere Infos

Übrigens: Wer die Arbeit von ILGA-Europa ebenfalls unterstützen will, vielleicht sogar, weil

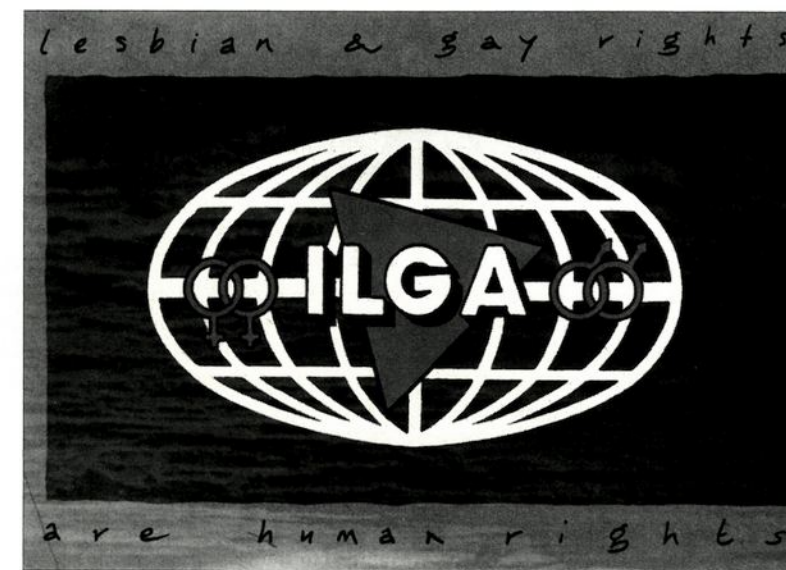
er/sie deren Arbeit wichtig und gut findet, kann gerne spenden. Da die Mitgliedsbeiträge aller ILGA-Mitglieder an den Weltverband gehen und davon kein Groschen an ILGA-Europa fließt, ist der Regionalverband bei seiner eigenen Finanzierung auf zusätzliche freiwillige Spenden der europäischen Mitgliedsorganisationen und anderer Institutionen angewiesen. Ihr könnt eure Spenden an die HOSI Wien übermitteln – wir werden sie verlässlich an ILGA-Europa weiterleiten. Auch große Beträge sind willkommen! Ihr könnt aber auch die Bankkonto-Daten

des ILGA-Europa-Kontos in Dänemark von der HOSI Wien erfahren!

Falls ihr neugierig geworden seid auf die Arbeit der ILGA-Europa, könnt ihr noch viel mehr Details auf ihrer „Heimseite“ im Internet und in dem in ihrem Namen in englischer Sprache monatlich herausgegebenen *Euro-Letter* erfahren. Dort findet ihr z. B. den Aktionsplan im Wortlaut, ebenso die Präsentationen in Warschau bzw. vor der Intergruppe in Straßburg und vieles mehr.

Hier die Adressen:
ILGA-Europa Homepage:
<http://inet.uni2.dk/~steff/ilgaeur.htm>

Der *Euro-Letter* ist ab Ausgabe 30 (derzeit hält er bei # 56) unter folgender Web-Adresse abrufbar:
<http://www.france.qrd.org/assocs/ilga/euroletter.html> oder:
<http://www.qrd.org/qrd/www/orgs/ILGA/euroletter>



erste, eineinhalbstündige Telefonkonferenz mit VertreterInnen der genannten Organisationen statt. ILGA-Europa wird in dieser Arbeitsgruppe durch Kurt Krickler vertreten, da er über reiche Erfahrung aufgrund der österreichischen Bemühungen um Wiedergutmachung für homosexuelle NS-Opfer verfügt. Auf Vermittlung der HOSI Wien hat übrigens Erwin Widschwenter, der wegen seiner Homosexualität vom Nazi-Regime verfolgt wurde (vgl. LN 3/97, S. 17), einen Antrag an den Schweizer Fond gestellt. Er ist das erste homosexuelle NS-Opfer, das sich an diesen Fond gewandt hat.

Da allen Beteiligten klar ist, daß nur mehr ganz wenige Holocaust-Überlebende heute noch leben, stellt sich natürlich die Frage, was soll – abgesehen von der Entschädigung der wenigen Überlebenden, die sich melden –

Als schwuler Friedensengel in Ostslawonien

Den folgenden Artikel haben wir den *HOSI News Tirol # 1* (Dezember 97/ Jänner 98) entnommen. Ein österreichischer Zivildienstler berichtet über seinen Friedenseinsatz im kriegsverheerten Ostkroatien.

Von Michael H. Grabner

Seit August 1996 arbeite ich als Friedensdiener im „Zentrum für Frieden, Gewaltfreiheit und Menschenrechte“ in Osijek, Ostkroatien. Dafür, daß ich dort für die Österreichischen Friedensdienste (ÖFD) vierzehn Monate lang arbeite, wird mir in Österreich die Zivildienstpflicht gestrichen. Eine sehr interessante Art und Weise, seinen Zivildienst zu gestalten, umso mehr für schwule Männer, die es bekanntlich gerne ins Ausland zieht. Und außerdem ist jenes Gerücht, daß Schwule in Österreich von der Wehrpflicht befreit werden, tatsächlich nur ein Gerücht. Laut ARGE Wehrdienstverweigerung besteht darauf kein Rechtsanspruch, sondern man ist dem Gutdünken des Regimentsarztes ausgesetzt. Deshalb: Will man sich nicht von den Soldatenkollegen schikanieren lassen, ist es besser, man geht als Zivildienstler ins Friedenszentrum Osijek. Dort ist man allein, ansonsten

gibt's hier nur Frauen (nun weiß ich übrigens auch, was sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bedeutet).

Anyway. Nach Ableistung meines 14monatigen Zivildienstes bin ich immer noch in Osijek, ich habe verlängert, vorerst bis Ende Jänner 1998, dann wollen die ÖFD kein Geld mehr für mich ausgeben, und ich werde mir etwas anderes suchen müssen. Warum ich eigentlich noch länger bleiben will, liegt nicht wirklich irgendwo begründet. Vielleicht nur im inneren Drang, den Menschen auf beiden Seiten der ehemaligen Frontlinie – Serben und Kroaten – zu helfen und die Friedensarbeit vor Ort zu unterstützen. Natürlich wäre ich froh, ich könnte dafür auch amouröse Gründe angeben. Aber die Situation von homo- und bisexuellen Menschen in Kroatien, dem katholischsten Land des Katholizismus, ist nicht gerade einfach.

Als ich im August 1996 nach Osijek kam, machte ich mir keine Hoffnungen, auf irgendwelche gleichgeschlechtlich gesinnte junge Männer zu stoßen. Umso mehr schmerzte es in meinem Herzen, wenn ich in den schier zahllosen Lokalen die vielen hübschen Jungs beobachtete. Mit meinen Blicken wollte ich nicht allzu freizügig herumwerfen, da es ja bekannt ist, wie jähzornig die kroatischen Gemüter sein können. Doch bald schon gab es einige Hoffnungsschimmer: Einer meiner Wohnungskolleginnen (von damals vier) erzählte mir von Schwulen, die sie in Osijek kannte. Und kennt man erst einmal einen, dann lernt man viele kennen.

Kaum eine Szene

Schwulenlokale oder -vereine gibt es in Kroatien – abgesehen von Rudimenten in der Hauptstadt Agram – natürlich nicht. Gesetz-

geberisch hat man sich in Tudmans Landen auch noch nicht mit Homosexualität befaßt: Man ist viel zu sehr mit der eigenen Identitätsfindung – sprich Nationalismus und dem Konflikt Kroaten-Serben – beschäftigt, als daß man noch Zeit hätte, sich auch damit auseinanderzusetzen. Gesellschaftlich – so glauben zumindest die Schwulen – gilt die Meinung, Homosexualität gibt es am Balkan nicht. Das gebe es nur im „Westen“. Dem entsprechend ist auch die Situation jedes einzelnen. Jeder weiß zwar von jedem, aber man schaut darauf, daß ja kein Hetero-Freund davon erfährt, geschweige denn die eigene Familie. Durch mein eigenes offenes Auftreten habe ich die Osijeker Schwulengemeinde daher etwas aufgewirbelt, ja man hat sogar schon Bedenken, mit mir auf der Straße gesehen zu werden, weil ja dann – nicht zu Unrecht – Rückschlüsse auf meine Begleitpersonen gezogen werden könnten. Und tatsächlich bin ich

ziemlich offen: Jeder, der mit mir viel oder länger zu tun hat, soll auch von meiner Homosexualität wissen, als ein kleiner Beitrag zur Akzeptanz in der (kroatischen) Gesellschaft. Und man staune: So intolerant sind die Kroaten gar nicht. Die schwulen Kroaten verstecken sich meiner Meinung nach viel zu viel.

Daß es in der kroatischen Provinz keine Szenelokale gibt, wird daher auch nicht als Nachteil empfunden. Die Osijeker Schwulen fahren halt einmal im Monat auf die Schwulenparty ins ungarische Fünfkirchen (Pécs) oder gleich nach Budapest. Die Ungarn sind da viel aufgeschlossener. Auf jener Party in Pécs hört man dann mehr Kroatisch bzw. Serbisch als Ungarisch. In Agram ist die Situation eine Spur besser, zumal man die Stadt schon als eine europäische Metropole bezeichnen kann. In diversen Diskotheken, wie etwa dem „Aquarius“, gibt es so etwas wie schwule Ecken. Ansonsten fahren die Agramer Schwulen ins

slowenische Laibach, wo es ja fast eine richtige Szene und Lesben- und Schwulengruppen gibt. An der Küste schließlich soll es im Sommer – wegen der vielen in- und ausländischen Touristen – sehr heiß zugehen, hat man mir zumindest berichtet. Osijek ist schließlich 500 Kilometer vom Meer entfernt.

Viele schwule „Internationale“

Zurück nach Ostkroatien. Eine Frage beschäftigte mich über ein Jahr lang, bis ich letzte Woche die Antwort darauf bekam. Wo sind die Schwulen im ehemals serbisch besetzten Ostslawonien, das nach wie vor von der UNO verwaltet wird und am 15. Jänner 1998 an Kroatien zurückgegeben wird? Daß es sie geben muß, steht ja außer Zweifel. Schon zu Beginn vorigen Jahres reizte mich der Gedanke, ein Begegnungsprojekt zwischen schwulen Kroaten und Serben zu starten, etwa unter dem Titel „Gay Bridge“

oder unter dem Motto: „Make love, not war!“ Dies scheiterte aber einerseits daran, daß das Interesse auf kroatischer Seite kleiner gleich null war („Was, mit Serben? Du bist ja wahnsinnig, das sind keine Menschen!“), andererseits daran, daß ich „drüben“ keine schwulen Serben kannte. Bis mir vor zwei Wochen in einer Polizeistation ein junger serbischer Übersetzer aufgefallen ist. Natürlich gibt es auch in Ostslawonien keine Szenelokale, Vukovar wurde im Krieg zu 90 Prozent zerstört. Mann lernt sich daher auf normalem zwischenmenschlichem Wege kennen, oder man fährt nach Jugoslawien, nach Belgrad. Dort gibt es anscheinend eine gute Szene, aber angeblich auch tagtäglich Morde an Homosexuellen.

Zum Schluß noch ein kurzer Blick auf die UN- bzw. die internationale „Community“ hier in der Kriegsregion. Wie schon anfangs erwähnt, zieht es Schwule gerne ins Ausland, sei es zum Beispiel als „Erasmus“-Studenten

oder eben als Friedensdiener der ÖFD, wo es zur Zeit mindestens drei von fünfzehn gibt, was hochgerechnet 20 % ergibt. Ähnlich dürfte die Situation in der UN-Mission sein und unter den „UN-Civilians“ und sogar bei den UNO-Truppen (die Schwulen der österreichischen SFOR-Truppe in Bosnien werden – wie ich in Sarajewo erfuhr – sogar auf einer eigenen Liste vermerkt), zumal ein Großteil der „Internationals“ aus westlichen Ländern stammt. „Verdächtige“ Personen sind mir selber untergekommen, andererseits hat mir diese Vermutung ein holländischer Psychologe bestätigt, der schon seit Jahren in der UN-Region arbeitet. Die Homosexuellen tragen also wesentlich dazu bei, den Frieden zu sichern und aufzubauen. Als schwule Friedensengel, so wie ich...

PS: Im Namen der kroatischen und serbischen Homo- und Bisexuellen ein Dankeschön an die HOSI Tirol für die Kondomspenden („Nachbar in Not“...!)

Der Sonntagnachmittag für Eltern, Angehörige, Freunde und Freundinnen von HIV-positiven, AIDS-kranken und an den Folgen von AIDS verstorbenen Menschen

„Familienrunde“

Hier kann man darüber sprechen, worüber „normalerweise“ geschwiegen wird. Über den Umgang mit geliebten Menschen, die HIV-infiziert sind, mit den Belastungen, die die Erkrankung mit sich bringt, mit der Trauer über den Tod von geliebten Menschen und darüber, wie andere mit all dem umzugehen lernten...

Es kann auch während der Treffen im HOSI-Zentrum angerufen und Kontakt aufgenommen werden.

Jeden 1. Sonntag im Monat
(bei Bedarf auch öfter).
ab 14.00 Uhr

im HOSI-Zentrum, 1020 Wien, Novaragasse 40,
Tel. (01) 216 66 04; betreut von Brigitte Zika-Holoubek
(bekannt durch die langjährige Begleitung von AIDS-Kranken) Tel. (02955) 70 597 (privat).

Hosarote Panther das Zeitung
schwul-lesbisch-steirisch

rosa-tila
buschtrommel

Postfach 34, A-8017 Graz

"We are not amused!"
Königin Victoria

Selbst wenn imperiale
Stellungen nicht befriedigen -
wir unterhalten ...königlich!

8. Internationale Konferenz für Menschen mit HIV/AIDS:



Basic Needs - Basic Rights

Vom 5. - 12. November 1997 fand in Chiang Mai unter dem Motto „Grundbedürfnisse – Grundrechte“ die 8. Internationale HIV-Positivenkonferenz statt. Dem Verein „Club Plus – Menschen und AIDS“ in Wien war es durch professionelles Fundraising gelungen, genug Geld aufzutreiben, um drei Leuten die Teilnahme an dieser Tagung zu ermöglichen – Reisekosten, Unterkunft und Tagungsgebühr wurden bezahlt. So auch dem Autor dieser Zeilen.

Ein Bericht von Kurt Krickler

Rund 400 TeilnehmerInnen aus aller Welt waren in die nordthailändische Metropole Chiang Mai zu dieser 8. internationalen Tagung von Menschen mit HIV/AIDS gekommen, rund die Hälfte davon aus Thailand und den südostasiatischen Staaten. Südamerika und Afrika waren mit den wenigsten Delegierten vertreten. Die europäischen Länder waren meist mit einigen TeilnehmerInnen vertreten.

Das umfangreiche Programm der einwöchigen Tagung begann mit der Eröffnungszeremonie am 5. November, an der auch hochrangige Vertreter der Provinz- und der Staatsregierung, darunter der Vize-Gesundheitsminister, teilnahmen. Letzterer hielt die Eröffnungsansprache. Außerdem sprachen die VertreterInnen der Veranstalter, des *Global Network for People Living with HIV/AIDS* (GNP+), der *International Community of Women Living with HIV/AIDS* (ICW) sowie der thailändischen GastgeberInnen. Außerdem hielt Peter Piot, der Direktor des gemeinsamen AIDS-Programms verschiedener UNO-Agenturen, UNAIDS, eine Rede. Tanz- und Chordarbie-

tungen rundeten die festliche Eröffnung ab.

Der erste volle Konferenztag wurde mit drei Vorträgen eingeleitet. Die Arbeitskreise, die am ersten und zweiten Konferenztag folgten, wurden nach Geschlechtern getrennt abgehalten, wohl auf Wunsch der mitveranstaltenden ICW, die die Gelegenheit nutzen wollte, reine Frauen-Arbeitskreise anzubieten. Die Arbeitskreise am ersten Tag beschäftigten sich teils mit sehr allgemeinen Themen („Erfahrungsaustausch“), teils mit sehr spezifischen („Sexualität nach der Diagnose“, „Verlust und Trauer“ und „sexueller Mißbrauch“ (Frauen)).

Am zweiten Tag wurden die Diskussionen und Ergebnisse dieser Arbeitskreise im Morgenplenum referiert. Die Arbeitskreise am späteren Vormittag und am Nachmittag – insgesamt gab es immer drei aufeinanderfolgende Workshop-Slots – waren Themen gewidmet wie: frauenspezifische Behandlungen, Sage ich es meinem Kind?, Recht auf Kinderkriegen, Motivation und Engagement, Machismo und HIV (für Männer), Männer als Betreuende, Langzeitüberle-

bende, Verständnis und Respekt für Frauenanliegen (für Männer), HIV am Arbeitsplatz, Kürzlich Diagnostizierte.

Der dritte Tag wurde wieder mit einem Plenum mit Berichten aus den Arbeitskreisen des Vortags begonnen. Danach stand der Tag als „Vernetzungstag“ ohne detaillierteres Programm zur Verfügung. Es gab Arbeitsgruppen über Fundraising und über die bevorstehende AIDS-Konferenz im Juni 1998 in Genf; dabei ging es auch darum, wie das Konferenzprogramm thematisch im Interesse der Betroffenengruppen beeinflusst werden könnte. Der Nachmittag war den regionalen (kontinentweisen) Treffen vorbehalten. Bedürfnisse und Erwartungen in den einzelnen Erdteilen sollten diskutiert werden.

Der vierte Tag wurde plenumsmäßig mit Vorträgen zu Menschenrechtsthemen begonnen. Die ReferentInnen sprachen über das Recht positiver Frauen, Kinder zu bekommen, sowie über die Ethik klinischer Versuche. Ein Teilnehmer aus Rußland berichtete über die Lage in seiner Heimat, wo er selbst mehrere Jahre wegen Homosexualität im Ge-

fängnis saß und wo auch in Sachen AIDS noch große Defizite vorhanden sind, sowohl hinsichtlich der medizinischen Behandlung und Betreuung als auch hinsichtlich der Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Workshops dieses Tages befaßten sich mit HIV-Positiven im Gefängnis und in der Psychiatrie, mit den Rechten von Prostituierten, mit Fragen wie „Rechte versus Verantwortung“, mit den Problemen von/mit HIV-positiven Kindern und mit Tod und Sterben.

Der fünfte Tag war den Therapien gewidmet, sowohl in den Vorträgen im Plenum als auch in den meisten Workshops. Eine wichtige Frage dabei war der nicht vorhandene Zugang zu den neuen Kombinationstherapien in den armen Ländern. Aber auch in den reichen Ländern ist der Zugang zu den Medikamenten-Cocktails unterschiedlich. Weiters beschäftigten sich Arbeitskreise mit Ernährungsfragen, mit den spezifischen Aspekten von DrogenkonsumentInnen, mit den spezifischen Problemen von Paaren, von denen eine/r HIV-positiv und eine/r HIV-negativ ist.

Der letzte Tag war ein „Business-Tag“, gewidmet den organisatorischen Fragen der Veranstalter-Organisationen. Das Global Network hielt auch weitere regionale Arbeitskreise ab. Die EuropäerInnen diskutierten dabei neue Strukturen für das Network, das zur Zeit nur aus Individualmitgliedern besteht. Um das Network effizienter zu gestalten, schwebt den EuropäerInnen auch vor, die Mitgliedschaft auf Organisationen zumindest auszudehnen. Wenn Organisationen dann bestimmte Aufgaben und Funktionen übernehmen könnten, wäre die Chance größer, daß diese Aufgaben auch erledigt würden. Außerdem kann eine Organisation mehr Rückhalt bieten. Es wurde beschlossen, die beiden europäischen VertreterInnen, die in den Vorstand des GNP+ entsandt werden sollen, auf einem europäischen Treffen zu wählen, da die Teilnahme in Chiang Mai als nicht repräsentativ genug empfunden wurde. Außerdem wurde Europa in fünf Subregionen aufgeteilt, in denen jeweils besonders verstärkte Netzwerkarbeit zwischen den einzelnen Organisationen bzw. Betroffenengruppen stattfinden soll.

Die Schlußfeier war wieder besonders festlich, es gab Ansprachen thailändischer Politiker, folkloristische Tanz- und Gesangsdarbietungen. Den KonferenzorganisatorInnen und den FunktionärInnen des GNP+ und der ICW wurde für ihre Arbeit in den letzten zwei Jahren herzlich gedankt.

Die GastgeberInnen hatten sich auch um ein umfangreiches Rahmenprogramm bemüht. An einem Abend etwa gab es eine sehr berührende ökumenische Feier zur Erinnerung an die Verstorbenen – mit Gebeten und Predigten durch Vertreter jüdischer, islamischer, buddhistischer und christlicher Religionen. Nach altem Thai-Brauch wurden danach Seidenpapierballons, die durch die heiße Luft einer brennenden Kerze aufgeblasen und angetrieben wurden, samt diesen „Antriebs-Kerzen“ in den Abend-



Die Vorstände von GNP+ und ICW wurden bei der Schlußfeier für seine Arbeit bedankt

himmel losgelassen. Sie stiegen hoch in den Himmel hinauf.

Die Konferenz bot neben den Workshops auch Gelegenheit, in den Pausen und abends mit vielen Menschen aus aller Welt Erfahrungen auszutauschen und sich über die Situation von HIV-Positiven in den einzelnen Ländern zu informieren. Die Probleme HIV-Positiver in den verschiedenen Ländern könnten unterschiedlicher nicht sein, was vielleicht folgende zwei Beispiele illustrieren: Während sich in den afrikanischen Staaten und auch in vielen Ländern Asiens kaum jemand die Dreier-Kombinationstherapie leisten kann (von einer Krankenkasse wird sie ja nicht bezahlt), stehen Positive in den reichen Ländern durch die neuen Therapien

jetzt mitunter plötzlich vor ganz anderen, letztlich ähnlichen, weil finanziellen Problemen: Sie hatten schon mit ihrem Leben abgeschlossen, Schulden gemacht, Kredite aufgenommen, Sachen verkauft, Lebensversicherungen aufgelöst und das Geld ausgegeben – und jetzt haben sie plötzlich wieder eine Perspektive!

Besonders beeindruckt hat auch der Umstand, daß es im Gastgeberland Thailand ein dichtes Netzwerk von Freiwilligen-Organisationen für und von HIV-Betroffenen gibt, die auch mit den medizinischen Einrichtungen und Behörden gut zusammenarbeiten und mit diesen vernetzt sind. Für die thailändischen GastgeberInnen bedeutete die Konferenz auch, ihren Forderungen gegenü-

ber den Regierungsstellen Nachdruck zu verleihen. Durch die internationale Anerkennung ihrer Arbeit und Leistungen ist die Position der thailändischen Betroffenenorganisationen wohl sehr gestärkt worden.

Grundsätzlich sei noch angemerkt, daß es sich bei diesen Konferenzen des GNP+ und der ICW um keine wissenschaftlichen Konferenzen handelt, auf denen ForscherInnen ihre neuesten Forschungsergebnisse präsentieren. Vielmehr handelt es sich dabei um Tagungen, bei denen Betroffene Erfahrungen austauschen, über ihre Situation berichten etc. Für manche ist es überhaupt das erste Mal, daß sie über ihr HIV-Positivsein mit anderen reden können...

LIVING ROOM

CAFE • RESTAURANT • BAR

Franzensgasse 18 (Ecke Grüngasse)

1050 Wien • Telefon 585 37 07

Mo-Fr von 16.00 bis 2.00 Uhr

Sa, So, Feiertag von 10.00 bis 2.00 Uhr

Regionale & vegetarische Küche

Aus aller Welt

zusammengestellt von Irene Zeilinger und Kurt Krickler

Aktuelle Nachrichten aus nah und fern

■ EUROPÄISCHES PARLAMENT Österreich wieder am Pranger

Am 8. Dezember 1997 debatierte der Ausschuss für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten des Europa-Parlaments in Brüssel den Entwurf des jährlichen Berichts über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Union für das Jahr 1996, den Berichterstatterin Aline Pailler, eine Abgeordnete der Kommunistischen Partei Frankreichs, erstellt hat. Wie berichtet (LN 3/97, S. 10 ff), hatte die HOSI Wien an Frau Pailler bereits vorigen Sommer geschrieben, um sie auf die Menschenrechtsverletzung in Österreich durch § 209 StGB aufmerksam zu machen. Wie erinnerlich hat das EP am 8. April 1997 in seinem Bericht und der entsprechenden Resolution über die Achtung der Menschenrechte in der EU für 1995 (Dokument A4-0112/97) Österreich wegen des diskriminierenden Mindestalters verurteilt und aufgefordert, § 209 StGB zu streichen.

Aline Pailler hat die Angelegenheit in ihrem Berichtsentwurf neuerlich berücksichtigt. In Punkt 51 wird die österreichische Regierung abermals aufgefordert, § 209 StGB abzuschaffen. Österreich ist übrigens das einzige EU-Land, das namentlich in Zusammenhang mit der Verletzung der Menschenrechte von Lesben und Schwulen genannt wird. In einem weiteren Punkt des Ent-

wurfs werden alle EU-Mitgliedsstaaten eingeladen, „die Menschenrechte von Lesben und Schwulen anzuerkennen, insbesondere durch die Schaffung des Rechtsinstituts der Eingetragenen PartnerInnenschaft“.

Nun haben die Europa-Abgeordneten die Möglichkeit, Abänderungsanträge einzubringen, im Jänner wird sich der Ausschuss nochmals mit dem Entwurf befassen. Man rechnet damit, daß er schließlich im Februar 1998 bei einer Sitzung des EP in Straßburg auf die Tagesordnung kommt. Daß Österreich dann wieder verurteilt wird, kann angesichts der Mehrheitsverhältnisse im EP mit Sicherheit erwartet werden.

■ AMNESTY INTERNATIONAL Halbherzige Beschlüsse

Vom 12. bis 19. Dezember 1997 hielt die Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International ihre Internationale Ratsversammlung (IRT) in Kapstadt ab – dies ist das höchste Gremium der Organisation, eine Art Generalversammlung, die alle zwei Jahre stattfindet. Dieser Ratsversammlung lagen auch etliche Vorschläge vor, die für Lesben und Schwule von Bedeutung waren. Leider war die IRT nicht sehr konsequent in ihren Beschlüssen.

Obwohl Amnesty 1991 auf ihrer Ratsversammlung in Yokohama den hi-

storischen Beschluß faßte, in Hinkunft auch wegen ihrer sexuellen Orientierung Inhaftierte als Gewissensgefangene zu adoptieren (vgl. LN 4/91, S. 48 f), wurde diese Mandatserweiterung bisher nicht in den Statuten verankert. Das sollte nachgeholt werden, meinte zumindest die britische AI-Sektion und brachte einen entsprechenden Antrag auf der IRT ein. Dieser Antrag wurde jedoch wieder zurückgezogen, weil man fürchtete, er würde keine Mehrheit bekommen; jetzt soll sich das „International Executive Council“ von AI, also der Welt-Vorstand, damit befassen.

Zwei andere Anträge wurden hingegen angenommen: AI wolle Menschenrechtsverletzungen gegen Lesben und Schwule, soweit diese in das Mandat von AI fallen, in ihre Arbeitsbereiche Nachforschung, Kampagnen, Aktionen und Publizierung integrieren. Das ist allerdings nichts Neues, denn seit 1991 hat AI nicht nur eigene Berichte über die Lage der Menschenrechte von Lesben und Schwulen veröffentlicht (z. B. 1994 *Breaking The Silence*, vgl. LN 2/94, S. 58, das im Vorjahr seine zweite Auflage erlebte), sondern geht auch in ihren Länderberichten auf die Lage von Lesben und Schwulen ein. Und vor kurzem hat AI, nämlich ihre kanadische Sektion, zum erstenmal auch eine inhaftierte Lesbe in ihre Betreuung aufgenommen, es handelt sich dabei um die Rumänin Mariana Cetiner, deren Schicksal Bogdan

Voicu im Interview mit den LN 4/97 (S. 26 ff) geschildert hat.

Zudem hat die IRT beschlossen, ein internationales Treffen des AI-internen schwul/lesbischen Netzwerkes AIMLGC (*amnesty international members for lesbian and gay concerns*) zu unterstützen. Hier handelt es sich um AI-Gruppen, die sich speziell um lesbische und schwule Gefangene kümmern.

Eine weitere wichtige Entscheidung in Kapstadt betraf Lesben und Schwule nicht direkt, wird aber auch für sie von großer Bedeutung sein: AI wird in Zukunft auch aktiv werden, wenn Menschenrechtsverletzungen zwar nicht durch Regierungsstellen, Polizei oder Armee, sondern durch „private Dritte“ begangen werden, aber von den Behörden in stillschweigender Komplizenschaft geduldet werden bzw. nicht dagegen vorgegangen wird. Das betrifft etwa das „Verschwindenlassen“ von Gewerkschaftlern oder das Ermorden bettelnder Kinder oder Eingeborener durch private Todesschwadronen in Südamerika. Und es betrifft dort speziell auch Transsexuelle, Lesben und Schwule.

Die HOSI Wien hat im übrigen vor der Ratsversammlung mit Marian Pink, Vorstandsmitglied der österreichischen AI-Sektion, telefoniert und deren Positionen zu den einzelnen Anträgen erörtert.

■ EX-SOWJETUNION

Unterschiedliche Entwicklung

Daß AI auch bisher schon die Lage von Lesben und Schwulen in einzelnen Ländern der Welt recherchiert hat, beweist auch ihre Publikation *Commonwealth of Independent States – Amnesty International working against laws punishing sexual relations between men*, in der die einschlägige Rechtslage in den asiatischen Staaten der GUS beleuchtet wird. Während alle sieben europäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Estland, Lettland, Litauen, Belarus, Ukraine, Rußland und Moldova – das Totalverbot homosexueller Handlungen mittlerweile aufgehoben haben, sind die meisten asiatischen Nachfolgestaaten noch nicht so weit.

Die drei Kaukasusrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind Beitrittskandidaten zum Europarat. Dessen Experten sind daher – wie dies auch bei den meisten osteuropäischen Staaten, die inzwischen Mitglieder geworden sind, der Fall war – bei der Ausarbeitung eines neuen Strafrechts behilflich, damit dieses den europäischen Mindeststandards – inklusive Entkriminalisierung der Homosexualität – entspricht. In Georgien ist das neue Strafrecht bereits in Kraft, in Armenien hat es erst im April 1997 die Erste Lesung im Parlament hinter sich gebracht, die Zweite ist für diesen Winter vorgesehen, und in Aserbaidschan befindet sich das neue Strafrecht erst in Ausarbeitung. Das heißt, das Totalverbot, § 116 (1) des armenischen bzw. § 113 (1) des aserischen Strafrechts, ist formal noch in Kraft.

In den fünf zentralasiatischen Republiken ist die Situation ebenfalls unterschiedlich. Kirgisien und Tadschikistan kommen immer noch mit dem alten sowjetischen Strafkodex aus, was heißt, § 112 (1) bzw. § 125 (1) besteht de jure nach wie vor. Usbekistan hat zwar 1995 ein neues Strafrecht eingeführt, aber der

neue § 120 hat nur den Straffraßen für homosexuellen Verkehr von früher fünf auf drei Jahre reduziert. Turkmenistan hat letztes Jahr ein neues Strafgesetz beschlossen, es liegen aber keine Informationen vor, ob der einschlägige § 126 (1) eliminiert wurde. Kazakstan, wie das Land jetzt offiziell heißt, hat sein Totalverbot als einzige zentralasiatische Republik gestrichen, und zwar nicht 1993, wie AI irrtümlich berichtete (auch die LN 1/94, S. 62, haben diese Falschmeldung damals veröffentlicht), sondern § 104 (1) fiel erst mit dem neuen Strafrecht aus dem Jahr 1997, das Anfang 1998 in Kraft getreten ist.

■ SÜDAFRIKA

Weitere Fortschritte & Vergangenheitsbewältigung

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC), die Regierungspartei in Südafrika, hat zum Abschluß ihres 50. Parteitag am 20. Dezember 1997 eine historische und umfassende Resolution zur Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen verabschiedet. Darin tritt der ANC u. a. für umfassende Gleichstellung am Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen und im Familienrecht ein, inklusive das Recht auf Heirat, aber auch für Gleichberechtigung im Einwanderungs-, Sorge- und Adoptionsrecht, den Schutz von lesbischen und schwulen Jugendlichen vor Diskriminierung in der Familie, Schule, Öffentlichkeit und in den Medien sowie für eine einheitliche Mindestaltersgrenze.

Außerdem will der ANC offene lebende Lesben und Schwule in seine KandidatInnenliste für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr aufnehmen.

Angesichts der sehr positiven politischen Unterstützung des ANC für schwul/lesbische Anliegen verwundert es umso mehr, daß das Parlament das Totalverbot homosexueller Handlungen und andere diskriminierende Ge-

setze gegen Lesben und Schwule noch nicht aufgehoben hat, zumal ja noch dazu die südafrikanische Verfassung seit 1994 „sexuelle Orientierung“ als Schutzkategorie anführt (vgl. LN 2/94, S. 58, und 3/96, S. 45). Die südafrikanische Lesben- und Schwulenbewegung sieht sich daher jetzt gezwungen, diese Sondergesetze vor den einzelnen Höchstgerichten zu bekämpfen. In der Kap-Provinz war sie dabei schon erfolgreich. Am 4. August 1997 erklärte der High Court in Kapstadt das Totalverbot für verfassungswidrig. Diese Entscheidung gilt aber nur für diese Provinz. Ein zweites Verfahren ist seit 22. August 1997 beim High Court in Johannesburg anhängig. Dieses ist nur für die relativ kleine Provinz Witwatersrand, das Umland Johannesburgs, zuständig. Mit der Entscheidung wird Anfang 1998 gerechnet, am positiven Ausgang zweifelt niemand.

Ein eher dunkles Kapitel in der Geschichte Südafrikas wurde

vom 24. November bis 4. Dezember 1997 vor der sogenannten *Truth and Reconciliation Commission (TRC)*, der Wahrheits- und Versöhnungskommission, abgehandelt. Dabei ging es um die Beschuldigungen gegen den „Mandela United Football Club (MUFC)“, eine Schlägertruppe von Winnie Madikizela-Mandela, der Exfrau Nelson Mandelas, die auch gegen vermeintliche Verräter oder Abweichler in den eigenen Reihen vorging: Am 29. Dezember 1988 wurden drei junge Männer und ein Teenager aus dem Haus des Methodisten-Pfarrers Paul Verryn entführt und in das Haus Winnie Madikizela-Mandelas gebracht, wo sie gefoltert und geschlagen wurden. Auf Druck der Umgebung Mandelas und von Menschenrechtsorganisationen wurden die jungen Männer später wieder freigelassen. Der Teenager Stompie Sepei verschwand jedoch, später wurde seine Leiche gefunden. Er war offenbar an den Schlägen der MUFC-Leute

Täglich von 14.00 bis 02.00 Uhr



1060 Wien, Mariahilfer Straße 45
(1 Gehminuten vom Virgin Megastore)
Raimundhofpassage 2. Hof
Tel.: 585 24 37

gestorben. Winnie Madikizela-Mandela hat sich in all den Jahren, in zahlreichen Interviews, in ihrem Prozeß wegen der Entführung und nun auch vor der TRC mit äußerst homophoben Äußerungen und Ansichten für den damaligen Vorfall gerechtfertigt. Sie behauptete, sie wollte die jungen Männer (der älteste war damals 29!) vor dem angeblich schwulen Kinderschänder Verryn retten, und löste eine unglaubliche Verleumdungskampagne gegen ihn aus. Sie hoffte, die öffentliche Meinung damit auf ihre Seite zu ziehen und die tiefsitzenden Vorurteile in der Bevölkerung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Sie setzte Homosexualität mit Kindesmißbrauch gleich. Ihre Rechnung ging auf: Vor ihrem Prozeß wegen der Entführung protestierten ihre Anhänger mit Spruchtafeln, auf denen zu lesen war: „Homosex ist kein Teil der schwarzen Kultur“. Für die Anschuldigungen gegen Verryn gab es nicht die geringsten Beweise. Der schwarze Bürgerrechtskämpfer und Arzt Dr. Abu-Baker Asvat weigerte sich, die behaupteten sexuellen Übergriffe nach medizinischen Untersuchungen zu bezeugen. Er wurde später ermordet, wobei Madikizela-Mandela dies so darstellte, als sei ihr Kronzeuge beseitigt worden.

Selbst im September 1997, also zwei Monate vor ihrer Vorladung zur TRC, ging sie in einer Pressekonzferenz von ihrer Verteidigungslinie nicht ab: Die vier jungen Männer seien von Mitgliedern des Fußballteams verprügelt worden, nachdem diese erfahren hatten, daß die vier (passiven) Analverkehr mit Weißen gehabt hätten. Stompie sei an seinen Verletzungen gestorben.

Daß Madikizela-Mandela nicht das geringste Zeichen der Versöhnung und des Schuldeinbekenntnisses geben und immer noch den Mythos nähren wollte, es gebe keine homosexuellen Schwarzen, empört viele Schwule und Lesben in Südafrika. Sie fühlen sich dadurch in ihrer Menschenwürde auf das heftigste

angegriffen. Der Bewegung platze schließlich der Kragen. In einer ausführlichen schriftlichen Stellungnahme an die TRC protestierte die *National Coalition for Gay and Lesbian Equality* gegen die homophoben Äußerungen Madikizela-Mandelas und ihres Verteidiger-Teams in dieser Affäre. Die TRC wurde aufgefordert, sie möge diese Art der Verteidigung, nämlich mit der tief-sitzenden Homophobie in der Bevölkerung zu operieren und zu spekulieren, entschieden zurückweisen und, um die Wiederherstellung der Ehre Verryns zu unterstützen, öffentlich Madikizela-Mandelas Verleumdungskampagne gegen ihn als solche anprangern.

Und es gibt noch mehr Vergangenheitsbewältigung zu erledigen: Wie jetzt bekannt wurde, sind während des Apartheidregimes schwule Grundwehrdiener mit Elektroschocks „behandelt“ worden, um sie von ihrer Homosexualität zu heilen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission soll jetzt aufklären, was tatsächlich passiert ist. Es scheint jedoch eine beträchtliche Zahl von Männern während mehrerer Jahre auf diese Weise gefoltert worden zu sein.

■ U S A

Clinton spricht vor Lesben und Schwulen

250 Dollar mußte man/frau berappen, um beim ersten „Gay Dinner“ mit Präsident Bill Clinton am 8. November 1997 dabeisein zu können. Trotz dieses stattlichen Eintrittspreises war der Bankettsaal des Grand Hyatt-Hotels in Washington mit 1.500 Lesben und Schwulen, die Clinton sehen und hören wollten, vollgepackt. Immerhin war es ein historisches Ereignis – es war das erstmal, daß ein amtierender US-Präsident an einer solchen Veranstaltung teilgenommen hat. Und es war auch nicht unmutig von Clinton, denn natürlich sind derartige Aktivitäten Wasser auf den

konservativen Mühlen. Und vor dem Hotel hatten sich neben ACT-UP-AktivistInnen auch zwei anti-homosexuelle Gruppen mit Spruchtafeln zum Gegenprotest eingefunden.

Organisiert wurde dieses Lobbying-Event, wie es in der US-Politik an und für sich gang und gäbe ist, von der *Human Rights*



Foto: Clint Steib

US-Präsident Bill Clinton bei seiner 23minütigen Rede beim ersten „Gay Dinner“

8. November 1997, Grand Hyatt Hotel, Washington

Campaign, mit 200.000 (!) Mitgliedern eine der größten schwul/lesbischen BürgerInnenrechtsgruppen der USA. Clinton war dann in seiner 23minütigen Rede doch deutlicher als erwartet, obzwar er keine revolutionären Dinge sagte. Er rief die amerikanische Öffentlichkeit zu mehr Toleranz auf. „Falls wir jemals ein einiges Amerika aufbauen, dann müssen alle AmerikanerInnen ein Teil davon sein.“ Was er bei diesem Gala-Dinner sagte, war auch nicht so wichtig, die Tatsache, daß er erschienen war, war bedeutsam genug und freute die Bewegung, denn sie fühlte sich – zu Recht – ernstgenommen, wobei Clinton VertreterInnen der US-Lesben- und Schwulenbewegung bereits zweimal offiziell im Weißen Haus empfangen hat, zum erstenmal im April 1993 (vgl. LN 3/93, S. 53 f).

Clinton erhielt während seiner Rede gezählte 25mal Applaus, davon sieben Standing Ovations. Das Publikum verzieh ihm an diesem Abend auch die Nichteinhaltung von Wahl- und anderen öffentlichen Versprechen. Bekanntlich scheiterte seine Ankündigung, Homosexualität in der Armee zu legalisieren.

Statt dessen zog Clinton die sogenannte „Don't ask, don't tell“-Politik vor, also: Keiner redet offen, dann fragt auch niemand danach (vgl. LN 4/93, S. 56). 1996 machte sich Clinton bei Lesben und Schwulen durch seine Unterschrift unter den *Defense of Marriage Act (DOMA)* unbeliebt. Dieses Gesetz sieht vor, daß Lesben- und Schwulenehen, die in

einzelnen Bundesstaaten möglicherweise erlaubt werden, in anderen Bundesstaaten nicht automatisch anerkannt werden müssen und daß Bundesgesetze auf diese Ehen keine Anwendung finden (vgl. LN 4/96, S. 37). Dennoch muß auch festgehalten werden, daß Clinton in seiner nunmehr fünfjährigen Amtszeit mehr als 100 offene Lesben und Schwule in hohe Verwaltungsämter berufen hat, etwa in seiner ersten Amtszeit die offene Lesbe Roberta Achtenberg als Unterstaatssekretärin im Wohnbauministerium (vgl. LN 3/93, S. 53 f). Unlängst handelte er sich Schwierigkeiten mit der Ernennung des offenen Schwulen James Hormel zum Botschafter in Luxemburg ein. Dessen Bestellung wird immer noch von den Republikanern im Senat blockiert. Auch in seinem engeren BeraterInnenstab im Weißen Haus gibt es mit Richard Socarides und Virginia Apuzzo einen offenen Schwulen und eine offene Lesbe mit Hintergrund in der US-Lesben- und Schwulenbewegung. Virginia Apuzzo war lange Jahre Vorsitzende der *National Lesbian and Gay Task Force*, sie hielt übrigens beim 11. ILGA-Jahreskongreß 1989 in Wien eines der Eröffnungsreferate.

■ FRANKREICH

15 Jahre *Lesbia Magazine*

Lesbia Magazine, das französische Lesbenmagazin, wurde im November 1997 15 Jahre alt. Von einer pickelgesichtigen Pubertierenden hat die dezidiert feministische Zeitschrift jedoch nichts an sich, im Gegenteil: Auf gut 50 Seiten werden Monat für Monat neben Nachrichten aus aller Welt und einem ausführlichen Veranstaltungskalender Frauen vorgestellt, die durch ihr künstlerisches Schaffen, ihre sportlichen Leistungen oder ihr Engagement die gesellschaftlich üblichen Rollenstereotype durchbrechen. U. a. wurde auch Ulrike Lunacek, Bundesgeschäftsführerin der Grünen, 1996 zu ihren Erfahrungen als Lesbe in der Politik interviewt.

Durch die kontinuierliche Vorstellung neuer Filme, Bücher und Musik wird Lesbenkultur greifbar. Die wichtige Rolle als Informationsdrehscheibe macht sich auch darin bemerkbar, daß ein-

zelne Lesbenorganisationen eigene Rubriken haben. So schreibt Adèle Ciné über Video, die Sportvereinigung von Lesben und Schwulen über sportliche Ereignisse, und die *Coordination nationale lesbienne* über die neuesten Ereignisse innerhalb dieses lesbischen Dachverbandes.

Für die französische Lesbenbewegung ist *Lesbia Magazine* mittlerweile unverzichtbar geworden. Nicht nur, daß Lesben in allen französischsprachigen Ländern diese Zeitung am Kiosk kaufen und damit vielleicht den ersten Schritt aus der Isolation tun können, hinein in ein Netzwerk von Vereinen, Gruppen und Veranstaltungen.

Es haben sich via Kleinanzeigen schon viele Paare gefunden, die „ihrem“ Magazin sehr dankbar dafür sind. Für viele Lesben war der Kauf von *Lesbia* der erste gewagte Schritt in ihrem Coming-out – und auch praktischer Leit-faden. Viele hat *Lesbia* auf ihrem Weg begleitet, für manche hat es gar „schon immer“ bestanden.

Vor 15 Jahren hätte keine sich gedacht, daß *Lesbia* so lange durchhalten würde. In ärmlichen Verhältnissen erblickte sie das Licht der Welt: Die ersten Ausgaben entstanden in einem kleinen, eiskalten Kellerlokal. Umso erstaunlicher ist ihre Langlebigkeit, da *Lesbia* einzig von ihren Leserinnen, Inserentinnen und den Hunderten von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen abhängig ist, die im Lauf der Jahre dafür gesorgt haben, daß *Lesbia* an Kiosken vertrieben wird, daß die ersten Computer angeschafft wurden und der Umschlag in Farbe erscheint. Die meisten beginnen ihre „Karriere“ mit dem Abtippen der Kleinanzeigen und Veranstaltungshinweise. Dabei wird jeder die eigentliche Aufgabe von *Lesbia Magazine* bewußt: ein Bindeglied zwischen allen darzustellen und damit die Gemeinschaft und deren Gruppen zu unterstützen.

So entsteht ein lebendiges, buntes Bild der französischsprachigen Lesbenbewegung. *Lesbia Magazine* ist für frankophile Lesben, besonders diejenigen, die ei-

nen Urlaub in Frankreich planen, sicherlich ein Muß. Wie Catherine Gonnard in der Jubiläumsummer feststellt: Es reicht nicht, in Farbe zu erscheinen, um etwas zu sagen zu haben, und es reicht auch nicht, es einem kleinen Pariser Netzwerk rechtzumen machen, um zu überleben. *Lesbia Magazine* wird seit Jahren ihren hohen Ansprüchen gerecht. Die *LAMBDA-Nachrichten* gratulieren herzlich zu diesem Erfolg.



PRESTIGE-REISEN FÜR GAYS

MANTOURS

Wir sind umgezogen!
Neue Adresse:

**Passauer Platz
A-1010 Wien**

CAFÉ - RESTAURANT WILLENDORF

SCHWULEN & LESBEN LOKAL

**TÄGL. 18-02 UHR
KÜCHE 18-24 UHR**

1060 WIEN, LINKE WIENZEILE 102

Heiratsachen



Foto: Jan Carel Warffemius

■ NIEDERLANDE Ehe & Adoption

Anfang September 1997 lehnte der Oberste Gerichtshof der Niederlande die Klage von Edith Louman und Mariët van IJzendoorn ab, die einen Musterprozess um ihr Recht auf gegenseitige Adoption ihrer Kinder angestrengt hatten. Obwohl sich eine Parlamentsmehrheit bereits im April 1996 für das Recht homosexueller Paare auf Ehe und Adoption ausgesprochen und in einer Entschließung die Regierung aufgefordert hatte, eine Kommission zur Prüfung dieser Frage bis 1. August 1997 zu betrauen (vgl. LN 3/96, S. 41 f), dreht sich der Kampf um das Adoptionsrecht im Kreis: Die Mitte 1996 schließlich eingesetzte Kortmann-Kommission konnte den Termin nicht einhalten und präsentierte ihren Bericht erst Ende Oktober 1997, die HöchstrichterInnen wollten indes der Politik nicht vorgreifen, und das Parlament wiederum wartete auf den Kortmann-Bericht. Den Doppelmüttern platze jedenfalls endgültig der Kragen: Sie werden eine Klage bei der Europäischen Menschenrechtskommission einreichen.

Der Kortmann-Bericht fiel jedenfalls eindeutig aus: Er spricht sich für die Öffnung der bürgerlichen Ehe für lesbische und schwule Paare und für das Recht auf Adoption aus. Damit steht eigentlich einer Verwirklichung dieses Projekts nichts mehr im Wege. Seit 1. Jänner 1998 besteht in den Niederlanden bekanntlich die Möglichkeit, eine Eingetragene PartnerInnenschaft – nach nordischem Modell – einzugehen.

◀ **Klagen Recht auf Adoption bei der Europäischen Menschenrechtskommission ein: Edith Louman & Mariët von IJzendoorn**

■ DEUTSCHLAND Hamburger Ehe

Nach den gewonnenen Wahlen in Hamburg hat sich die rot-grüne Koalitionsregierung auf ein ganzes Paket von Maßnahmen zur Besser- und Gleichstellung von Lesben und Schwulen geeinigt. Es beinhaltet alles, was auf Länderebene an rechtlichen Änderungen möglich ist, etwa die Vergabe von Sozialwohnungen oder das Auskunftsrecht im Krankenhaus. Es soll auch geprüft werden, ob das Zuzugs- und Bleiberecht für ausländische PartnerInnen auch bei der jetzigen Rechtslage möglich ist. Rotgrün hat sich auch darauf geeinigt, Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare zu ermöglichen. Diese scheiterten bisher nur an der gängigen Praxis, Rechtsvorschriften, durch die diese Adoptionen verboten wären, existieren jedoch nicht. Daher muß bloß die Praxis geändert werden.

In Hamburg werden sich künftig gleichgeschlechtliche Paare auch als solche bei den Bezirks-Standesämtern eintragen lassen können. Diese Eintragung hat allerdings keine konkreten Auswirkungen, sie stellt bloß eine öffentliche Bekanntmachung dar, ist aber ein wichtiges Signal: Spätere Heirat nicht ausgeschlossen! Aber da muß es wohl erst zu einem Regierungswechsel in Bonn kommen...

■ DÄNEMARK Unterstützungsfonds

Lars von Trier, international bekannter dänischer Filmregisseur (*Forbrydelsens element*, *Breaking The Waves*), war so wütend über das neue, am 1. Oktober 1997 in Kraft getretene Gesetz, das alleinstehende (= unbenannte) und damit auch lesbische Frauen von der Möglichkeit

der künstlichen Befruchtung ausschließt (vgl. LN 3/97, S. 37), daß er einen „Unterstützungsfonds für die Opfer des Gesetzes Nr. 460“ ins Leben rief. Für ihn, der gerade erneut Vater – von Zwillingen – geworden war, stellt dieses Gesetz einen „totalitären Gedanken“ und eine Bestrafungsaktion gegen Frauen dar, die nicht in der traditionellen Familienform leben möchten, sondern sich entschieden haben, allein oder in Partnerinnenschaft mit einer anderen Frau zu leben. Lars von Trier nahm am 26. Oktober 1997 die Kopenhagener Gala-Premiere seines neuesten Werks *Riget II*, der Fortsetzung seiner etwas anderen Krankenhausserie, die im Kopenhagener Rigshospital – kurz *Riget* („das Reich“) und vergleichbar mit dem Wiener AKH – spielt, zum Anlaß, gegen das Gesetz zu protestieren und seine Stiftung vorzustellen. Mit launiger Ironie erklärte er seine Aktion: *Trotz beharrlichster Versuche, das humanistische Joch meiner Kindheit und den damit verbundenen Anspruch auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit für alle abzuschütteln, wurde ich jetzt im fortgeschrittenen Alter dazu provoziert, einen Fond für einen wohlthätigen Zweck ins Leben zu rufen.*

Die BefürworterInnen des neuen Gesetzes berufen sich im übrigen auf die UNO-Kinderkonvention, derzufolge zum Vorteil des Kindes eine Mutter und ein Vater vorhanden sein sollten. Das kann allerdings nur ein schlechter Scherz in einem Land sein, wo jedes dritte Kind unehelich geboren wird und der Anteil von Alleinerzieherinnen hoch ist.

■ SCHWEDEN Lesben greifen zur Selbsthilfe

Da die dänischen Arztpraxen und Kliniken nun auch für schwedische Lesben mit Kinderwunsch geschlossen sind – früher wichen sie gerne ins Nachbarland aus, weil Schweden künstliche Insemination seit 1984 für allein-



Foto: Hilde Holthe-Berg

stehende Frauen verbietet (vgl. LN 3/97, S. 37) –, greifen die Frauen zur Selbsthilfe. Der schwedische Lesben- und Schwulenverband *Riksförbundet för sexuellt likaberättigande* (RFSL) organisiert Do-it-yourself-Befruchtungskurse für lesbische Frauen. Zwar hat die Sozialdemokratische Partei auf ihrem jüngsten Parteitag vergangenen September beschlossen, für das Recht von Lesben und Schwulen auf Adoption von Kindern einzutreten, aber bis ein entsprechendes Gesetz vom Reichstag verabschiedet wird – so lange wollen die schwedischen Lesben denn doch nicht mehr warten.

■ DÄNEMARK Keine kirchliche Trauung

Die BischöfInnen der Evangelisch-Lutherischen Volkskirche Dänemarks haben den Vorschlag einer zu dieser Frage eingesetzten Kommission (vgl. LN 3/97, S. 37), eine kirchliche Trauungszeremonie für „Eingetragene PartnerInnen“ einzuführen, abgelehnt. Die dänischen BischöfInnen äußerten sich Ende Oktober auf ihrer Konferenz allerdings wohlwollend zur Homosexualität und begrüßten auch die Möglichkeit, daß sich gleichgeschlechtliche Paare standesamtlich „eintragen“ lassen können. Dennoch sollte eine kirchliche Zeremonie nicht dazu verwendet werden, um diese Form der Partnerinnenschaft und die

RFSL organisiert Do-it-yourself-Befruchtungskurse für lesbische Frauen

einzuräumen, auf Wunsch eine Eingetragene PartnerInnenschaft auch im Kirchenbuch zu vermerken. In diesem Fall muß aber der zuständige Bischof bzw. die zuständige Bischöfin über die Form der Feier konsultiert werden. Kirchliche Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare werden ja auch heute schon von vielen Pfarrern und Pfarrerinnen durchgeführt.

Der dänische Lesben- und Schwulenverband ist mit dieser Lösung allerdings nicht zufrieden und möchte über das Parlament – die Lutherische Volkskirche ist ja Staatskirche – erzwingen, daß Eingetragene PartnerInnen in der Kirche „ordentlich“ getraut werden können.

Das etwas s19bno Lokal



SHOWTIME
am letzten FR u SA im Monat

GRAZ - DREIHACKENGASSE 4 - TEL. 91 95 49

Iranische Lesben & Schwule

STOCKHOLM: *HOMAN* ist eine Gruppe zur Verteidigung der Rechte iranischer Lesben und Schwuler. Aufgrund ihrer massiven Unterdrückung in der islamischen Republik Iran sind viele Lesben und Schwule ausgewandert oder geflohen. Sie leben verstreut auf der ganzen Welt. Die in Stockholm beheimatete Gruppe möchte nun mit iranischen Lesben und Schwulen in anderen Ländern, so auch in Österreich, in Kontakt treten, sie motivieren, ebenfalls Gruppen zu gründen und sich mit *HOMAN* in Schweden zu vernetzen. Die Adresse: *HOMAN*, Box 3444, S-103 69 Stockholm. Tel. (mittwochs 20-22 Uhr): +46-18-525 467; E-Mail: homan@rocketmail.com; Homepage: <http://www-pp.hogia.net/iran.homan>

Damit besteht nur mehr in drei Staaten in ganz Lateinamerika ein Totalverbot homosexueller Handlungen: in Chile, Nikaragua, und Puerto Rico.

Transsexuelle zum Song-Contest

JERUSALEM: Nachdem Island 1997 mit Páll Óscar einen offenen Schwulen beim Eurovisions-Schlagerfestival aufgebieten hatte (vgl. LN 3/97, S. 48



Erste Transsexuelle beim Songcontest: Dana International

ff), wird Israel dieses Jahr mit der Sängerin Dana International eine Mann-zu-Frau-Transsexuelle ins Rennen schicken. Dana International wurde in Tel Aviv als Jaron Cohen geboren und ist seit sieben Jahren im Showgeschäft. Gil Samsonow, Vorsitzender des Auswahlkomitees für den israelischen Song-Contest-Beitrag, begründete die Entscheidung ganz simpel: Ihr Lied *Divya* war bei weitem das beste. Der Song-Contest-Beitrag sollte nach seiner Qualität ausgesucht werden

und nicht aufgrund des Körpers einer Sängerin oder eines Sängers.

Vereinte Chöre

WIEN/KARLSRUHE: Seit einigen Jahren war er schon im Gespräch, jetzt wurde er endlich offiziell gegründet: *LEGATO (Lesbian and Gays Singing Together)*, der Dachverband der europäischen Lesben- und Schwulenchöre. Die Idee dafür entstand während des lesbisch-wulischen Chorfestivals *Various Voices* 1995 in Groningen, und zwei Jahre dauerten die Vorbereitungen. Am 1. November 1997 fanden sich VertreterInnen interessierter Chöre aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden in Wien zur Gründungsversammlung zusammen, um über Statuten und einen annähernd paritätisch besetzten Vorstand abzustimmen. *LEGATO* setzt sich die Vernetzung von europäischen Chören und Gesangs-Ensembles zum Ziel, die bereits auf den Chorfestivals der vergangenen Jahre begonnen wurde. Zu diesem Zweck wird es einen Newsletter mit Konzert-Terminkalender geben, ein Liedarchiv und eine Adreßdatenbank. Auskünfte und Mitgliedschaft (DM 30,- pro Chor und Jahr) bei: Sebastian Leupold, Bunsenstr. 17, D-76135 Karlsruhe

Tel.: +49/721/81 85 42 Fax +49/721/943 50 99 E-Mail: Leupold@gamma-concept.de

Internet-Ausstellung

BERLIN: Die vom Mai bis August 1997 in Berlin gezeigte Ausstellung *Goodbye to Berlin? Hundert Jahre Schwulenbewegung* (vgl. LN 2/97, S. 40, und 3/97, S. 61 f) wurde von 80.000 BesucherInnen gesehen. Angesichts dieses Erfolgs entschlossen sich die Ausstellungsmacher, die Ausstellung auch im Internet denjenigen zugänglich zu machen, die keine Gelegenheit hatten, nach Berlin zu reisen. Noch bis Ende April 1998 ist die Ausstellung auf folgender Web-Seite zu bestaunen: <http://www.gayactivism.com>

Gegen niedrigeres Mindestalter

OSLO: Heftige Kritik der schwul/lesbischen Basis hat die Entscheidung der norwegischen Lesben- und Schwulenorganisation *Landsforeningen for Lesbisk og Homofil frigjøring (LLH)* ausgelöst, die sich gegen eine Absenkung des allgemeinen Mindestalters für alle sexuellen Orientierungen von 16 auf 15 Jahre ausgesprochen hatte. Vergangenen Juli legte der Sexualstrafrechtsausschuß des Parlaments einen Entwurf mit

Vorschlägen zur Änderung des Sexualstrafrechts vor, darunter eben die erwähnte Senkung des Mindestalters, wohl auch, um dieses mit der in den anderen skandinavischen Ländern gültigen Altersgrenze zu vereinheitlichen. Im September fällt der LLH-Landesvorstand seine Entscheidung für die offizielle Stellungnahme des Vereins im Begutachtungsverfahren. Der Vorstand beschloß einstimmig, sich gegen eine Senkung von 16 auf 15 Jahre auszusprechen.

Entwicklungshilfe

BUKAREST/AMSTERDAM: Rumänien ist – wie LN-LeserInnen schon seit längerem wissen – in Sachen Menschenrechte (nicht nur für Lesben und Schwule) ein Entwicklungsland. Diesem Umstand trug der niederländische Minister für Entwicklungszusammenarbeit Rechnung und förderte nun ein Projekt zur Emanzipation von Lesben und Schwulen. Projektträger sind die rumänische nichtstaatliche Organisation *ACCEPT* und der niederländische Lesben- und Schwulenverband *NVIH-COC*. Am 11. Dezember 1997 wurde das neue Büro von *ACCEPT* in Bukarest eingeweiht.

Dies ist allerdings nicht das erste Projekt seiner Art. Minister Pronk richtete bereits 1994 als Reaktion auf

die homophoben Äußerungen des simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe einen eigenen Topf zur Finanzierung von Projekten ein, die der Emanzipation von Lesben und Schwulen in der Dritten Welt zugute kommen sollen. Bei allen Projekten wird darauf geachtet, daß die Betroffenen selbst ihre Bedürfnisse formulieren können und Lesben und Schwule gleichermaßen in Entscheidungsfindung und Umsetzung eingebunden werden.

Altenheim Andersrum

AMSTERDAM: Els Borst, niederländische Ministerin für Gesundheit und Sport, legte Ende Oktober 1997 in Amsterdam den Grundstein für die ersten Altenwohngruppen für Lesben und Schwule. Damit sollen jene Probleme gelöst werden, denen sich ältere Lesben und Schwule, die auf Pflege angewiesen sind, gegenübersehen. Nur allzu oft vereinsamen ältere Homosexuelle, mehr noch als ihre heterosexuellen AltersgenossInnen. Zusätzlich müssen viele den Schein von Heterosexualität nach außen hin wahren und erfinden dafür ganze Enkelinnengenerationen samt Fotos auf dem Nachtkästchen. Ghettobildung sei zwar sicher nicht der Weisheit letzter Schluß,

meint Altheimdirektor Roel Wessels, aber Menschen wählen ihren Wohnort nun einmal auch aufgrund verbindender Elemente mit den NachbarInnen. Und warum sollten Lesben und Schwule, die sich Zeit ihres Lebens in der Szene bewegt haben, ausgerechnet im Alter isoliert werden? Dies ist ein erster Schritt zu Einrichtungen, die ihnen das Altern in Würde ermöglichen. Für nicht offen lebende Lesben und Schwule sind solche Wohngemeinschaften jedoch keine Lösung.

hungen jedoch durchaus als „positiv, glückbringend und ungefährlich“. Er sprach sich daher gegen jede Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung aus.

Lebenslänglich für Mord

LEIPZIG: Jene beiden Skinheads, die im Mai 1996 in Leipzig einen 43jährigen Schwulen an einer Bushaltestelle überfallen und zu Tode geprügelt hatten, wurden nun zu jeweils lebenslänglicher Haft verurteilt. Die beiden erklärten vor dem Gericht, Freude an der körperlichen Mißhandlung eines Menschen gehabt zu haben.

Buddhismus

SAN FRANZISKO: Der Dalai Lama diskutierte mit TheologInnen, Lesben und Schwulen über das Verhältnis des Buddhismus zur Homosexualität. Er stellte im Laufe einer Konferenz klar, daß sexuelle Beziehungen zwischen Menschen des gleichen Geschlechts im Buddhismus als Sittenlosigkeit gelten. Vom gesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet der Dalai Lama harmonische gleichgeschlechtliche Bezie-

Linke Lesben und Schwule gesucht

WIESBADEN: Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland Bestrebungen, versprengte linke Lesben und Schwule zu erreichen und womöglich für eine gemeinsame Arbeit zusammenzuführen. „Der Szene und den Menschen geht es so gut wie noch nie. Ist da eine linke lesbisch-

schwule Kraft überhaupt sinnvoll, nützlich, möglich?“ heißt es in dem „Aufruf an linke Lesben und Schwule“. Und die rhetorische Frage wird auch gleich beantwortet: „Freunde sagen, daß nicht nur die Notwendigkeit für einen linken lesbisch-schwulen Gedankenaustausch besteht, sondern für einen linken Gedankenaustausch überhaupt.“ Also, wer Interesse hat, schreibt an: Rosa Lüste, Linker Arbeitskreis, Postfach 5404, D-65044 Wiesbaden. Tel./Fax: +49-611-377 765

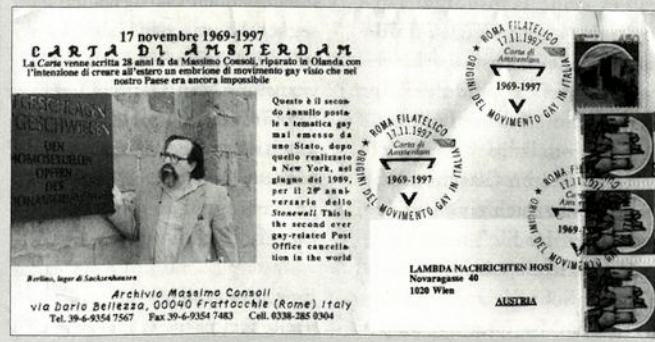
Sonderpoststempel & Denkmalschutz

ROM: Die italienische Post widmete dem 28. Jahrestag der Entstehung der italienischen Schwulenbewegung einen Sonderstempel am 17. November 1997 und würdigte damit den langjährigen Aktivistin Massimo Consoli, der seit 1959 ein umfangreiches Archiv aufgebaut hat, das heute zu den zehn größten der Welt zählt. 1969 ging Consoli nach Amsterdam,

um im Ausland den Grundstein für eine Schwulenbewegung in Italien zu legen, weil in Italien selbst die Zeit dafür noch nicht reif war. In Holland schreibt er seine *Carta di Amsterdam*, einen programmatischen Aufsatz, der die ideologische Basis für die Entstehung der italienischen Schwulenbewegung werden sollte. 1971 veröffentlicht er sein *Gay Manifesto*, das erste theoretische Dokument in Italien zur Schwulenbefreiung. Kurz vor der Würdigung durch die italienische Post wurde Consoli eine andere, eher zweifelhafte Ehre zuteil. Der italienische Kulturminister erklärte Consolis Archiv, das sich *Massimo Consoli International Gay & Lesbian Archive* nennt, zum nationalen Erbe „von großem historischen und kulturellen Interesse“.

Diese „Ehre“ bedeutet aber eine praktische Enteignung Consolis durch den italienischen Staat. Consoli kann jetzt in seinem eigenen Archiv nicht mehr schalten und walten, wie er will. Keine Rede indes davon, daß er jetzt finanzielle Unterstützung durch den Staat bekäme, um das Archiv weiterführen zu können.

Massimo Consoli ziert das Kuvert mit dem Sonderpoststempel



Termine & Veranstaltungen

SWING '98

Zum 6. Mal findet heuer, und zwar vom 7. bis 14. März 1998, die internationale schwule Skiwoche *Skiing With International Gays (SWING)* statt. 1997 beteiligten sich 150 sportliche Männer aus ganz Europa und den USA an dieser Wedelwoche. Neben dem Skifahren wird auch Swing '98 wieder ein umfangreiches Après-ski-Programm bieten. Auskünfte bei: Swing, Lindenstraße 4, CH-8152 Glattbrugg



5. Internationale Bisexuellenkonferenz

BOSTON: Vom 3. bis 5. April 1998 findet in Boston die 5. Internationale Bisexuellenkonferenz statt. Info bei: IBC5, LBGGS, P.O.Box 639, Cambridge, MA 02140, USA. Tel.: +1-617-424-9595 (Boston Bisexual Resource Center) E-Mail: info@biconf.org; <http://www.biconf.org>

Schwules Sommercamp

ALBSTEDT: Das Schwule Sommercamp in Albstadt bei Bremerhaven findet heuer vom 18. Juli bis 15. August statt. Verschiedene Aktivitäten werden geboten. Teilnahme wochenweise, An- und Abreise nur samstags. Kosten pro Woche im Zweibettzimmer (inkl. Verpflegung): DM 295,-; im eigenen Zelt: DM 210,-. Anmeldung und Information: Theaterwerk, Albstedter Straße 29, D-27628 Albstadt; Tel.: +49-4746-951 011; Fax: 951 015.

Feuilleton

Napoleon Seyfarth

Der Tod ist eine Maitresse aus Wien

Rund um den Welt-AIDS-Tag 1997 gastierte auf Einladung des Club Plus der offenen schwule und HIV-positive Schriftsteller Napoleon Seyfarth in Wien und führte am Schauspielhaus seine Performance *Am Krater blüh'n immer noch Träume* auf. Seyfarth wurde durch sein Buch *Schweine müssen nackt sein* bekannt (vgl. LN 1/92, S. 52). Er hat uns folgenden Text zur Verfügung gestellt:



Daß ich das noch erleben darf, pflegte meine pfälzische Großmutter bei jeder passenden Gelegenheit – und sie fand jede Gelegenheit passend – auszurufen. Daß ich das noch erleben darf, kam mir im Mai 1997 in den Sinn. Ich hatte gerade erfahren, daß der Verein „Menschen und AIDS“ in Wien einen Literaturabend „in memoriam Napoleon Seyfarth“ zu veranstalten gedenke. Wann bietet sich schon mal die Gelegenheit, zu Lebzeiten seinen eigenen Nachruf erleben zu dürfen? Diese seltene Ehre machte mir Wien und das tausendjährige Österreich gleich noch ein wenig sympathischer.

Zugegeben, es gab Zeiten, in denen mir Wien und die ganze

Heurigen-Schöne-blaue-Donau-Wiener-Walzer-Seligkeit zum Hals raushingen. Es waren die Zeiten, als mich oben genannte Großmutter am Neujahrsmorgen weckte, um mit mir das alljährliche Konzert der Wiener Philharmoniker anzuschauen. Mein Wienbild war fürderhin geprägt von Wiener Blut und weinseliger Schrammelmusik. Wien bleibt Wien – eine fürchterliche Drohung.

Mein negatives Wienbild änderte sich schlag- und schlagerartig in den Siebzigern, als ganz neue Töne aus Österreich über den Radioäther drangen. *Es lebe der Zentralfriedhof und alle seine Toten!* machte mich neugierig auf die andere, die

schwarzhumorige Seite der europäischen Nekropole. Ich begann mich für die österreichische Geschichte zu interessieren. Die deutsche Yellow Press dürfte vor Neid noch gelber werden, wenn sie die illustren österreichischen Adelsgeschlechter mit den langweiligen deutschen vergleicht. Bei uns gab es keine Habsburger Unterlippe, keine Maria Maulltasch, keinen Ernst den Eisernen, keinen Leopold den Tugendhaften, keinen Heinrich Jasomirgott, keinen Friedrich mit der leeren Tasche. Wir hatten zwar auch einen Friedrich, aber der hieß nur Friedrich der Große, obwohl Friedrich der Schwule auch ein zutreffender Beinamen gewesen wäre.

Endgültig zum Österreichfan wurde ich, als ich im Geschichts- und Geschichtenstudium in der Biedermeierzeit und bei Ferdinand I. ankam. Ferdinand I., dessen Sprachgewalt in Aussagen wie *Ja bin i jetzt Kaiser oder net?* gipfelte, war, um es gelinde auszudrücken, nicht gerade mit überschäumenden Geistesgaben gesegnet. Er war, das Haus Habsburg-Lothringen möge es mir verzeihen, ein Depp. Dies ist der Grund dafür, daß er in die alpenländischen Geschichtsbücher als Ferdinand der Gütige eingegangen ist. Welch' kreative Buchführung.

Es war um mich geschehen. Ich verliebte mich in Österreich. Ein Volk, das imstande ist, aus

Hitler einen Deutschen, aus Beethoven einen Österreicher und aus einem kaiserlichen Idioten einen gütigen Herrscher zu machen, kann nicht ganz schlecht sein. Das ist zu allem fähig.

Mit fliegenden Fahnen folgte ich deshalb vor fünf Jahren einer Einladung des Literaturhauses Wien zu einer Lesung aus meinem ersten Buch *Schweine müssen nackt sein*. Auf Wunsch vor allem der anwesenden Damen legte ich bei dieser Lesung den Schwerpunkt auf die besonders schweini-schen Stellen im Buch. Ich las von Ledersex, von Lotterbetten, auf denen sich Lotterbuben aus- und inwendig kennenlernen, von Darkrooms, in denen sich Männer gegenseitig ans Gemächt gehen – Mann ist der dick, Mann! Die periklimakteriellen Damen lauschten verzückt. Das ebenfalls anwesende Team des ORF schaute angehört der ganzen Schweinereien ein wenig betreten. Nach der Lesung bat mich die Reporterin zu einem Interview. Nachdem ich brav auf alle gestellten Fragen zum Thema Kunst, Kultur und AIDS geantwortet hatte, setzte die Dame an, mir die ultimativ dümmste, pardon, schlichteste Frage zu stellen, die mir jemals in einer solchen Situation gestellt worden war: *Herr Seyfarth, sie zögerte ein wenig, darf ich Ihnen eine etwas indiskrete Frage stellen. – Nur zu!* war meine ermunternde Antwort. *Sind Sie eigentlich selbst*, sie rang nach Luft, um dann gequält das Wort herauszupressen, *homosexuell?* – *Nein*, entgegnete ich bestimmt. Sie wirkte erleichtert, bis ich den definitiven Satz hinterherschob: *Ich bin schwul!* Die Antwort dürfte wohl kaum den öffentlich-rechtlichen Schneidetisch überlebt haben. Wiener Brut!

Wiener Lust. Vor Monaten schaute ich mir diesen grandiosen Film an. Er handelt vom Umgang der Wiener mit dem Tod und dem Platz, den der

Sensenmann in der Wiener Kultur eingeräumt bekommt. Der Film faszinierte mich auch deshalb, weil sich in den letzten Jahren in Folge des großen Sterbens durch AIDS in Berlin eine schwule Trauerkultur entwickelt hat, die Rituale adaptiert, die den wienerischen ähneln. Sogar eine Art schwuler Zentralfriedhof beginnt sich zu etablieren. St. Matthäus in Schöneberg. Ein liberaler Friedhof, auf dem jeder nach seiner Façon selig werden kann. Niemand, der schrill und bunt gelebt hat, wird dort gezwungen, unter industriell vorgefertigten Grabplatten „in stillem Gedenken“ seine 25 Jahre dauernde Ewigkeit abzuliegen. Unsere verstorbenen Freundinnen und Freunde pflegen auch im Tod aus der Grabreihe zu tanzen. Rosafarbene phallusförmige Grabstellen; Gräber, die einer Gartenzwerkolonie ähneln; Grabpflanzungen aus Sonnenblumen und einer besonders schnell wachsenden Hanfart – vieles ist möglich, was andernorts zu einer Klage wegen ästhetischer Störung der Totenruhe führen würde. Ganz zu schweigen von Grabinschriften wie: *In schrillum Gedenken!*, *Ich hinterlasse eine große Lücke – 23 mal 5* oder *Freuet Euch im Herrn allewege*. Letzteres in der Bibel nachzulesen. Philipper 4,4.

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland heißt es in einem Gedicht von Paul Celan. Ende November werde ich der Einladung des Vereins „Menschen und AIDS“ mit Freude folgen, um im Schauspielhaus *Am Krater blüh'n immer noch Träume* auf die Bühne zu bringen. Ich werde die Gelegenheit nutzen, endlich den Wiener Zentralfriedhof zu besuchen. Vielleicht wird dabei meine Vermutung bestätigt: Der Tod ist kein Meister aus Deutschland. Der Tod ist eine Maitresse aus Wien. Eine schöne Leich', die ihre Gunst freigiebig jedem erweist.

Oktober 1997

Audiophil

von Gerald Reisner

Let's Talk About Love

Celine Dion – Columbia

Rechtzeitig vor Weihnachten veröffentlichte die junge Franko-Kanadierin ihr Album, das mit großen Namen nicht geizt: Barbra Streisand, die Bee Gees, Luciano Pavarotti und Diana King sind nur einige. Frau Dion meinte in einem Interview auch, daß sie nie wieder so eine tolle Platte produzieren kann und sich deshalb aus dem Business zurückziehen wird – na, ob das nicht wohl doch nur so dahingeklappert war? Es wäre nämlich schade, denn erstens kann sie es sicher noch besser, und zweitens wäre das ein wirklicher Verlust für die Pop-Branche! Ihre Stimme ist wandlungsfähig und bietet ein Spektrum, das dem einer Streisand nicht nachsteht – wengleich streckenweise zu kitschig und manchmal wieder zu hart. Ihre Musik ist, bis auf das mißglückte Pavarotti-Duett, gut gewählt und abwechslungsreich. Balladen dominieren, nur hie und da bricht eine Dance-Nummer oder ein Reggae-Song die Idylle – erfrischend! Künstlerischer Höhepunkt sicher das Streisand-Duett, kommerzieller Höhepunkt vermutlich der Titelsong aus dem *Titanic*-Film, der gerade in den Kinos läuft. Ich bin ehrlich begeistert.



Higher Ground

Barbra Streisand – Columbia

Nach ihrem spektakulären Live-Doppelalbum vor drei Jahren sind jetzt ruhige Klänge angesagt. Gleichzeitig mit Celine Dion veröffentlichte sie ihr neues Werk, eine Zusammenstellung religiöser Songs. Keine Angst! Was in Amerika als „religiös“ gilt, hat nichts mit einem vertonten „Vater Unser“ zu tun, sondern klingt ganz nach klassischer Ballade, Spiritual oder (etwas verhaltenem) Gospel. Eine Ausnahme ist das sensationelle Duett mit Celine Dion, das wohl eher aus strategischen Gründen Einzug gehalten hat und beiden Diven absolut gerecht wird. Trotzdem: Wäre ich nicht der größte Streisand-Fan aller Zeiten, würde ich einen Mangel an musikalischer Innovation und unpräzise Studioarbeit bemängeln. Ihrer Stimme hätte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen. Statt im Booklet zu erwähnen, daß einige Songs nur ein einziges Mal eingesungen werden mußten, wäre vielleicht doch ein zweiter Take richtiger gewesen. Die Streisand ist aber selbst unter diesen Bedingungen besser als alle Whitneys und Mariahs zusammen. In meiner Sammlung hat diese Platte einen Platz unter den Favoritinnen gefunden.



Die Showtruppe der HOSI Wien feierte letzten November mit einem „griechischen Hysterienspiel“ einen großen Erfolg

HOSIsters auf dem Olymp

Foto: Martin Witzmann



In ihrer letztjährigen Produktion – Premiere war am 8. November 1997 – begaben sich die HOSIsters in gleichsam göttliche Gefilde – auf den Olymp. Das Autorenduo PETER STEPANEK und MARTIN WEBER siedelte das Stück im antiken Griechenland an. Die Handlung beruht auf dem alten Konflikt zwischen Liebe und Macht: Die Götter und Göttinnen auf dem Olymp haben ausgedient. Nur die frauenbewegte Aphrodite (HANNES AMERER) und der etwas altmodische Apoll (GEORG PUM) haben Zeus (DIETER SCHMUTZER) und Hera (GABI FELSTERL) die Treue gehalten. Schuld an der Götterdämmerung ist Cäsar (WILLI FOTTER), der sein Großreich begründet hat. Der gestreifte Imperator kommt nun ausgerechnet nach Griechenland zur Sommerfrische, begleitet von seiner hysterischen Geliebten Cleopatra (MARTIN WEBER) und deren schlauer Hohepriesterin Alexandria (FRIEDL NUSSBAUMER). Schon bald entdecken Zeus und Cäsar

gemeinsame Interessen. Nachdem sich auch die Galiläerin Maria Magdalena (PETER STEPANEK), die für die Rechte der Prostituierten kämpft, und Cäsars Stiefsohn Brutus (MARKUS KÖNIG), der von einer Geschlechtsanpassung träumt, eingefunden haben, entbrennt ein Streit um die Moral auf dem Erdenrund. Die konservative Hera läßt sich auf eine Wette mit ihrem ausgekochten Gatten ein: Ein treues Paar soll den Beweis für das Gute in der Welt antreten. Daß sie dabei ausgerechnet auf den versponnenen Mathematiker Logarithmus (CHRISTIAN HÖGL) und seine einfältige Gemahlin Syphilis (GERALD REISNER) verfällt, kann Zeus schließlich nicht ahnen. Was folgt, ist ein klassisches Drama voll Kabale und Liebe,

wobei jede und jeder für die eigene Sache kämpft. Das Happy-End ist bei den HOSIsters natürlich nicht weit entfernt und läßt nur gute zwei Stunden auf sich warten. Am Klavier saß auch heuer MISS MARILYN, die wieder für die musikalische Leitung verantwortlich zeichnete. Unterstützt wurde sie dabei von PETER HILLER, der nicht nur am E-Baß begleitete, sondern auch für zahlreiche der Musiknummern am Sequenzer aufwendige Arrangements programmiert hatte. Schon im Jahr davor zeichnete WOLFGANG WINKLER fürs viel gelobte Bühnenbild verantwortlich. Heuer schien er es offensichtlich darauf angelegt zu haben, sich selbst zu übertreffen: Das aus vier Bildern (Olymp, Elysische Gärten, Cleopatras

Gemach und Cäsars Palast) bestehende Bühnenbild war sicher das aufwendigste in der Geschichte der HOSIsters. „Hinter den Kulissen“ werkten auch noch Lichtmann BENJAMIN und insgesamt fünf fleißige KostümschneiderInnen.

Die Gruppe trat diesmal an acht Abenden auf – ein Tribut an die ständig wachsende Fangemeinde. Die bisher sechs Vorstellungen waren immer sofort ausverkauft gewesen... Kaum zu glauben, die HOSIsters feierten mit dieser Produktion bereits ihr 15jähriges Bestandsjubiläum. Übrigens sind nur Dieter und Johannes noch von der „Ur-Truppe“ aktiv, die meisten anderen jetzt aktiven Mitglieder stießen erst im Laufe der Jahre dazu.

HOSI-Obfrau Waltraud Riegler überreichte allen HOSIsters bei der letzten Vorstellung auf der Bühne Rosen und bedankte sich in einer kleinen Ansprache für den Beitrag der HOSIsters zur Lesben- und Schwulenkultur.



Aus lesbischer Sicht

Habt Acht?

Der BH ist out, meine Damen, aber das BH ist in! – Ungefähr so vielschichtig und niveaullastig sind die Informationen, die uns die Medien in Zusammenhang mit der brisanten Tatsache zukommen lassen, daß ab 1998 in Österreich Frauen zum Wehrdienst zugelassen werden.

Schon im Frühjahr '97 wurde die Fernseh-Nation erstmals schonend darauf vorbereitet: Zur Feier der bevorstehenden Erstürmung der Männerbastion Heer durch wehrwillige Frauen präsentierten Modeschülerinnen in malerischem Kasernenhof-Ambiente eine kleidsame Kollektion femininer Uniformen. Dann war Sendepause zu diesem Thema. Die Berichte über Frauen beim Heer bezogen sich nicht auf Österreich, sondern kamen aus den USA: Im gemischtgeschlechtlichen Kasernenalltag seien sexuelle Nötigungen und Vergewaltigungen an der Tagesordnung und sexuelle Belästigung sowieso eine Selbstverständlichkeit. Kurz darauf sorgte der tiefe Fall der ersten und einzigen B52-Bomber-Pilotin Amerikas für Klarheit darüber, daß die Army sehr wohl imstande ist, strengstens über Anstand und Sitte ihrer Angehörigen zu wachen. Die staunende Öffentlichkeit erfuhr, daß Vorgesetzte, die sich mit verheirateten Untergebenen einlassen, für die Air Force

nicht tragbar seien. Zumindest, wenn die Vorgesetzten weiblichen und die Untergebenen männlichen Geschlechts sind. Aus näheren Gefilden erfuhren wir nur – nicht übermäßig überraschende – Vorkommnisse aus der intakten Männerwelt des Militärs: Die deutsche Bundeswehr wurde als Hort rechtsradikaler Gruppenbildungen ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Das österreichische Heer erlangte traurige Berühmtheit als Sauf-Schule der Nation. Umgehenden Dementis und Beschwichtigungen hochrangiger Militärs zu dem von einer wissenschaftlichen Studie präsentierten Vorwurf, der Wehrdienst setze die jungen Präsenzdiener einer starken Alkoholismus-Gefährdung aus, folgte nahtlos das dramatische Sichtbarwerden der Spitze des Eisberges: Ein Wehrdiener war seinem stark alkoholisierten Offizier vom Dienst in die Schußlinie geraten und überlebte nur knapp. Als ich dann neuerdings im TV einen Bericht mit uniformierten Österreicherinnen sah, glaubte ich zuerst, es handle sich schon wieder um eine Modenschau: Vor einem Bundesheer-Jeep posierten zwei zauberhaft lächelnde, offenbar frisch vom Hairstylisten gekommene, blondmähige, wunderhübsche Models in vorteilhaft geschnittenen Uniformen, umgeben von einer Schar väterlich-freundlicher Offiziere. Doch die Inter-

views belehrten mich eines anderen: Die vermeintlichen Top-Mannequins deklarierten sich als künftige Soldatinnen. Ein sympathischer Offizier begrüßte die Öffnung der Kasernentore für Frauen als längst fälligen emanzipatorischen Fortschritt.

Was soll ich dazu aus lesbischer Sicht noch sagen, was wir nicht längst alle wissen?

Daß das Heer – ähnlich wie der katholische Klerus und Gefängnisse – traditionell zu den am stärksten latent homosexuellen Institutionen zählt, die zugleich besonders brutal auf das Sichtbarwerden schwuler oder lesbischer Regungen in den eigenen Reihen reagieren?

Daß es ein nicht minder emanzipatorischer Fortschritt wäre, Österreich EU-reif zu machen mittels Erweiterung von Minderheitenrechten und Beseitigung aller Nachteile auf-

grund sexueller Orientierung statt durch Beseitigung der Neutralität und Erweiterung der NATO um unser schönes Vaterland?

Daß schon allein der Ausdruck Vater-Land in feministischen Ohren nicht sonderlich attraktiv klingt? – Mutter-Land aber keine Alternative dazu darstellt, die Feministinnen in den Mund nehmen möchten, weil das einen widerlichen kolonialistischen Nachgeschmack hinterläßt?

Daß jüngst wieder vernehmbare Ausdrücke wie „Mutter aller Schlachten“ den gleichen feministischen Appeal haben wie die Bezeichnungen Schraubmutter oder Essigmutter?

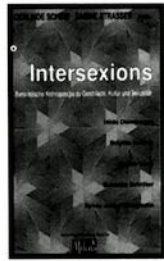
Das alles sind doch alte Hüte; so altmodisch wie der BH. In hingegen, meine Damen, ist das BH. Deshalb: Haaabt Acht!

HELGA PANKRATZ



Anwärterinnen der ersten Frauenbrigade des Irak

Erlesenes Die LAMBDA-Bücherecke



Intersexions

Die Wortschöpfung, die die Herausgeberinnen als Titel ihrer Anthologie gewählt haben, deutet es bereits an: *Intersexions* beschäftigt sich mit Überschneidungen, Schnittstellen, Diskurskreuzungen in der ethnologischen Diskussion von Geschlecht und Sexualität.

Ausgangspunkt sämtlicher Beiträge – es handelt sich um Beiträge aus dem Workshop „das dreifache Dilemma der Differenzen“ im Rahmen der Tagung deutschsprachiger EthnologInnen im September 1995 in Wien – ist die entschiedene Verabschiedung von der nur scheinbar eindeutigen und universellen Kategorie „Frau“. Die Einflüsse speziell von Judith Butlers *Gender Trouble*, der lesbisch-schwulen Theorie im allgemeinen sowie ganz besonders die Kritik von *women of color* haben im Theoriegebäude der westlichen feministischen Ethnologie keinen Stein auf dem anderen gelassen. LeserInnen, die ethnologische Beschreibungen gern als preisgünstigen Ersatz für einen teuren Abenteuerurlaub in exotischen fremden Kulturen konsu-

mieren, ist es gewiß trotzdem möglich, sich zwischen den Zeilen der drei aus der Forschungspraxis berichtenden Beiträge ihren persönlichen „Kick“ zu holen: Hilde Diemberger über Tibet, Susanne Schröter über indische Hijras, brasilianische Travestis und die „third gender role“ der Xenith im Oman sowie Sabine Lang über ehemalige Berdache und moderne „Two Spirits“-Identitäten bei IndianerInnen in Nordamerika.

Aber um vieles spannender ist es, sowohl den Verfasserinnen dieser Forschungsberichte als auch den zwei rein theoretischen Beiträgen von Sylvia Junko Yanagisako und Brigitte Kossek in ihren Argumentationen zu folgen, warum es gilt, gerade diese „Nutzung“ der Ethnologie als „Orientalismus“, „Othering“, kolonialisierende, rassistische und heterosexistische Herangehensweise zu überwinden. Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist auch Sabine Langs eindringlicher Hinweis auf die weit verbreitete „homo-rassistische“ ideologische Vergewaltigung traditioneller indianischer Geschlechtsidentitäten durch das hybride Überstülpen moderner westlich-schwuler Interpretationen. Langs Beitrag läßt schon freudige Erwartung auf das Erscheinen ihres nächsten Buches aufkommen, das auf ausführlichen Gesprächen mit amerikanischen „Two Spirits“ basiert.

Als besonders gelungen empfinde ich, daß diese so weltläufige Anthologie, die auch theoretisch durch und durch in einen internationalen Diskurs eingebunden ist, mit einem hervorragenden Beitrag von Brigitte Kossek endet, der uns mit der Nase auf den tagtäglichen einheimischen Rassismus stößt. Ein Aufsatz wie eine stärkende geistige Kraftnahrung gegen jegliche Anfechtung, sich verblöden zu lassen von der wendigen Schlüpfrigkeit, mit der populär-populistische Feind-Seligkeiten gegen das „Fremde“ – in immer wieder neuem Gewand oft salbungsvoll klingender Worte – immer wieder aufs neue fröhliche Urständ' feiern.

Gerlinda Schein/Sabine Strasser (Hg.): *Intersexions. Feministische Anthropologie zu Geschlecht, Kultur und Sexualität*. Milena-Verlag, Wien 1997

HELGA PANKRATZ



Kalender

Ob blond, ob braun... nennt sich ein großformatiger Monatskalender mit Schwarzweißfotos

von Noel Matoff, der vom Verlag Krug & Schadenberg herausgegeben wurde. Lesben aller Haar- und Hautfarben sind in Form von Porträtfotos jenseits aller gängigen Klischees versammelt. Auf daß lesbe sich jeden Monat am Anblick stolzer und schöner Lesben erfreuen möge...

Ob blond, ob braun...
Fotografien von Noel Matoff. Verlag Krug & Schadenberg, Berlin 1997



Ratgeberin

Frau möge sich durch Titel und Covergestaltung nicht von der Lektüre abschrecken lassen! Hinter „Madonna und Hure“ verbirgt sich ein leicht verständliches, mit floter Hand geschriebenes und dennoch nicht leichtgewichtiges Buch über die zahllosen Vorurteile, die Frauen in den unterschiedlichen Lebens-, Arbeits- und Liebesbereichen das Leben sauer machen können und sie nach wie vor in einer unterdrückten und somit auch selbstzerstörerischen Position festnageln. Die Autorin begnügt sich jedoch nicht mit den Diagnosen

des Ist-Zustandes und den möglichen Erklärungsmustern dafür, sondern sie zeigt auch Wege aus den vielfältigen weiblichen Misere auf. Perner's Vorzüge liegen vor allem zum einen im Verzicht auf elaboriertes, elitäres Wissenschafts- und PsychologInnenchinesisch und zum anderen im gekonnten Umschiffen der diversen Banalitätsklippen. Eine Ratgeberin, die aus der ausufernden Fülle dieser Literatur herausragt und Mut zur Veränderung machen soll.

Rotraud A. Perner:
Madonna und Hure. Jagdstrategien für Amazonen. Ankh-Verlag, Weichselboden 1997



Endgültiger Abschied

Nach kurzer Krankheit stirbt die noch junge Lebenspartnerin Marion Kunz an Krebs: Nach einer Brustamputation hatten sich Metastasen in anderen Organen gebildet. *Kostbare Stunden* ist ein sehr persönliches Buch über Trauer, über Sterben, über die Hilflosigkeit im Umgang mit

einer tödlichen Krankheit, über die Ängste der Weiterlebenden, über das Abschiednehmen und über das Weiterleben im Gedächtnis. Besonders beeindruckend: Solange sie noch konnte, hat die – leider namenlos bleibende – Partnerin mitgeschrieben und ihre Gedanken und Gefühle im Umgang mit ihrer Todeskrankheit aufgezeichnet. Der ursprüngliche Dialog wird schließlich zu einem Selbstgespräch, der Tod macht stumm. Das Buch beschönigt und verhüllt nichts; es macht betroffen, traurig und wütend zugleich, ohne jedoch in Sentimentalität abzugleiten. Ratsuchende finden im Anhang ein ausführliches Adressverzeichnis für die Schweiz, Deutschland und Österreich.

Marion Kunz: *Kostbare Stunden. Ein Bericht über Sterben, Tod und Trauer*. Zytlogge-Verlag, Bern 1997



Who is Who?

Die Schriftstellerin und Kabarettistin Erika Mann, die Krankenschwester Florence Nightingale, der Dirigent und Komponist Leonard Bernstein, der Feldherr Prinz Eugen von Savoyen: Was haben sie gemeinsam? Erraten! Sie sind lesbisch bzw. schwul. 500 berühmte Namen aus Vergangenheit und Gegenwart, aus Literatur,

Kunst, Politik und Gesellschaft versammeln Karen-Susan Fessel und Axel Schock in Form von Kurzbiographien – einige, von denen wir es schon immer gewußt haben, und andere, die überraschen. Kleiner Wermutstropfen: ÖsterreicherInnen sind nur schwach vertreten. Aber vergnügliche Lese- und Quizstunden sind garantiert. Wie heißt es so schön? Wir sind immer und überall...

Karen-Susan Fessel/Axel Schock: *Out! 500 berühmte Schwule, Lesben und Bisexuelle*. Querverlag, Berlin 1997



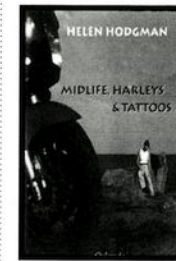
Coming-out

Die Lehrerin Linda ist scheinbar glücklich mit Jan verheiratet und lebt in wirtschaftlich sorglosen Verhältnissen. Aus Karrieregründen muß Jan zwei Jahre nach China gehen. Linda bleibt in Wolfsburg mit ihrem vierjährigen Sohn Erik zurück und genießt ihr Dasein als Single mit Kind. Und doch wieder nicht, denn immer weniger kann sie die Erinnerungen an ihre heiße Ur-laubaffäre mit Julia verdrängen. Aber Linda hat sich damals für ihre Ehe entschieden und anschließend ihr Kind bekommen.

Da lernt sie Katharina, ihre neue Arbeitskollegin, kennen. Die beiden Frauen befreunden sich und verlieben sich langsam in-

einander. Aber auch Lindas Ängste vor einem Coming-out und vor einem Leben als Lesbe wachsen immer mehr, und sie beginnt, sich gegen ihre Gefühle zu wehren. Aber sie erkennt auch, wie brüchig im Grunde ihre Beziehung mit Jan geworden ist. Als dieser für einen Kurzurlaub zurückkehrt, muß sich Linda entscheiden... Der Debütroman der jungen deutschen Autorin Manuela Kuck erzählt in geglätteter Weise von Schwierigkeiten und Ängsten eines Coming-out – viele Lesben können sich sicher darin wiederfinden. Und er breitet zugleich ein reiches Panorama der vielfältigen Beziehungsformen aus, wie sie Frauen, seien sie lesbisch oder heterosexuell, miteinander erleben. Entspannungslektüre mit Tiefgang.

Manuela Kuck: *Lindas Entscheidung. Roman*. Verlag Krug & Schadenberg, Berlin 1997



Lesben im Busch

Rosemary ist gerade 50 geworden und sieht sich mitten in einer veritablen Lebenskrise. Neuen Mut schöpft sie, als sie sich in die junge Billie verliebt. Und die hat so einiges drauf, unter anderem liebt sie ihre Harley Davidson. Beide Frauen gehen eine kurze glückliche Liebesbeziehung miteinander

ein, doch bald geht Billie wieder on the road im weiten Australien. Zurück bleibt Rosemary mit ihren Sehnsüchten. Gibt es ein Happy-end? Das möge jede Leserin selbst herausfinden... Die australische Autorin Helen Hodgman hat einen flott geschriebenen Roman vorgelegt – jenseits der gängigen Trampelpfade traditioneller Lesben(liebes)literatur. Und sie balanciert gekonnt zwischen der Sympathie für Rosemarys Suche nach fixer Bindung und Billies Wunsch nach ungebundener Freiheit. Ein netter Schmöker für müßige Stunden, und für lesbische Australienliebhaberinnen eine gekonnte Einstimmung.

Helen Hodgman: *Midlife, Harleys & Tattoos*. Übersetzt von Gabriele Yin. Orlanda-Frauenverlag, Berlin 1997



Zwei-Seelen-Frau

Die 1946 in San Francisco geborene Dichterin und politische Aktivistin Chrystos ist indigener und euro-amerikanischer Herkunft und sieht sich in der Tradition indigener ErzählerInnen (storytellers), die durch mündliche Geschichte überliefertes Wissen innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft weitergeben. Chrystos schreibt vor allem für andere indigene Frauen und Männer, wobei ein zentrales Thema der US-

amerikanische Rassismus und Kolonialismus ist. Als eine der ersten indigenen Autorinnen greift sie die bislang tabuisierte lesbische Liebe und Sexualität auf. Die Textsammlung *Wilder Reis* ist das erste bislang in deutscher Sprache erschienene Werk einer indigenen nordamerikanischen lesbischen Autorin und repräsentativ für Chrystos' Schreiben und Denken. Die Prosatexte wie die Gedichte – letztere sind zweisprachig abgedruckt – erzählen vom Überleben, vom Widerstand, von der Lust am Leben, von der Unterdrückung durch den Rassismus, von Selbstzerstörung, von Liebe und Leidenschaft zwischen Frauen – in einer kraftvollen, leidenschaftlichen, pointierten, sehr rhythmischen, sinnlichen und musikalischen Sprache. Und sie zertrümmern Klischees in unseren Köpfen und Herzen. Ein Muß sowohl für Literaturbegeisterte als auch für politisch Interessierte!

Chrystos: *Wilder Reis*. Übersetzt von Audrey Huntley. Orlanda-Frauenverlag, Berlin 1997



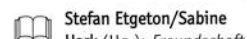
Weiter Weg

Die Zeit der Separatismen ist vorbei! schreiben die HerausgeberInnen Sabine Lang und Stefan Etgeton einleitend in ihrem Sammelband über lesbisch-

schwule Zusammenarbeitsformen und -erfahrungen vor allem in der BRD.

Existieren fruchtbare – politische wie private – Bündnisse zwischen Lesben und Schwulen? Wie bewerten Lesben die Zusammenarbeit mit schwulen Männern, die ja schließlich auch Männer sind? Und Schwule die mit Lesben? Wo sind die inhaltlichen, politischen Bruchlinien dieser Bündnispolitik? Harmonie bleibt oft nur ein Wunschtraum. Der weite Weg zu diesem Ziel ist mühsam und mit unzähligen Stolpersteinen übersät. Die Mühen der Reflexion, der solidarischen Kritik, der geduldigen politischen Alltagsarbeit nehmen vor allem Lesben auf sich. Noch immer steht die gemeinsame Arbeit unter dem Zeichen der Verbrüderung, nicht der Verschwesterung, die männliche Dominanz findet sich – wenngleich oft sehr subtil – auch in gemeinsamen lesbisch-schwulen Räumen.

Im Buch dominieren „queere“ theoretische, (sexual)politische Diskurse und nicht lesbisch-feministische Positionen. Beispiel S/M-Debatte: Hier verteidigt Ralph J. Poole u. a. Pat Califas lesbisches S/M-Pornouniversum und attackiert US-feministische PorNO-Kampagnen. Leider fehlen eine ausführliche Analyse politischer Erfolge (und Mißerfolge) lesbisch-schwuler Zusammenarbeit sowie eine Strategiediskussion. Oder ist es noch zu früh dafür?

 **Stefan Etgeton/Sabine Hark** (Hg.): *Freundschaft unter Vorbehalt. Chancen und Grenzen lesbisch-schwuler Bündnisse.* Querverlag, Berlin 1997

GU DRUN HAUER



Die Schule kommunistischer Vegetarierinnen

Warum, oder besser gesagt: wann wird eine Frau eigentlich lesbisch? Dieser großen Frage ging die Hörfunkautorin Sonja Schock in ihrem ersten Buch nach, indem sie acht Frauen interviewte. Zwischen 32 und 64 Jahre alt, kommen fast alle aus tiefster Provinz und erfahren erst mit ihrem Umzug in die Stadt in den 70er und 80er Jahren, daß es überhaupt möglich ist, als Frau mit Frauen zu leben. Bis dahin haben sie mindestens eine Ehe hinter sich, obwohl sie sich schon in frühen Kindes- und Jugendjahren von Frauen angezogen fühlten.

Da ist etwa Maike, 49 Jahre alt, die rückblickend über sich als 15jährige sagt: „Natürlich war ... meine Freundin viel wichtiger. (...) Mein Freund war nur Deko“. Oder Ulli, 47 Jahre: „Busen fand ich schon mit 17 ganz große Klasse. Schön fand ich das männliche Geschlecht noch nie. Außerdem hat mich gestört, daß hinter allem immer die Penetration stand; nur das war richtiger Sex, dabei gefielen mir andere Sachen viel besser.“ Da jedoch keine von Schocks Heldinnen je gelernt hatte, offen über ihr (nicht nur) lesbisches Begehren zu sprechen, ist es für sie auch lange Zeit nicht selbstverständlich,

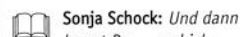
diese „anderen Sachen“ einzufordern. Äußerer Anlaß dazu sind erst die Liebe zu einer Frau und der Ausstieg aus der Situation Ehegattin. Nicht zuletzt deshalb erleben sie die Trennung vom Ehemann trotz der oft finanziellen und sozialen Schwierigkeiten durchweg als Befreiung von der anerzogenen Rolle als Frau und Mutter. Einmal raus aus dieser Struktur, bauen sie sich ein selbständiges Leben mit oder ohne feste Partnerin auf, in dem die lesbische Selbstverwirklichung fast zwangsläufig durch die berufliche flankiert wird.

Sonja Schock hat ihre Interviewpartnerinnen gut gewählt. Die Frauen stammen nicht nur aus unterschiedlichen Generationen, sie kommen auch aus verschiedenen Teilen Europas. Die jeweilige Entwicklung der einzelnen in einen Kontext zu setzen, in der für sie typischen Sprache und Wahrnehmung, hätte eine wichtige Dokumentation weiblicher Lebensgeschichte werden können. Doch dazu läßt die Autorin die Frauen selbst zu selten zu Wort kommen. Statt dessen hangelt sie sich im Stile eines Schulaufsatzes von einem Klischee zum nächsten und interpretiert und pauschalisiert dabei munter drauf los. So entstellt sie die Persönlichkeiten fast bis zur Unkenntlichkeit. Da wird aus der Mitte der 80er aus Prag nach Bremen emigrierten Olga ein Fallbeispiel für das Leben im Ostblock. Olga, auf der Flucht vor der allmächtigen Partei im Westen angekommen, hat das Gefühl, „freier atmen zu können“. Sie, deren Leben im verordneten

Sozialismus geprägt war durch Alkohol, „viel Alkohol“, geht vor allem deshalb nicht nach Prag zurück, um nicht „letztendlich im Alkohol zu ertrinken“. Daß sie kurze Zeit später mit einer Frau in eben diesem „freien“ Bremen „das Bett und ihr gemeinsames Alkoholproblem“ teilt, empfindet Schock ebenso wenig als Widerspruch wie die Erläuterung der weiblichen Sexualität am Beispiel von Sabine (32 Jahre): „Außerdem mag Sabine Sex. An ihrem siebzehnten Geburtstag schläft sie das erste Mal mit Boris. Dieses Erlebnis allerdings ist für sie vor allem schockierend. Boris hat einen ziemlich großen Schwanz, und er ist ungeduldig und außerdem genauso unerfahren wie sie.“

Unklar bleibt darüber hinaus, wen das Buch erreichen soll. Zwar würde es sich prinzipiell gut für die von Vorurteilen über Lesben recht gesättigte Hetero-Öffentlichkeit eignen. Ob aber Nichteingeweihte wissen, was eine „gute alte KV-Schule“ ist? Zumal die Person, die diese besucht haben soll, aus Ostberlin kommt. Da es in der DDR sehr viele merkwürdige Abkürzungen gab, könnte im Westhörn aus dem „kessen Vater“ (KV) schnell eine „kommunistische Vegetarierin“ oder gar „Verschwörerin“ werden. Auch sonst rangiert die Autorin oft am Rande der literarischen Schmerzgrenze. Sätze wie „Irgendwie findet die Fünfzehnjährige das enttäuschend“ geben weniger Aufschluß über die weibliche Gefühlswelt denn das journalistische Geschick der Autorin. Und so bleibt deren Buch ein

gut gemeinter Versuch, ein positives lesbisches Lebensgefühl zu vermitteln, der den porträtierten Menschenleben aber kaum gerecht wird.

 **Sonja Schock:** *Und dann kamst Du ... und ich liebte eine Frau.* Verlag Krug und Schadenberg, Berlin 1997

LIZZIE PRICKEN, SCHLIPS



Lesbisches nach Gutsherrenart

Hans Fallada war ein exzellenter Erzähler, Edgar Wallace unumstritten der Klassiker des Kriminalromans, die Tiefenpsychologie eines Sigmund Freud beschäftigte ganze Generationen von PsychotherapeutInnen, und eine Hedwig Courthsmahler rührte Millionen einsamer Herzen zu Tränen. Ostpreußen unter den Nazis war sehr deutsch, die Führung eines großen Gutes recht aufwendig und die lesbische Liebe ziemlich beglückend, aber auch kreuzgefährlich.

Sollte diese etwas merkwürdige Zusammenstellung Sie nicht abschrecken, sondern Ihr Interesse geweckt haben, so sei Ihnen das Erstlingswerk von Pit Umber, Jahrgang 1960, *Eine Liebe in Ostpreußen* ans Herz gelegt. Etwas Zeit sollten Sie schon einplanen – das Werk umfaßt 640 Seiten –, und ein bißchen kon-

zentrieren müssen Sie sich natürlich auch. Oder wollen Sie ständig zurückblättern, weil Sie nicht mehr wissen, ob August, Emilie, Leopold, Karl, Agnes, Ferdinand, Johannes, Gerlinde, Friedrich oder Paula nun geborene Winterstein oder verheiratete Borkenhagen und folglich derer von Treskow zuzurechnen sind oder vielmehr zur Verwandtschaft des Ortsgruppenführers Romeike gezählt werden dürfen? Das Gesinde des Gutes hingegen befindet sich eindeutig in der Minderzahl und ist demzufolge leicht auseinanderzuhalten.

Als zentrale Figuren des Romans, schließlich handelt es sich um eine Liebe in Ostpreußen, begegnen uns Antonia Treskow, nach dem geheimnisumwobenen Tod ihres Vaters Erbin und Herrin auf Treskow, und Edith Romeike, Tochter des lokalen Ortsgruppenleiters. Durch die Wirren der Zeit ohnehin schwer geprüft, sind die jungen Frauen auch noch gezwungen, ihre Liebe zu verbergen und sich in Selbstzweifeln zu üben. Gottlob gibt es im nahen Königsberg zwei gestandene Lesbierinnen, Antonias ehemalige Lehrerin Karin Morin und deren Lebensgefährtin Theodora Krause, die ihnen moralisch und wissenschaftlich fundiert Nachhilfe in Sachen Frauenliebe geben. Frau Krause ist es auch zu danken, daß die verstreuten vielköpfigen Sippen derer von Treskow und Romeike endlich einmal richtig sortiert und aufgelistet und dem Leser/der Leserin fachkundige Unterweisung in

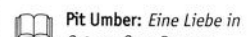
puncto Unterbewußtsein der frömmelnden, trunksüchtigen Mutter der jungen Treskow zuteil wird.

Als sich das private Chaos gerade ein wenig zu lichten beginnt, rückt auch noch die Ostfront näher. Wie so viele begehen sich Antonia und Edith auf den beschwerlichen Flüchtlingsstreck nach Westen. Den Schlitten mit ihrer Habe Stunde um Stunde durch den tiefen Schnee ziehend, der eisigen Kälte trotzig die Stirn bietend, schließlich auch noch die im wahrsten Sinne des Wortes am Boden zerstörte Edith im Gepäck, erreicht die junge Treskow endlich ein warmes Quartier für die Nacht. Sie ist nahe daran zu zerbrechen, nicht gebrochen ist aber ihre edle Gesinnung: *Die Menschen in dem Zimmer schauten gierig, als Antonia eine Speckseite aus einem Leinentuch packte. Großzügig schnitt sie für sich und ihre Freundin davon ab, gab Edith ihren Teil, drehte sich dann um und hielt mit ausgestrecktem Arm den Speck in den Raum. „Leute, auf meinem Gut ist es Sitte, zu teilen!“*

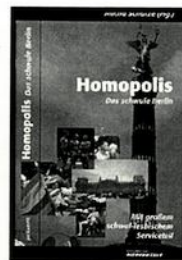
Getreu dem Motto, daß gute Taten nicht ungeküßt bleiben, erreichen die beiden Frauen dann auch den rettenden Dampfer über die Ostsee. Schweigend, engumschlungen und voller Schermer stehen sie an der Reling. *Gänzlich im unklaren darüber, was in ihrer Angeboteten gerade vorging, suchte Edith ihre Nähe. (...) Wie lange das wohl noch dauern mag? Bis nach Kiel? Nein, bis wir wieder zu Hause sind! Ein Schmerz wie ein Nadelstich traf Antonias Herz, und sie*

mußte an ihre Pferde denken.

Als historischer Lesbenroman – mit viel Liebe zum Detail und geschichtlicher Sachkenntnis geschrieben – ist das Buch durchaus empfehlenswert. Beim nächsten Werk sollte sich die Autorin jedoch entscheiden: Fallada oder Courthsmahler. Ich würde für Fallada plädieren.

 **Pit Umber:** *Eine Liebe in Ostpreußen.* Roman. Querverlag, Berlin 1997

ANNE KÖPFER, SCHLIPS



Der Phallus am Ostkreuz

Seine erste Buchpremiere hätte 1992 noch in der Senekneipe „Stiller Don“ stattgefunden, so Herausgeber Micha Schulze, fünf Jahre später sei er zum ersten Mal im noblen Literaturhaus an der Berliner Fasanenstraße, wenige Meter von der Touristenmeile Kurfürstendamm entfernt. Vielleicht, so Schulze, hätte der Kölner Verleger Jackwerth für die Präsentation des schwulen Berlin-Buches *Homopolis* doch besser das im Arbeitslosenbezirk Kreuzberg gelegene SchwuZ mieten sollen. Das wäre politisch zwar korrekt gewesen – das traditionsreiche Alternativzentrum kämpft ums Überleben –, aber völlig außerhalb des Trends,

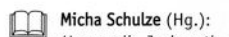
den man schon mitmachen muß, um nicht aus der „schwulen Familie“ verstoßen zu werden: Berlins Homos sind salonfähig geworden, haben sich erst mit der Ausstellung zu hundert Jahren Schwulenbewegung für Monate die Akademie der Künste erobert und jetzt eben: das Literaturhaus.

Zumindest handelt es sich bei Schulzes neuem Werk, anders als beim Vorgänger *Schwule Hauptstadt*, streckenweise um wirkliche Literatur. Ohne den störenden Serviceteil wäre es ein richtiges Lesebuch. Sechzehn Autoren, zwei Autorinnen (darunter sogar drei aus dem Osten der Stadt) hat Schulze für das Projekt gewinnen können, allesamt mit Namen in der hauptstädtischen Szene – manche sogar mit Ruf. Die Literaten unter ihnen, Mario Wirz, Michael Sollarz, allen voran aber Detlev Meyer, der als eindeutigen Höhepunkt der Premiere seinen Text über die „AIDS-Kapitale Berlin“ vortrug, beobachten genau, spüren „der Idee Berlin“ nach und nähern sich der community teils mit Ironie, teils mit Sarkasmus, aber nie zynisch. Andere hingegen, meist Szene-Journalisten, wie Jürgen Bieniek oder Schulze selbst, beschränken sich auf historische oder aktuelle Fakten, während die restlichen sich mit dem bescheiden müssen, was sie können und wofür man sie liebt: Vordergründigem, Trivialem, Klischeehaftem, verpackt in heitere Sprüche oder das, was gemeinhin dafür gehalten wird.

Auf welche Weise auch immer, man erfährt einiges: Über das Berufs-

schwulentum, die schwule Literaturstadt, Sex around the clock, Lesben gar (Manuela Kays Text ist ein spritziges Highlight, obgleich sie im Buch die Alibi-Lesbe gibt) und Berlin-Clubnights, über Geilheit in Neukölln (West) und die Szene am Prenzlauer Berg (Ost). Man lernt die fünf liebsten Schwulenmutter der Stadt kennen und nimmt erstaunt zur Kenntnis, die Siegesssäule im Tiergarten sei ein phallisches Baudenkmal. Ob solcherart Phallus den Inhaber beglücken würde, sei dahingestellt, aber der Wasserturm am S-Bahnhof Ostkreuz, bei dessen Anblick jeden Schwulen wollüstige Gedanken übermannen müssen, liegt weit jenseits von Homopolis, halt im Osten. Das schwierige Pflichtthema DDR-Staatsicherheit hat der Herausgeber (West) wohlweislich einer unverdächtigen Vertrauensperson übertragen: sich selbst. Man kann es notfalls überblättern.

Nur das Politische fehlt offenbar in der schwulen Polis, denn der neue Berliner Homo meidet Politik; die überläßt er dem Staat oder naserümpfend linksradikalen Autonomen, die ein Literaturhaus allenfalls aufsuchen würden, um das Buffet zu plündern. Da hätten sie diesmal aber schlechte Karten gehabt, oder, um mal mit dem Namen von Schulzes Verleger zu kalauern: Das Buffet war nicht die Jackwerth. Im alternativen SchwuZ hätten Salami, Edamer und kalter Toast stiehlt gewirkt.

 **Micha Schulze** (Hg.): *Homopolis.* Jackwerth-Verlag, Berlin 1997

EIKE STEDEFELDT, SCHLIPS



D u r c h d e n F ä c h e r g e t u s c h e l t

Feudaaahl

Hach, Ihr Liebsten, wie andächtig ... jaja, die Weihnachtszeit ist längst vorbei, doch verzeiht: Ich bin noch immer tief berührt – dank einer schwärmend berichtenden Schriftstellerin – Ines mit Namen, und gegen materielle Verlockungen immun: Von einem Wiener Palais, einer *guten Adresse*, schreibt sie – *es hat einen wunderbaren Innenhof, von diesem Innenhof sieht man/frau ... das gefällige Dach des Doms ...* Hinreißend, träume ich doch seit je von einer feudalen Behausung nächst Wiens zentralem Platz.

Wo sie schwärmte? In einer E-Mail-Konferenz, also einer elektronisch-schriftlichen (kleinen) Öffentlichkeit. Worum es ging? Um einen ... politischen Termin. Papstbesuch? Hm, lauwarm. Wäre es ein Treffen mit einer demokratisch gewählten Person gewesen, hätte sie gewiß über Steuerausgaben für Repräsentation sinniert, immerhin wertet sie Spesenaufwand als Todsünde. Doch es war eine Audienz bei einem Fürsten der steuerbegünstigten katholischen Amtskirche, und richtig feudale Atmosphäre macht halt schwärmen. Noch dazu beim sich ranggemäß in purpurne Roben hüllen dürfenden Wiener Ober-

hirten persönlich. Da verstand sich der Hofknicks der Literatin offenbar von selbst.

Vorgelassen wurden verschiedene Amtskirchen-kritische Menschen, mit ihnen eine Abordnung des ÖLSF, und unter diesen eben Ines.

Im Empfangszimmer ist sie *von den Bildern beeindruckt*, und als Eminenz erscheint, findet sie *das Outfit schlicht, aber eindrucksvoll ...* sie schildert es. Mir fehlt, welche Art Fächer sich in den Kanon hochgeistlicher Accessoires fügen könnte. Macht nix: Mit ein bisschen Übung kann Ines für *Seitenblicke fashion* texten.

Nun fast ein Stilbruch: Von Aufstehzeiten ist die Schreibe. Fast durchweht ein Hauch (proletarischer?) Arbeitswelt, also quasi des wirklichen Lebens, den ehrfürchtigen Text: *Er sei extra zeitig aufgestanden, meint Christoph Schönborn, um uns trotz seines dichten Terminkalenders zu empfangen. Ich konnte mir nicht verkneifen einzuwerfen, daß auch wir zeitig aufgestanden seien. Der Empfang war für 10 Uhr vormittags angesetzt – das bedingt eine extra Aufstehaufgabe. Aha, sehr menschlich: So werd' ich die Audienz der Helferin*

meines Greißlers (sperrt täglich um 6 auf) näherbringen.

Schließlich streift Ines in der Tat auch die eigentlichen Themen. Sie zitiert Schönborn zum hetzerisch-homophoben Pamphlet aus der Zeitschrift *Der 13.* (Gipfel: Aufruf zu Gewalt und Bildung von Bürgerwehren gegen uns; die HOSI unterstützt die gerichtliche Klage): *Niedertracht ... Es tue ihm nur leid, daß nicht erwähnt wurde, daß auch er aufs schärfste angegriffen wurde und auch ein „Opfer“ sei. ... er finde unsere Klage richtig und wir können mit seiner vollen moralischen Unterstützung rechnen. (Das muß festgehalten werden!)* Ach so: Ist unser Mit-Opfer (herzergreifend) Schönborn nicht in Gedanken mit uns, so denken wir ganz streng: *Du, du, du!*

Unmittelbar verantwortlich ist Schönborn für die Amtsenthebung Johannes Wahalas (Junia-Gottesdienste-Mitveranstalter). Ines: *Er, Schönborn – das hat mir persönlich am besten gefallen, deshalb bringe ich es jetzt – habe nur so gehandelt, wie er mußte.* Sucht der Erzbischof eine Pressesprecherin? Ich wüßte eine.

Überhaupt find' ich ja reizend, wie gesittet mit dem armen

Oberhirten umgegangen wird. War das im Herbst ähnlich? (Da hatte die Jüdische Kultusgemeinde dem ÖLSF die vereinbarte Benutzung der ehemaligen Synagoge in St. Pölten aufgekündigt – Handlangerdienst für Kurt Krenns kirchenfürstliche Strategien) Nein. Feiner Unterschied: Kontaktversuche wurden nachgereicht (die HOSI assistierte, sobald informiert, per differenziert kritischem offenem Brief), der eilige ÖLSF-Startschuß aber war eine öffentliche Klagsandrohung. Wieso damals um soviel schärfer? Na, vielleicht stimmt ein Empfang im feudalen Palais wirklich viel milder als ein mögliches Treffen in der Seitenstetengasse. Also ehrlich, wenn Ihr die Wahl hättet – na?

Noch von der (Fürsten-)Hofberichterstattung beseelt, fällt mir auf, daß der Textübermittler Veit Georg Schmidt den Titel „Ines goes bishop“ davorgesetzt hat: Schlingel, der. Und Veit legt ein so unheiliges Schäufel nach, daß ich die schlicht-feudale Eleganz vergesse: Als hätt's ein/e HOSIlerIn verfaßt! Was Wunder, daß Veits Gedanken sowohl meinem Erfinder und Träger als auch unserem Obmann Christian Högl sympathisch sind?



Vorab nennt er *den amtskirchlichen Umgang mit Wabala ... eine Riesensauerei*, und umgrenzt gleich die Argumentation: *Ich kenne Johannes Wabala nicht persönlich, alles Folgende bezieht sich also nicht auf seine Person oder seinen Charakter.* Und da heißt's: *Unter dem Deckmäntelchen „Glaube“ wird ... allerhand grober Unfug propagiert, den sich niemand sonst bieten lassen würde. ... Es ist ja in Ordnung, sich mit einem wegen lesbischwuler Aktivitäten Gemobbten zu solidarisieren. Aber dabei die Kröte Religion schlucken? So ein Ketzer, der Veit (fächer)!*

Im Kern ist ihm *unsere Rolle als (teilweise organisierte) Lesben und Schwule in diesem Spiel ... im höchsten Maße suspekt ... ob wir uns mit unseren Aktivitäten nicht immer zugleich auch dadurch auszeichnen sollten, daß es um Ziele geht, die erstrebenswert sind, und daß die Durchführung der Aktivität nicht de facto gegen solche Ziele gerichtet ist.* Eben: Als hätt's ein/e HOSIlerIn geschrieben.

Zur Audienz meint er: *Die Hierarchie läßt bitten, gewährt auf öffentlichen Rumor ein wenig Huld und dann: business as usual. Letztlich muß man sich also fragen, ob man mit solchen Aktionen nicht sogar die verkrusteten Strukturen befestigt, es sei denn, aus dem Geplänkel entwickelte sich eine Revolution ... So hört sich das aber nicht an.*

Ob die Ines das gelesen hat? Oder war die Audienz – Protesttexte hin, Advent her – eine noble Faschingsveranstaltung? Falls das liebe ÖLSF dazu ein Preisausschreiben veranstaltet, meldet sich dafür vorsorglich schon jetzt an:

Eure

EULALIA NACHTSCHATTEN

Berührungsängste und Verständigung

Im Sommer 1996 fand im oberösterreichischen Gmunden die Erste Europäische Frauensynode statt. Zu diesem bislang größten Treffen der ökumenischen Frauenbewegung kamen über 1000 Frauen aus ganz Europa und anderen Kontinenten, um über die Themenbereiche Politik, Wirtschaft, Spiritualität und Geschlechterrollen zu diskutieren. Die Inhalte und Diskussionen sind nun in Wort und Bild dokumentiert und beim Frauenforum Feministische Theologie erhältlich.

Das schriftliche Dokument, das Buch *Frauen bewegen Europa*, enthält vielfältige Beiträge: Priesteramt, Ökonomie, Prophetie, Körperlichkeit, Frauenkunst, ... Zwei Beiträge beschäftigen sich mit Lesben. Sheila Briggs und Herta Leistner (in deutschen Kirchenkreisen bekannte Lesbe) verleihen ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß kein einziger angebotener Workshop sich mit Lesben beschäftigte, sondern daß sich die massenhaft in Gmunden anwesenden Lesben gegenseitig entdecken und organisieren mußten.

Schön ist, daß der Beitrag auch die Bemühungen der Autorin dieser Zeilen erwähnt: Ich habe trotz der Versuche, das Lesbische in dieser Synode zu ignorieren und unsichtbar zu machen, über die damalige rechtliche Situation in Österreich (Werbeverbot) berichtet und einen Brief an den damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky initiiert. Dieser Brief, der im Buch abgedruckt ist, wurde während der Synode aufgehängt und von 155 Frauen unterzeichnet.

Für alle, die 1996 in Gmunden nicht dabei sein konnten, ermöglicht die Dokumentation der 1. Europäischen Frauensynode einen Einblick in die Bandbreite der Diskussionsbeiträge und Ergebnisse.

Gertraud Ladner/Michaela Moser (Hg.): *Frauen bewegen Europa. Die Erste Europäische Frauensynode – Anstöße zur Veränderung.* Thaur 1997

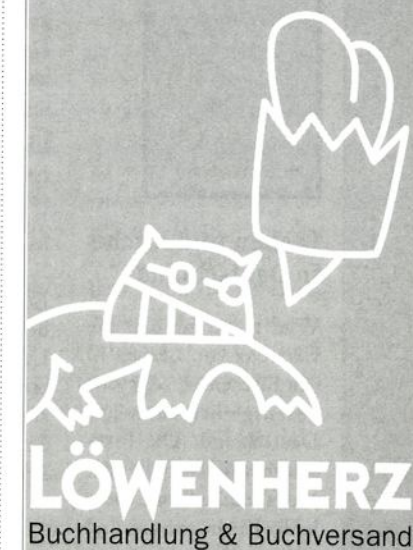
Bestellungen an das österreichische Frauenforum Feministische Theologie, Canisiusgasse 16, 1090 Wien, Tel. 01/319 35 68



Eltern, Töchter und Söhne

Eine 70seitige Broschüre mit Beiträgen von Eltern homosexueller Kinder sowie von jungen Lesben und Schwulen hat eine Elterngruppe gemeinsam mit einem Jugendverband für homosexuelle Jugendliche herausgegeben. Lesben und Schwule beschreiben darin ihr Coming-out und Eltern, wie es ihnen mit der Akzeptanz der Homosexualität ihres Kindes gegangen ist. Ein Beitrag von Helmut Kentler beschäftigt sich mit humanwissenschaftlichen Erkenntnissen zur Homosexualität, und der bekannte Pfarrer Hans-Georg Wiedemann schreibt über die Botschaft der Bibel. Sympathisch wird die Broschüre durch eine praktische Argumentationshilfe, einen umfangreichen Adreß- und Literaturteil. Ein kleiner Band, der für die Aufklärungs- und Beratungsarbeit gut zu verwenden ist.

Hans-Peter Ehmke/Hans-Georg Wiedemann: *Liebe. Unser Sohn ist schwul. Unsere Tochter ist lesbisch. Junge Lesben und Schwule und ihre Eltern.* Herausgegeben von der Elterngruppe Düsseldorf und dem Jugendnetzwerk Lambda e. V. 1997.



Bücher
CDs
Videos
Magazine

»2001«
exklusiv bei uns

Berggasse 8
1090 Wien
tel 317 29 82
fax 317 29 83

mo-fr 10-19 uhr
sa 10-17 uhr

Berg
unser Café nebenan



Lesben und Kirche in Deutschland

Wie facettenreich die Existenz von Lesben in den Kirchen ist, zeigt eine 48seitige Broschüre aus Deutschland. Die Textsammlung macht die Vielfalt lesbischen Lebens in der Kirche sichtbar und gibt den fünf existierenden Gruppen aus der kirchlichen Lesbenbewegung Deutschlands die Möglichkeit, ihr Netzwerk vorzustellen:

LiK – Lesben in der Kirche versteht sich als Gruppe von lesbischen kirchlichen Mitarbeiterinnen, Theologinnen und lesbischen Frauen, die sich in der Kirche engagieren, und wurde 1991 gebildet.

LuK – Lesben und Kirche besteht seit 1996 und ist ein ökumenischer Zusammenschluß von Regionalgruppen. Ziel der LuK ist es, insbesondere im kirchlichen Bereich die lesbische Lebensweise sichtbar zu machen.

Labrystheia ist ein 1989 gegründetes Netzwerk lesbischer Theologinnen in und nach der Ausbildung *Maria und Martha Netzwerk* verbindet seit 1986 Lesben miteinander, die finanziell von einer Kirche oder deren Institutionen abhängig sind.

NKL – Netzwerk Katholischer Lesben wurde 1996 gegründet und ermöglicht Kontakte und Informationsaustausch zwischen katholischen Lesben.

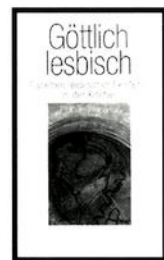
Ergänzt wird der Band durch einen Kommentar

zur Homosexualitäts-Stellungnahme der Evangelischen Kirche Deutschland sowie einer kleinen Literaturliste.

Silke Grigo/Eva-Maria Garber (Hg.):

Lebendig und spannend. Lesbisch leben in der Kirche: Eine Orientierungshilfe aus lesbischer Sicht.

Erhältlich bei: Frauenarbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Gymnasiumstraße 36, D-70174 Stuttgart. Kosten: DM 3,50



Göttlich lesbisch

„Niemand hat das Recht, Menschen, die verantwortlich als ChristInnen und Christen leben, wegen ihrer anderen Lebensform und sexuellen Orientierung aus der Kirche zu „exkommunizieren“ oder zur (offiziellen) Enthaltsamkeit zu zwingen“, schreibt die deutsche Bischöfin Maria Jepsen im Vorwort eines Buches, das sich mit der Situation von Lesben im Umfeld der Kirche beschäftigt. 21 Frauen aus Deutschland und eine Frau aus den Philippinen, die meisten davon evangelisch, geben Einblick in Überlebensstrategien und Ideenreichtum von Lesben, die in der Kirche arbeiten oder sich mit der Kirche verbunden fühlen. Das Buch enthält Beiträge zu Alltagsfragen lesbischen Lebens, zu Theolo-

giefragen, zur Ausgrenzung in den eigenen Reihen, zu (kirchen-)politischen Auseinandersetzungen, zur Geschichte der Lesbenbewegung in der DDR sowie liturgische Gebrauchstexte. Ergänzt wird der Sammelband durch die Vorstellung von kirchlichen Lesbennetzwerken und einer Literaturliste. – Ein Buch, das nicht nur für religiös Interessierte spannend ist.

Monika Barz/Geertje Froken Bolle (Hg.):

Göttlich lesbisch. Facetten lesbischer Existenz in der Kirche. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1997

WALTRAUD RIEGLER



Bären-Bilder

Im Wald dürfen sie nicht mehr gejagt werden, in der schwulen Szene sind sie begehrt wie eh und je: Bären. Mit dem Fotoband *German Bears* aus dem Verlag Rosa Winkel können nun endlich alle Liebhaber bärtiger Kerle mal so richtig ihrer Leidenschaft frönen, ohne das Geld für teure „Fach“-Magazine aus den USA rausschmeißen zu müssen.

Der Fotograf Klaus Schulte-Derne hat schwule Bären aller Art vor die Kamera bekommen und bringt seine Leidenschaft im Vorwort auf den Punkt: „Bären strahlen Natürlichkeit und

Maskulinität aus“ – es lebe die behaarte Männerbrust (siehe auch Seite 80)! Übrigens: Zugunsten der AIDS-Hilfe haben alle Bartmänner auf ein Honorar verzichtet.

Klaus Schulte-Derne:
German Bears. Verlag Rosa Winkel, Berlin 1997

Nordirland

Seit der Friedensprozeß in Nordirland Fortschritte macht, können sich die Mitglieder der Sinn-Féin-Partei, des politischen Arms der republikanischen Untergrundorganisation IRA, verstärkt ihren Hobbys widmen – wenn sie nicht sowieso schon, wie Danny Morrison, im Knast saßen und ausgiebig Gelegenheit hatten, sich die Zeit zu vertreiben. Von Danny Morrison, einem der politischen Köpfe der katholisch-republikanischen Bewegung in Nordirland, ist im letzten Jahr ein schwuler Jugendroman mit dem Titel *Auf dem Rücken der Schwalbe* erschienen. Die beiden Jungen Nicky und Robin verlieben sich ineinander, doch das junge Glück scheitert an Intoleranz, katholischer Doppelmoral und gesellschaftlicher Homophobie – das tragische Ende scheint vorgezeichnet. Im zweiten Teil wird der Roman leider etwas schlapp: Nach der so einfühlsamen Beschreibung von Nickys erster Liebe driftet das Ganze in eine kaum plausible Knast- und Gewaltorgie ab. Vielleicht hat Morrison hier eigene Erlebnisse verarbeitet – der Geschichte hat's nicht so gut getan.

Schwuler Coming-out-Roman

Nach der lesbischen Coming-out-Geschichte *Ninas Geheimnis* der Dortmunder Autorin Doris Meißner-Johannknecht kommt die schwule Version namens *Tuchföhlung* hoffentlich besser bei der Literaturkritik weg. Mutter durchgebrannt, Vater unsensibel, Schwester in Amerika, neue Schule – zu viele Probleme auf einmal für den jungen Zeno Zimmermann. Und dann auch noch schwul sein, ohne mit jemanden reden zu können. Daß Zeno nicht gleich Selbstmord begeht, liegt sicher an dem Männerpaar, das bald darauf ins Haus einzieht und einen attraktiven Regisseur im Schlepptau hat... Gottseidank gleitet *Tuchföhlung* aus dem Wuppertaler Peter Hammer-Verlag nicht in eine klischeetriefende Kitsch-Geschichte ab, wie das allzu oft bei solchen Geschichten passiert. Autorin Meißner-Johannknecht hat ein unnachahmliches Gespür für die Nuancen des Alltäglichen – das macht ihr so schnell niemand nach.

Doris Meißner-Johannknecht:
Tuchföhlung. Peter Hammer-Verlag, Wuppertal 1996

Neues von Sarah Schulman

Sarah Schulman sorgte mit ihrem 1992 auf deutsch erschienenen Roman *Leben am Rand* für Aufsehen. Die radikal-feministische Abrechnung mit der Reagan- und Bush-Ära in den Vereinigten Staaten gilt zu Recht als die eindringlichste Schilderung der AIDS-Krise Ende der

Danny Morrison: *Auf dem Rücken der Schwalbe.* Übersetzt von Kathrin George. Unrast-Verlag, Münster 1996

80er Jahre. Jetzt hat der Hamburger Ariadne-Verlag den Titel nicht nur als Taschenbuch herausgebracht, sondern bereits im letzten Jahr den lange angekündigten neuen Schulman-Titel *Die Bohème der Ratten* veröffentlicht. Wieder einmal geht es um Lesben und Schwule, die im Moloch New York zwischen Gewalt, AIDS und allgemeinem Niedergang irgendwie zu überleben versuchen. Schulman hat sich mit diesem neuen Roman von ihrer – im besten Sinne – propagandistischen, aufrüttelnden Sprache verabschiedet. Bleibt zu hoffen, daß der Erfahrung experimentellen Schreibens nicht bald der Trip in die bloße Innerlichkeit folgt.

Sarah Schulman: *Leben am Rand.* Übersetzt von Isolde Tegtmeier. Ariadne-Verlag, Hamburg 1997

Sarah Schulman: *Die Bohème der Ratten.* Übersetzt von Christel Dormagen. Ariadne-Verlag, Hamburg 1996



Tunten

Nun scheinen also auch die einstmaligen radikalen, unangepaßten Trümmertunten bieder und seßhaft geworden: Die Dame von Wölt kleidet sich seit neuestem adrett und gibt sich dem *gepflegten* Tuntentum hin – und das war's dann wohl. Aber kann man sich des-

sen so sicher sein? Schließlich haben sich Tunten noch nie um political correctness gekümmert. Und so wird denn auch in jenem jüngst erschienenen und als „praktischer Leitfaden“ angekündigten Ratgeber so nebenbei die Revolution für nützlich befunden. Beiläufig wie gekonnt parliert die Autorin Penelope in ihren soeben im Querverlag erschienenen Büchlein *Lebensansichten einer gepflegten Tunte* über Philosophie, Metaphysik, Literatur und bringt es auf immerhin fünf Vorworte. Neben den vielen drittklassigen Tuntenratgebern ist dieser hier wirklich einmal brilliant. Danke, Penelope, das Tuntentum ist nicht verloren!

Penelope: *Lebensansichten einer gepflegten Tunte.* Ein praktischer Leitfaden. Querverlag, Berlin 1997

DIRK RUDER, SCHLIPS



Schwuler Franz Schubert

In der Reihe *Musik-Konzepte* erschien im Oktober gerade noch rechtzeitig vor Ende des Jubiläumsjahres ein Band über Franz Schubert. Er enthält acht Beiträge, die sich mit dem Werk und Leben des Komponisten auseinandersetzen. Einer davon – er nimmt fast die Hälfte des Hefts ein – ist

der Aufsatz *Unausgesprochen, unbegriffen. Indizien und Argumente aus Leben und Werk für die wahrscheinliche Homosexualität des Franz Peter Schubert* von Christoph Schwandt. Eine Kurzfassung dieser Untersuchung Christoph Schwandts haben die LAMBDA-Nachrichten # 2/97 (S. 42 ff) veröffentlicht. Wer durch die LN neugierig geworden ist und mehr erfahren möchte bzw. wer den Beitrag nicht gelesen hat, dem/der kann dieser Schubert-Band nur wärmstens empfohlen werden. Und natürlich allen Schubert-Fans.

Heinz-Klaus Metzger/Rainer Riehn:
Franz Schubert »Todesmusik«. Doppelheft 97/98 der Reihe Musik-Konzepte. Edition text + kritik, München 1997



Der Frankfurter Engel

Seit Dezember 1997 steht auch auf dem Klaus-Mann-Platz in der Frankfurter Innenstadt ein Mahnmal zur Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung homosexueller Frauen und Männer im Nationalsozialismus: eine Engelstatue. Im Eichborn-Verlag ist nun eine liebevoll und detailreich gestaltete Dokumentation dieses Projekts erschienen. Sie enthält neben der Hintergrundinformation über die Verfolgung von

Schwulen und Lesben (ein Beitrag von Claudia Schoppmann) im Dritten Reich eine Darstellung der Verwirklichung dieser Idee: Es werden alle fünf im Rahmen eines Wettbewerbs eingereichten Entwürfe vorgestellt, die Überlegungen präsentiert, warum schließlich der Engel der Kölner Künstlerin Rosemarie Trockel ausgewählt wurde, es werden alle SpenderInnen und FördererInnen genannt. Auch die Reden anlässlich der Enthüllung des Denkmals am 11. Dezember 1994 werden dokumentiert. Darüber hinaus enthält der Band noch persönliche Betrachtungen und Essays zu diesem Engel, etwa von Detlev Meyer (*Ach, Engelchen!*). Eine wirklich spannende und interessante Dokumentation.

Initiative Mahnmal Homosexuellenverfolgung e.V. (Hg.): *Der Frankfurter Engel. Ein Lesebuch.* Eichborn-Verlag, Frankfurt/Main 1997



Schielendes Leben

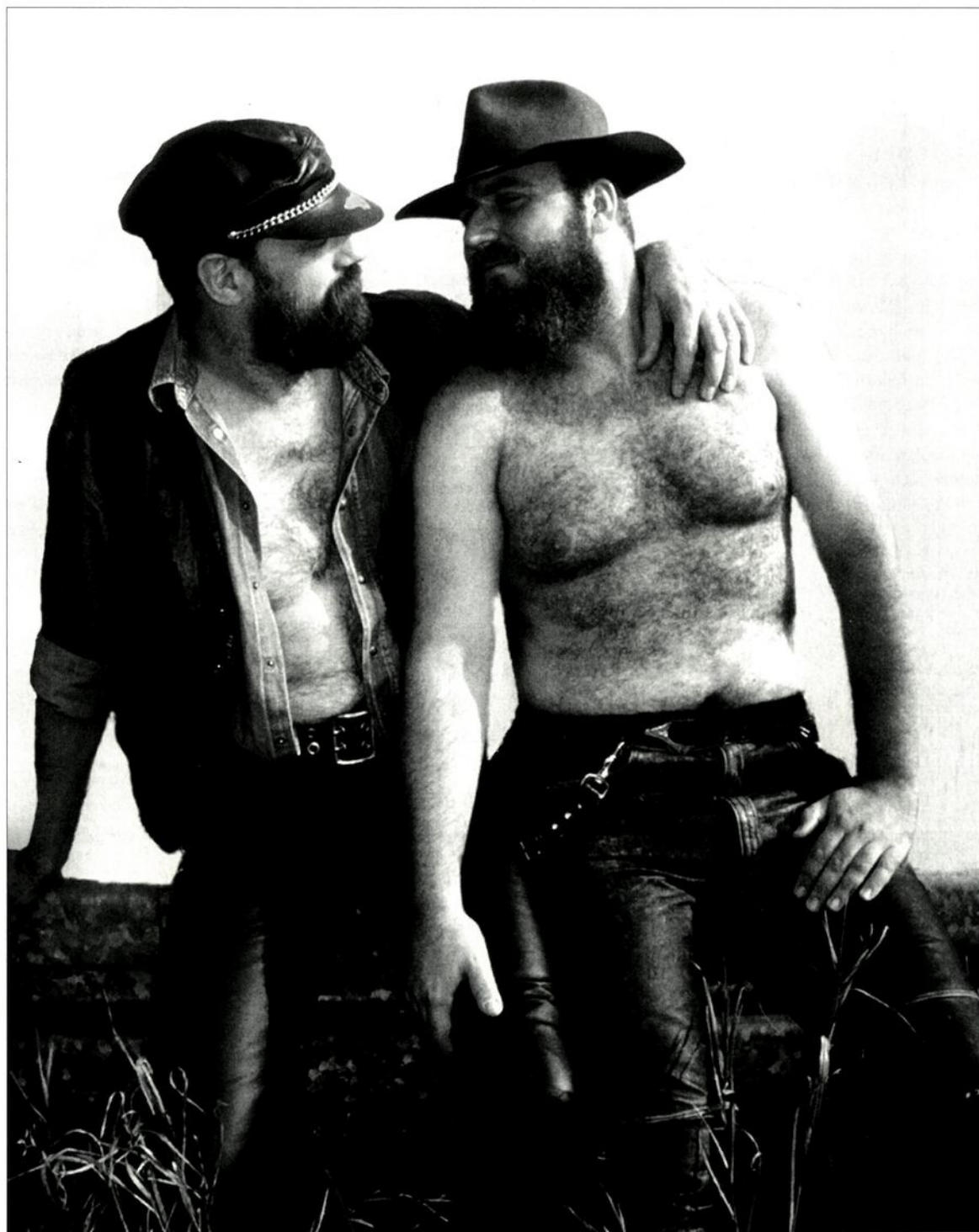
Anne Köpfer und Eike Stedefeldt, LN-LeserInnen als Autorin und Autor dieser Zeitschrift keine Unbekannten, haben – nach *Zuviel DDR, zuwenig homosexuell*, 1994 (vgl. LN 1/95, S. 75) und *Verkehrsbereubigte Zone und weitere Irrtümer*, 1996 (vgl. LN 2/96, S. 76) nun ihr drittes gemeinsames Bändchen mit amüsanten

und nachdenklichen Geschichten über den Alltag von Menschen aus den „neuen Bundesländern“ im vereinten Deutschland vorgelegt: *Wie das Leben so schießt*. Auch in diesem Band erfährt man wieder viel über den Alltag in der früheren DDR – und den kleinen alltäglichen Problemen, die das Leben im Kapitalismus so mit sich bringt. Die Geschichten sind zum Teil witzig und ironisch, es gibt aber auch ernsthafte und kritische Auseinandersetzungen, etwa mit der deutschen Schwulenbewegung. Diese Mischung ist natürlich beabsichtigt. Was die Geschichten auch so erfrischend macht, ist die kritische Distanz, mit der Köpfer und Stedefeldt das frühere Leben in der DDR schildern, ohne nämlich der guten alten Zeit verklärt oder nostalgisch nachzutruern, aber auch ohne die DDR-Zeiten in Bausch und Bogen als das Allerschlechteste überhaupt zu verteufeln.

Mit derselben kritischen Distanz gehen sie auch an die neuen Bedingungen im vereinten Deutschland heran, auch hier vermeiden sie die Extreme: Weder verfallen sie darüber in unkritischen Jubel, noch leugnen sie die neuen Annehmlichkeiten, die das Leben nach der Wende mit sich gebracht hat. Sie gestatten sich jedenfalls als „Ossis“ die Freiheit, die vorgefundenen Zustände kritisch unter die Lupe zu nehmen, was ja mitunter von den „Wessis“ als frivole Undankbarkeit empfunden wird.

Anne Köpfer/Eike Stedefeldt: *Wie das Leben so schießt. Geschichten.* Querverlag, Berlin 1997

KURT KRICKLER



aus Klaus Schulte-Derne: *German Bears*. Verlag Rosa Winkel, Berlin 1997 (siehe „Erlesenes“ auf Seite 78)

Spekulativer AIDS-Aufreger

Im September 1997 erschien Christian Fialas kontroversielles Buch mit dem hochtrabenden Titel „Leben wir gefährlich? – Ein Arzt auf der Suche nach den Fakten und Hintergründen von AIDS“. Dank der PR-Kampagne durch NEWS* wurde dem Buch unverdiente Beachtung zuteil („Diese 221 Seiten bergen soviel Zündstoff wie kaum eine andere Neuerscheinung in diesem Jahr“, stimmte die Wochenillustrierte die LeserInnenschaft auf das vermeintlich Sensationelle ein). Nach Lektüre des Buchs kann man aber nur sagen: Dieser Zündstoff eignet sich nicht einmal für einen Rohrkrepierer, kaum ein Buch in diesem Jahr birgt soviel Banalität wie dieses.



Autor
Christian
Fiala

Von Kurt Krickler

Wir haben uns natürlich in der Redaktion auch überlegt, ob wir über dieses Buch überhaupt etwas schreiben sollten, um es nicht noch mehr aufzuwerten. Wir kamen zum Schluß, doch darauf einzugehen, denn Werbung für Fialas Werk wird unsere Beschäftigung damit ohnehin keine.

Fiala hat ja mit vielem, was er sagt und schreibt, recht, nur das Problem bei ihm ist, daß er mit seiner Kritik entweder offene Türen einrennt, also Kritik aufwärmt, die ein alter Hut ist, oder die Falschen dafür verantwortlich macht. Beispiel: Seine Kritik an der medialen Hysterisierung des Themas AIDS, insbesondere in den 80er Jahren. Oder daß die AIDS-Berichterstattung im *Spiegel* meist Panikmache war. Das ist doch weder so neu noch so sensationell, als daß man darüber ein Buch schreiben müßte! Auch die *LN* haben bereits 1985 getitelt: „Der Boulevard läuft Amok“ (# 4/85, S. 15), da die Berichterstattung völlig aus allen Fugen der Verhältnismäßigkeit geraten war. In der Ausgabe 1/86 machten wir uns ebenfalls über die abenteuerlichen Zahlenspielerien und Hochrechnungen lustig. Damals sprach man von einer Verdoppelung der AIDS-Zahlen alle sechs Monate, nach dieser Berechnung müßten wir heute in Österreich bei 110.000 AIDS-

Kranken halten. Fialas Aufregung über die Medienhysterie muß daher ziemlich artifizuell anmuten. Es ist wirklich sein persönliches Problem, wenn er das wirklich ernst genommen hat. So naiv waren ja nicht einmal Herr Maier und Frau Müller. Unglaublich wirkt es allemal, denn er operiert mit seinen „neuen“ alten Thesen im Zusammenspiel mit *NEWS* mit genau derselben Sensationalisierung und Skandalisierung. Als Seminararbeit an der Uni wären die Themen „Medienanalyse“ oder *Spiegel*-Schelte angebracht, aber als Buch? Da hat man nur eine Chance, wenn sich das *NEWS* der Sache professionell annimmt – aber wahrscheinlich hat nicht einmal das etwas genutzt.

Das Perfide aber an der Darstellung Fialas ist, daß er unterstellt, die AIDS-Hilfen hätten diese Hysterie geschürt, um an das große Subventionsgeld heranzukommen. Genau das Gegenteil ist der Fall: Die AIDS-Hilfe war oft wochen- und monatelang damit beschäftigt, der von den Medien zwecks eigener Auflagensteigerung erzeugten Panikmache entgegenzuwirken. Homosexuellenorganisationen, wie die HOSI Wien, und die AIDS-Hilfen haben stets versucht, zu beschwichtigen und auf die reale Dimension der AIDS-Gefahr hinzuweisen. Da braucht man nur in den alten

Zeitungen nachlesen. Von „Seuche“ oder „explosionsartiger Ausbreitung“ haben immer nur die Medien gesprochen, aber sicher nie ein/e AIDS-Helfer/in. Hätte es die AIDS-Hilfe nicht schon gegeben, man hätte sie gründen müssen, um die von den Medien ausgelöste Hysterie abzufangen.

Und daß der amerikanische „AIDS-Papst“ Robert Gallo dem Franzosen Luc Montagnier das AIDS-Virus „gestohlen“ hat und allein am AIDS-Antikörpertest verdienen wollte, haben ebenfalls die *LAMBDA-Nachrichten* als erste österreichische Zeitschrift berichtet (vgl. *LN* 4/85, S. 20 ff). Hier kommt Fiala mit seiner Gallo-Kritik um zwölf Jahre zu spät! Dasselbe gilt für seine Kritik daran, wieviel unnötiges Geld für die Massen-HIV-Testerei ausgegeben worden ist. Auch das kann man nur unterschreiben, nur: Auch das ist uralter Schnee von gestern. Was hat sich die HOSI Wien nicht in all den Jahren den Mund fuselig geredet. Was haben wir nicht protestiert gegen die Massentesterei in Wiens Spitälern, wo hunderttausende, meist geriatrische PatientInnen, zwangsgetestet wurden. Schon vor Jahren haben wir den Verdacht geäußert, daß da Korruption mit im Spiel ist, daß da Spitalsdirektoren, Primarii und sonstige Entscheidungsträger von den Pharmafirmen besto-

chen wurden, um ja massenweise HIV-Antikörpertests zu verwenden.

Es hat etwas Manisches an sich, wenn Fiala folgenden Umstand, den man in einem Satz kritikmäßig darstellen könnte, auf zwei Kapitel auswalzt: Er prangert an, daß die Zahl der AIDS-Erkrankungen in der Statistik über die Jahre immer weiter mitgezählt werden, was in der Tat in der optischen Umsetzung als Graphik eine steil nach oben weisende Kurve ergibt. Würde man nur die jeweiligen Neuerkrankungen des jeweiligen Jahres darstellen, würde die Kurve ziemlich flach und damit weit aus unspektakulärer ausfallen. Okay, gegessen, aber beruhigen Sie sich um Gottes willen wieder, Herr Fiala!

Auch was die Zahl der HIV-Positiven betrifft, steigert sich Fiala in einer Weise hinein, die nicht nachvollziehbar ist. Denn ob es bei einer Gesamtbevölkerung von acht Millionen in Österreich 4.000 HIV-Positive (laut Fiala) gibt oder 16.000 (laut AIDS-Hilfe), ist doch in Wirklichkeit ein akademischer Streit um des Kaisers Bart. Auch mit seiner Ansicht, die Gefahr für die oder den einzelnen werde maßlos übertrieben, rennt er of-

fene Türen ein. Man muß in der Tat kein Studium der Statistik absolviert haben – es reichen durchschnittliche Kenntnisse der vier Grundrechnungsarten –, um sich ausrechnen zu können, daß selbst bei der höheren Zahl von 16.000 Positiven „nur“ jede/r 500.Österreicher/in infiziert ist. Man muß also schon ziemlich viel herumbumsen, um – statistisch gesehen – an eine/n Positive/n zu geraten. Nur – was bringt einem dieses theoretische Wissen im praktischen Alltag? Nichts!

Ein weiterer, ebenfalls ziemlich künstlicher Streitpunkt, ist die Frage, ob AIDS alle angeht oder eine Schwulen- und Fixerkrankheit ist. Auch hier wählt Fiala den Weg, durch Übertreibung zu provozieren, offenbar um die Debatte über sein Buch und damit die Verkaufszahlen anzuheizen. Natürlich ist AIDS – zumindest in Österreich und anderen Industrieländern – eine Krankheit, die in erster Linie Schwule und Fixer betrifft. Wenn mehr als die Hälfte aller Betroffenen schwul ist, ist eine solche Schlußfolgerung wohl angebracht. Die HOSI Wien hat das auch immer betont und einen entsprechenden Anteil an Finanzmitteln und Kampagnen für die schwule AIDS-Prävention gefordert. Wir haben stets darauf bestanden, Präventionsbotschaften an schwule Männer über Mainstream-Medien zu kommunizieren, leider hat die „Enthomosexualisierung“ von AIDS in den 90er Jahren dazu geführt, daß viel Geld für allgemeine Allerweltskampagnen, statt für zielgruppenspezifische Kampagnen aufgewendet wurde. Das Verhältnis Schwule zu anderen Erkrankungsgruppen in der österreichischen AIDS-Statistik würde sich noch mehr in Richtung „homosexueller Verkehr“ als Ansteckungsursache verschieben, würde die drittgrößte Gruppe in der Statistik („andere bzw. unbekannte Ursache“) realistisch aufgeteilt werden. Denn 95 Prozent dieser Betroffenen kann man wohl getrost der

Gruppe der „homosexuellen Ansteckung“ zuschlagen. Es ist überhaupt hochgradig lachhaft, daß das Gesundheitsministerium die Kategorie „unbekannte Ursache“ immer noch führt. Wie werden sich diese Leute wohl angesteckt haben?! – Unbekannt! Daß ich nicht lache. Natürlich hat Fiala recht, wenn er diesem Zusammenhang ebenfalls meint, die Leute sagen die Unwahrheit bezüglich ihrer Ansteckungsart. Es gebe gar nicht genug HIV-positive Frauen, daß sich all jene Männer, die behaupten, sich heterosexuell angesteckt zu haben, bei ihnen angesteckt haben können. Aber man muß sich wieder fragen: Ist Fiala wirklich so naiv oder tut er nur so, daß er wirklich der Meinung ist, die Leute hätten das bisher alles für bare Münze genommen? Und seine Schlußfolgerung daraus, AIDS sei irrelevant für Heteros, ist einmal mehr unangemessen.

Wenn Fiala aufgrund dieser Zahlen und seiner eigenen Untersuchungen den Schluß zieht, Heterosexuelle seien überhaupt nicht gefährdet, dann muß dem natürlich bei aller Relativierung widersprochen werden. Solche Aussagen sind gemeingefährlich, denn es finden sich sicherlich genug Leute, die gerne an diese Botschaft glauben möchten. Es ist angesichts der vielen infizierten Frauen schlicht dumm zu behaupten, Vaginalverkehr stelle kein Ansteckungsrisiko dar, Frauen wären nur bei Analverkehr gefährdet, weil die Vaginalschleimhaut viel stabiler sei als die Analschleimhaut. Letzteres ist schon richtig, aber daraus den apodiktischen Schluß zu ziehen, Vaginalverkehr stelle kein nennenswertes Risiko dar, ist ein gefährlicher Unsinn. Es haben sich doch genug PartnerInnen z. B. von Blutern durch Vaginalverkehr angesteckt.

Auch die AIDS-Hilfen werden kritisiert. Fiala berichtet aus der Zeit, als er als Arzt in der Beratungsstelle der Vorarlberger AIDS-Hilfe in Bregenz Blut ab-

nahm: *Heute weiß ich, daß innerhalb der zehn Jahre, die die Hilfs-Stelle existiert, pro Jahr maximal drei positive Tests registriert wurden – in einigen Jahren war es kein einziger. Im Lichte meiner heutigen Kenntnis würde ich sagen, daß 99 Prozent der Frauen und Männer, die bei uns untersucht wurden, nicht im geringsten gefährdet waren, mit dem HIV-Virus infiziert zu sein.* Dieser Umstand ist Wasser auf seinen Mühlen, AIDS sei ein hochgepieltes, real nicht wirklich existierendes Problem. Aber auch diese Frage wurde schon früher bearbeitet, Fiala kommt wieder einmal um Jahre zu spät mit seiner Kritik. Schon zu Zeiten der Österreichischen AIDS-Hilfe (1985-91) gab es Überlegungen über die Verhältnismäßigkeit zwischen Aufwand und Nutzen bei so einer kleinen Beratungsstelle wie Bregenz. Aber – und das übersieht Fiala – die Aufgabe der AIDS-Hilfe-Beratungsstellen ist es ja nie gewesen, HIV-Polizei zu spielen und möglichst viele Positive zu entdecken. Ihre Aufgabe war es, daß die 99 Prozent, die angeblich kein Risiko hatten, auch weiterhin keines haben bzw. eingehen. Und das kann man ja durch Beratungsgespräche befördern. Nochmal: Die von den Medien ausgelöste Hysterie trieb die unglaublichsten Blüten: Da riefen 80jährige Damen an, die überzeugt waren, wegen eines Seitensprungs vor 30 Jahren nun AIDS zu bekommen. Kein Schmah! Die Beratungsstellen hatten auch die Aufgabe, die durch die nun wirklich nicht von den AIDS-Hilfen geschürte AIDS-Hysterie in Teilen der Bevölkerung aufgebrochenen Sexualängste zu beruhigen. Die Existenz der AIDS-Hilfen, zumindest damals, war von nicht zu überschätzender sexual- und psychohygienischer Bedeutung. Und das gerade auch in Vorarlberg mit seiner durch und durch sexualneurotischen Bevölkerung – wie man aufgrund des Umgangs mit Lesben und Schwulen in diesem Bundesland nicht erst seit der Sohm-Affäre in Dorn-

birn 1996 weiß. Natürlich gab und gibt es auch in Vorarlberg mehr HIV-Positive, als den Behörden oder der AIDS-Hilfe bekannt sind, was aber ja nur beweist, daß sich viele Betroffene aus offenbar nicht unbegründeter Angst vor Diskriminierungen in München oder der Schweiz testen bzw. behandeln ließen und lassen.

Die im Kapitel „Resümee“ zusammengefaßten Thesen Fialas sind von einer unsäglichen und sagenhaften Banalität. Wenn diese Binsenweisheiten tatsächlich das Ergebnis all seiner Untersuchungen sind, dann hat sich der Aufwand sicherlich nicht gelohnt. Im Buch formuliert Fiala auch viel vorsichtiger als im NEWS-Interview. Kostprobe: *Heterosexuelle Partner/innen von Bisexuellen sind dann gefährdet, wenn sie mit diesen Analverkehr pflegen. Oder: Fixer sind dann gefährdet, wenn sie, was leider sehr häufig vorkommt, Spritzen gemeinsam verwenden.* Na geh, toll, sensationell, zu welchen Schlüssen Fiala kommt! Von ähnlich umwerfender Trivialität ist sein Fazit, Frauen seien nur gefährdet, wenn sie mit HIV-positiven Männern Verkehr haben – darauf laufen tatsächlich alle Überlegungen Fialas hinaus. So richtig diese Feststellung ist, so unbrauchbar ist sie jedoch für die alltägliche Praxis. Man könnte Fiala Ausführungen aber auch als eine Verarschung von Frauen bewerten.

Insgesamt also ein völlig überflüssiges Buch. Wer sich schon länger mit dem Thema AIDS auseinandergesetzt hat, der erfährt hier nicht das geringste Neue. Die von NEWS PR-mäßig angeheizte Provokation erweist sich letztlich als läppi-sche Seifenblase.

Christian Fiala: *Lieben wir gefährlich? Ein Arzt auf der Suche nach den Fakten und Hintergründen von AIDS.* Aufgezeichnet von Peter Michael Lingens. Deuticke-Verlag, Wien/München 1997

* Schon im Vorfeld der Buchveröffentlichung berichtete NEWS, um dann in der Ausgabe 38 vom 18. September 1997 ordentlich nachzulegen.

Kleinanzeigen

WIEN/VOLLEYBALL: Du bist schwul und interessierst dich für Volleyball? „Aufschlag“, der schwule Volleyballverein, bietet an:

- Spiel just for fun: Wir spielen alle gemeinsam
 - Basis- und Aufbautraining mit Spiel für Wiedereinsteiger, Anfänger und Hobby-spieler
 - Training und Spiel für geübte, ambitionierte Spieler.
- NEU: Basis- und Aufbau-training: dienstags, bis Ende Februar. In lockerer Atmosphäre zeigt uns ein Trainer die Grundtechniken, erklärt die Spielregeln, und wir können erste bzw. neue Spielerfahrung sammeln.
- Schnupperbeitrag pro Abend: öS 50,-.
- Information und Anmeldung: 01/586 16 99, Mo-Fr 11-18 Uhr. Roland informiert dich über Termine, Ort, Kosten und Spiel- und Trainingsgruppen.

SPANIEN: Spanischer Boy, 29, sucht Briefkontakte. Möchtest du einen Freund in Spanien haben? Schreib auf deutsch, englisch, französisch oder spanisch an: Fidel, C/ Maracena, 9. 2/I, E-28041 Madrid.

FRANKREICH: Pariser, 28/178/66, sucht schwule Brief-freunde in Österreich. Habe braune Augen und braunes Haar. Interessen: Theater, Bücher, Natur, Reisen und Briefeschreiben, FKK, leidenschaftlicher Eurovisions-Song-Contest-Fan spreche Franzö-sisch, Englisch, Spanisch und ein wenig Deutsch. Schreib an: Laurent Triquenau, 8 rue Saint Sulpice, F-75006 Paris.

SÜDTIROL: Mann, 41/170, leicht mollig, wenig behaart, passiv, sucht einen sehr korpu-lenten, aktiven, entschlossenen Mann, 170. Ich mag schmuse-n, kuscheln und einen Mann, der

mich so richtig nimmt. Foto wäre nett. Schreib an: Kennwort: Carta d'identità, Fermo Posta Centrale, I-39100 Bozen.

INDONESIEN: Chinese Indone-sian, 30/178/85, educated, straight acting, mature, inter-ests: nature, arts, music, swim-ming, would like to correspond with single gay male world-wide, age 31-49, discreet, ho-nest and mature. Write in English or Indonesian to: Pradhana Han Lee, P.O.Box 1682, Surabaya, East Java, In-donesia.

ITALIEN: 25jähriger Italiener aus Reggio Emilia sucht 14- bis 16jährigen blonden, gutausse-henden und sportlichen Bur-schen für Brieffreundschaft und späteres Kennenlernen. Schreib auf englisch oder italienisch an: Stefano Crocco, Via San Lo-renzo 10, I-42031 Baiso (RE).

ALGERIEN: 28jähriger Algerier sucht Brieffreunde in ganz Eu-ropa. Schreib auf englisch oder französisch an: A/Karim Chelouah, B.P. 14 „A“, Bejaïa – R.P., DZ-06000 Bejaïa.

LITAUEN: 50er, Universitätsdo-zent, sucht Kontakte mit schwu-len Leuten in Österreich und anderen Ländern. Alter ist egal. Schreiben Sie auf deutsch, eng-lisch, russisch oder litauisch an: Felix Daubaras, P.O.Box 102, LT-2000 Vilnius.

KANADA: 37jähriger Kanadier sucht Brieffreunde jeden Alters in Österreich, speziell aber Freunde der Oper und klassi-scher Musik. Biete auch Stu-denten (20-25) freie Unterkunft bei mir. Schreib an: Tom Randall, Apt. 105, 8940 – 149th Street, Edmonton, Al-berta, T5R 1B8, Canada.

HOSI Wien Programmkalender

Termine chronologisch

Fr, 9. Jänner	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Fr, 16. Jänner	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Sa, 17. Jänner	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Fr, 23. Jänner	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Di, 27. Jänner	19.00 Uhr	Mal mir eine Drag Queen – Schminkkurs mit Maria Pointner
Fr, 30. Jänner	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
So, 1. Feber	17.00 Uhr	Familienrunde (spätere Beginnzeit!)
Mo, 2. Feber	18.30 Uhr	Rosa Runde: Wir machen Geschichte Museumsgruppe-Gründungstreffen
Sa, 7. Feber	20.30 Uhr	Nur für Frauen: Solidaritätsfest mit Guatemalas Lesbenorganisation Mujer-Es Somos
Fr, 13. Feber	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Fr, 20. Feber	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Sa, 28. Feber	20.00 Uhr	Das große HOSI-Gschnas
So, 1. März	14-18 Uhr	Familienrunde
Fr, 6. März	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Fr, 13. März	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Fr, 20. März	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
So, 22. März	13.30 Uhr	Generalversammlung 1998 der HOSI Wien
Mo, 23. März	19.30 Uhr	Rosa Runde: Wissenschaftsminister Dr. Caspar Einem stellt sich dem Publikum
Fr, 27. März	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
Fr, 3. April	21.00 Uhr	Frauen-Tanzabend
So, 5. April	14-18 Uhr	Familienrunde
– Ergänzungen vorbehalten –		

FESTE, WIE SIE FALLEN

Lesbepower

Benefiz-Fest für die Lesben in Guatemala



Гарна!

für jedefrau & jedermann

women only Sa, 7. 2. 20.30 Uhr

Sa, 28. 2. 20.00 Uhr

DER HOSI-MONTAG



Mo, 23. 3. 19.30 Uhr

Gespräch mit Minister Dr. Caspar Einem

U. a. zuständig für:

- ◆ Wissenschaft / (Gesichts-, Politik-, Sozial-, ... Sexual-) Forschung & Lehre,
- ◆ Telekommunikation
- ◆ Koordinierung der SPÖ-Programmdiskussion

Rosa Runde
ALLES LEBEN IST POLITIK



PROMISE TO REMEMBER

Das NAMES Project Wien hat sich zur Aufgabe gestellt, Gedenktücher für an den Folgen von AIDS verstorbene Menschen herzustellen. LebensgefährtnInnen, Angehörige und FreundInnen haben dadurch die Möglichkeit, das Andenken an die verstorbenen geliebten Menschen aufrechtzuerhalten, diese nicht dem Vergessen anheim fallen zu lassen. All diese Namen stehen auf den Erinnerungstüchern, die im NAMES Project hergestellt wurden:

Dirk Koethe · Otmar Karner · Julius Zechner · Peter · Mikel · Henry D. · Thomas · Rudi · Pierre Fröhlich · Hannes Zeller Mayer · Michael Herbold · Erich · Franz Plaim · Michael Handl · Reinhardt · Brandstätter · Erich · Hansi · Loy · Kilian · Szygfried · Michael · Reinhardt · Alois · Rainer · Rainer Artenfels · Christian · Hermann · Robert · Uta Madarassy · Otmar · Edith · Werner · Wolfgang · Karin · Reinhardt · Michael · Gerhard · Werner Roschko · Wolf Waldburg · Thomas Dax · Walter Benner · Andreas Wallner · Hubert · Rudi Weil · Heinz · Manfred · Christian · Klaus Brunnthaler · Franz · Harry · Peter Peterli · Helmut Dallinger · Hervé Guibert · Axel Lang · Ruth · Andrea · Wolfgang · Ferdinand · Erwin · Wilhelm · Christoph · Kilian · Elke · Harti · Michael · Gerti · Daniel · Gerhard · Robert · Johann · Karin · Gerhard · Heinz · Uta · Ewald · Brigitte · Friedrich · Ingrid · Herbert · Gabi · Wolfgang · Norbert · Hannes · Erika · Stephan · Inge · Wilhelm · Ursula · Gerlinde · Erich · Daniel · Hermann · Klaus · Bruno · Beppo Harti · Walter · Herbert · Walter · Miles Davis · Michael · Joe · Reinhard · Julius Zechner · Elisabeth · Gerlinde Kalina · Tommi · Ferdinand · Manuela · Harald · Andreas · Leopold · Georg · Wolfgang · Robert · Pierre · Michael · Josef · Eduard · Ludwig · Manfred · Heinz · Max-Gerhard · Hans · Werner · Uta · Rudolf · Johann · Helmut · Michael · Gerhard · Henryk · Stanton · Andreas · Ernst · Othmar · Otto · Karin · Hannes · Alois · Gerhard · Helmut · Hubert · Peter · Franz · Gerhard

· Heinz · Gabriele · Leopold · Gerhard · Editha · Günther · Andreas · Franz · Elfriede · Theo · Karl · Gerhard · Milinko · Otto · Werner · Kilian · Ljerka · Erich · Petru · Peter · Walter · Alois · Martin · Rudolf · Stanylo · Wolfgang · Christian · Alfred · Leopold · Gertrude · Ernst · Bernhard · Alfred · Anton · Edith · Wilhelm · Reinhard · Michael · Franz · Walter · Alberto · Otto · Helmut · Franz · Johann · Claudjen · Reinhard · Ronald · Ferdinand · Bernhard · Franz · Brigitte · Anton · Hans · Erwin · Wolfgang · Otto · Gerhard · Rainer · Juan · Günter · Helmut · Wolfgang · Josef · Elisabeth · Benght-Are · Hildegard · Abdullah · Fritz · Daniel · Szygfried · Henry · Reinhard · Franz · Werner · Christian · Mechthild · Seppi · Theo · Erol · Klaus · Peter · Erich · Ursula · Alexander · Roland · Thomas · Andrea · Peter · Klaus Nomi · Robert · Hannes Pähler · Rudolf Nurejew · Thomas Bent · Michaelchen · Brigitte · Theo · Gerhard · Rainer · Gerti · Franz · Robert · Werner Schneider · Robert · Goppold · Robert · Andi · Rudi · Keith · Haring · Hubert · Fred · Gerhard · Gerhard Pirker · Reinhardt Brandstätter · Michael · Erwin-Wolfgang · Franz · Christian · Michael · Thomas · Leopold · Mechthilde · Otto · Franz · Josef · Anton · Elisabeth · Ferdinand · Wolfgang · Fritz · Zygfried · Erwin · Georg · Andrea · Martin · Eduard · Peter · Stanton · Hermann · Rudolf · Alfred · Franz · Gerhard · Hannes · Herbert · Friedrich · Herbert · Josef · Theodor · Paolo-Alfonso · Norbert · Raimund · Andreas · Walter · Antoinette · Werner · Ingrid · Elfriede · Rudolf · Ewald · Heinz · Johann ·

Henry · Peter · Reinhard · Josef · Ruth · Christian · Klaus-Alexander · Heinz · Erich · Petru · Walter · Alois · Peter · Wilhelm · Reinhard · Alberto · Helmut · Wolfgang · Peter · Erich · Michael · Max · Gerhard · Alexander · Hans · Werner · Johann · Franz · Albert · Robert · Gerhard · Michael · Bernhard · Helmut · Josef · Otto · Robert · Gerhard · Anton · Franz · Ernst · Claus · Ferdinand · Abdullah · Josef · Rudolf · Johann · Kilian · Uta · Otto-Felix · Ernst · Brigitte · Gerhard · Susanne · Alois · Milinko · Daniel · Dusanka · Robert · Peter · Christian · Herbert · Werner · Josef · Wayne · Uli Landauer · Axel Manthey · Arthur · Karl · Peter Scheucher

NAMES
project wien

Leider mußten die regelmäßigen Treffen wegen mangelnden Interesses eingestellt werden; nichtsdestotrotz wollen wir unser Versprechen einhalten: Wir wollen die Idee des Names Project ausdehnen: Schreibt uns die Namen der Menschen, die Ihr nicht vergessen haben wollt. Wir fügen die Namen laufend ein und verhindern dadurch ein Vergessen und Verdrängen. Es ist so wenig, das wir tun können – tun wir es gemeinsam. Die Namen schickt bitte an folgende Adresse: NAMES Project Wien, c/o HOSI Wien, Novaragasse 40, A-1020 Wien. Danke.

